



Stadt Brandenburg an der Havel
DER OBERBÜRGERMEISTER

Jahresabschluss der Stadt Brandenburg an der Havel

zum 31.12.2012

www.stadt-brandenburg.de

Quellenangabe: Stadtverwaltung

Jahresabschluss der Stadt Brandenburg an der Havel

zum 31.12.2012

1.	Bilanz	1
2.	Ergebnisrechnung.....	4
3.	Finanzrechnung.....	6
4.	Anlagen zum Jahresabschluss	
4.1	Anhang	8
	Anlage 1: Abschreibungstabelle	39
	Anlage 2: Übersicht über die wirtschaftliche Betätigung.....	49
	Anlage 3: Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen	50
4.2	Beteiligungsbericht.....	52

Nachfolgend:

- Vollständigkeitserklärung

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen und zwischen den einzelnen Bestandteilen des Jahresabschlusses Rundungsdifferenzen in Höhe von \pm einer Einheit (EUR, % usw.) auftreten.

1. Bilanz

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2012

Bilanz zum 31.12.2012
der Stadt Brandenburg an der Havel

Aktiva			EUR	Passiva			EUR
1	Anlagevermögen		536.265.526,73	1	Eigenkapital		75.248.223,85
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände		478.341,95	1.1	Basis-Reinvermögen		85.791.020,94
	davon DV-Software		478.341,95	1.2	Rücklagen aus Überschüssen		0,00
1.2	Sachanlagevermögen		233.036.262,21	1.2.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		0,00
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		0,00	1.2.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		0,00
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		25.698,02	1.3	Sonderrücklage		6.731.425,17
1.2.3	Grundstücke und Bauten des Infrastrukt.vermögens u sonst. Sonderflächen		212.794.698,59		davon Rücklage aus nicht verwendeten inv. Schlüsselzuweisungen		6.731.425,17
	davon Grund und Boden		31.386.052,26	1.4	Fehlbetragsvortrag		-17.274.222,26
	davon Brücken und Tunnel		31.573.020,58	1.4.1	Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis		-17.279.779,26
	davon Gleisanlagen		1.379.166,38	1.4.2	Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis		5.557,00
	davon Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen		309.252,08				
	davon Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen		110.373.028,29	2	Sonderposten		160.235.941,01
	davon Sonstige Tiefbauten des Infrastrukturvermögens		2.350.384,76	2.1	Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand		127.555.048,12
	davon Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens		4.676.237,21		davon SoPo vom Bund		11.099.768,90
	davon Bauten auf Sonderflächen		30.747.557,03		davon SoPo vom Land		48.412.096,73
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden		355.609,37		davon SoPo vom sonst. öff. Bereich		254.883,43
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		4.458.374,12		davon SoPo aus inv. Schlüsselzuweisungen 1992-2009		67.788.299,06
1.2.6	Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen		3.413.805,66	2.2.	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen		10.668.388,30
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.535.001,15	2.3	Sonstige Sonderposten		6.214.261,63
1.2.8	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		8.453.075,30		davon SoPo von priv. Unternehmen		4.420.647,52
	davon Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen		241.485,37		davon SoPo vom Bund		1.647.020,77
	davon Anlagen im Bau - Tiefbau		7.620.500,91		davon übrige SoPo		146.593,34
	davon Anlagen im Bau - sonstige Baumaßnahmen		521.266,84	2.4	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten		15.798.242,96
	davon Anlagen im Bau - übriges Sachanlagevermögen		69.822,18	2.4.1	Erh. Anz. a. Sonderp. aus Zuw. d. öff. Hand		15.121.898,37
1.3	Finanzanlagevermögen		302.750.922,57	2.4.2	Erh. Anz. a. Sonderp. a. Beitr., Bauk. u. Investitionszuschüssen		676.344,59
1.3.1	Rechte an Sondervermögen		217.365.419,55	2.4.3	Erhaltene Anzahlungen auf sonstige Sonderposten		0,00
1.3.2	Anteile an verbundenen Unternehmen		85.308.525,08	3	Rückstellungen		128.672.445,63
1.3.3	Mitgliedschaft in Zweckverbänden		3,00	3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		55.739.857,11
1.3.4	Anteile an sonstigen Beteiligungen		76.974,94		davon Pensionsrückstellungen		29.075.275,00
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens		0,00		davon Beihilferückstellungen		13.502.468,00
1.3.6	Ausleihungen		0,00		davon RSt für die Freistellungsphase i.R.v. ATZ (Erfüllungsrückstand AN)		9.042.146,02
1.3.6.1	an Sondervermögen		0,00		davon RSt für die Freistellungsphase i.R.v. ATZ (Aufstockungsbetrag AG)		4.119.968,09
1.3.6.2	an verbundene Unternehmen		0,00	3.2	Rückstellungen unterlassene Instandhaltungen		0,00
1.3.6.3	an Zweckverbände		0,00	3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien		22.719.997,38
1.3.6.4	an sonstige Beteiligungen		0,00	3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten		12.771.531,12
1.3.6.5	Sonstige Ausleihungen		0,00	3.5	Sonstige Rückstellungen		37.441.060,02
2	Umlaufvermögen		25.642.428,76		davon für ungew. Verbindlichkeiten i.R.d. Finanzausgleichs		56.483,55
2.1	Vorräte		303.986,35		davon für drohende Verpfl. aus anhängigen Gerichtsverfahren		277.864,86
2.1.1	Grundstücke in Entwicklung		0,00		davon für weitere ungewisse Verpfl., die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden		32.532.046,65
2.1.2	Sonstiges Vorratsvermögen		303.986,35		davon aus Überschüssen aus Gebühren und Entgelten		3.239.614,82
	davon Rohstoffe/Fertig.material., Hilfs-, Betriebsstoffe (Festwert Verkehrszeichen)		287.130,10		davon aus Schadenersatz		39.044,51
	davon Waren, unfert./fert. Erzeugnisse, unfert. Leistungen (Vorräte Steine)		16.856,25		davon für Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz		1.012.651,05
2.1.3	Geleistete Anzahlungen auf Vorräte		0,00		davon für Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses		0,00
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		13.937.656,68		davon für Überstunden/ Gleitzeit		121.418,10
2.2.1	Öffentlich-rechtl. Forderungen u. Forderungen aus Transferleistungen		11.964.793,73		davon für nicht genommenen Urlaub		161.936,48
2.2.1.1	Gebühren		2.665.141,53	4	Verbindlichkeiten		199.125.612,47
2.2.1.2	Beiträge		650.694,99	4.1	Anleihen		0,00
2.2.1.3	Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge		-625.037,42	4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		32.146.518,31
	davon gebuchte Niederschlagungen		-186.237,52	4.3	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten		150.000.000,00
	davon Einzel- und Pauschalwertberichtigungen		-438.799,90	4.4	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen		0,00
2.2.1.4	Steuern		1.697.318,59	4.5	Erhaltene Anzahlungen		0,00
2.2.1.5	Transferleistungen		7.278.707,43	4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		2.518.610,32
2.2.1.6	Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen		1.958.843,77	4.7	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		3.847.791,67
2.2.1.7	Wertberichtigungen auf Steuern, Transferlsg. u sonst. öff.-rechtl. Ford		-1.660.875,16	4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen		1.701.150,44
	davon gebuchte Niederschlagungen		-498.903,78	4.9	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		6.195.121,46
	davon Einzel- und Pauschalwertberichtigungen		-1.161.971,38	4.10	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden		1.278,00
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen		861.050,00	4.11	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen		0,00
2.2.2.1	gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich		109.827,19	4.12	Sonstige Verbindlichkeiten		2.715.142,27
2.2.2.2	gegen Sondervermögen		555.327,97	5	Passive Rechnungsabgrenzungsposten		48.341.017,79
2.2.2.3	gegen verbundene Unternehmen		222.711,55	5.1	Passive Rechnungsabgrenzungsposten		46.357.848,23
2.2.2.4	gegen Zweckverbände		38.315,21		davon inv. PRAP		41.630.795,77
2.2.2.5	gegen sonstige Beteiligungen		0,00		davon lfd. PRAP		4.727.052,46
2.2.2.6	Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen		-65.131,92	5.2	Erh. Anzahlg. Pass. Rechnungsabgrenzungsposten		1.983.169,56
	davon gebuchte Niederschlagungen		-9.293,42				
	davon Einzel- und Pauschalwertberichtigungen		-55.838,50				
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände		1.111.812,95				
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00				
2.4	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		11.400.785,73				
3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten		49.715.285,26				
	davon RAP aus Zahlungen		3.488.483,38				
	davon RAP aus geleisteten Zuwendungen Invest.		46.288.889,76				
	davon RAP aus geleisteten Zuwendungen		-62.087,88				
Summe Aktiva			611.623.240,75	Summe Passiva			611.623.240,75


aufgestellt durch den Kämmerer:

14.06.2018
Datum:

Kurzbilanz zum 31.12.2012
der Stadt Brandenburg an der Havel
(nicht-amtliche Kurzform)

Aktiva		Passiva	
	TEUR		TEUR
Anlagevermögen	536.265,5	Eigenkapital	75.248,2
dav. immaterielle Vermögensgegenstände	478,3	dav. Basis-Reinvermögen	85.791,0
dav. Sachanlagen	233.036,3	dav. Sonderrücklage	6.731,4
dav. Finanzanlagen	302.750,9	dav. Fehlbetragsvortrag	-17.274,2
Umlaufvermögen	25.642,4	Sonderposten	160.235,9
dav. Vorräte	304,0	dav. Sonderposten aus Zuweisungen	127.555,0
dav. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.937,7	dav. Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten und Investitionszuschüssen	10.668,4
dav. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	11.400,8	dav. Sonstige Sonderposten	6.214,3
		dav. Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	15.798,2
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	49.715,3	Rückstellungen	128.672,4
		dav. Rückstellungen für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	55.739,9
		dav. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien	22.720,0
		dav. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	12.771,5
		dav. Sonstige Rückstellungen	37.441,1
		Verbindlichkeiten	199.125,6
		dav. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen	32.146,5
		dav. Verbindlichkeiten aus Aufnahmen von Kassenkrediten	150.000,0
		dav. restliche Verbindlichkeiten	16.979,1
		Passive Rechnungsabgrenzungsposten	48.341,0
Summe Aktiva	611.623,2	Summe Passiva	611.623,2

2. Ergebnisrechnung

3. Finanzrechnung

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2012

Jahresabschluss 2012 der Stadt Brandenburg an der Havel

2. Ergebnisrechnung (in EUR)						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2011	fortgeschriebener Ansatz (inkl. HHR + ÜPL/APL) 2012	Ergebnis 2012	Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2012	übertragene Ermächtigungen nach 2013
1	Steuern und ähnliche Abgaben	50.982.961,66	52.646.000,00	53.801.762,78	1.155.762,78	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	88.573.539,07	96.514.155,55	95.532.797,92	-981.357,63	0,00
3	+ sonstige Transfererträge	2.799.555,54	2.718.800,00	2.824.780,92	105.980,92	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.961.721,61	27.094.541,16	29.507.062,56	2.412.521,40	0,00
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	869.368,77	721.100,00	726.881,69	5.781,69	0,00
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.375.838,37	27.382.628,48	26.654.857,15	-727.771,33	0,00
7	+ sonstige ordentliche Erträge	7.840.942,67	4.158.200,00	4.978.431,49	820.231,49	0,00
8	+ aktivierte Eigenleistung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	+/- Bestandsveränderungen	187.108,88	0,00	0,00	0,00	0,00
10	= Erträge aus lfd. Verwaltungstätigkeit	207.591.036,57	211.235.425,19	214.026.574,51	2.791.149,32	0,00
11	- Personalaufwendungen	-48.342.093,08	-50.717.500,00	-48.742.688,48	1.974.811,52	-1.225.500,00
12	- Versorgungsaufwendungen	-4.455,22	-100,00	0,00	100,00	0,00
13	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.801.767,81	-27.128.013,71	-23.739.239,86	3.388.773,85	-2.347.023,94
14	- Abschreibungen	-14.519.813,08	-14.420.367,74	-14.419.895,56	472,18	0,00
15	- Transferaufwendungen	-77.143.038,32	-82.583.200,53	-80.547.249,64	2.035.950,89	-2.204.066,71
16	- sonstige ordentliche Aufwendungen	-54.119.710,73	-56.389.958,47	-52.633.882,44	3.756.076,03	-57.048,41
17	= Aufwendungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-217.930.878,24	-231.239.140,45	-220.082.955,98	11.156.184,47	-5.833.639,06
18	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (10 - 17)	-10.339.841,67	-20.003.715,26	-6.056.381,47	13.947.333,79	-5.833.639,06
19	+ Zinsen und sonstige Finanzerträge	1.342.677,76	3.614.602,51	4.310.514,44	695.911,93	0,00
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-3.921.854,05	-3.719.429,53	-2.614.894,27	1.104.535,26	0,00
21	= Finanzergebnis	-2.579.176,29	-104.827,02	1.695.620,17	1.800.447,19	0,00
22	= ordentliches Jahresergebnis (18 + 21)	-12.919.017,96	-20.108.542,28	-4.360.761,30	15.747.780,98	-5.833.639,06
23	+ außerordentliche Erträge	1.969.518,54	108.000,00	8.770,32	-99.229,68	0,00
24	- außerordentliche Aufwendungen	-1.969.518,54	-105.300,00	-3.213,32	102.086,68	0,00
25	= außerordentliches Jahresergebnis	0,00	2.700,00	5.557,00	2.857,00	0,00
26	= Gesamtüberschuss/Gesamtfehlbetrag (22 + 25)	-12.919.017,96	-20.105.842,28	-4.355.204,30	15.750.637,98	-5.833.639,06

Jahresabschluss 2012 der Stadt Brandenburg an der Havel

3. Finanzrechnung (in EUR)						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2011	fortgeschriebener Ansatz (inkl. HHR + ÜPL/APL) 2012	Ergebnis 2012	Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2012	übertragene Ermächtigungen nach 2013
1	Steuern und ähnliche Abgaben	50.434.774,75	52.802.649,11	54.779.750,35	1.977.101,24	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	72.462.748,34	85.116.255,55	81.197.251,12	-3.919.004,43	0,00
3	+ sonstige Transfereinzahlungen	2.893.541,24	2.718.800,00	2.825.947,30	107.147,30	0,00
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.554.122,20	27.078.141,16	26.725.741,84	-352.399,32	0,00
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	935.485,04	721.100,00	842.981,62	121.881,62	0,00
6	+ Kostenerstattung und Kostenumlagen	26.238.069,76	27.367.128,48	28.311.284,00	944.155,52	0,00
7	+ sonstige Einzahlungen	4.323.789,19	4.101.000,00	4.515.760,73	414.760,73	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.299.041,38	3.614.602,51	4.363.450,06	748.847,55	0,00
9	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	185.141.571,90	203.519.676,81	203.562.167,02	42.490,21	0,00
10	- Personalauszahlungen	-48.262.710,37	-49.575.138,49	-48.795.599,60	779.538,89	-23.870,14
11	- Versorgungsauszahlungen	-4.455,22	-100,00	0,00	100,00	0,00
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.966.593,63	-31.641.072,35	-24.304.176,23	7.336.896,12	-3.866.070,91
13	- Transferauszahlungen	-75.281.072,55	-84.727.551,14	-75.500.902,86	9.226.648,28	-5.856.952,51
14	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-59.662.114,43	-62.825.119,89	-57.579.103,10	5.246.016,79	-1.770.996,56
15	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-207.176.946,20	-228.768.981,87	-206.179.781,79	22.589.200,08	-11.517.890,12
16	= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 ./ 15)	-22.035.374,30	-25.249.305,06	-2.617.614,77	22.631.690,29	-11.517.890,12
17	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	20.398.116,41	15.205.887,53	9.919.488,85	-5.286.398,68	0,00
18	+ Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten	1.495.170,75	1.437.600,00	993.140,76	-444.459,24	0,00
19	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. immat. Verm.gegenständen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. Grundstücken, Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. übrig. Sachanlagevermögen	1.777.339,52	100,00	0,00	-100,00	0,00
22	+ Einzahlg. a.d. Veräußerung v. Finanzanlagevermögen	1.391.202,00	570.000,00	578.316,54	8.316,54	0,00
23	+ sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	17.013,64	25.000,00	617,33	-24.382,67	0,00
24	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	25.078.842,32	17.238.587,53	11.491.563,48	-5.747.024,05	0,00
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.950.810,86	-25.135.995,99	-7.620.079,84	17.515.916,15	-16.084.295,38
26	- Auszahlungen von aktivierb. Zuwendungen f. Inv. Dritter	-9.677.917,41	-14.603.662,86	-6.612.515,85	7.991.147,01	-7.876.455,17
27	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. immat. Verm.gegenständen	-47.757,52	-340.899,83	-107.251,96	233.647,87	-134.545,92
28	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. Grundstücken, Gebäuden	0,00	-390.000,00	-15.738,66	374.261,34	-364.153,09
29	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. übrig. Sachanlagevermögen	-527.406,53	-2.645.231,55	-1.811.140,17	834.091,38	-412.234,80
30	- Auszahlungen f.d. Erwerb v. Finanzanlagevermögen	-874.032,41	-475.300,00	-475.286,23	13,77	0,00
31	- sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-19.077.924,73	-43.591.090,23	-16.642.012,71	26.949.077,52	-24.871.684,36
33	= Saldo aus Investitionstätigkeit (24 ./ 32)	6.000.917,59	-26.352.502,70	-5.150.449,23	21.202.053,47	-24.871.684,36
34	= Finanzmittelüberschuss / Finanzmittelfehlbetrag (16 + 33)	-16.034.456,71	-51.601.807,76	-7.768.064,00	43.833.743,76	-36.389.574,48
35	+ Einzahlungen aus der Aufnahme v. Krediten f. Investitionen	435.486,67	0,00	0,00	0,00	0,00
36	+ sonstige Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	140.000.000,00	0,00	150.000.000,00	150.000.000,00	0,00
38	= Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	140.435.486,67	0,00	150.000.000,00	150.000.000,00	0,00
39	- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-3.926.222,09	-3.920.709,63	-4.077.977,78	-157.268,15	0,00
40	- sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Jahresabschluss 2012 der Stadt Brandenburg an der Havel

3. Finanzrechnung (in EUR)						
Nr.	Bezeichnung	Ergebnis 2011	fortgeschriebener Ansatz (inkl. HHR + ÜPL/APL) 2012	Ergebnis 2012	Vergleich fortgeschr. Ansatz / Ergebnis 2012	übertragene Ermächtigungen nach 2013
41	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-130.000.000,00	0,00	-140.000.000,00	-140.000.000,00	0,00
42	= Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-133.926.222,09	-3.920.709,63	-144.077.977,78	-140.157.268,15	0,00
43	= Saldo aus der Finanzierungstätigkeit (38 ./ 42)	6.509.264,58	-3.920.709,63	5.922.022,22	9.842.731,85	0,00
44	+ Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserve	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
45	- Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
46	= Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
47	= Veränderung des Bestands an eigenen Zahlungsmitteln	-9.525.192,13	-55.522.517,39	-1.846.041,78	53.676.475,61	-36.389.574,48
48	+ voraussichtl. Bestand an Zahlungsm. am Anfang d. HHJ	22.537.960,07	-47.182.500,00	13.218.166,00	60.400.666,00	-36.482.117,39
49	+ Bestand an fremden Finanzmitteln	205.398,06	0,00	28.661,51	28.661,51	0,00
50	= voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende d. HHJ	13.218.166,00	-102.705.017,39	11.400.785,73	114.105.803,12	-72.871.691,87

4. Anlagen zum Jahresabschluss

4.1 Anhang

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2012

Inhaltsübersicht

I.	Rechtsgrundlagen	12
II.	Gliederung	12
III.	Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	13
IV.	Angaben zu den einzelnen Positionen der Bilanz	15

AKTIVA

1.	Anlagevermögen	15
1.1	immaterielle Vermögensgegenstände	15
1.2	Sachanlagen	15
1.3	Finanzanlagevermögen	19
2.	Umlaufvermögen	21
2.1	Vorräte	21
2.2	Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	22
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	23
2.4	Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	24
3.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	24

PASSIVA

1.	Eigenkapital	25
1.1	Basis-Reinvermögen	25
1.2	Rücklagen aus Überschüssen	25
2.	Sonderposten	26
2.1	Sonderposten aus Zuweisungen der öffentl. Hand	26
2.2	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	27
2.3	sonstige Sonderposten	27
2.4	erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	27
3.	Rückstellungen	28
3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	28
3.2	Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen	29
3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	29
3.4	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	29
3.5	sonstige Rückstellungen	30

4.	Verbindlichkeiten	31
4.1	Anleihen	31
4.2	Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.....	31
4.3	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	31
4.4	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kredit- Aufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.....	31
4.5	Erhaltene Anzahlungen	31
4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31
4.7	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	31
4.8	Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen.....	32
4.9	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	32
4.10	Verbindlichkeiten gegenüber Zweckverbänden	32
4.11	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Beteiligungen	32
4.12	sonstige Verbindlichkeiten.....	32
5.	passive Rechnungsabgrenzungsposten	33
V.	Erläuterungen zu den Posten der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung	34
VI.	Ergänzende Angaben	36

Abkürzungsverzeichnis

BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BewertL Bbg	Leitfaden zur Bewertung und Bilanzierung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten (Bewertungsleitfaden Brandenburg)
BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BgA	Betrieb gewerblicher Art
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
GLM	Eigenbetrieb „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel“
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter
i.R.v.	im Rahmen von
KAG	Kommunalabgabengesetz
KomHKV	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung)
KVBbg	Kommunaler Versorgungsverband Brandenburg
StBauFR	Städtebauförderungsrichtlinie

I. Rechtsgrundlagen

Die Stadt Brandenburg an der Havel führt seit dem 01.01.2011 ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung. Bilanzstichtag für die Eröffnungsbilanz war demnach der 01.01.2011. Nach § 82 Abs. 1 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) ist für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ein Jahresabschluss aufzustellen, der die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Brandenburg an der Havel darstellt.

Gemäß § 82 Abs. 2 BbgKVerf ist dem Jahresabschluss u. a. ein Anhang als Anlage beizufügen. Der Inhalt des Anhangs bestimmt sich im Wesentlichen nach § 58 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV). Danach erläutert der Anhang das Zahlenwerk des Jahresabschlusses durch weitergehende Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz sowie den Positionen der Ergebnis- und Finanzrechnung.

Abweichend zu den Regelungen des § 82 BbgKVerf verzichtet die Stadt Brandenburg an der Havel gemäß des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse bis einschließlich für das Haushaltsjahr 2016 auf die Erstellung der in § 1 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 genannten Bestandteile.

II. Gliederung

Der Ausweis der Bestände im Jahresabschluss erfolgt nach den Gliederungsvorschriften des § 57 KomHKV unter Beachtung der Zuordnungsvorschriften des landeseinheitlichen Kontenrahmenplans.

Der Anhang wurde gemäß den Vorgaben des § 58 KomHKV aufgestellt.

III. Angewandte Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung des Vermögens erfolgte grundsätzlich nach den im Leitfaden zur Bewertung und Bilanzierung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Verbindlichkeiten sowie Hinweisen für die Erstellung einer kommunalen Eröffnungsbilanz im Land Brandenburg (Bewertungsleitfaden Brandenburg – BewertL Bbg) des Ministeriums des Inneren des Landes Brandenburg Referat III/ 2 vom 30.09 2009 in der aktuell gültigen Fassung erfolgten Vorgaben.

Abweichungen und ausgeübte Wahlmöglichkeiten werden nachfolgend dargestellt. Die angewandten Bewertungsgrundsätze werden im Anhang nur grob erläutert. Hinsichtlich näherer Einzelheiten wird auf das Bewertungshandbuch der Stadt Brandenburg an der Havel verwiesen.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sowie des Vorratsvermögens erfolgte grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 50 Abs. 1 und 2 KomHKV, vermindert um planmäßige Abschreibungen und unter Berücksichtigung von außerplanmäßigen Abschreibungen und Zuschreibungen, soweit die gesetzlichen Vorgaben dafür erfüllt waren.

Vom Grundsatz der Einzelbewertung wurde nur auf Grund der Anwendung folgender Bewertungsvereinfachungsverfahren abgewichen:

Als Festwert wurden bewertet:

- Bäume
- Verkehrsschilder (Beschilderungsmaterial des Bauhofes)
- Medien Bibliothek
- Straßenbegleitgrün
- Grünanlagen

Als Gruppe wurden bewertet:

- Infosäulen
- Radwegbeschilderung
- Straßenbeleuchtung
- Beschilderung „gelbe Welle“ (touristisches Informationssystem wasserseitig)
- touristische Wegeleitsysteme

Die Leistungen der Stadt Brandenburg an der Havel unterliegen, außer bei Betrieben gewerblicher Art (BgA), nicht der Umsatzsteuerpflicht. Somit ist sie nur teilweise zum Vorsteuerabzug berechtigt. Entsprechend wurden die Anschaffungskosten und Aufwendungen außer bei BgA als Bruttowerte (inkl. Umsatzsteuer) berücksichtigt.

Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer der abnutzbaren Vermögensgegenstände des Anlagevermögens erfolgte nach den Angaben in der Abschreibungstabelle der Stadt Brandenburg an der Havel (Anlage 1 dieses Anhangs). Diese basiert grundsätzlich auf den Abschreibungssätzen der Anlage 10 zum Bewertungsleitfaden und wurde entsprechend der in der Stadtverwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel gewonnenen Erfahrungen angepasst. Für die Berechnung der planmäßigen Abschreibungen der Vermögensgegenstände wurde ausschließlich die lineare Abschreibungsmethode angewandt. Die Abschreibung wurde für das Jahr der Anschaffung zeitanteilig vorgenommen.

Es erfolgte keine Einbeziehung von Fremdkapitalzinsen in die Herstellungskosten.

IV. Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz

Aktiva

1	Anlagevermögen	<u>31.12.2012</u>	<u>536.265.526,73 EUR</u>
		31.12.2011	540.509.434,90 EUR

Im Anlagevermögen wird der Teil des Vermögens dargestellt, der gemäß § 2 Nr. 4 KomHKV der Stadt Brandenburg an der Havel langfristig zur laufenden Aufgabenerfüllung dient.

1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	<u>31.12.2012</u>	<u>478.341,95 EUR</u>
		31.12.2011	485.966,66 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel verfügt ausschließlich über entgeltlich erworbene Software für den Verwaltungsbetrieb. Die Veränderung im Berichtszeitraum ergibt sich im Wesentlichen aus der Abschreibung und aus Lizenz-Zukäufen, wobei der Abschreibungsbetrag höher ausfällt, als die Zukäufe.

1.2	Sachanlagen	<u>31.12.2012</u>	<u>233.036.262,21 EUR</u>
		31.12.2011	237.384.632,29 EUR

1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

Gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 117/ 2011 vom 25.05.2011 wurden alle zum 01.01.2011 nicht verwaltungsnotwendigen Immobilien mit wirtschaftlicher Wirkung zum genannten Zeitpunkt auf den Eigenbetrieb „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel (GLM)“ übertragen.

1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	<u>31.12.2012</u>	<u>25.698,02 EUR</u>
		31.12.2011	5,00 EUR

In diesem Posten werden grundsätzlich sowohl der Grund und Boden, als auch die Gebäude, sonstigen Bauten und Außenanlagen, die auf dem Grund und Boden errichtet wurden, ausgewiesen.

Die Veränderung in der Bilanzposition ergibt sich aus dem Zugang von Betriebsvorrichtungen bei Gebäuden für schulische Zwecke (Ausstattung der Oberschule Brandenburg Nord mit einer Lehrküche).

1.2.3 Grundstücke und Bauten des Infra-	<u>31.12.2012</u>	<u>212.794.698,59 EUR</u>
strukturvermögens und sonstige	31.12.2011	222.355.307,34 EUR
Sonderflächen		

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Grund und Boden	31.386,1	31.225,7	160,4
Brücken und Tunnel	31.573,0	32.124,9	-551,9
Gleisanlagen	1.379,2	1.487,1	-107,9
Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	309,2	316,4	-7,2
Straßennetz mit Wegen, Plätzen	110.373,0	118.578,0	-8.205,0
Sonst. Tiefbauten des Infrastrukturvermögens	2.350,4	2.529,8	-179,4
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.676,2	4.924,2	-248,0
Bauten auf Sonderflächen	30.747,6	31.169,2	-421,6
	212.794,7	222.355,3	-9.560,6

in TEUR

Die Minderung in dieser Bilanzposition ist aufgrund der linearen Abschreibungen des Infrastrukturvermögens zu verzeichnen. Dem gegenüber stehen auch Zugänge (insbesondere Inbetriebnahmen von Straßen, Wegen inkl. Beleuchtung und Bauten auf Sonderflächen). Dabei übersteigen die Abschreibungen den Wert der Zugänge.

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	<u>31.12.2012</u>	<u>355.609,37 EUR</u>
	31.12.2011	349.529,03 EUR

Die Erhöhung der Bilanzposition ergibt sich aus dem Zugang der Grundwassermessstelle Potsdamer Chemie Handel in der Mötzower Landstraße. Dem gegenüber stehen die Abschreibungen für Bauten auf fremden Grund und Boden.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	<u>31.12.2012</u>	<u>4.458.374,12 EUR</u>
	31.12.2011	4.458.374,12 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Kunstgegenstände	4.337,5	4.337,5	0,0
Sonst. Denkmäler	120,9	120,9	0,0
	4.458,4	4.458,4	0,0

in TEUR

Für diese Bilanzposition ergibt sich keine Veränderung. Abschreibungen werden auf Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler nicht vorgenommen.

1.2.6 Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen	<u>31.12.2012</u>	<u>3.413.805,66 EUR</u>
	31.12.2011	3.345.365,50 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Fahrzeuge	2.154,7	1.896,2	258,5
Maschinen	45,8	47,8	-2,0
Technische Anlagen	1.088,1	1.262,3	-174,2
Betriebsvorrichtungen	125,2	139,1	-13,9
	3.413,8	3.345,4	68,4

in TEUR

Zugänge bei den Fahrzeugen in Höhe von 610,9 TEUR (größtenteils für die Haupt-, Feuer- und Rettungswache) begründen den Anstieg in dieser Bilanzposition.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>31.12.2012</u>	<u>3.535.001,15 EUR</u>
	31.12.2011	3.055.514,58 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
BGA	3.110,9	2.836,1	274,8
GWG	424,1	219,4	204,7
	3.535,0	3.055,5	479,5

in TEUR

Im Wesentlichen begründet sich die Erhöhung der Bilanzposition durch Anschaffungen von PC- Technik und technischer Ausstattung von Multifunktionsräumen in Schulen.

**1.2.8 Geleistete Anzahlungen und
Anlagen im Bau**

31.12.2012 8.453.075,30 EUR
31.12.2011 3.820.536,72 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	241,5	481,2	-239,7
Anlagen in Bau			
<i>Tiefbau</i>	7.620,5	3.273,2	4.347,3
<i>Hochbau</i>	521,3	0,0	521,3
<i>Sonstige Baumaßnahmen</i>	69,8	66,1	3,7
<i>Übriges Sachanlagevermögen</i>	0,0	0,0	0,0
	8.453,1	3.820,5	4.632,6

in TEUR

Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen

Eine erforderliche Korrektur von geleisteten Anzahlungen auf Sachanlagen zur Bilanzposition 1.2.3 Grundstücke und Bauten des Infrastrukturvermögens und sonstige Sonderflächen machte Umbuchungen in Höhe von 148,6 TEUR für die Zuordnung diverser Grundstücke erforderlich.

Zudem wurde das Mediencenter im OSZ „Alfred-Flakowski“ in Betrieb genommen.

Anlagen im Bau – Tiefbau

Unter diesem Posten sind als Zugänge in 2012 im Wesentlichen (> 100 TEUR) die nachfolgenden Maßnahmen geführt:

- Rathenower Landstraße B102 2.517,5 TEUR
- Erschließung Industriegebiet Heidelberger Druckmaschinen 525,3 TEUR
- Vereinsstraße 522,7 TEUR
- Linden-, Sieber- und Petersilienstraße 480,2 TEUR
- Wredowstraße 429,6 TEUR
- Nicolaiplatz 396,0 TEUR
- Bahnhofsumfeld inkl. Parkplatz 366,3 TEUR
- Bahnhofsvorplatz 245,8 TEUR
- Burgweg 139,1 TEUR
- Straßen in Neuendorf 128,1 TEUR

Die Umbuchungen der „Anlagen im Bau – Tiefbau“ (> 100 TEUR) betreffen insbesondere die Fertigstellungen der Baumaßnahmen:

- Vereinsstraße 556,9 TEUR
- Wredowstraße 463,5 TEUR
- Straßen in Neuendorf 176,2 TEUR
- Burgweg 148,9 TEUR
- Freizeitanlage Hammerstraße 121,4 TEUR

Anlagen im Bau – Hochbau

Die Zunahme der Bilanzposition ergibt sich aus dem Bauvorhaben Nicolaipplatz Ersatzbau Kiosk.

Sonstige Baumaßnahmen

Da es sich hier um Beleuchtungsanlagen zu den „Anlagen im Bau –Tiefbau“ handelt, ist die Veränderung der Bilanzposition im Wesentlichen analog derer zu sehen.

Anlagen im Bau – Übriges Sachanlagevermögen

Hier ergibt sich keine Veränderung zum Vorjahr.

1.3	Finanzanlagevermögen	31.12.2012	302.750.922,57 EUR
		31.12.2011	302.638.835,95 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel hält die in der Anlage 2 zu diesem Anhang aufgeführten Beteiligungen, Sondervermögen und verbundenen Unternehmen.

1.3.1	Rechte an Sondervermögen	31.12.2012	217.365.419,55 EUR
		31.12.2011	217.253.332,93 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	209.512,9	209.037,6	475,3
Schwimm- und Erlebnisbad	7.852,5	8.215,7	-363,2
	217.365,4	217.253,3	112,1

in TEUR

Aus folgenden Veränderungen bezüglich der zwei Eigenbetriebe der Stadt Brandenburg an der Havel zum Stichtag 31.12.2012 ergibt sich der Wert der aktuellen Bilanzposition:

- Verlust Eigenbetrieb „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“ (Marienbad) in 2012 in Höhe von 363,2 TEUR
- Eigenbetrieb „Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel“ (GLM) Erhöhung um 475,3 TEUR durch Kapitaleinlage für Schulsanierungskredite

1.3.2 Anteile an verbundenen Unternehmen **31.12.2012** **85.308.525,08 EUR**
31.12.2011 85.308.525,08 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	27.676,7	27.676,7	0,0
TWB Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	27.448,5	27.448,5	0,0
Städtisches Klinikum Brandenburg an der Havel GmbH	30.070,6	30.070,6	0,0
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	45,2	45,2	0,0
Brandenburger Theater GmbH	25,6	25,6	0,0
PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	0,0	0,0	0,0
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	26,6	26,6	0,0
MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	15,3	15,3	0,0
	85.308,5	85.308,5	0,0

in TEUR

Für diese Bilanzposition ergibt sich keine Veränderung.

1.3.3 Mitgliedschaft in Zweckverbänden **31.12.2012** **3,00 EUR**
31.12.2011 3,00 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel ist Mitglied in folgenden Zweckverbänden:

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion	1,0	1,0	0,0
Wasser- und Abwasserzweckverband Emster	1,0	1,0	0,0
Brandenburgische Kommunalakademie	1,0	1,0	0,0
	3,0	3,0	0,0

in EUR

Die Mitgliedschaft am Zweckverband der Mittelbrandenburgischen Sparkasse (MBS) wurde aufgrund der diesbezüglich bestehenden Ausnahmegesetzgebung im BewertL Bbg nicht aufgenommen. Hier ergeben sich keine Änderungen.

1.3.4	Anteile an sonstigen Beteiligungen	<u>31.12.2012</u>	<u>76.974,94 EUR</u>
		31.12.2011	76.974,94 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel hält an folgenden Unternehmen, auf die sie keinen beherrschenden Einfluss ausübt, Anteile:

	31.12.2011	31.12.2011	Veränderung
HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH	0,0	0,0	0,0
VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	6,0	6,0	0,0
nichtbörsennotierte Aktien an der E.ON edis AG, Langewahler Straße 60, 15517 Fürstenwalde/Spree	71,0	71,0	0,0
	77,0	77,0	0,0

in TEUR

1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

Die Stadt Brandenburg an der Havel hält, außer den bei den sonstigen Beteiligungen ausgewiesenen Aktien, keine weiteren Wertpapiere des Anlagevermögens.

1.3.6	Ausleihungen	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

2	Umlaufvermögen	<u>31.12.2012</u>	<u>25.642.428,76 EUR</u>
		31.12.2011	25.802.064,79 EUR

2.1	Vorräte	<u>31.12.2012</u>	<u>303.986,35 EUR</u>
		31.12.2011	303.986,35 EUR

2.1.1	Grundstücke in Entwicklung	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

2.1.2 Sonstiges Vorratsvermögen**31.12.2012 303.986,35 EUR**

31.12.2011 303.986,35 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Rohstoffe/Fertig.material., Hilfs-, Betriebsstoffe	287,1	287,1	0,0
Waren, unfert./fert. Erzeugnisse, unfert. Leist.	16,9	16,9	0,0
	304,0	304,0	0,0

in TEUR

Für diese Bilanzposition ergibt sich keine Veränderung.

2.2 Forderungen und sonstige**31.12.2012 13.937.656,68 EUR****Vermögensgegenstände**

31.12.2011 12.279.912,44 EUR

Die zum Bilanzstichtag offenen Forderungen über insgesamt 13.937,7 TEUR wurden in Höhe von 2.351,0 TEUR einzel- und pauschal wertberichtigt. Alle zum Stichtag kameral niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von 7.165,8 TEUR wurden nicht im Jahresabschluss 2012 dargestellt, da in der Kameralistik Niederschlagungen als Sollabgänge gebucht wurden und somit de facto keine offenen zu migrierenden Forderungen existierten. Es wird eingeschätzt, dass die befristet niedergeschlagenen Forderungen bereits zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz uneinbringlich waren und die unbefristet niedergeschlagenen Forderungen auf Dauer uneinbringlich sind.

**2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und
Forderungen aus Transferleistungen****31.12.2012 11.964.793,73 EUR**

31.12.2011 9.594.577,09 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Gebühren	2.665,1	2.521,1	144,0
Beiträge	650,7	8,5	642,2
Wertberichtigungen auf Gebühren und Beiträge	-625,0	-216,6	-408,4
Steuern	1.697,3	2.055,4	-358,1
Transferleistungen	7.278,7	2.983,2	4.295,5
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	1.958,8	3.527,0	-1.568,2
Wertberichtigungen auf Steuern, Transferleistg. u sonst. öff.-rechtl. Ford	-1.660,9	-1.284,1	-376,8
	11.964,7	9.594,5	2.370,2

in TEUR

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen**31.12.2012 861.050,00 EUR**

31.12.2011 1.641.530,93 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
gegenüber dem privaten und öffentlichen Bereich	109,8	308,7	-198,9
gegenüber Sondervermögen	555,3	1.046,5	-491,2
gegenüber verbundene Unternehmen	222,7	317,8	-95,1
gegenüber Zweckverbände	38,3	49,5	-11,2
gegenüber sonstige Beteiligungen	0,0	0,0	0,0
Wertberichtigungen auf privatrechtliche Forderungen	-65,1	-81,0	15,9
	861,0	1.641,5	-780,5

in TEUR

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände**31.12.2012 1.111.812,95 EUR**

31.12.2011 1.043.804,42 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Forderungen gegenüber dem Finanzamt aus Betrieben gewerblicher Art	829,7	842,0	-12,3
Debitorische Kreditoren	139,8	175,7	-35,9
sonstige	142,3	26,1	116,2
	1.111,8	1.043,8	68,0

in TEUR

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens**31.12.2012 0,00 EUR**

31.12.2011 0,00 EUR

2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, 31.12.2012 11.400.785,73 EUR
Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks 31.12.2011 13.218.166,00 EUR

Der Bestand zum 31.12.2012 entspricht dem Bestand der Gesamtfinanzzrechnung 2012 (vgl. Punkt V.).

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
MBS	-1.211,9	9.177,4	-10.389,3
Brandenburger Bank	7,7	15,0	-7,3
Postbank	91,2	92,0	-0,8
Deutsche Bundesbank	45,3	42,5	2,8
SEB KK Zinsen	7,9	17,1	-9,2
Tagesgeld MBS	8.660,0	0,0	8.660,0
Tagesgeld MBS 2	3.715,2	3.799,6	-84,4
Sperrkonto Gewährleistungseinbehalte	1,4	1,4	0,0
Sozialhilfekonto MBS	63,4	52,9	10,5
Bargeldbestand aus Handkassen und Kassenautomat	20,6	20,3	0,3
Commerzbank	0,0	0,0	0,0
HypoVereinsbank Giro („Cap“)	0,0	0,0	0,0
Deutsche Kreditbank	0,0	0,0	0,0
	11.400,8	13.218,2	-1.817,4

in TEUR

3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten 31.12.2012 49.715.285,26 EUR
31.12.2011 48.978.209,82 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
RAP aus Zahlungen	3.488,5	4.716,0	-1.227,5
RAP aus geleisteten Zuwendungen Invest	46.288,9	44.039,0	2.249,9
RAP aus geleisteten Zuwendungen	-62,1	223,3	-285,4
	49.715,3	48.978,3	737,0

in TEUR

Der Anstieg der Bilanzposition resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der geleisteten Investitionszuwendungen an Dritte, soweit diese mit einer mehrjährigen Zweckbindung bzw. einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung des Zuwendungsempfängers verbunden sind. Dagegen stehen die Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer der Investitionszuwendungen. Bei den wesentlichen Maßnahmen in 2012 handelt es sich um:

- Förderungen Schulen 1.106,5 TEUR
- Förderungen Kindertagesstätten 1.038,0 TEUR
- Zuschuss an Dritte im Rahmen der Stadterneuerung 1.764,6 TEUR

Passiva

1	Eigenkapital	<u>31.12.2012</u>	<u>75.248.223,85 EUR</u>
		31.12.2011	81.919.607,31 EUR

1.1	Basis-Reinvermögen	<u>31.12.2012</u>	<u>85.791.020,94 EUR</u>
		31.12.2011	85.791.020,94 EUR

Das Basis-Reinvermögen ergab sich im Rahmen der Eröffnungsbilanz rechnerisch als Saldo der Aktiv- und Passivseite der Bilanz. Es handelt sich somit um einen Bilanzposten, der nur einmalig im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildet wird und unverändert bestehen bleibt, sofern nicht nachträgliche Änderungen der Eröffnungsbilanz erforderlich werden.

Entsprechend der Vorschriften des § 141 Abs. 21 BbgKVerf können Berichtigungen des Basisreinvermögens letztmals im Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2024 vorgenommen werden. Die Eröffnungsbilanz gilt dann als geändert.

Auch mit dem Jahresabschluss 2012 ergaben sich keine fehlerhaften oder fehlenden Wertansätze über der festgelegten Wesentlichkeitsgrenze, so dass keine Änderung der Eröffnungsbilanz vorgenommen werden musste.

1.2	Rücklagen aus Überschüssen	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

Sofern die Ergebnisrechnungen vorhergehender Haushaltsjahre bzw. das Jahresrechnungsergebnis einen Überschuss ausweisen, ist dieser der Rücklage aus Überschüssen zuzuführen. Für die Stadt Brandenburg an der Havel wurden keine Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses bzw. des außerordentlichen Ergebnisses erzielt.

1.2.1	Sonderrücklage	<u>31.12.2012</u>	<u>6.731.425,17 EUR</u>
		31.12.2011	9.047.604,33 EUR

Es wurde für nicht verbrauchte Mittel aus der Investitionspauschale (investive Schlüsselzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz des Landes) eine Sonderrücklage gemäß § 25 Satz 2 KomHKV in der Eröffnungsbilanz gebildet.

Im Haushaltsjahr 2012 wurden nicht verbrauchte investive Schlüsselzuweisungen in Höhe von 166,4 TEUR der Sonderrücklage zugeführt. Dem gegenüber steht die Auflösung von investiven Schlüsselzuweisungen für getätigte Investitionen in Höhe von 2.482,6 TEUR. Entsprechend reduzierte sich die Sonderrücklage im Haushaltsjahr 2012 um 2.316,2 TEUR.

1.2.2 Fehlbetragsvortrag	<u>31.12.2012</u>	<u>-17.274.222,26 EUR</u>
	31.12.2011	-12.919.017,96 EUR

Entsprechend der Vorschriften des § 26 KomHKV sind im doppelischen Jahresabschluss verbleibende Fehlbeträge/Überschüsse aus dem ordentlichen Ergebnis und aus dem außerordentlichen Ergebnis getrennt als Fehlbeträge bzw. Überschüsse darzustellen.

1.2.2.1 Fehlbetrag aus ordentlichem Ergebnis	<u>31.12.2012</u>	<u>-17.279.779,26 EUR</u>
	31.12.2011	-12.919.017,96 EUR

1.2.2.2 Fehlbetrag aus außerordentlichem Ergebnis	<u>31.12.2012</u>	<u>5.557,00 EUR</u>
	31.12.2011	0,0 EUR

Wie unter Punkt V. "Darstellung der wichtigsten Positionen des Ergebnishaushaltes" erläutert, schließt die Stadt Brandenburg an der Havel das Haushaltsjahr 2012 mit einem Gesamtfehlbetrag aus dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4.360,8 TEUR sowie einem Überschuss aus dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 5,6 TEUR ab. Es wurden mehr außerordentliche Erträge erzielt als außerordentlichen Aufwendungen gebucht wurden.

Somit erhöht sich der Gesamtfehlbetrag der Stadt Brandenburg an der Havel im Haushaltsjahr 2012 um 4.355,2 TEUR auf 17.274,2 TEUR.

2 Sonderposten	<u>31.12.2012</u>	<u>160.235.941,01 EUR</u>
	31.12.2011	160.442.837,17 EUR

2.1 Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand	<u>31.12.2012</u>	<u>127.555.048,12 EUR</u>
	31.12.2011	135.612.756,25 EUR

Gemäß § 47 Abs. 4 KomHKV werden in diesem Posten die erhaltenen zweckgebundenen Zuweisungen für die Anschaffung oder für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens von staatlichen und sonstigen öffentlichen Stellen ausgewiesen. Die Minderung der Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand in Höhe von 8.057,7 TEUR resultiert aus Auflösungen, die die Zugänge im Haushaltsjahr 2012 übersteigen.

2.2	Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen	<u>31.12.2012</u>	<u>10.668.388,30 EUR</u>
		31.12.2011	10.438.068,67 EUR

Diese Sonderposten betreffen im Wesentlichen die von der Gemeinde erhobenen Beiträge nach dem Baugesetzbuch sowie dem Kommunalabgabengesetz.

Die Auflösung der Sonderposten erfolgte entsprechend der Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstandes. Zudem wurden im Haushaltsjahr 2012 KAG-Beiträge in Höhe von 993,1 TEUR gebucht.

2.3	Sonstige Sonderposten	<u>31.12.2012</u>	<u>6.214.261,63 EUR</u>
		31.12.2011	6.676.208,47 EUR

Unter diesem Posten werden Sonderposten für Schenkungen und unentgeltliche Übertragungen passiviert. Die Minderung in Höhe von 461,9 TEUR resultiert im Wesentlichen aus der Auflösung der Sonderposten entsprechend der Nutzungsdauer.

2.4	Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	<u>31.12.2012</u>	<u>15.798.242,96 EUR</u>
		31.12.2011	7.715.803,78 EUR

Korrespondierend zu Punkt 1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau werden in diesem Posten die erhaltenen und noch nicht vollständig verwendeten zweckgebundenen Zuweisungen für die Anschaffung oder für die Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens passiviert. Die Erhöhung im Haushaltsjahr 2012 um 8.082,4 TEUR resultiert aus den Zuweisungen von Fördermitteln für die Anschaffung bzw. für die Herstellung der Vermögensgegenstände sowie der für 2012 erhaltenen investiven Schlüsselzuweisung.

Demgegenüber stehen die Reduzierungen aus der Inbetriebnahme von Anlagen und der entsprechenden Zuordnung der Sonderposten bzw. der Rückzahlung von Fördermitteln.

3	Rückstellungen	<u>31.12.2012</u>	<u>128.672.445,63 EUR</u>
		31.12.2011	133.067.974,80 EUR

3.1	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	<u>31.12.2012</u>	<u>55.739.857,11 EUR</u>
		31.12.2011	55.278.317,57 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Pensionsrückstellungen	29.075,3	27.159,8	1.915,5
Beihilferückstellungen	13.502,5	12.543,9	958,6
Rückstellg. für die Freistellungsphase i.R.v Altersteilzeit und ähnl. Maßnahmen	13.162,1	15.574,6	-2.412,5
	55.739,9	55.278,3	461,6

in TEUR

Die Pflicht zur Bildung von Pensionsrückstellungen besteht ungeachtet der Tatsache, dass die Stadt Brandenburg an der Havel Pflichtmitglied im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg (KVBbg) ist. Der Ansatz von Pensionsrückstellungen in der Bilanz der Stadt Brandenburg an der Havel trotz der Pflichtmitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg beruht auf der Tatsache, dass der individuelle Versorgungsanspruch des einzelnen Beamten weiterhin gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel besteht. Die Anwartschaften der Versorgungsberechtigten gehen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften nicht auf den Kommunalen Versorgungsverband über, und zwar unabhängig davon, ob die gemeindlichen Beiträge oder Prämien auf der Grundlage eines Umlageverfahrens oder eines Kapitaldeckungsprinzips gezahlt werden.

Die Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen beinhalten die zu zahlenden Aufstockungsbeiträge sowie die aktuellen Erfüllungsrückstände. Während der Beschäftigungsphase erhalten die Mitarbeiter/innen nur einen Teil ihrer Vergütung. Da die Kommune verpflichtet ist, an die Mitarbeiter/innen in der sich anschließenden Freistellungsphase weiterhin Teilzeitvergütung zu zahlen, entsteht dieser Erfüllungsrückstand.

Bei Mitarbeiter/innen, die bei Altersteilzeit noch in der Arbeitsphase sind, werden weiterhin Erfüllungsrückstände der Altersteilzeitverpflichtungen zugeführt, bei Mitarbeiter/innen in der Freistellungsphase werden Erfüllungsrückstände in Anspruch genommen.

Die Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen begründet sich durch die Zuführung in Höhe von 2.874,1 TEUR zu den Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Gegenläufig reduzieren sich die Rückstellungen bei Altersteilzeit um 2.412,5 TEUR.

3.2	Rückstellungen für unterlassene	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
	Instandhaltungen	31.12.2011	0,00 EUR

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wurden im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 nicht gebildet.

3.3	Rückstellungen für die Rekultivierung	<u>31.12.2012</u>	<u>22.719.997,38 EUR</u>
	und Nachsorge von Abfaldeponien	31.12.2011	24.140.280,59 EUR

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bis zum Jahr 2005 zu Zwecken der kommunalen Abfallentsorgung genutzten Deponie Fohrde wurde zum Eröffnungsbilanzstichtag eine Rückstellung in Höhe von 25.224,9 TEUR gebildet. Im Haushaltsjahr 2012 wurde aus dieser Rückstellung (analog 2011) der Aufwandsbedarf in Höhe von 140,5 TEUR und Mittel in Höhe von 1.279,8 TEUR in den Abgang gestellt, da sich der Rücklagenbedarf für die Sicherung der Deponie verringert hat.

3.4	Rückstellungen für die Sanierung	<u>31.12.2012</u>	<u>12.771.531,12 EUR</u>
	von Altlasten	31.12.2011	13.657.194,02 EUR

Für die Sanierung von Altlasten wurden nach vernünftiger Beurteilung der Aufwendungen, die durch die Beseitigung der Altlasten voraussichtlich entstehen werden, Rückstellungen in der Eröffnungsbilanz gebildet. Entsprechend des Sanierungsfortschrittes verringerten sich die Rückstellungen im Haushaltsjahr 2012 durch folgende Inanspruchnahmen.

- Sanierung Packhof und Grundwasser-Monitoring (Eigenanteil Stadt) 23,0 TEUR
- Sanierung PCH 464,6 TEUR
- Sanierung, Grundwasser-Monitoring Gasgeneratorenanlage Kirchmöser 396,5 TEUR
- Sanierung, Grundwasser-Monitoring Ascheluch Kraftwerk Kirchmöser 1,5 TEUR

3.5 Sonstige Rückstellungen**31.12.2012 37.441.060,02 EUR**

31.12.2011 39.992.182,62 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Ungewisse Verbindlichkeiten i.R.d. Finanzausgleichs und Steuerschuldverhältnissen	56,5	26,6	29,9
Drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	277,9	309,4	-31,5
Weitere ungewisse Verbindlichkeiten, die vor dem Bilanzstichtag wirtschaftlich begründet wurden	32.532,1	34.078,3	-1.546,2
Überschüsse aus Gebühren und Entgelten	3.239,6	3.654,3	-414,7
Schadenersatz	39,0	39,0	0,0
Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz	1.012,7	1.570,5	-557,8
Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses	0,0	102,5	-102,5
Überstunden/ Gleitzeit	121,4	126,3	-4,9
nicht genommener Urlaub	161,9	85,2	76,7
	37.441,1	39.992,1	-2.551,0

in TEUR

Die sonstigen Rückstellungen reduzierten sich im Haushaltsjahr 2012 um 2.551,0 TEUR.

Die Rückstellung für weitere ungewisse Verpflichtungen, die vor dem Bilanzstichtag begründet wurden, beinhaltete zum Bilanzstichtag 31.12.2011 im Wesentlichen den Bewirtschaftungsverlust aus den BAVARIA-Verträgen bis zum Ende des Generalverwaltervertrages 2028 in Höhe von 28.474,6 TEUR. Davon wurden im Haushaltsjahr 2012 Mittel in Höhe von 1.576,5 TEUR in Anspruch genommen.

Die aus der Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien entnommene Rückstellung aus der Abrechnung des Gebührenhaushaltes 2010 in Höhe von 1.455,0 TEUR dient hier der Entlastung der Bürger der Stadt Brandenburg an der Havel. Weitere wesentliche Minderungen ergeben sich aus der Auflösung der Rückstellung für Gebührenüberdeckung Regenwasser 2010 in Höhe von 618,5 TEUR sowie aus der Inanspruchnahme der Überschüsse 2009 / 2010 aus Straßenreinigungs- und Winterdienstgebühren in Höhe von 274,9 TEUR. Demgegenüber stehen die Zuführungen aus Gebührenüberdeckungen des Jahres 2013 in Höhe von 1.933,7 TEUR.

Zudem wurden Rückstellungen für Aufstellung und Prüfung der Eröffnungsbilanz in Höhe von 557,8 TEUR aufgelöst.

4	Verbindlichkeiten	<u>31.12.2012</u>	<u>199.125.612,47 EUR</u>
		31.12.2011	194.838.640,87 EUR

Als Verbindlichkeiten werden die Verpflichtungen der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung einer Geldleistung dargestellt.

4.1	Anleihen	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

4.2	Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	<u>31.12.2012</u>	<u>32.146.518,31 EUR</u>
		31.12.2011	36.224.566,92 EUR

Zum Stichtag erfolgte ein Abgleich mit den Saldenbestätigungen der Kreditinstitute. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe der Rückzahlungsverpflichtungen ausgewiesen. Die Reduzierung der Verbindlichkeiten zum 31.12.2012 resultiert aus der Tilgung der Kreditverbindlichkeiten.

4.3	Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kassenkrediten	<u>31.12.2012</u>	<u>150.000.000,00 EUR</u>
		31.12.2011	140.000.000,00 EUR

Der Bestand an Kassenkrediten zum 31.12.2012 betrug 150.000,0 TEUR. Auch hier erfolgte ein Abgleich mit den Saldenbestätigungen der Kreditinstitute. Der tatsächliche Liquiditätsbedarf machte eine Erhöhung um 10.000,0 TEUR erforderlich.

4.4	Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

4.5	Erhaltene Anzahlungen	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
		31.12.2011	0,00 EUR

4.6	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	<u>31.12.2012</u>	<u>2.518.610,32 EUR</u>
		31.12.2011	3.280.672,15 EUR

4.7	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	<u>31.12.2012</u>	<u>3.847.791,67 EUR</u>
		31.12.2011	2.979.791,29 EUR

4.8	Verbindlichkeiten gegenüber	<u>31.12.2012</u>	<u>1.701.150,44 EUR</u>
	Sondervermögen	31.12.2011	3.269.371,21 EUR

Der Ausweis der Verbindlichkeiten hat in der Bilanz vorrangig - vor dem Ausweis nach der Art der Verbindlichkeit - nach dem Adressaten (Gläubiger) zu erfolgen. Insofern handelt es sich um verschiedenartige Verbindlichkeiten der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber den Eigenbetrieben GLM und Marienbad.

4.9	Verbindlichkeiten gegenüber	<u>31.12.2012</u>	<u>6.195.121,46 EUR</u>
	verbundenen Unternehmen	31.12.2011	6.549.879,30 EUR

4.10	Verbindlichkeiten gegenüber	<u>31.12.2012</u>	<u>1.278,00 EUR</u>
	Zweckverbänden	31.12.2011	463,00 EUR

4.11	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen	<u>31.12.2012</u>	<u>0,00 EUR</u>
	Beteiligungen	31.12.2011	0,00 EUR

4.12	Sonstige Verbindlichkeiten	<u>31.12.2012</u>	<u>2.715.142,27 EUR</u>
		31.12.2011	2.533.897,00 EUR

Bei diesen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Zahlungsverpflichtungen aus debitorischen Kreditoren und kreditorischen Debitoren, sowie aus der Abführung von Lohnsteuer.

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 181,2 TEUR erhöht.

5	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	31.12.2012	48.341.017,79 EUR
		31.12.2011	45.020.649,36 EUR

	31.12.2012	31.12.2011	Veränderung
Übrige RAP Invest.	41.630,8	39.254,7	2.376,1
Übrige RAP	4.727,1	4.621,4	105,70
Erhaltene Anzahlung übrige RAP	1.983,2	1.144,6	838,6
	48.341,1	45.020,7	3.320,4

in TEUR

Die Erhöhung der Bilanzposition resultiert im Wesentlichen aus eingegangenen Zuwendungen, welche in späteren Rechnungsperioden als Investitionszuschüsse an Dritte weitergeleitet werden.

Unter der Position Übrige Rechnungsabgrenzungsposten sind im Wesentlichen die Grabnutzungsentgelte in Höhe von 3.122,2 TEUR passiviert, welche für einen vertraglich vereinbarten Zeitraum im Voraus geleistet wurden.

V. Erläuterungen zu den Posten der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung

Im Folgenden werden die Erläuterungen gemäß § 58 Abs. 2 Nr. 3 KomHKV zu den einzelnen Positionen der Ergebnisrechnung mit wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr vorgenommen.

Darstellung der wichtigsten Positionen des Ergebnishaushaltes

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
10	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	214.026,6	207.591,0
17	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	220.083,0	217.930,9
18	Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-6.056,4	-10.339,9
21	Finanzergebnis	1.695,6	-2.579,1
22	ordentliches Jahresergebnis	-4.360,8	-12.919,0
25	außerordentliches Jahresergebnis	5,6	0,0
26	Gesamtüberschuss/-fehlbetrag	-4.355,2	-12.919,0

in TEUR

Das Haushaltsjahr 2012 wurde in der Stadt Brandenburg an der Havel mit einem Gesamtfehlbetrag in Höhe von 4.355,2 TEUR abgeschlossen. Dieser errechnet sich aus dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 6.056,4 TEUR sowie aus den Überschüssen des Finanzergebnisses in Höhe von 1.695,6 TEUR und dem außerordentlichen Jahresergebnis in Höhe von 5,6 TEUR. Damit erhöht sich der Gesamtfehlbetrag der Stadt Brandenburg an der Havel auf 17.274,2 TEUR.

Darstellung der wichtigsten Positionen des Finanzhaushaltes

Die Finanzrechnung bildet gemäß § 55 KomHKV die eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen, getrennt nach laufender Verwaltungs-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit ab.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des Jahresabschlusses 2012 für den Finanzhaushalt dargestellt.

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis 2012	Ergebnis 2011
9	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	203.562,2	185.141,6
15	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	206.179,8	207.177,0
16	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-2.617,6	-22.035,4
24	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	11.491,6	25.078,9
32	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	16.642,0	19.077,9
33	Saldo aus Investitionstätigkeit	-5.150,4	6.001,0
34	Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-7.768,1	-16.034,4
43	Saldo aus der Finanzierungstätigkeit	5.922,0	6.509,2
47	Veränderung des Bestands an eigenen Zahlungsmitteln	-1.846,1	-9.525,2
48	Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	13.218,2	22.538,0
49	Bestand an fremden Zahlungsmitteln	28,7	205,4
50	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	11.400,8	13.218,2

in TEUR

Der Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 7.768,1 TEUR errechnet sich aus dem Fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 2.617,6 TEUR und dem negativen Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 5.150,5 TEUR.

Zusammen mit dem positiven Saldo aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 5.922,0 TEUR ergibt sich eine negative Veränderung des Bestandes an eigenen Zahlungsmitteln in Höhe von 1.846,1 TEUR.

Unter Berücksichtigung des Bestandes an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres 2012 verringerte sich insgesamt der Zahlungsmittelbestand der Stadt Brandenburg an der Havel zum 31.12.2012 auf 11.400,8 TEUR.

VI. Ergänzende Angaben

Grundstücke, für die die Vermögenszuordnung noch nicht abgeschlossen ist

Im Rahmen der Vermögensbewertung gibt es keine Fälle von ungeklärten Eigentumsverhältnissen.

Sachverhalte, aus denen sich zukünftig finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Zum Bilanzstichtag bestehen nachfolgend aufgeführte Haftungsverhältnisse aus der Übernahme von Ausfallbürgschaften:

Tochterorganisation, für die die Stadt Brandenburg an der Havel bürgt	Betrag der Haftungssumme zum 31.12.2012	Betrag der Haftungssumme zum 31.12.2011
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel	1.749,9 TEUR	1.902,1 TEUR
Städtisches Klinikum (Bürgschaft ggü. MBS)	750,0 TEUR	1.500,0 TEUR
Städtisches Klinikum (Bürgschaft ggü. ILB)	750,0 TEUR	1.500,0 TEUR

Die Haftungsverhältnisse schmelzen entsprechend der Tilgung der Darlehen ab. Hinweise auf drohende oder bestehende Inanspruchnahmen der Stadt Brandenburg an der Havel als Bürgin, die zu bilanzieren wären, bestehen zum Jahresabschluss 2012 nicht.

Verpflichtende Verträge

Für die Stadt Brandenburg an der Havel ergeben sich finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen, Vereinbarungen und Zuwendungsbescheiden, die bis zum Bilanzstichtag 31.12.2012 geschlossen wurden, u. a. aus dem Betreibervertrag mit der BRAWAG, Abfallentsorgungsverträgen, Softwarewartungsverträgen, Miet- und Leasingverträgen, Versicherungsverträgen.

Darüber hinaus bestehen noch weitere Verträge in den verschiedenen Bereichen, die in der Vertragsdatenbank erfasst, jedoch vom Wertumfang im Verhältnis unwesentlich sind.

Als Wesentlichkeitsgrenze (Ausweisungsgrenze) wurde dabei eine jährliche Zahlungsverpflichtung der Stadt von 5,0 TEUR und mehr pro Vertrag definiert.

Gesamtbetrag der nicht in der Bilanz ausgewiesenen mittelbaren Pensionsverpflichtungen

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat für die mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung der tariflich Beschäftigten von dem Passivierungswahlrecht gem. Art. 28 Abs. 1 Satz 2 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) Gebrauch gemacht.

Da die Leistung aus mittelbaren Pensionsverpflichtungen im Solidarverbund durch die Umlagegemeinschaft finanziert werden, wurde der Gesamtbetrag der Unterdeckung für alle Mitglieder der Umlagegemeinschaft auf die einzelnen Mitglieder im Verhältnis der anteiligen Umlagebemessungsgrundlage unter Berücksichtigung der restlichen Aktivitätsdauer der beitragspflichtigen Arbeitnehmer aufgeteilt.

Der Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurde vom Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg nach einem landeseinheitlichen Verfahren zum Stichtag 31.12.2012 in Höhe von **4.898,9 TEUR** ermittelt.

Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Anders als in der Kameralistik belasten Übertragungen von Haushaltsermächtigungen das neue und nicht das alte Haushaltsjahr. Die Übertragung vom Haushaltsjahr 2011 in das Haushaltsjahr 2012 erfolgte technisch unter Ausweisung der übertragenen Mittel als "Haushaltsausgaberes". Diese werden in den jeweiligen Budgets separat ausgewiesen.

Es wird auf die Anlage 3 zu diesem Anhang verwiesen.

Übersicht über die von der Stadt Brandenburg an der Havel bewirtschafteten Treuhandmittel und Stiftungsvermögen

Die Stadt bewirtschaftet unmittelbar keine entsprechenden Mittel. Vermögensverwaltungen im Rahmen der Amtsvormundschaft werden hier nicht abgebildet.

Nicht fristgerechte Verwendung von Fördermitteln und die daraus entstehenden Zinsen für die Programme der Stadterneuerung

Für die Programme der Stadterneuerung (Städtebaulicher Denkmalschutz, Stadtumbau sowie Soziale Stadt) müssen gemäß Nr. 15.1.4 StBauFR bei nicht fristgerechter bzw. gemäß Nr. 15.1.10 StBauFR bei nicht zweckentsprechend eingesetzter Verwendung der ausgezahlten Zuwendungen Zinsen ans Land gezahlt werden. Ausführliche Regelungen zur Verzinsung, u.a. zur Ermittlung des Zinsanspruches, finden sich in den Nebenbestimmungen für die Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen (NBest-StbauFR'15). Die Gründe, warum Mittel nicht fristgerecht eingesetzt werden konnten (keine Verwendung innerhalb von

zwei Monaten nach Auszahlung) sind vielfältig und reichen von haushalterischen Zwängen (Ausschreibungen/Abschluss von Vereinbarungen mit privaten Dritten erst, wenn die Finanzierung gesichert ist) bis hin zu Verzögerungen im Bauablauf.

Die abgerufenen, nicht verbrauchten Fördermittel werden zum Jahresabschluss als passive Rechnungsabgrenzungsposten bzw. Anzahlungen auf Sonderposten passiviert sowie die entsprechenden Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen in das Folgejahr übertragen.

Im Haushaltsjahr 2012 wurden im Teilhaushalt 511.02 „Vorbereitung und Durchführung der Stadterneuerung“ Zinszahlungen in Höhe von 349,2 TEUR verbucht.

Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat nachfolgend aufgeführte 12 BgA gemäß § 4 Abs. 1 Körperschaftsteuergesetz.

- EDV Dienstleistungen
- Betreuung Dritter
- Stadthafen
- Vermietung Rolandsaal und Rolandzimmer
- Vermietung Kirchenschiff Paulikloster
- Vermessung nach HOAI
- Luftbilder
- Verkehrswertgutachten
- Friedenswarte
- Bodendenkmale
- Duales System
- Personalstellung BUGA

Diese stellen keine eigenständigen Organisationseinheiten dar, sondern dienen der Abgrenzung steuerlich zu erfassender Leistungen.

Anlagen zum Anhang:

1. Abschreibungstabelle der Stadt Brandenburg an der Havel
2. Übersicht über die wirtschaftliche Betätigung
3. Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen auf Produktbereichen

Brandenburg an der Havel, den

Detlef Reckow
Kämmerer

Abschreibungstabelle der Stadt Brandenburg an der Havel

	Bezeichnung	ND
A	Abfallkörbe	10
	Abfalltonnen / - container	10
	Abfallcontainer Unterflur	15
	Abrollbehälter (Feuerwehr)	15
	Absaugpumpen	6
	Abschleppmatte (zum Hartplatz abziehen)	5
	Abw.-Reinig.-Anl., biolog.Stufe, masch.Teil d. BelebungsAnl. mit Druckbelüftung	12
	Abw.-Reinig.-Anl., biolog.Stufe, masch.Teil d. BelebungsAnl. mit Oberflächenbelüfter	10
	Abwasserhebeanlagen, baulicher Teil:	30
	Abwasserhebeanlagen, maschineller Teil, sonstige Pumpen	8
	Abwasserhebeanlagen, maschineller Teil: Schneckenpumpen	15
	Abwasserkanäle	50
	Abwasserreinigungsanlagen, biol. Stufe, masch. Teil des Nachklärbeckens	12
	Abwasserreinigungsanlagen, biol.Stufe, masch. Teil der Tropfkörperanlage	20
	Abwasserreinigungsanlagen, biologische Stufe, baulicher Teil:	30
	Abwasserreinigungsanlagen, mech. Stufe, masch. Teil der Rechenanlage	10
	Abwasserreinigungsanlagen, mech. Stufe, masch. Teil des Sandfanges	8
	Abwasserreinigungsanlagen, mech.Stufe, masch. Teil des Absetzbeckens	12
	Abwasserreinigungsanlagen, mechanische Stufe, baulicher Teil:	30
	Abwasserreinigungsanlagen, Schaltwerte, elektrischer Teil:	10
	Adressiermaschinen	10
	Akkumulatoren - Batterien	8
	Aktenvernichter	10
	Alarmanlagen	15
	Amphibienleiteinrichtung	30
	Anhänger (PKW / LKW)	8
	Anrufbeantworter	5
	Anzeigetafel (elektronisch)	15
	Arbeitsplatte	15
	Asphaltwege	20
	Astzerkleinerer	6
	Atemschutzgerät	8
	Atemschutzübungsstrecke (Feuerwehr)	30
	Atmungsgeräte	5
	Audiovisuelle Geräte (Fernseher, Audio, Video usw.)	7
	Aufenthaltsgebäude Holzkonstruktion	20
	Aufenthaltsgebäude, massiv	80
	Aufenthaltsgebäude, teilmassiv	40
	Aufrufanlage	10
	Aufsitzrasenmäher	6
	Aufzugsanlagen	15
	Ausfahrtvorrichtungen (elekt. Einfahrtstore)	8
	Außenbeleuchtung	10
	Außenbord-Bootsmotor	8
	Autohebebühne	8
	Autosampler	8
	Autotelefone	5
B	Babywaage	10
	Badeanstalten, künstl. angelegte Badebecken	30
	Badehallen und -häuser, massiv	80
	Badehallen und -häuser, teilmassiv	40
	Badekabinen, Holzkonstruktion	20
	Badekabinen, massiv	80
	Badekabinen, teilmassiv	40
	Bädereinrichtungen	10
	Baggerlader	8
	Bahnübergangsanlage (Lichtsignal)	15
	Bahrwagen	10
	Ballfangzaun Metall	20
	Bandlaufwerke	5
	Bänke aus Holz	8
	Bänke aus Metall oder Kunststoff	20
	Bänke aus Stein, Mauerwerk	30
	Baracken , Holzkonstruktion	20
	Baracken, teilmassiv	40
	Baulicher Teil Kompostieranlage	25
	Baustellensicherungsgeräte	3
	Baustellensicherungshänger	6
	Baustellenwagen	10
	Be- und Entlüftungsanlagen (Klimaanlagen)	8
	Be- und Entlüftungsgerät	8
	Be- und Verarbeitungsmaschinen	10
	Beamer	5
	Beatmungsgeräte	6

	Bezeichnung	ND
	Beckeneinstiegsleitern	20
	Beckenreiniger	10
	Beleuchtung, außen	10
	Beleuchtung, Bühne	20
	Beleuchtung, Straße	20
	Beleuchtung, Flutlichtanlage	20
	Beleuchtungsanlagen	10
	Belüftergerät für Rasen	10
	Benzinabscheiderwagen	7
	Beregnungsanlage, mobil	8
	Beregnungsanlage, stationär	10
	Beschallungsanlage	10
	Bestuhlung von Trauerhallen	20
	Betonmischer	6
	Betreuungskraftwagen	15
	Betriebsfunk-, Sprechanlagen	8
	Betten	15
	Bewegliche Kunstgegenstände	0
	Biegemaschinen	10
	Blitzschutzanlagen	80
	Bodenbelüfter	10
	Bohrhämmer	6
	Bohrmaschinen (mobil)	6
	Bohrmaschinen (stationär)	10
	Bolzplätze (rote Erde)	10
	Bootsanhänger	8
	Briefkastenanlage	12
	Brücken, Holzkonstruktion	20
	Brücken, Mauerwerk oder Beton	80
	Brücken, Stahlkonstruktion	70
	Brunnen, Zierbrunnen u. dgl. aus Holz	10
	Brunnen, Zierbrunnen u. dgl. aus Metall oder Kunststoff	20
	Brunnen, Zierbrunnen u. dgl. aus Stein oder Mauerwerk	30
	Brunnen, zur Wassergewinnung	20
	Brutschränke	10
	Bücher	3
	Bühnenausstattung	15
	Bühnenbeleuchtungs-Stellwerk	20
	Bühnenpodium, versenkbar	15
	Bühnenzubehör	20
	Büroausstattung / Büromöbel	15
	Bürocontainer	8
	Bürogebäude, massiv	80
	Bürogebäude, teilmassiv	40
	Büromaschinen	8
	Buschhacker	6
C	Cardiotokographen	8
	Chirurgisches Besteck	6
	Chlorgas-Dosiergerät	15
	CO 2- Füllanlage	8
	Computertomographen	8
	Container	10
D	Dampfversorgungsleitungen	15
	Datenkabelnetz	10
	Defibrillatoren	6
	Dialysegeräte	8
	Digitalisiertische	5
	Diktiergeräte	8
	Dosierpumpe (Druckerhöhungsgerät)	10
	Drehbänke	15
	Drehbühnen	15
	Drehleiter	15
	Dreiseitenkipper	8
	Drucker (Nadel-, Matrix-, Tintenstrahl- und Laserdrucker)	5
	Druckereimaschinen	10
	Druckerhöhungsanlagen	20
	Druckrohrleitungen für Abwasser	30
	Druckrohrleitungen für Sickerwasser	15
	Durchlauferhitzer	8
	DV-Anlagen (Anlagen der mittl. Datentechnik)	5
	DV-Anlagen (Großrechneranlagen)	5
	Dynamomaschinen und Elektromotoren	15
E	Empfangstresen	10
	Einäscherungsöfen	20
	Einbauspinde	10
	Einfriedungen aus Holz	8

	Bezeichnung	ND
	Einfriedungen aus Mauerwerk und Beton	30
	Einfriedungen, aus Eisen mit Sockel	20
	Einfriedungen, aus Draht	10
	Eingangshallen (Freibäder)	40
	Einsatzleitwagen	15
	Eisbearbeitungsmaschinen	10
	Eiserner Vorhang	40
	Eiserner Vorhang, mechanischer Teil d. Vorhänge	40
	Eiserzeuger	10
	Eislaufhallen	30
	EKG-Gerät	6
	Elektrofahrzeuge	10
	Elektrokarren	10
	Elektrotherapiegeräte	8
	Endoskopiegeräte	8
	Entlüftungsanlagen	8
	Entnebelungsanlagen	15
	Entwässerungssystem Kompostwerk	15
	Erdböhrer	6
	Erdfräse	5
	Erdspeicher	10
	Erste Hilfe-Schränke	10
	Experimentiertisch	15
F	Fahrrad	7
	Fahrradständer, offen	10
	Fahrradständer, überdacht	15
	Fahrzeughallen, Holzkonstruktion	20
	Fahrzeughallen, massiv	80
	Fahrzeughallen, teilmassiv	40
	Fäkalienwagen	8
	Faxgeräte	5
	Fernschreiber	5
	Fernsehapparat	7
	Fernsprechnebenstellenanlage	10
	Fernsprechzentralen mit Anschlüssen	10
	Feuerlöschfahrzeug	15
	Feuerlöschgeräte	8
	Feuerlöschgeräte (Handdrucklöschpistole)	6
	Feuerlöschgeräte (Handfeuerlöschgerät)	6
	Feuermeldeanlagen	10
	Feuerwehrgerätehäuser, massiv	80
	Feuerwehrgerätehäuser, teilmassiv	40
	Feuerwehrleitern (mechanisch)	15
	Feuerwehrrschränke	10
	Feuerwehrrschutzanzug (Gas-Säure-Kontaminations-Schutzanzug)	3
	Filmentwicklungsmaschinen	10
	Filteranlage	15
	Flip-Chart	5
	Flüssigkeitssauger	10
	Flutlichtanlage	20
	Frankiermaschinen	6
	Fräsmaschinen, stationär	10
	Freileitungen für Strom	20
	Freischneider	3
	Friedhofsbagger	8
	Friedhofskapellen	80
	Friedhofskreuze	20
	Fugenschneidegerät	6
	Funkalarmempfänger	6
	Funkanlagen	6
	Funkgerät	6
	Funksprechgerät/Handfunksprechgerät	6
	Funktelefon	5
G	Gabelstapler	8
	Garagen, Holz- und Blechkonstruktion	20
	Garagen, massiv	80
	Garagen, teilmassiv	40
	Garderobenausstattung	10
	Gartenmöbel	8
	Gaschromatograph	10
	Gasleitungen	40
	Gaststätten, massiv	80
	Gaststätten, teilmassiv	40
	Gefriergerät	10
	Geländer (Schutzgeländer) Eisen	20
	Geländer (Schutzgeländer) Holz	10

	Bezeichnung	ND
	Gemeinschaftsantennen	10
	Generator	5
	Gerätegebäude u. Schuppen, Holzkonstrukt.	20
	Gerätegebäude u. Schuppen, massiv	80
	Gerätegebäude u. Schuppen, teilmassiv	40
	Gerätewagen	15
	Geschäftsgebäude, massiv	80
	Geschäftsgebäude, teilmassiv	40
	Geschirrspülmaschinen	8
	Geschwindigkeitsmessgerät	10
	Gewächshäuser	20
	Gleiseinrichtungen	25
	Grabsicherheitslaufroste	10
	Grabverbauergätesatz	3
	Großflächenmäher	6
	Grund und Boden der Anlagengruppen A 03..	0
	Grund und Boden der Anlagengruppen A 04..	0
	Grundstücksanschlußkanäle	50
	Grundwassermessstellen	8
	Gummiradwalze	10
H	Häcksler	6
	Hallenbäder	60
	Hallenbauten, Holzkonstruktion	20
	Hallenbauten, massiv	80
	Hallenbauten, teilmassiv	40
	Hand- und Kreissägemaschinen	7
	Handscheinwerfer	6
	Hartplatzpflegegerät	5
	Heckenschere	4
	Heckenschneidmaschine	6
	Heißwasserbereitungsanlage	8
	Heizkanäle	40
	Heizungsanlagen, Niederdruckdampf-	15
	Heizungsanlagen, Warmluft	15
	Heizungsanlagen, Warmwasser	15
	Hitzeschutzanzug	3
	Hitzeschutzüberwurf	3
	Hobelmaschinen, mobil	8
	Hobelmaschinen, stationär	10
	Hochbeet	30
	Hochdruckreinigungsgerät	5
	Hochdruckspülwagen	8
	Hochleistungslüfter	8
	Holzspaltgerät	10
	Hubkorb	10
	Hubsteiger	10
	Hubwagen	8
	Hydraulikhammer	6
I	Industriestaubsauger	8
	Infusionsgeräte	6
	Inhalationsgeräte	8
	Instrumentenschränke	10
	Instrumententische	10
	Instrumentenwagen	10
	interaktive Tafel	8
	Ionenchromatograph	8
K	Kabelleitungen	33
	Kabelleitungen (erdverlegt)	33
	Kabelnetz für Telekommunikationsanlagen	20
	Kälteerzeugungsanlagen	30
	Kaltwasserversorgungsleitungen	20
	Kamera (Digitalkamera)	5
	Kamera (Reprokamera)	10
	Kamera (Spezialminikamera kl. Fernauge)	5
	Kamera (Wärmebildkamera)	5
	Kanalleuchte mit Anschluß	8
	Kanalrohrfräse	5
	Kapellenausstattung	60
	Kartenschrank, Stahl	20
	Kassensystem	8
	Kastenwagen	8
	Katamaran	8
	Kehrmaschinen, Bürgersteig-	8
	Kehrmaschinen, Dreirad	5
	Kehrmaschinen, Hand-	5
	Kehrmaschinen, selbstaufnehmend	8

	Bezeichnung	ND
	Kehrmaschinen, Straßenkehrmaschine	8
	Kehrmaschinen, Vorbaukehrmaschine	5
	Kehrrichtkarren	10
	Kernspintomographen	8
	Kesselhäuser, massiv	80
	Kesselhäuser, teilmassiv	40
	Kettensäge	5
	Kettenschleifgerät	10
	Kindergärten, massiv	80
	Kläranlage Kompostwerk	20
	Kleinbagger	8
	Kleinbus	8
	Kleineinsatzfahrzeug	8
	Kleintraktor	8
	Kleintransporter	8
	Klimaanlagen	8
	Klingelanlage	10
	Kolonnenfahrzeug	6
	Kommandowagen	12
	Kompostplätze Deponie	8
	Kompostplätze Grünflächen	20
	Kompressor	10
	Konferenzanlage	10
	Kopierdrucker	8
	Kopiergerät	5
	Kraftfahrdrehleiter	15
	Krafträder	6
	Kran, Ladekran	10
	Kran, Laufkran	10
	Krananlagen	10
	Kräne, Hebezeuge (fest)	17
	Krankentragen mit Fahrgestell	6
	Krankentransportwagen	6
	Kranwagen	8
	Kranztransportwagen	10
	Kreiselstreuer	8
	Kreissäge	7
	Krematorien (ohne Einäscherungsöfen)	80
	Kücheneinrichtung	15
	Küchengeräte	10
	Kühleinrichtungen	10
	Kühlhäuser	80
	Kühlvitriolen	10
	Kühlzellen	20
	Kuvertiermaschinen	6
L	Laboreinrichtungen	15
	Laborgeräte	10
	Labormühle	15
	Laborwaagen (Analysewaagen)	10
	Laborwaagen (Präzisionswaagen)	10
	Laborzentrifugen	8
	Laderampe, Beton/Mauerwerk	80
	Laderampe, fahrbar	10
	Ladestationen	8
	Lärmschutzwände (Betonkern mit Holz)	30
	Lärmschutzwände (Beton)	40
	Lagereinrichtungen	10
	Lagerhäuser, Holzkonstruktion	20
	Lagerhäuser, massiv	80
	Lagerhäuser, teilmassiv	40
	Laptop	5
	Lastkraftwagen	8
	Laubblasgeräte	6
	Lautsprecheranlagen	8
	Lehr- und Lernmaterial	3
	Leichenhallen	80
	Leichenwagen	10
	Leitern, fahrbare	15
	Leitpfostenwaschgerät	8
	Leitstellentisch	15
	Leitsystem (Schilder)	15
	Lesepult	10
	Lichtmaschinenprüfstände	10
	Lichtsignalanlagen	15
	LKW-Waage	15
	Löschgruppenfahrzeug	15

	Bezeichnung	ND
	Löschwasserbrunnen	20
	Lötgeräte	10
	Luftbefeuchter	8
	Luftbildaufnahmen	3
M	Mähgeräte (Rasen-, Sichel-, Spindel-, Balken-, Kreisel-, Frontauslegemäher usw.)	6
	Mannschaftstransportfahrzeuge	15
	Markierungsmaschine	20
	Markisen (außen)	10
	Markthallen, Holzkonstruktion	20
	Markthallen, massiv	80
	Markthallen, teilmassiv	40
	Marmorkiesreaktor (Chloranlage)	10
	Maschinelle Einrichtungen d. komm. Entwässerung, Dauer- u. Schneckenpumpen	15
	Maschinelle Einrichtungen d. komm. Entwässerung, sonstige Pumpen	8
	Maschinenhäuser, massiv	80
	Maschinenhäuser, teilmassiv	40
	Maschinenteknik Kompostwerk	10
	Maskendichtprüfgerät	10
	Medientechnik	10
	Megacode-Trainer	6
	Meß- und Steuerungseinrichtungen allgemein	8
	Meßgeräte (Abwasser)	10
	Metallkreissäge	7
	Mikrofilmlesegeräte	8
	Mikroskope (Binokularmikroskope)	10
	Mikroskope allgemein	6
	Mikroskope mit Beleuchtungseinrichtung	10
	Möbel (Einbaumöbel)	20
	Möbel (Polstermöbel)	10
	Montagewerkzeugschrank	8
	Motorboote	8
	Motoren, Dieselmotoren,	15
	Motoren, Drehstrommotoren	15
	Motoren, Elektromotoren	15
	Motorpumpe	6
	Motorrad	6
	Motorsägen	6
	Motorsense	6
	Mulde (Großraummulde)	10
	Muldenkipper	8
	Multicar (inkl. Anbaugeräte)	8
	Müllentsorgungsfahrzeug	6
	Mülltonnen	10
	Mülltonneninstandhaltungsgerät	15
	Mülltonnentransportkarren	10
	Müllverdichter/Radlader	8
	Musikinstrumente (Blasinstrumente)	10
	Musikinstrumente (Schlaginstrumente)	10
	Musikinstrumente (Streichinstrumente)	8
	Musikinstrumente (Tastensinstrumente)	15
	Musikinstrumente allgemein	10
N	Nähmaschinen	8
	Narkosegerät	5
	Nassschneidetischsäge	6
	Nebelprüfgerät	7
	Netzwerkverteiler	5
	Nivelliergerät	7
	Notarzteinsatzwagen	6
	Notebook	5
	Notfallkoffer	6
	Notrufanlage Leitstelle	8
	Notstromaggregat	15
	Notwasserbrunnen	20
O	Offene Gräben (soweit Bestandteil der kommunalen Entwässerung)	20
	Omnibus	10
	Overheadprojektoren	7
	Ozonmeßstation	10
P	Paginiermaschinen	10
	Palettengabel	10
	Parkhäuser	80
	Parkleitsystem	10
	Parkscheinautomat	10
	Parkuhren	15
	Pausensignalanlagen	10
	Pavillionbauten, Leichtbauweise	20
	PC einschl. Server u. Einbauarten, Workstation, Laptop, Notebook	5

	Bezeichnung	ND
	Permanentsauger	8
	Personaldatenschrank	15
	Personenkraftwagen	8
	Pferdebox	15
	Pflastersteinwege	10
	Photometer (Spektral- u. sonstige Photometer)	10
	Planierdraht	8
	Planschrank, Stahl	20
	Plattenschneider	8
	Plattenwege	10
	Plexiverglasung Eislaufhalle	8
	Plotter	5
	Poller (Straßenverkehr)	8
	Prahm (Arbeitsboot)	8
	Preßluftatmer	6
	Preßluftflasche	8
	Preßluftpumpe	6
	Preßlufttauchgerät	6
	Pritschenwagen	8
	Projektionswände (mobil), Leinwände	7
	Pulsometer	6
	Pulversaugmaschine	8
	Pumpen	6
	Pumpwerk für Sickerwasserbehandlungsanlage (Deponie)	15
R	Radlader	8
	Rasenkantenpflug	6
	Raumtrenner	15
	Rednerpult	15
	Regal	15
	Registrierkassen	8
	Reinigungsgeräte	8
	Reißwolf	10
	Requisiten	8
	Rettungsboot (Feuerwehr)	15
	Rettungstransportwagen	6
	Rettungswachen	80
	Rettungsweste	8
	Rettungszylinder	5
	Rollregalanlage	20
	Rollschuhbahnen	20
	Rollwagen	10
	Röntgen-Geräte	8
	Ruderboot	10
	Rufanlagen	10
	Rundfunkgeräte	5
	Rüttelplatte	8
	Rüstwagen	15
S	Sägen aller Art, mobil	7
	Sägen aller Art, stationär	10
	Salzstreuer für den Winterdienst	8
	Sandstreuer für den Winterdienst	8
	Sargversenk- und Hebeanlagen, stationär	40
	Sargversenk- und Hebeanlagen, transportabel	10
	SAT-Anlage	5
	Sattelschlepper	8
	Sauerstoff-Schutzgerät	10
	Saugschläuche	8
	Scanner	5
	Schadstoffmobil (LKW)	6
	Schaltanlagen für Licht und Kraft	17
	Schaltanlagen, elektrisch	15
	Schaufeltragen	6
	Scheinwerfer	8
	Scheunen, Holzkonstruktion	20
	Scheunen, massiv	80
	Scheunen, teilmassiv	40
	Schiebeleiter	10
	Schilder (Verkehrs- u. sonstige Hinweisschild)	15
	Schlaghammer	6
	Schlammbehandlung, Gasspeicherung u.- verwertung, Gasmaschinenanlagen	20
	Schlammbehandlung, Eindicker, baulicher Teil	30
	Schlammbehandlung, Eindicker, maschineller Teil	12
	Schlammbehandlung, Faulräume, baulicher Teil	33
	Schlammbehandlung, Faulräume, maschineller Teil	10
	Schlammbehandlung, Gasspeicherung u.- verwertung, Gasbehälter	17
	Schlammbehandlung, Maschinelle Schlammmentwässerung	10

Bezeichnung	ND
Schlammbehandlung, Natürliche Schlammmentwässerung	30
Schlammseugewagen	8
Schlauchboot	4
Schlauchboot (Feuerwehr)	15
Schlauchhaspel	8
Schlauchwäsche fest	20
Schlauchwäsche mobil	20
Schlauchwaschmaschine	10
Schleifbock	10
Schleifmaschinen, mobil	8
Schleifmaschinen, stationär	10
Schlepper	8
Schleusen, Beton	80
Schleusen, Holz	20
Schleusen, Stahl	60
Schließanlage	15
Schneeketten	8
Schneepflüge	10
Schneeräumschild	10
Schneidemaschine	8
Schneidgerät	8
Schornsteinanlage	25
Schornsteine aus Mauerwerk und Beton	40
Schornsteine aus Metall	20
Schrank/ Schrankwand	15
Schrankenanlage, handbetrieben	20
Schrankenanlage, elektrisch betrieben	15
Schreibmaschinen	8
Schuleinrichtungen / Einrichtungen von Kindertagesstätten	10
Schulgebäude, massiv	80
Schulgebäude, teilmassiv	40
Schuppen, Holzkonstruktion	20
Schuppen, massiv	80
Schuppen, teilmassiv	40
Schutzanzug (Chemie)	3
Schutzanzug-Trockner	10
Schutzhütte, Holz	10
Schweißgeräte	6
Schwimmbecken mit Sprungturm (massiv)	30
Schwimmsteg	15
Sehtestgerät (Nykometer)	12
Sehtestgerät (Schnelltester)	8
Server	5
Serverschrank	10
Sicherheitslaufroste	10
Siebdruckanlage	15
Signalanlagen	15
Silobauten, aus Mauerwerk und Beton	40
Silobauten, aus Stahl	20
Silostreugerät	8
Sinkkästenreinigungswagen	7
Sirenenanlage	8
Skulpturen	0
Slipanlage	20
Software (Anwendungen Spezial)	10
Software (Anwendungen Standard)	5
Software (Betriebssysteme u. Netzwerk)	5
Solaranlage	15
Sonderfahrzeuge	7
Sonstige masch. Einrichtungen d. komm. Entwässerung, z.B. Schieber, Regel	20
Sonstige Spezialfahrzeuge	7
Spielgeräte (Wippe, Rutsche, Schaukel, Klettergeräte usw.)	8
Spielplätze	10
Sportgeräte (Fitnessgeräte usw.)	10
Sporthafen	40
Sporthallen, Holzkonstruktion	20
Sporthallen, massiv	80
Sporthallen, teilmassiv	40
Sportplätze/ Bolzplätze (rote Erde)	10
Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	20
Sprechanlagen	10
Sprechfunkanlagen	8
Sprinkleranlagen	20
Spritzen	6
Spritzenpumpen	6
Spritzmaschine für Haftkleber	5

	Bezeichnung	ND
	Sprungbrett (Schwimmbad)	10
	Sprungeinrichtungen in Frei- u. Hallenbädern	15
	Spülschlauch	5
	Stadiontribüne	20
	Stahlschränke	20
	Stallungen, Holzbauten	20
	Stallungen, massiv	80
	Stallungen, teilmassiv	40
	Stampf- und Rüttelgeräte	8
	Steckleiter	8
	Stege (Anlege-, Bade-) aus Holz	10
	Stege (Anlege-, Bade-) aus Stein/Eisen/Beton	20
	Stereoanlage (Eislaufhalle)	5
	Sterilisatoren (Heißluft und Gas)	8
	Strahlenmeßausrüstung	10
	Straßen aus Beton	40
	Straßen aus Verbundsteinpflaster	10
	Straßen mit schwerer Packlage	20
	Straßen ohne schwere Packlage	15
	Straßenabläufe einschl. Anschlußkanäle	40
	Straßenablaufreinigungswagen	7
	Straßenbeleuchtung	20
	Straßenfräse	5
	Streuautomaten für den Winterdienst	8
	Streiffahrzeuge	8
	Streugutkästen	15
	Stromerzeuger	8
	Stromversorgungsleitungen	20
	Stromverteiler (Märkte)	10
	Stützmauer	30
T	Tafeln	15
	Tank- und Waschplatz	10
	Tank- und Zapfanlagen	15
	Tanklöschfahrzeug	15
	Taucheranzug	8
	Taucherschutzhelm	8
	Tauchertelefon	5
	Tauchgerät	8
	Tauchpumpe	5
	Teeküche (Möbel ohne Einbaugeräte)	15
	Teerkocher	10
	Teerspritze	10
	Telekommunikationseinrichtungen, fest	10
	Telekommunikationseinrichtungen, mobil	5
	Tennishallen / Squashhallen u.ä.	30
	Teppiche	8
	Theatergebäude	80
	Theke	10
	Theodolit	7
	Tiefgaragen	80
	Tiergartenzaun	10
	Tischlampe	10
	Trafostation für Sickerwasserbehandlungsanlage (Deponie)	15
	Tragestühle	5
	Tragkraftspritze	10
	Tragkraftspritzenanhänger	15
	Tragkraftspritzenfahrzeug	15
	Traktoren	8
	Transformatoren	20
	Trauerhallen	80
	Trennschleifer	8
	Treppe außerhalb von Gebäuden, teilmassiv	40
	Treppen außerhalb von Gebäuden, Holzkonstrukt	20
	Treppen außerhalb von Gebäuden, massiv	80
	Tresore, Panzerschränke	20
	Trockenschränke	10
	Trockentanklöschfahrzeug	10
	Tunnelanlagen	50
	Turnhallen, massiv	80
	Turnhallen, teilmassiv	40
U	Überwachungsanlage (Video)	10
	Uhrenanlagen	15
	Ultraschallgeräte	8
	Umkleidekabinen, Holzkonstruktion	20
	Umkleidekabinen, massiv	80
	Umkleidekabinen, teilmassiv	40

	Bezeichnung	ND
	Umweltmeßstation	10
	Umzäunung aus Draht	10
	Umzäunung aus Eisen m. Sockel	20
	Umzäunung aus Holz	8
	Umzäunung aus Mauerwerk u. Beton	30
	Unimog	8
	Unkrautbürste	3
	Unkrautspritze	6
	USV für Server	8
V	Vakuummatratzen	6
	Verkaufstheken	10
	Verkehrsrechner (Verkehrsleitsystem)	10
	Vermessungsgeräte, elektronisch	5
	Vermessungsgeräte, mechanisch	8
	Versorgungsleitungen Sickerwasserbehandlungsanlage	15
	Verstärkeranlage	10
	Verticutierer	8
	Verwaltungsgebäude, massiv	80
	Verwaltungsgebäude, teilmassiv	40
	Vielkanalgerät	10
	Vitrinen/Schaukästen	10
	Voliere	10
	Vollschutzanzug	3
	Vollschichtmasken	3
	Vorhang	7
W	Waagen	10
	Wagenwaschanlagen	20
	Walze	8
	Walzenanhänger	10
	Wärmetherapiegeräte	8
	Warmwasserversorgungsleitungen	20
	Wartehallen (Leichtbau)	15
	Wartehallen (massiv)	20
	Wäschetrockner	8
	Waschmaschinen	8
	Wasserfässer	10
	Wasserleitungen	30
	Wasserpumpe	6
	Wassersauger	12
	Wasserschöpfbecken/Wasserschöpfstellen	20
	Wassertretbecken, massiv	30
	Wassertürme	40
	WC-Gebäude Betonfertigbau	40
	WC-Gebäude massiv	80
	Wechseladerfahrzeug (Feuerwehr)	15
	Wege und Plätze (wassergebunden)	15
	Wege und Plätze aus Beton	40
	Wege und Plätze aus Verbundsteinpflaster	10
	Wege und Plätze mit schwerer Packlage	20
	Wege und Plätze ohne schwere Packlage	15
	Werkstatteinrichtung	10
	Werkstattgebäude, massiv	80
	Werkstattgebäude, teilmassiv	40
	Werkstattmaschinen und -geräte	10
	Werkzeuge	8
	Winden: Motorwinden	8
	Winden: Handwinden	17
	Windmessenanlage	8
	Winterdienstgeräte allgemein	8
	Wohngebäude, massiv	80
	Wohngebäude, teilmassiv	40
Z	Zaun, Draht	10
	Zaun, Holz	8
	Zaun, Metall	20
	Zaun, Tiergartenzaun	10
	Zeichentisch	15
	Zeiterfassungsgeräte	8
	Zeitmesssystem	8
	Zentrifugen	8

Übersicht über die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel in Form von Eigenbetrieben und Beteiligungsgesellschaften
(Stand 31.12.2012)

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in EUR
1. Eigenbetriebe					
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
2. Verbundene Unternehmen					
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	WOBRA	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	WOBRA	100 % WOBRA	332.339,71
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam 10 % RFT Brandenburg GmbH 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Villmann GmbH 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers Verkehrstechnik GmbH 1 % HWG GmbH 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB GmbH 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB GmbH	1.971.100,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB GmbH	434.600,00
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB GmbH 36,75 % E.ON edis AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel GmbH	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB GmbH	3.389.865,14
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00
3. Beteiligungen					
keine					
4. Zweckverbände					
Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion					1,00
Wasser- und Abwasserzweckverband Emster					1,00
Brandenburgische Kommunalakademie					1,00
5. Sonstige					
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.103,17
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Erläuterungen:

1. Sondervermögen: Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgeliebertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Die Stadt haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

2. Verbundene Unternehmen: Unternehmen der Stadt in der privaten Rechtsform einer GmbH, an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch über 50 % beteiligt ist.

3. Beteiligungen: Unternehmen der Stadt in der privaten Rechtsform einer GmbH, an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen (über 20 % bis einschließlich 50 %) beteiligt ist.

4. Zweckverbände: Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2012 (§ 58 Abs. 2 Nr. 10 KomHKV)

Produktbereich	Bezeichnung	Aufwand	Finanzauszahlungen gesamt	davon	
				aus laufender Verwaltungstätigkeit	aus Investitions- tätigkeit
11	Innere Verwaltung	115.452,50	372.094,00	338.226,08	33.867,92
12	Sicherheit und Ordnung	22.568,86	1.380.349,64	524.680,17	855.669,47
21 - 24	Schulträgeraufgaben	25.660,21	1.624.440,94	438.762,38	1.185.678,56
25 - 29	Kultur und Wissenschaft	4.557,45	147.700,63	58.708,10	88.992,53
31 - 35	Soziale Hilfen	115.722,56	2.005.250,12	1.367.066,54	638.183,58
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,00	3.000.724,45	1.424.293,70	1.576.430,75
41	Gesundheitsdienste	0,00	13.204,88	13.204,88	0,00
42	Sportförderung	2.000,00	1.691.323,52	94.919,51	1.596.404,01
51	Räumliche Planung und Entwicklung	2.416.959,10	17.532.063,62	2.674.566,48	14.857.497,14
52	Bauen und Wohnen	155.708,95	208.079,01	173.439,70	34.639,31
53	Ver- und Entsorgung	215.790,54	1.399.518,34	1.399.518,34	0,00
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	31.455,53	5.299.691,95	856.183,51	4.443.508,44
55	Natur- und Landschaftspflege	0,00	127.612,38	127.612,38	0,00
56	Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00
57	Wirtschaft und Tourismus	4.685,62	1.518.824,65	94.403,07	1.424.421,58
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	161.239,26	161.239,26	0,00
Summe:		3.110.561,32	36.482.117,39	9.746.824,10	26.735.293,29

davon übertragene <u>Auszahlungsermächtigungen</u> im Finanzhaushalt für Rückbuchungen in das Vorjahr	9.600.424,17	6.524.322,69	3.946.666,37
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------	--------------	--------------

in EUR

Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen in das Haushaltsjahr 2013 (§ 58 Abs. 2 Nr. 10 KomHKV)

Produktbereich	Bezeichnung	Aufwand	Finanzauszahlungen gesamt	davon	
				aus laufender Verwaltungstätigkeit	aus Investitions- tätigkeit
11	Innere Verwaltung	816.615,77	301.240,27	192.798,35	108.441,92
12	Sicherheit und Ordnung	303.731,42	1.577.456,19	698.643,78	878.812,41
21 - 24	Schulträgeraufgaben	0,00	779.204,60	303.578,25	475.626,35
25 - 29	Kultur und Wissenschaft	50.059,70	244.759,99	60.926,54	183.833,45
31 - 35	Soziale Hilfen	158.511,83	2.093.660,81	1.278.837,56	814.823,25
36	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	0,00	3.665.602,61	2.514.705,74	1.150.896,87
41	Gesundheitsdienste	45.301,61	19.575,22	19.575,22	0,00
42	Sportförderung	20.525,51	320.297,55	59.632,74	260.664,81
51	Räumliche Planung und Entwicklung	3.545.239,19	20.719.044,39	3.819.348,71	16.899.695,68
52	Bauen und Wohnen	25.868,60	64.048,23	64.048,23	0,00
53	Ver- und Entsorgung	441.196,57	1.236.811,22	1.236.811,22	0,00
54	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	267.422,12	2.762.114,09	594.021,61	2.168.092,48
55	Natur- und Landschaftspflege	49.842,00	1.298.763,04	515.195,70	783.567,34
56	Umweltschutz	0,00	0,00	0,00	0,00
57	Wirtschaft und Tourismus	109.324,74	1.264.537,53	117.307,73	1.147.229,80
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	42.458,74	42.458,74	0,00
Summe:		5.833.639,06	36.389.574,48	11.517.890,12	24.871.684,36

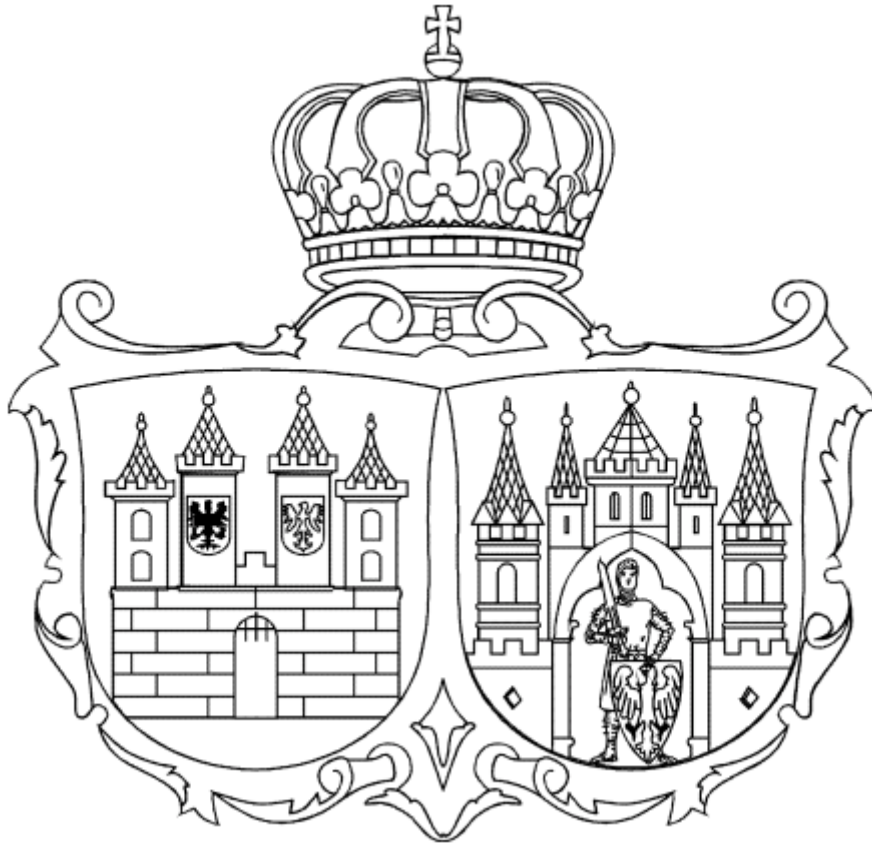
davon übertragene <u>Auszahlungsermächtigungen</u> im Finanzhaushalt für Rückbuchungen in das Vorjahr	7.782.899,35	6.583.922,86	1.198.976,49
-------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------	--------------	--------------

in EUR

4. Anlagen zum Jahresabschluss

4.2 Beteiligungsbericht

der Stadt Brandenburg an der Havel
zum 31.12.2012



Beteiligungsbericht

Stadt Brandenburg an der Havel

über das

Geschäftsjahr 2012

Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Vorgelegt von: Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

Redaktion: Fachgruppe Beteiligungen, Steuern und Abgaben

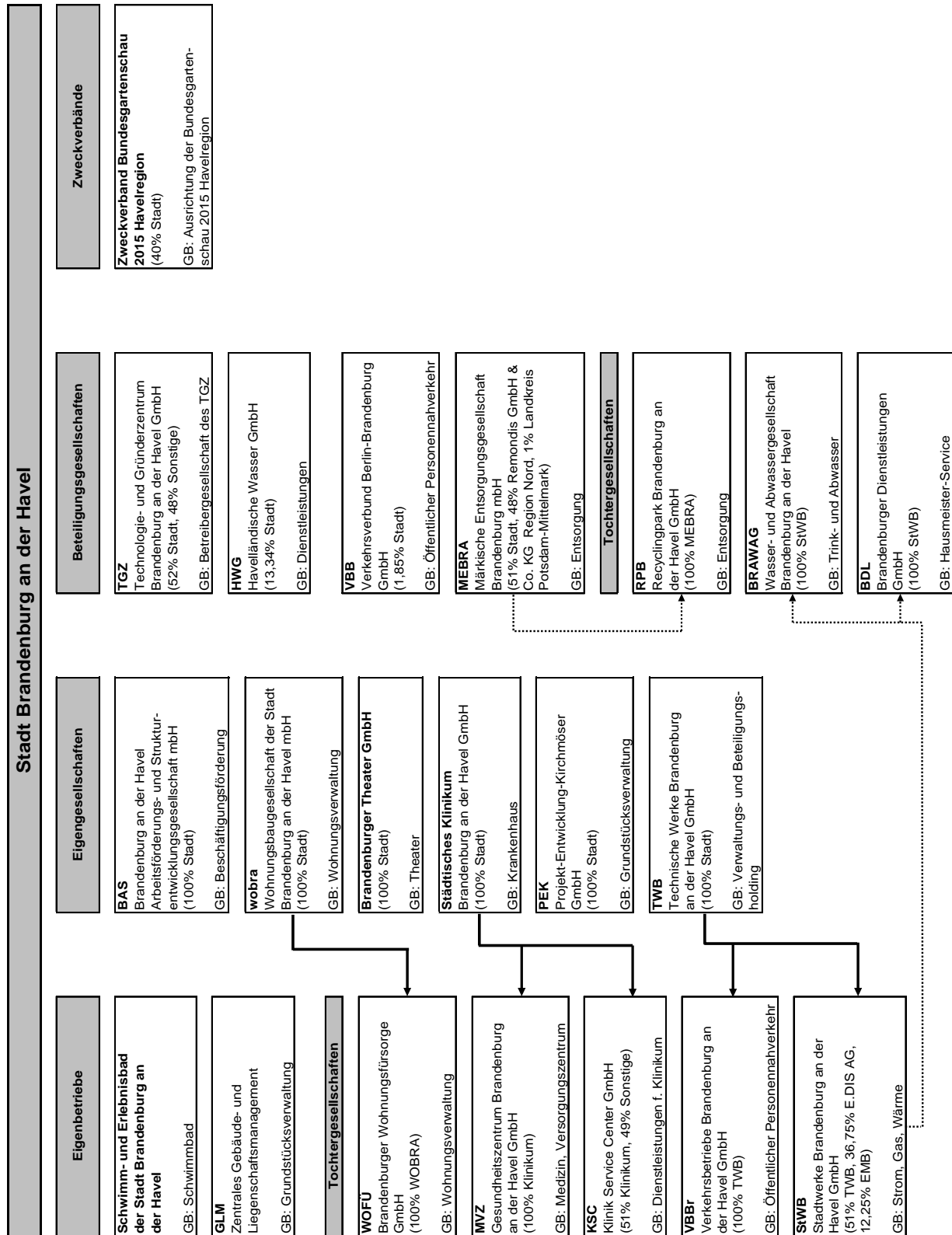
Redaktionsschluss: 31.12.2013

Inhaltsverzeichnis

I.	Graphische Darstellung der städtischen Unternehmen und Beteiligungen.....	3
I.1	Rechtliche Grundlagen.....	4
I.2	Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen.....	5
I.3	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	6
I.4	Übersicht über die Wirtschaftsprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	8
II.	Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel nach Branchen.....	9
III.1	Eigenbetriebe.....	11
III.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	12
III.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	20
III.2	Eigengesellschaften.....	28
III.2.1	wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH.....	29
III.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	39
III.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	47
III.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	59
III.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	68
III.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	79
III.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	88
III.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	98
III.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	108
III.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	119
III.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	127
III.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	135
III.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	145
III.3	Beteiligungsgesellschaften.....	150
III.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	151
III.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	160
III.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	169
III.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	176
III.3.4	HWG Havelländische Wasser GmbH.....	188

III.4	Zweckverbände.....	195
III.4.1	Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion.....	196
IV.	Abkürzungsverzeichnis.....	I
V.	Erläuterungen.....	IV

I. Graphische Darstellung über die Eigenbetriebe, Eigen- und Beteiligungsgesellschaften und des Zweckverbandes der Stadt Brandenburg an der Havel



I.1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 98 Nr. 3 BbgKVerf hat die Beteiligungsverwaltung einen Beteiligungsbericht vorzubereiten und zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht der Stadt Brandenburg an der Havel umfasst alle unmittel- und mittelbaren städtischen Gesellschaften, Beteiligungen und Zweckverbände.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen basieren auf den Jahresabschlüssen des Geschäftsjahres 2012. Die Zeitreihenvergleiche beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2010-2012.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 91 Abs. 1 Satz 1 BbgKVerf das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein **öffentlicher Zweck** dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem **angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit** der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, insbesondere § 92 BbgKVerf, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen. Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 91 und in § 92 BbgKVerf definiert.

Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel:

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar mit eigener Verfassung (Betriebssatzung) und eigenem Rechnungswesen (kaufmännisches Rechnungswesen), jedoch ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Der Eigenbetrieb verfügt einerseits über besondere Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleitung und Werksausschuss), untersteht andererseits der Stadtverordnetenversammlung und der Oberbürgermeisterin als Verwaltungschefin. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG (nicht in der Stadt Brandenburg an der Havel), an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Zweckverband

Gemeinden und Gemeindeverbände können sich zu Zweckverbänden zusammenschließen, um einzelne Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, gemeinsam zu erfüllen (Freiverband); für Pflichtaufgaben können sie auch zusammengeschlossen werden (Pflichtverband, § 4 Absatz 1 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg – GKG).

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung (§ 5 Absatz 1 GKG).

Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes werden im Rahmen des GKG durch eine Verbandssatzung geregelt (§ 7 GKG).

I.2. Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Die städtischen Gesellschaften nehmen eine große Aufgabenvielfalt wahr. Diese reichen von Ver- und Entsorgungsaufgaben (Stadtwerke, BRAWAG, MEBRA) über infrastrukturelle (Öffentlicher Personennahverkehr – VBB), soziale (Krankenhaus – Städtisches Klinikum, Wohnungsgesellschaften – wobra) bis hin zu Angeboten im Kultur- und Freizeitsektor (Theater, Schwimm- und Erlebnisbad) sowie den Stadtumbau (wobra) und die Bereitstellung von Gewerbeflächen und Büroräumen für Existenzgründer (TGZ).

Entwicklung Beschäftigte des Stadtkonzerns			
	2010	2011	2012
Marienbad	7	7	4
wobra	40	40	40
Klinikum	995	1.076	1.029
BT	100	98	96
TWB	5	5	5
VBB	143	152	147
BRAWAG	44	39	41
Wofü	14	13	11
StWB	134	134	130
BAS (Stammpersonal)	13	11	11
MEBRA	87	87	83
RPB	0	0	0
GLM	91	87	85
TGZ	7	8	8
BDL	58	60	65
PEK	5	0	0
KSC	336	357	397
MVZ	79	104	119
HWG	7	5	4
BUGA	2	7	12
Gesamt	2.160	2.283	2.283

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Investitionen des Stadtkonzerns			
	2010	2011	2012
Marienbad	32	16	18
wobra	11.531	7.366	2.498
Klinikum	32.211	33.363	8.044
BT	131	178	195
TWB	5	5	0
VBB	762	1.836	4.803
BRAWAG	5.557	2.377	2.852
Wofü	2	2.002	29
StWB	6.142	7.248	6.148
BAS	95	33	7
MEBRA	167	246	807
RPB	15	34	8
GLM	62	7.741	4.260
TGZ	235	37	24
BDL	152	173	200
PEK	0	0	0
KSC	90	138	65
MVZ	129	676	157
BUGA	9	53	103
Gesamt	57.327	63.521	30.216

Abb. 2 - Investitionen kommunaler Unternehmen (Angaben in T€)

I.3. Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Be-zuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrs-betriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBB) und der Brandenburger Theater GmbH (BT).

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden. Weiterhin besteht für die Gesellschafterin die Möglichkeit der Kapitalentnahme.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt			
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2010	2011	2012
Technische Werke Brandenburg (Zahlungen für den ÖPNV)	5.338	5.233	5.306
Brandenburger Theater (Zuschuss Stadt)	3.731	3.731	3.519
Brandenburger Theater (BbgFAG-Mittel)	1.475	1.400	1.730
BAS Arbeitsförderung- und Strukturanpassungsgesellschaft	491	473	324
Technologie- und Gründerzentrum	135	135	135
Eigenbetrieb Marienbad (inkl. Investitionszuschuss)	900	875	877
Fähre Neuendorf (Zahlungen für den ÖPNV)	42	40	47
GLM (Zuschuss Liegenschaften und Forsten)	440	159	130
wobra (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	1.500	1.500	617
Zweckverband BUGA (Umlage)	367	370	378
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	14.419	13.916	13.063
Zuwendungen Land in T€	2010	2011	2012
Zuwendungen Land für VBBR	2.292	2.218	2.200
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.590	1.700	1.700
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz) an Theater	1.475	1.400	1.730
Zuwendungen Land gesamt	5.357	5.318	5.630
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2010	2011	2012
Gewinnanteile/Kapitalentnahmen aus verbundenen Unternehmen	4.669	2.672	4.086
Konzessionsabgaben in T€			
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	2.662	2.161	2.185
E.DIS	145	174	161
EMB	9	8	6
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	12.841	10.334	12.067
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-1.578	-3.582	-996

Unterdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Unterdeckung (T€)
2010	-1.578
2011	-3.582
2012	-996

I.4. Übersicht über die Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen

	2008	2009	2010	2011	2012
Marienbad	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
GLM	WIKOM AG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG
wobra	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH	ACCO GmbH
Wofü	BPG Berlin	BPG Berlin	BPG Berlin	ACCO GmbH	ACCO GmbH
Klinikum	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
KSC	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
MVZ	KPMG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG	RöverBrönnner GmbH & Co. KG
Theater	DOMUS Revision	DOMUS Revision	DOMUS AG	Verhülsdonk & Partner GmbH	A. Reichert GmbH
TWB	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin	BPG Berlin
VBBr	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	BPG Berlin	BPG Berlin
StWB	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BRAWAG	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BDL	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young	Ernst & Young
BAS	Beil, Baumgart & Kollegen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
PEK	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen	Knauff & Feldhausen
TGZ	Knauff & Feldhausen	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH	ACCO GmbH
MEBRA	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
RPB	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	Dr. Röhricht- Dr. Schillen OHG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
VBB	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	MDS Möhrle GmbH	WIKOM AG	WIKOM AG
HWG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	Goldstein Consulting GmbH	Goldstein Consulting GmbH

II. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 BbgKVerf (nach Branchen) einschließlich ihrer mittelbaren Beteiligungen

Abfallwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	MEBRA	51,00		51 % Stadt Brandenburg an der Havel 48 % REMONDIS Nord/Ost 1 % Landkreis Potsdam-Mittelmark	15.300,00
Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	RPB	51,00	MEBRA	100 % Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH	510.000,00

ÖPNV

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	VBB	100,00	TWB	100 % TWB	1.971.100,00
Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH	VBB	1,85		1,85 % Stadt Brandenburg an der Havel	6.000,00

Gesundheits- / Sozialeinrichtungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Klinik	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	MVZ	100,00	Klinikum	100 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	25.000,00

Ver- und Entsorgung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	StWB	51,00	TWB	51,00 % TWB 36,75 % E.DIS AG 12,25 % EMB GmbH	4.172.142,00
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	BRAWAG	51,00	StWB	100 % StWB	3.389.865,14

Immobilienwirtschaft

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement	GLM	100,00		Sondervermögen	50.000,00
Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH	PEK	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	wobra	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.564.600,00
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Wofü	100,00	wobra	100 % wobra	332.339,71

Dienstleistungen

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Klinik Service Center GmbH	KSC	51,00	Klinikum	51 % Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 25 % P. Dussmann GmbH 14 % Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 10 % Caritas	12.750,00
Brandenburger Dienstleistungen GmbH	BDL	51,00	StWB	100 % StWB	434.600,00
Havelländische Wasser GmbH	HWG	13,34		13,34 % Stadt Brandenburg an der Havel	34.103,17

Arbeitsförderung

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH	BAS	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.565,00

Technologie und Infrastruktur

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH	TGZ	52,00		52 % Stadt Brandenburg an der Havel 10 % Mittelbrandenburgische Sparkasse 10 % RFT Brandenburg 9 % Fachhochschule Brandenburg 5 % Fa. Villmann 3 % REMONDIS GmbH & Co. KG 3 % Atlas Info-Systeme 1 % Börner GmbH 1 % Ing.-Büro Friedrich 1 % Perkers GmbH 1 % HWG 1 % Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH 1 % HIB 1 % Honeywell GmbH 1 % Gewerbeverein Brandenburg e.V.	26.587,17 5.112,92 5.112,92 4.601,63 2.556,46 1.533,88 1.533,88 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29 511,29

Kultur- und Freizeit

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Brandenburger Theater GmbH	BT	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	25.600,00
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Marienbad	100,00		Sondervermögen	25.565,00

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Name des Unternehmens	Abkürzung	Anteil Stadt am Stammkapital in %	Beteiligung Stadt direkt oder mittelbar über:	Anteilsverteilung des Stammkapitals in %	Städtischer Anteil am Stammkapital in Euro
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	TWB	100,00		100 % Stadt Brandenburg an der Havel	102.400,00

III.1

Eigenbetriebe

III.1.1 Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Betreibung Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Sprengelstraße 1
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 27 80
Fax: 03381/32 27 811

e-mail: fred.ostermann@stadt-brandenburg.de
Internet: www.info@marienbad-brandenburg.de

Gründung

Am 26.11.1997 beschloss die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorlagen Nr. 459/97) die Gründung des kommunalen Eigenbetriebes „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“, die am 23.12.1997 mit Inkrafttreten der Satzung wirksam wurde.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564,59 €
--------------	-------------

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100 % als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Gesellschaftsvertrag

Am 26.11.1997 wurde die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad Brandenburg an der Havel durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen (Nr. 459/97) und im Amtsblatt Nr. 17 vom 23.12.1997 veröffentlicht.

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*
Fred Ostermann

- *Betriebsführer*

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- *Betriebsleiter*

Jens Grosser

- *Gemeinsamer Werksausschuss der Eigenbetriebe*

Originäre Aufgaben des gemeinsamen Werksausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberatung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Im Berichtsjahr fanden sieben Sitzungen des Werksausschusses statt.

Der gemeinsame Werksausschuss für die Eigenbetriebe setzte sich 2012 wie folgt zusammen:

Werksausschuss 2012	
Ausschussvorsitz	Herr Klaus-Peter Fischer (bis 14.06.2012 Ausschussvorsitzender)
Stellvertreter	Herr Hans-Jürgen Arndt (ab 14.06.2012 Ausschussvorsitzender)
weitere Mitglieder	Herr Alfredo Förster (bis 14.06.2012)
	Frau Doris Seeber (ab 14.06.2012 stellvertretende Vorsitzende)
	Herr Tobias Dietrich
	Frau Anne-Katrin Gabrysiak (ab 14.06.2012)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens und des öffentlichen Badebetriebes mit dem Ziel, die Attraktivität Brandenburgs an der Havel für seine Besucher und die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Der Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die Absicherung des Schulschwimmens stellt eine pflichtige Aufgabe der Kommune dar.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Einbeziehung des Schwimmbades in den Wettbewerb ist insofern erfolgt, dass die professionelle Betriebsführung des Marienbades durch einen externen Dritten erbracht wird. Die Übertragung der Managementaufgaben und die größtenteils vollzogene Überleitung des Personals an den Betriebsführer führen dazu, dass die Kommune über den Eigenbetrieb den Einfluss auf die Aufgaben, die Kostenentwicklung, Preisgestaltung und Marketingaktivitäten sowie die Hoheit über das eigene Gebäude nicht verliert und zudem durch regelmäßige Ausschreibung des Managementvertrages die Flexibilität gegenüber dem Marktgeschehen erhalten bleibt.

Durch die weitestgehende Auslagerung des Bäderbetriebes in die Privatwirtschaft in Form des Betriebsführervertrages ist die Adaption an den Wettbewerb bereits vollzogen.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Der Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	96%	95%	94%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	63%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	101%	102%	103%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	150%	-250%	169%
Cashflow	-57 T€	52 T€	335 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-3%	-3%
Umsatz	1.476 T€	1.509 T€	1.558 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-526 T€	-415 T€	-363 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	16%	15%	13%
Anzahl der Mitarbeiter	7	7	4

(Begriffserläuterungen siehe Anhang IX)

Lagebericht des Eigenbetriebes**Ertragslage**

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Dem gemäß sehen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs einen jährlichen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel vor (2012: 853,1 T€, 2011: 850,0 T€).

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2012: 698,6 T€, 2011: 726,6 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2012: 363,2 T€, 2011: 414,6 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich leicht um 3,3% (2012: 1.558,0 T€, 2011: 1.508,8 T€).

Der Jahresfehlbetrag wurde um 123,0 T€ (Plan: 486,2 T€, Ist: 363,2 T€) unterschritten. Die Instandhaltungsaufwendungen erhöhten sich geringfügig von 183,4 T€ in 2011 auf 188,2 T€. Die betrieblichen Aufwendungen gesamt wurden um 3,5% unterschritten (Plan: 3.125,9 T€, Ist: 2012: 3.017,9 T€).

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, konnten im Wirtschaftsjahr 2012 (Plan: 1.012,8 T€, Ist: 944,7 T€) unterschritten werden. Einer Überschreitung der Fernwärmekosten standen Einsparungen an Energie und Wasserkosten gegenüber.

Der Personalaufwand wurde im Wirtschaftsjahr 2012 gegenüber dem Plan um 2,4 T€ unterschritten.

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 28,0 T€ zum Vorjahr gesunken. Dem steht eine Minderung der zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 8,2 T€ (2012: 251,5 T€, 2011: 259,7 T€) gegenüber.

Vermögens- und Finanzlage

Das Vermögen wird mit 93,7% (2011: 95,0%) durch das Anlagevermögen bestimmt.

Nach Abschluss des 2. Bauabschnittes (Cabriodach) im Jahr 2004 wurde die Investitionstätigkeit auch 2012 auf unabwiesbare Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen beschränkt.

Die geplanten Investitionen von 68,0 T€ wurden nur mit 28,3 T€ erreicht. Wesentliche Maßnahmen, wie die Investition Kinderplanschbecken – Übertrag aus dem Wirtschaftsjahr 2011 - (85,0 T€) und die investiven Vorbereitungsaufwendungen für den Saunaausbau (43,0 T€) müssen als Vortrag in das Geschäftsjahr 2013 übernommen werden. Dem entsprechend verminderte sich der Barmittelbestand nicht wie geplant um 92,4 T€ sondern erhöhte sich zum Jahresbeginn um 152,0 T€. Die geplanten Zuschüsse für die Investitionen von 25,0 T€ wurden erst 2013 ausgezahlt. Sie wurden in Höhe der 2012 anerkannten Investitionsaufwendungen in Höhe von 17,7 T€ als Forderungen gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt.

Das Eigenkapital reduzierte sich aufgrund des Jahresfehlbetrags von 363,2 T€ von 8.215,7 T€ im Vorjahr auf 7.852,5 T€ zum 31.12.2012. Die Eigenkapitalquote liegt zum Bilanzstichtag bei 62,7% (2011: 63,0%) berechnet auf die um die Sonderposten gekürzte Bilanzsumme 94,4% (2011: 95,3%).

Die Rückstellungen erhöhten sich von 74,7 T€ im Vorjahr auf 78,4 T€ zum 31.12.2012. Sie wurden insbesondere für Aufwendungen von Jahresabschluss- und Steuerberatungskosten,

Personalaufwand aus noch nicht genommenem Urlaub und Mehrarbeit und für unterlassene Instandhaltungen gebildet.

Im Geschäftsjahr 2004 gebildete Rückstellungen für Gerichts- und Anwaltskosten aus dem noch nicht abgeschlossenen Beweissicherungsverfahren für die Geltendmachung von Regressansprüchen aus den Fliesenschäden im Funbad von 20,9 T€ wurden beibehalten. Das Verfahren wird unter Verantwortung des Rechtsamtes der Stadt Brandenburg an der Havel als primärer Auftraggeber der Bauinvestition geführt. Die Mängelbeseitigung wurde durch die Stadt Brandenburg an der Havel als Auftraggeber organisiert und finanziert. Der Eigenbetrieb rechnet nicht mit einer Belastung des eingelegten Anlagevermögens. Somit decken die gebildeten Rückstellungen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten mit dem Wert ihrer voraussichtlichen Inanspruchnahme ab.

Liquidität

Die Liquidität des Eigenbetriebs war im Wirtschaftsjahr gesichert. Durch die Unterschreitung des geplanten Jahresfehlbetrags um 123,0 T€ per 31.12.2012 ergab sich keine Belastung für die fristgerechte Finanzierung.

Die Verbindlichkeiten von 389,3 T€ und Rückstellungen von 78,4 T€ sind durch flüssige Mittel in Höhe von 613,9 T€ gedeckt. Somit kann eine fristgerechte Finanzierung festgestellt werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Das Jahr 2012 war das 12. Geschäftsjahr, in dem ein Ganzjahresbetrieb stattfand. Der Freibadbetrieb wurde am 12.05.2012 aufgenommen und am 15.09.2012 eingestellt (Beginn Freibadsaison 2013 am 11.05.). Das Jahr 2012 kann trotz rückläufiger Besucherzahlen, die einem allgemeinen deutschlandweiten Trend entsprechen, als erfolgreich gewertet werden. Die geplanten Besucherzahlen für das Geschäftsjahr (320.000) wurden um 2.324 unterschritten. Dies entspricht einer Minderung von 0,7% gegenüber dem Planansatz.

Die aktuellen Angebote, welche gut angenommen sind, werden weiter ausgebaut, um die Einnahmesituation zu stabilisieren. Für das Jahr 2013 wird ein Besucheraufkommen von 320.000 Personen erwartet, wobei die Verweildauer durch sehr unterschiedliche Zeitanteile (Stunden-, 2-Stunden- und Tageskarten) bestimmt wird. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen.

Zur Festigung der Einnahmesituation hat sich die neue Entgeltordnung als richtige Entscheidung gezeigt. Die Erhöhungen waren maßvoll und dem Markt angepasst. Somit mussten keine Umsatzeinbrüche durch Besucherrückgänge verzeichnet werden. Mit Fertigstellung der Saunaerweiterung ist beabsichtigt, eine neue Entgeltordnung beschließen zu lassen. Hierbei wird der Schwerpunkt dann auf der Anpassung der Saunatarife an die neuen betriebswirtschaftlichen Anforderungen (Kostenmehrungen u.a. Medien, Personal, AfA etc.) liegen.

Der Wirtschaftsplan 2013, wurde mit einem geplanten Zuschuss in Höhe von 840 T€ aufgestellt. Eine Refinanzierung des Anlagenverschleißes aus Einnahmen des Eigenbetriebs

kann weiterhin nicht erfolgen. Trotz geplanter Umsatzsteigerung muss mit einem Jahresfehlbetrag von 545,0 T€ gerechnet werden.

Mit dem Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer diverser technischer Anlagegüter ohne Einordnung des entsprechenden Ersatzinvestitionsbedarfs sinken die Abschreibungen. Der Ablauf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer konzentriert sich insbesondere in den hoch belasteten Bereichen der Wasseraufbereitung, Gastronomie und Sauna.

Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend, wird in die mittelfristige Finanzplanung nur ein Ersatzinvestitionsbedarf von 25,0 T€ p.a. eingeordnet. Dem alterungsbedingten Anlageverschleiß soll durch gezielte, die Nutzungsdauer erhöhende Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen abhängig sind.

Die Überwachung der bestehenden und möglichen Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Auswertungen und der durchgeführten Soll-Ist-Vergleiche für den Eigenbetrieb.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss in Höhe von 853.100 €, Investitionskostenzuschuss in Höhe von 17.700 €.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	13.106	12.395	11.725
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	0
II. Sachanlagen	13.105	12.395	11.725
B. Umlaufvermögen	560	647	791
I. Vorräte	19	20	21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	165	165	156
III. Kassenbestand, Guthaben	375	462	614
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	8.630	8.216	7.852
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Rücklagen	9.766	8.605	8.605
III. Jahresfehlbetrag u. Verlustvortrag des Vorjahres	-1.162	-415	-778
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	4.664	4.420	4.196
C. Rückstellungen	66	75	78
D. Verbindlichkeiten	308	333	389
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	13.668	13.043	12.516

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	1.476	1.509	1.558
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.216	1.139	1.119
3. Materialaufwand	-953	-1.004	-973
4. Personalaufwand	-231	-221	-204
5. Abschreibungen	-770	-727	-699
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.242	-1.089	-1.142
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-504	-393	-341
9. außerordentliche Erträge	1	1	1
10. außerordentliche Aufwendungen	-1	-1	-1
11. Sonstige Steuern	-22	-22	-23
12. Jahresergebnis	-526	-415	-363

III.1.2 Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Grundstücksverwaltung

Firmensitz

Klosterstr. 14
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/58 29 00
Fax: 03381/58 29 04

Gründung

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel wurde gemäß § 1 EigV durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 27. August 2003 und Veröffentlichung im Amtsblatt der Stadt Brandenburg an der Havel am 20. Oktober 2003 gegründet.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 50.000 €

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100% als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Betriebssatzung

Die Betriebssatzung in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 01. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Werkleitung*

Holger Ulbricht (bis 28.08.2013)

Angelika Köhler (ab 28.08.2013)

- *Werksausschuss*

Die Zusammensetzung des gemeinsamen Werksausschusses für die Eigenbetriebe im Jahre 2012 ist der Seite 13 zu entnehmen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobilien-dienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen.

Gegenstand des Eigenbetriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln.

Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wurde, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Der Eigenbetrieb bewirtschaftet ausschließlich die im Vermögensbestand der Kommune befindlichen Immobilien.

Die Aufgabe verbleibt daher im hoheitlichen Bereich. Sie wird durch die Organisationsform des Eigenbetriebes jedoch betriebswirtschaftlich geführt und in einem eigenen Rechnungswesen neben dem kommunalen Haushalt abgebildet.

Der Eigenbetrieb selbst verfügt über keine eigene Rechtspersönlichkeit.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2010	vorl. 2011	vorl. 2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	60%	67%	76%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	29%	24%	18%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	85%	93%	106%
Zinsaufwandquote	2,0%	2,8%	3,3%
Liquidität 3. Grades	99%	87%	122%
Cashflow	1.457 T€	792 T€	893 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	4%	3%	1%
Umsatz	23.971 T€	17.065 T€	17.002 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	851 T€	748 T€	58 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	16%	23%	23%
Anzahl der Mitarbeiter	91	87	85

Lagebericht des Eigenbetriebes

Ertragslage

Das überplanmäßige Ergebnis in 2012 von 58,4 T€ (Plan 2012: -714,5 T€) stellt grundsätzlich nur ein vorläufiges Bild der Erfolgslage des GLM dar, da die Einlage des gesamten Immobilienvermögens auf Grund der noch andauernden umfangreichen Bewertungs- und Bilanzierungsarbeiten noch nicht in das hier vorliegende Zahlenwerk einfließen konnte. Insbesondere wird sich das tatsächliche Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2012 durch die Abschreibungen des Immobilienbestandes weit negativer als das hier ausgewiesene vorläufige Ist- und auch das Planergebnis darstellen.

Die positive Abweichung zwischen Plan- und voraussichtlichem Istwert resultiert im Wesentlichen aus verminderten Aufwendungen für langfristige Zinsen (späterer Eintritt der Endfinanzierung des PPP-Schul- und Sporthallenprojektes), weiterhin aus Einsparungen im Bereich von Fremdleistungen (Kosten für Bauplaner, Gutachter, Rechtsberatung, Verkehrswertermittlung und Grundstücksvermessung) sowie geringeren Aufwendungen für Personalkosten.

Erträge (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, sonstige betriebliche Erträge)

Hier wurden die geplanten Werte (18.269,5 T€) insgesamt im Ist mit 18.279,2 T€ erzielt. Insbesondere wirkten sich ein geringerer Bestandsaufbau für umzulegende Betriebskosten des Berichtszeitraumes mit 136,9 T€ auf Grund von jeweils gegenüber den Planansätzen verminderten Kosten negativ auf die Ertragsseite aus. Hingegen konnten aus der Vermietung/Verpachtung an Dritte 96,2 T€ Mehrerlöse gegenüber dem Plan erzielt werden.

Im Forstbetrieb konnte aus dem Verkauf von Nutzholz das Erlösziel (210,0 T€) nicht ganz erreicht werden, jedoch verbesserte sich die Situation im zweiten Halbjahr auf Grund erhöhter Absatzmengen wesentlich, so dass immerhin Erlöse von 192,7 T€ im abgelaufenen Jahr erzielt wurden.

Den Erträgen aus der Veräußerung von nicht verwaltungsnotwendigen Immobilien (Plan 2012: 1.671,5 T€; Ist 2012: 1.355,4 T€) stehen auf Grund des Prinzips der Mindestveräußerung zum Verkehrswert jeweils die Aufwendungen für die Abgänge der Restbuchwerte gegenüber. Da die Buchwerte noch nicht in der Anlagenbuchhaltung erfasst sind, wurde der Aufwand der Anlagenabgänge dem Vorsichtsprinzip folgend ergebnisneutral abgegrenzt.

Konsumtive Zuschüsse aus dem Stadthaushalt, die wirtschaftlich dem Wirtschaftsjahr 2012 zuzuordnen sind, hat GLM für Hochbauprojekte in Höhe von 299,1 T€ (Plan 2012: 311,9 T€) erhalten.

Aufwendungen für bezogene Leistungen

Bei den Betriebskosten ist eine gegenüber der Planung um 1% (76,6 T€) geringere Inanspruchnahme der Budgets zu verzeichnen. Wesentliche Kostenarten blieben im Ist z. T. unter den Planwerten, so die Reinigungskosten um 154,7 T€, die Kosten für Abfallentsorgung um 110,1 T€ und die Stromkosten (-26,7 T€). Die Kosten für den Bezug von

Heizenergie (Fernwärme, Erdgas) wurden trotz der extremen Witterung in den Wintermonaten mit 1.983,1 T€ gegenüber dem Plan (1.990,0 T€) eingehalten.

Reparatur- und Instandsetzungsaufwendungen sind in Höhe von 3.093,8 T€ (Plan 2012: 2.843,5 T€) angefallen. Dem gegenüber konnten Minderkosten bei sonstigen Leistungen im Zusammenhang mit der bauseitigen Gebäudebewirtschaften erzielt werden, so bei Ingenieur- und Planungskosten (-125,6 T€) und Abbruchkosten (-80,5 T€).

Personalaufwendungen

Das Budget der Personalaufwendungen wurde um 89,2 T€ (2%) nicht ausgeschöpft. Dies ist auf Elternzeit, Erwerbsunfähigkeit sowie der nicht geplanten Beendigung von Arbeitsverhältnissen geschuldet, was eine Stellenvakanz zur Folge hat, die sich auf die Arbeitsabläufe und Aufgabenerfüllung negativ auswirkt.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Hier konnte 2012 eine erhebliche Einsparung gegenüber den Planwerten um 37% erreicht werden (Plan 848,0 T€; Ist 530,4 T€). Dies ist einer restriktiven Budgetierung sowie einer teilweise sehr konservativen Planung geschuldet. Besonders wirkten sich geringere Kosten für Fremdleistungen wie Verkehrswertgutachten, Grundstücksvermessungen, Rechts- und Beratungskosten aus. Im Falle der Gutachter- und Vermessungskosten wird sich der Anfall der Aufwendungen lediglich zeitlich verschieben. Die Einsparungen bei den Rechts- und Beratungskosten sind nicht zuletzt auf die planmäßige Durchführung und Abwicklung des PPP-Schul- und Sporthallenprojektes zurückzuführen. Auch wurden hier laufende Kosten für die PPP-Betriebsphase geplant, die jedoch sachlich dem Bereich der Aufwendungen für bezogene Leistungen zuzuordnen waren.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die zu leistenden Zinszahlungen für die Werklohnforderungen im Zusammenhang mit dem PPP-Schulprojekt wurden beginnend im III. Quartal 2012 geplant. Auf Grund des späteren Eintritts in die Endfinanzierung sowie günstigere Konditionen für die Zwischenfinanzierung fielen im Berichtszeitraum lediglich langfristige Zinsen von insgesamt 538,9 T€ für alle bestehenden PPP-Projekte an. Geplant waren dafür 718,1 T€. Insoweit werden sich die Aufwendungen teilweise zeitlich verschieben. Die Endfinanzierung des PPP-Schul- und Sporthallenprojektes begann im März 2013.

Vermögenslage

Wie bereits erwähnt, wurde die Einlage des wesentlichen Immobilienvermögens zum 01.01.2011 noch nicht in diesem Bericht monetär dargestellt. Die zum 01.01.2011 wirtschaftlich zugeordneten Kreditverbindlichkeiten für die Sanierung von Schulen wurden durch GLM planmäßig in 2012 mit 465,9 T€ getilgt. Die entsprechende Kapitaleinlage der Stadt zur Refinanzierung der Tilgungsraten wurde unter Berücksichtigung der Gesamtliquidität der Stadt im Dezember 2012 realisiert.

Die beschlossene Abführung von 570,9 T€ aus dem Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2010 an den Stadthaushalt wurde Anfang Juli 2012 vollzogen.

Bei dem Ausweis von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen, Rechnungsabgrenzungsposten sowie Rückstellungen ist zu berücksichtigen, dass in diesen Positionen auch vorläufige Abgrenzungen dargestellt sind.

Liquiditätslage

Die Liquidität des Eigenbetriebes GLM war durch die Mietzahlungen der internen und externen Nutzer/Mieter sowie durch die Investitionszuschüsse der Stadt bis zum Ende des Berichtszeitraumes und darüber hinaus sichergestellt.

Der Eigenbetrieb GLM ist seit Ende Juni 2007 in den Kompensationsverbund der Finanzverwaltung der Stadt mit der Mittelbrandenburgischen Sparkasse eingebunden. GLM verfügt weder über eine eigene Kreditlinie noch über die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Kreditlinien der Stadtkasse. Durch die monatlichen Mietzahlungen sowie zeitnah zu realisierende Zuschüsse zu den (investiven) Baumaßnahmen ist die Finanzierung planmäßig sichergestellt. Liquiditätsengpässe gab es in 2012 nicht und sind auch künftig unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zu erwarten.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Die Erstellung der zum 01.01.2011 wirksamen „Übernahmebilanz“ (Einlage von Aktiva und Passiva in den Eigenbetrieb GLM) ist erst nach endgültiger Erstellung der Eröffnungsbilanz des Stadthaushaltes möglich. Daher kann in dieser Berichterstattung auch noch keine Darstellung des übertragenen Vermögens erfolgen. Somit sind die Wertansätze im Anlagevermögen der Bilanz wie auch die Abschreibungen (Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung) im vorliegenden Beteiligungsbericht noch nicht enthalten. Ausnahmen bilden jedoch die vier im Rahmen eines PPP-Verfahrens zu sanierenden Schulen (Klingenbergsschule, Wilhelm-Busch-Schule, Luckenberger Schule, Oberschule Nord) sowie die seit dem Wirtschaftsjahr 2011 von GLM getätigten Investitionen an anderen Liegenschaften, die im Wesentlichen durch Zuschüsse des städtischen Haushaltes refinanziert wurden.

Das durch die Stadtverordnetenversammlung im März 2011 beschlossene und vom der Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg im April 2011 genehmigte PPP-Projekt zur Sanierung von vier Schulen und deren Sporthallen sowie dem Neubau einer Dreifeldsporthalle stellt einen weiteren wesentlichen Schwerpunkt für die Arbeit des Eigenbetriebes dar. Das Projekt wurde im Berichtszeitraum bauseitig abgeschlossen. Die Inbetriebnahme der Objekte erfolgte im III. Quartal 2012. Nach Feststellung der Gesamtinvestitionskosten wurden die objektbezogenen Finanzierungen jedoch erst ab dem Folgejahr (2013) wirksam, so dass im Berichtszeitraum noch keine finanziellen Auswirkungen aus der Endfinanzierung bestanden. Lediglich begann die monatliche Verpflichtung der Zahlung der vereinbarten Raten für den Betrieb der Objekte (taggenau ab dem jeweiligen Zeitpunkt der Inbetriebnahme).

Wesentliche Umfeldveränderungen sind künftig nicht zu erwarten. Die Gesamtsituation des Eigenbetriebes hängt zu einem Großteil von den finanziellen Zielen des „Hauptkunden“, der nutzenden Organisationseinheiten der Stadtverwaltung ab, durch die der Eigenbetrieb die

wesentlichen Erträge auf Basis des Vermieter-Mieter-Modelles erzielt. Die Stadt baut dabei auf ein Konzept der Vereinheitlichung der Mietpreise pro m² Nutzfläche (nach Objektgruppen) und hat dabei auch die Belange des Gesamthaushaltes zu berücksichtigen. In der Zukunft ist für die Verwaltungsgebäude mit einem jährlichen Rückgang der Kaltmiete um jeweils 3% zu erwarten. GLM hat diese Kürzungen in den eigenen Budgets für Bewirtschaftung und Verwaltung der Immobilien zu kompensieren.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Kapitaleinlage von 475.286 € zur Refinanzierung der Schulsanierungs(alt)kredite
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Entnahme 570.878 € aus Jahresgewinn 2010
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	159.800 € Zuschuss aus dem Haushalt der Stadt zur Deckung des Finanzbedarfes aus dem lfd. Geschäft des Sachgebietes Forsten; 28.065 € Aufgabenerfüllung lt. Grundstücksverkehrsordnung; 3.844.089 € für größere Sanierungsmaßnahmen und Bauinvestitionen an verwaltungsnotwendigen Immobilien.

Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	vorl. 2011	vorl. 2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	21.519	27.623	43.362
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	87	87	154
II. Sachanlagen	21.432	27.535	43.208
B. Umlaufvermögen	14.434	13.426	13.435
I. Vorräte	7.031	6.886	7.448
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.148	4.920	4.603
III. Kassenbestand, Guthaben	4.254	1.619	1.385
C. Rechnungsabgrenzungsposten	21	62	45
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	10.325	9.743	10.418
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss u. Gewinnvortrag des Vorjahres	1.160	1.907	1.515
III. Allgemeine Rücklage	9.116	7.786	8.853
IV. Gewinnvortrag des Vorjahres	309	1.160	1.457
B. Sonderposten und Baukostenzuschüsse	0	5.927	10.815
C. Rückstellungen	1.313	1.416	1.705
D. Verbindlichkeiten	24.307	24.015	33.840
E. Rechnungsabgrenzungsposten	28	9	64
Bilanzsumme	35.974	41.111	56.842

Ertragslage des Eigenbetriebes

(Angaben in T€)				
GuV		2010	vorl. 2011	vorl. 2012
1. Umsatzerlöse		23.971	17.065	17.002
2. Bestand an unfertigen Leistungen		-125	-145	526
3. Sonstige betriebliche Erträge		1.146	515	751
4. Materialaufwand		-18.323	-10.930	-12.088
5. Personalaufwand		-3.944	-3.943	-3.981
6. Abschreibungen		-607	-689	-1.014
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-731	-607	-530
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		14	6	18
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-513	-485	-569
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		888	788	115
11. Sonstige Steuern		-37	-40	-57
12. Jahresergebnis		851	748	58

III.2

Eigen- gesellschaften

III.2.1 wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die wobra (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die wobra ist zu 100% an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beträgt 332.339,71 €.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1991 abgeschlossen worden. Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 11. März 1999 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden. Änderungen erfolgten insbesondere im § 3 (Stammkapital) und § 15 (Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Vertretung).

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18.05.1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag von der TWB Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Im Geschäftsjahr 2012 fanden 4 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Aufsichtsratsmitglieder 2012	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Michael Brandt
Stellvertreterin	Frau Martina Marx
weitere Mitglieder	Herr Walter Kriegs
	Herr Hans-Jürgen Arndt
	Herr Norbert Langerwisch
	Frau Ilona Friedland
	Herr Hartmut Fellenberg

Im Berichtsjahr fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die unter „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele entsprechen der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Zweckbestimmung einer gesicherten Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Die Zweckbestimmung dieses wirtschaftlichen Unternehmens der Gemeinde begründet ihr Engagement.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die wobra befindet sich in einem Wettbewerb mit privaten Wohnungsvermietern und hat daher ihre wohnungswirtschaftliche Tätigkeit regelmäßig zu überprüfen und noch effizienter zu gestalten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die wobra vermietet auch Gewerberäume. Diese Nebenleistung wird im Wettbewerb üblicherweise zusammen mit der Hauptleistung angeboten und beeinträchtigt nicht den öffentlichen Hauptzweck der Wohnungsversorgung (§ 91 Abs. 5 Nr. 1 BbgKVerf).

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	84%	84%	84%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	20%	20%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	104%	104%	105%
Zinsaufwandquote	16,1%	15,3%	14,6%
Liquidität 3. Grades	131%	131%	142%
Cashflow	4.616 T€	4.687 T€	4.768 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	3%	3%
Umsatz	21.889 T€	22.318 T€	22.473 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	153 T€	1.208 T€	1.062 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	8%	7%	8%
Anzahl der Mitarbeiter	40	40	40

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

2012 konnte die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft als eine der bedeutendsten Branchen der deutschen Volkswirtschaft weiterhin von der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung profitieren, obwohl in vielen ländlichen Räumen die positive Entwicklung deutlich schwächer ausfiel. Die weiter wenn auch nur schwach abnehmende Bevölkerungszahl führte in Brandenburg an der Havel zu Stagnation oder Verringerung der Wohnungsnachfrage.

Bei der Einwohnerzahl ist die Entwicklung im Land Brandenburg deutlich zweigeteilt. Während die Berlin nahen Regionen – allen voran Potsdam – weiter Zuzüge verzeichnen und auch mittelfristig steigende Bevölkerungs- und Haushaltszahlen erwarten können, stellt sich die Lage in den Berlin fernen Teilen anders dar. Für diese Landesteile sagt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg bis 2030 eine weitere Bevölkerungsabnahme um fast ein Drittel voraus. Ursache dieser Abnahme ist in erster Linie der demografische Faktor.

Die wobra Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH hat den vorrangigen Zweck, breite Schichten der Bevölkerung mit Wohnungen zu versorgen.

Mit dem Wirtschaftsplan 2013 wurden von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel auch die aktualisierten Eckpunkte der Fortschreibung des Unternehmenssanierungskonzeptes nach § 6a AHG (Szenario 5) genehmigt. Danach werden die zum Kernbestand zählenden Wohnungen im Stadtzentrum und in direkter Nähe der Innenstadt sowie im Stadtteil Görden mittelfristig voll saniert. Im Geschäftsjahr 2011 wurde das Wohn- und Geschäftshaus in der Bahnhofspassage fertig gestellt und ist seit dem voll vermietet.

Im November 2010 wurde von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel die Einlage des Bahnhofsgebäudes in die wobra mit der Maßgabe der Umgestaltung in ein wirtschaftliches Geschäftshaus beschlossen. Aufgrund des Auslaufens von Förderprogrammen des Landes wurden notwendige Sanierungsmaßnahmen von Objekten in der Innenstadt bereits in 2011 begonnen.

Am 31. Dezember 2012 zählten zum Bestand der wobra 4.015 eigene Wohnungen (2011: 4.122), 31 Eigentumswohnungen (2011: 31), 128 Gewerbeeinheiten (2011: 133) sowie 992 Garagen bzw. Stellplätze (2011: 997). Des Weiteren verwaltete die wobra 1.440 Wohnungen und eine Gewerbeeinheit aus dem BAVARIA-Bestand. Die Veränderungen des eigenen Bestandes gegenüber dem Vorjahr ergaben sich aus Verkäufen von 47 Wohnungen, aus Abriss von 60 Wohnungen sowie Veränderungen von 47 Wohnungszugängen durch Sanierungen und Neubau.

Die verwalteten 1.440 BAVARIA-Wohnungen wurden 1998 saniert; sie verteilen sich in den Wohngebieten der Stadt Brandenburg an der Havel wie nachfolgend dargestellt:

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	Leerstand der Wohnungen gesamt in %	
		2012	2011
Hohenstücken	799	24,7	23,0
Görden	371	7,6	8,1
Nord	270	3,3	7,8
Summe	1.440	16,3	16,3

Die eigenen Wohnungsbestände der wobra verteilen sich im Wesentlichen auf die Innenstadt und die angrenzenden Wohngebiete.

Der modernisierte Bestand wird am Wohnungsmarkt unverändert stark nachgefragt, was mit der Fertigstellung der Vollsanierungsmaßnahmen in der Innenstadt und am Ring nachhaltig bestätigt wird. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben - nach unserer Einschätzung auch in der Zukunft - eine kostendeckende Bewirtschaftung. In 2012 waren die neu sanierten Wohnungen in der Jacobstraße sowie die Wohn- und Gewerbeeinheiten im Re-Generationenhaus nahezu voll vermietet. Die Leerstandsquote in den seit 2007 neu sanierten Wohnungen liegt fluktuationsbedingt bei unter 2%.

Wohngebiet	Anzahl der Wohnungen gesamt	davon sanierte Wohnungen	davon Verwertung (Abriss und Verkäufe)	Leerstand der Wohnun- gen gesamt in %
Innenstadt ohne Sanierungsobjekte	519	487	7	4,6
Innenstadt nur Sanierungsobjekte	91	0	0	100
Ring	598	404	0	11,0
Hohenstücken	869	489	240	29,3
Nord	859	825	0	12,3
Görden	766	766	0	5,9
Kirchmöser	132	0	0	62,9
Walzwerksiedlung	181	181	0	11,6
Summe	4.015	3.152	247	17,2
<i>davon Kernbestand</i>	<i>3.768</i>	<i>3.152</i>	<i>0</i>	<i>15,2</i>
<i>davon Verwertung</i>	<i>247</i>	<i>0</i>	<i>247</i>	<i>47,8</i>

Die zum Kernbestand der wobra zählenden 3.768 eigenen Wohnungen sind größtenteils saniert, 114 Wohnungen sind teilsaniert und 502 Wohnungen sind noch unsaniert.

Der Leerstand beschränkte sich 2012 - abgesehen von vorübergehenden Leerständen bei Wohnungswechsel oder Baumaßnahmen - vor allem auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bestand ist zurzeit keine kostendeckende Vermietung möglich.

Der Leerstand der wobra (eigener Wohnungsbestand) per 31.12.2012 in Höhe von 17,2% untergliedert sich wie folgt:

Objekte	Anzahl von Wohnungen		
	<u>Gesamt</u>	<u>Leerstand</u>	<u>Leerstandquote</u>
sanierte Wohnungen	3.152	272	8,6%
teilsanierte Wohnungen	114	20	17,5%
unsanierte Wohnungen	411	190	46,2%
Sanierungsobjekte	91	91	100,0%
Wohnungen Kernbestand	3.768	573	15,2%
Verwertung	247	118	47,8%
Summe eigene Wohnungen	4.015	691	17,2%

Jahresergebnis und Ertragslage

Im Geschäftsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 1.062 T€ (2011: 1.208 T€) erzielt werden.

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie in nachfolgender Tabelle dargestellt. Die Grundsteuern und sonstigen Steuern (500 T€, in 2011 499 T€) wurden in den Betriebsaufwand umgegliedert. Das außerordentliche Ergebnis 2012 beträgt 0,00 T€ (2011: 155,3 T€), im Vorjahr waren in den außerordentlichen Erträgen die Auflösungen von Aufwandsrückstellungen berücksichtigt.

	<u>2011</u>	<u>2012</u>	<u>Veränderung</u>
	<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Betriebsleistung	23.770	24.939	1.168
Betriebsaufwand	20.708	21.221	512
Betriebsergebnis	<u>3.062</u>	<u>3.718</u>	<u>656</u>
Finanzergebnis	-2.706	-2.784	-78
Betriebsergebnis unter Einbeziehung des Finanzergebnisses	356	934	578
Neutrales und periodenfremdes Ergebnis	1.053	437	-616
Ergebnis der Neubewertung	-349	-277	72
Außerordentliches Ergebnis	155	0	-155

Gesamtergebnis vor Ertragsteuern	<u>1.215</u>	<u>1.094</u>	<u>-121</u>
Ertragsteuern	7	32	25
Jahresüberschuss	<u>1.208</u>	<u>1.062</u>	<u>-146</u>

In den Betriebsleistungen sind Umsatzerlöse in Höhe von 22.473 T€ (2011: 22.317 T€) enthalten. Die Veränderungen der Betriebsleistungen gegenüber dem Vorjahr um 1.168 T€ sind mit 324 T€ auf die Umsatzsteigerung aus erhöhten Mieteinnahmen zurückzuführen. Außerdem waren die sonstigen betrieblichen Erträge aus Schadenabrechnungen mit 65 T€, aus Grunddienstbarkeiten mit 100 T€, Zuschüsse für Abriss mit 100 T€ und die erhöhten Weiterberechnungen an die Stadt für BAVARIA-Verluste mit 366 T€ über dem Vorjahresniveau.

Der Anstieg des Betriebsaufwandes (21.221 T€, 2011: 20.708 T€) gegenüber dem Vorjahr betrifft größtenteils Aufwendungen aus der Hausbewirtschaftung, die aufgrund von Preiserhöhungen im Bereich Heizkosten mit 405 T€ über dem Vorjahreswert lagen. Außerdem waren einmalige Aufwendungen für Mieterumsetzungen aus den Sanierungsobjekten, erhöhte Aufwendungen für Schadensfälle, die sich größtenteils in der Weiterberechnung der sonstigen betrieblichen Erträgen widerspiegeln, sowie Abrisskosten Gründe für die Kostenveränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Das Ergebnis wird nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von -2.784 T€ (2011: -2.706 T€) ergibt sich ein positives Betriebsergebnis von 934 T€ (2011: 356 T€).

Im Wesentlichen ist der Rückgang des neutralen und periodenfremden Ergebnisses auf 437 T€ (2011: 1.053 T€) in den reduzierten Auflösungen von Rückstellungen (-327 T€), geringeren Teilschuldenerlassen (-326 T€) sowie rückläufigen Buchgewinnen aus Anlagenverkäufen gegenüber dem Vorjahr begründet.

Außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 277 T€ (2011: 4.781 T€ saldiert mit den Zuschreibungen im Vorjahr 4.432 T€) betrafen eine erforderliche Teilwertabschreibung für ein zum Verkauf bestimmtes Wohnungsobjekt. Eine Neubewertung des Immobilienvermögens der wobra war aufgrund der unveränderten Planansätze insbesondere im Bereich der Leerstands- und Mietenentwicklung nicht erforderlich.

Vermögens- und Finanzlage

Im Geschäftsjahr 2012 reduzierte sich das Bilanzvolumen um 1.041 T€ auf 155.178 T€, was im Wesentlichen in den Veränderungen des Anlagenvermögens begründet ist, da das Investitionsvolumen in Höhe von 2.498 T€ unter den Abschreibungen (3.994 T€) lag.

Die Veränderung des Eigenkapitals im Vergleich zum Vorjahr betrifft ausschließlich den Jahresüberschuss.

Im 5-Jahres-Vergleich stellt sich die Eigenkapitalentwicklung wie folgt dar:

Eigenkapital	2008	2009	2010	2011	2012
- nominal in Mio. €	+30,6	+ 30,5	+ 30,7	+ 31,7	+ 31,6
- quotial in %	+19,3	+ 20,1	+ 19,8	+ 20,3	+ 20,4

Die Summe der Verbindlichkeiten reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 722 T€, was im Wesentlichen auf die planmäßigen Tilgungen (4.028 T€) und Sondertilgungen (118 T€) von Krediten, saldiert mit den Neuauflagen von Darlehen für die Neubau- und Sanierungsmaßnahmen und Aufwandsdarlehen mit 3.064 T€, zurückzuführen ist.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern sowie Ausleihungen von der WOFÜ (108.624 T€, 2011: 109.705 T€) betreffen:

	2011 in T€	2012 in T€
Modernisierungs- und Instandhaltungskredite	67.569	68.379
Altschuldenkredite	23.384	21.798
<i>davon neue Altschulden T€ 7.862, Vorjahr T€ 8.136</i>		
Neubaukredite	13.491	12.996
Aufwandsdarlehen	4.459	4.518
Wendebauten	799	780
Zinsen	3	152

Die Finanzlage ist zum 31. Dezember 2012 ausgeglichen. Die Gesellschaft kann ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht unter Ausnutzung von Skontoabzug nachkommen.

Die überdurchschnittliche Erhöhung des Eigenkapitals seit 2004 von 5,6 Mio. € auf 31,6 Mio. € in 2012 und die positiven Jahresergebnisse seit 2004 sowie die vorliegende positive mittelfristige Finanzplanung, verbessert das Standing der wobra gegenüber den kreditgebenden Banken hinsichtlich Bonität und Rating.

Entwicklung im Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2012 waren durchschnittlich 39 Mitarbeiter (2011: 39 Mitarbeiter) und eine Auszubildende (2011: eine Auszubildende) beschäftigt.

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag mit der TWB gestellt.

Gemäß der seit 2005 bestehenden Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat verzichten die Angestellten auf 10% ihres Gehaltes und auf das Urlaubsgeld sowie auf tarifliche Entgeltsteigerungen. Damit konnten die Personalkosten entsprechend eingespart werden. Diese Betriebsvereinbarung konnte bis zum 31.12.2013 verlängert werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für den bewussten Umgang mit ihren Risiken hat die wobra ein umfassendes Risikomanagementsystem eingeführt, das im Jahr 2012 weiter ausgebaut wurde.

Die Leerstandsquote hat sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Die realisierten Rückbaumaßnahmen sind wesentlicher Grund für die erfolgreiche Verbesserung der Leerstandsquote von mehr als 30% in 2004 auf 17% zum Jahresende 2012. Eine weitere Senkung der leerstehenden Wohnungsbestände wurde durch den Verkauf von unrentablen Objekten und der bedarfsorientierten Sanierung des Kernbestandes erzielt.

Das Ergebnis der Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt, am Ring und in der Bahnhofsvorstadt sowie dem Neubau am Bahnhof mit insgesamt 641 Wohnungen zeigt bei einem Vermietungsstand von mehr als 98%, dass diese Maßnahmen richtig waren. Die wobra wird das Angebot an Wohnraum kontinuierlich und vor allem zielgruppenspezifisch, beispielsweise für Senioren, weiterentwickeln und dabei das Stadtbild verschönern.

Die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ersetzt seit dem Geschäftsjahr 2010 die bisher gezahlten Kapitaldienstleistungen für die Altschulden durch Zahlungen in Höhe von 1.500 T€ in 2011 und 900 T€ ab 2012, die ausschließlich zur Reduzierung der Forderungen aus BAVARIA-Verlusten zu verwenden sind. Die Gesellschaft geht davon aus, dass trotz der Reduzierung der Leistungen durch die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel mit der vertraglich geregelten Übernahme der BAVARIA-Verluste durch die Gesellschafterin ein positives Ergebnis erzielt wird.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	wobra/Stadt Brandenburg an der Havel: Die Erhöhung der Kapitalrücklage in 2011 um 1,00 € resultiert aus Einbringung des Empfangsgebäudes des Hauptbahnhofes und der zugehörigen Funktionsflächen als Sacheinlage von der Stadt Brandenburg an der Havel in das Gesellschaftsvermögen der wobra zum Zwecke der Sanierung und anschließenden Bewirtschaftung. In 2012 ergaben sich keine Änderungen der Kapitalrücklagen.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Der <u>Jahresüberschuss 2010</u> in Höhe von 152.835,78 € wurde entsprechend Gesellschafterbeschluss wobra 03/2011 vollausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht. Der Betrag in Höhe von 152.835,78 € wurde zur Tilgung der sogenannten Bavaria-Forderungen eingesetzt. Der <u>Jahresüberschuss 2011</u> in Höhe von 1.208.293,42 € wurde entsprechend Gesellschafterbeschluss wobra 03/2012 vollausgeschüttet. Eine Auszahlung erfolgte nicht. Der Betrag in Höhe von 1.208.293,42 € wurde mit den Forderungen gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel verrechnet. Vom <u>Jahresüberschuss 2012</u> in Höhe von 1.062.098,05 € soll entsprechend der Empfehlung des Aufsichtsrates 936 T€ an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel ausgeschüttet werden, der Rest soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Eine Auszahlung der beschlossenen Gewinnausschüttung soll dabei nicht erfolgen, sondern der Betrag von 936 T€ soll mit den Forderungen gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel verrechnet werden. Der Gesellschafterbeschluss hierzu steht noch aus.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Vertrag über die gesamtschuldnerische Haftung für wohnungswirtschaftliche Altschulden mit der Stadt Brandenburg an der Havel.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Zwischen der wobra und der Stadt Brandenburg an der Havel besteht neben der Vereinbarung eines abstrakten Schuldanerkenntnis über die Übernahme der Bewirtschaftungsverluste aus "BAVARIA" eine Vereinbarung über die Übernahme des Kapitaldienstes für die Altschulden. Die Weiterberechnung der BAVARIA-Verluste an die Stadt wirkte sich forderungserhöhend und gleichzeitig ertragserhöhend auf die Vermögens- und Ertragslage der wobra aus. Der Kapitaldienst für die Altschulden wurde in den Jahren 2007 bis 2009 liquiditätswirksam von der Stadt übernommen, allerdings führten lediglich die anteilig übernommenen Zinsen für Altschuldendarlehen, die als Zinszuschuss reduzierend dem Zinsaufwand zugeordnet waren, zur Verbesserung der Ertragslage. Mit dem anteilig übernommenen Tilgungsanteil der Stadt für die Altschulden wurden die Forderungen aus BAVARIA der wobra gegenüber der Stadt reduziert. Ab dem Geschäftsjahr 2010 zahlte die Stadt an wobra 1.500.000,00 € zum Ausgleich der Bavaria-Forderungen.</p> <p>Im Geschäftsjahr 2011 zahlte die Stadt an wobra 1.500.000,00 € zum Ausgleich der Bavaria-Forderungen. Im Geschäftsjahr 2012 zahlte die Stadt an wobra 617.200,00 € zum Ausgleich der Bavaria-Forderungen.</p> <p>Dienstleistungsvereinbarungen bestehen zwischen der Stadt und wobra zu marktüblichen Konditionen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	130.006	132.145	130.249
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21	11	16
II. Sachanlagen	128.278	130.427	128.526
III. Finanzanlagen	1.707	1.707	1.707
B. Umlaufvermögen	24.791	23.665	24.820
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.739	6.700	7.061
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.860	5.900	6.089
III. Kassenbestand, Guthaben	11.192	11.065	11.669
C. Rechnungsabgrenzungsposten	396	409	109
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	30.696	31.751	31.605
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	2.112	2.112	2.112
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	2.866	2.866	2.866
V. Jahresüberschuss	153	1.208	1.062
B. SoPo Investitionszuschüsse	606	510	480
C. Rückstellungen	3.128	2.367	2.370
D. Verbindlichkeiten	118.443	119.381	118.659
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.320	2.210	2.063
Bilanzsumme	155.193	156.219	155.178

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	21.889	22.318	22.473
2. Bestandsänderung	-18	-38	361
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	3.526	7.983	2.959
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-13.165	-13.188	-14.223
6. Personalaufwand	-1.766	-1.651	-1.686
7. Abschreibungen	-5.030	-8.918	-3.994
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.097	-2.239	-1.510
9. Erträge aus Beteiligung	200	130	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	633	586	489
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.512	-3.422	-3.273
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	659	1.560	1.595
13. Außerordentliche Erträge	0	155	0
14. Außerordentliches Ergebnis	0	155	0
15. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-7	-32
16. Sonstige Steuern	-506	-499	-500
17. Jahresergebnis	153	1.208	1.062

III.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Schubertstraße 15

14772 Brandenburg

Tel.: 03381/ 72 97 0

Fax: 03381/ 72 97 22

email: wohnen@wofue.de

Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (wobra) eingebracht. Die Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ hat ihren Geschäftsanteil an der Wofü in Höhe von 7,7% am 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 gekündigt. Mit notariellem Vertrag vom 16.06.2008 wurde der Geschäftsanteil der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ auf die wobra übertragen. Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses Nr. 08 / 2008 der wobra vom 24.06.2008 hat die Gesellschafterversammlung der Wofü der Anteilsrückgabe der Wohnungsgenossenschaft „Einheit“ vom 04.12.2007 mit Wirkung zum 31.12.2007 zugestimmt. Damit wurde die wobra rückwirkend zum 31.12.2007 Alleingesellschafterin des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	332.339,72 €
--------------	--------------

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

wobra	100%
-------	------

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist mit einem Geschäftsanteil von 900 € an der GVV-Gesellschaft für Versicherungsvermittlung und Vermögensbildung mbH, Berlin, beteiligt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2012 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2012

Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Klaus Deschner, Geschäftsführer

Gemäß Gesellschaftsvertrag der Wofü hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf gehört zu den Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft auch die Verbesserung der Wohnungen der Einwohner durch den sozialen Wohnungsbau, die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens sowie eine sozial gerechte Verteilung der Wohnungen. Daher erfüllt die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH befindet sich in einem Wettbewerb mit privaten Wohnungsverwaltern und muss daher ihre wohnungswirtschaftliche Tätigkeit regelmäßig überprüfen und noch effizienter gestalten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1%	56%	57%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	80%	84%	86%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	17481%	149%	153%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	1877%	2350%	2447%
Cashflow	92 T€	34 T€	22 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5%	5%	3%
Umsatz	510 T€	490 T€	475 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	171 T€	166 T€	115 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	93%	86%	94%
Anzahl der Mitarbeiter	14	13	11

Lagebericht der Gesellschaft

Die Wofü hat ihren gesamten Wohnungsbestand zum 01.09.2007 verkauft. Von diesem Zeitpunkt wurde die Wofü von einem Wohnungsunternehmen zu einem Fremdverwalter. Der Verwaltervertrag ist Bestandteil des Kaufvertrages und hat eine Laufzeit von fünf Jahren mit einer Option für die Wofü von weiteren fünf Jahren. Die hieraus generierten Erlöse sind die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit der Wofü.

Betreuungstätigkeit

Die Gesellschaft verwaltet als Hauptgeschäftsfeld den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der Bestand umfasst am 31.12.2012 1775 Wohnungen (2011: 1775), 19 Gewerbe (2011: 19) und 410 sonstige Vermietungen (Stellplätze, Garagen, Pachten und Gärten) (2011: 409).

Weiterhin verwaltet die Wofü zum 31.12.2012 259 Wohneinheiten (2011: 203), 86 Stellplätze (2011: 16) und 18 Pachtverhältnisse (2011: 18).

Vermögenslage

Die insgesamt 192,0 T€ Miet- und 95,3 T€ Umlagenforderungen wurden bereits in den Vorjahren mit 287,3 T€ einzelwertberichtigt.

In den 35,0 T€ der sonstigen Vermögensgegenstände sind unter anderem 24,0 T€ Forderungen aus Kapitalertragssteuern enthalten.

Entwicklung des Finanzmittelbestandes

	2011 (T€)	2012 (T€)
Stand 1. Januar	3.638,6	1.540,8
Veränderung des Liquiditätssaldos	<u>- 2.097,8</u>	<u>- 6,5</u>
Stand 31. Dezember	<u>1.540,8</u>	<u>1.534,3</u>

Finanzlage

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 86,4% (3.124,4 T€).

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

	2007 T€	2008 T€	2009 T€	2010 T€	2011 T€	2012 T€
Eigenkapital						
nominal	2.176,6	2.672,3	3.002,1	2.973,2	3.009,4	3.124,4
Quote	53,03 %	63,58 %	76,10 %	79,78 %	83,88 %	86,43 %

Die Finanzlage zum 31.12.2012 ist ausgeglichen. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben und auch künftig wird die Wofü ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen. Skonto wurde, sofern mit den Vertragspartnern vereinbart, stets gezogen. Die nicht benötigten Mittel werden risikoarm bei unterschiedlichen Kreditinstituten angelegt.

Zur Finanzierung der Maßnahme Hauptbahnhof wurde im Mai 2010 wurde ein Darlehensvertrag mit der Muttergesellschaft über 2,0 Mio. € abgeschlossen. Die Inanspruchnahme erfolgt in zwei Teilen. Der erste Teil in Höhe von 1,0 Mio. € wurde im März 2011 ausgezahlt und der zweite Teil in Höhe von 1,0 Mio. € wurde im Juni 2011 ausgezahlt.

Ertragslage

Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung betreffen nur das in der Wofü verbliebene Grundstück.

Aus der Betreuungstätigkeit realisierte die Gesellschaft Erlöse in Höhe von 448,8 T€. Hieraus resultieren 402,5 T€ aus den Verwalterverträgen für den ehemaligen Immobilienbestand der Wofü. Der restliche Ertrag in Höhe von 46,3 T€ konnte aus der oben genannten Wohneigentums- bzw. Fremdverwaltung erwirtschaftet werden. Zum Jahresende 2011 konnte die Wofü einen zweijährigen Verwaltervertrag für 63 Verwaltungseinheiten akquirieren.

Die Leistungen des Hausmeisters der Wofü werden als Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen erfasst. Der Hausmeister erbrachte Leistungen in Höhe von 25,8 T€

In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 28,0 T€ sind 3,5 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen enthalten.

Im Geschäftsjahr 2012 konnte die Gesellschaft 106,9 T€ Zinserträge verbuchen. Darin sind 74,0 T€ Zinsen für das Darlehen an die Gesellschafterin wobra enthalten. Aus der Abzinsung von Rückstellungen resultieren 1,0 T€

Das Wirtschaftsjahr wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 115,0 T€ abgeschlossen.

Entwicklung im Personalbereich

Die Wofü beschäftigte zum 31.12.2012 einschließlich der Geschäftsführung insgesamt 11 Mitarbeiter und einen Auszubildenden.

Von diesen Mitarbeitern befand sich am 31.12.2012 ein Arbeitnehmer in der Freizeitphase der Altersteilzeit und war somit nicht tätig. Ein weiterer Mitarbeiter befand sich in der Arbeitsphase der Altersteilzeitvereinbarung im sogenannten Blockmodell.

Der Personalaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 24,2 T€ gestiegen. Ursächlich hierfür sind die Rückkehr einer Mitarbeiterin aus der Elternzeit im Geschäftsjahr 2012 und eine Beitragszahlung zum Ausgleich einer Rentenminderung bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Rente wegen Alters.

Die Vergütung der Belegschaft erfolgt auf der Grundlage des Tarifvertrages für die Angestellten und gewerblichen Arbeitnehmer in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft.

Nach der derzeit gültigen Öffnungsklausel erhalten die Arbeitnehmer seit dem 01.01.2012 bis zum 31.12.2013 eine monatliche Tarifvergütung von 90,0% und kein Urlaubsgeld. Die Mitarbeiter verzichteten ebenfalls zwischen dem 02.01.2012 und dem 31.12.2013 auf tarifvertragliche Erhöhungen während der Laufzeit der Öffnungsklausel.

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft weiter die Ausbildung von Immobilienkaufleuten durchgeführt.

Auch im Jahr 2012 hat der überwiegende Teil der Mitarbeiter die Möglichkeit zum Besuch von Weiterbildungen, Seminaren und für berufsbegleitende Zusatzqualifikationen genutzt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Geschäftsführung hat ein umfassendes Risikomanagement entwickelt. Elemente des Risikomanagements sind unter anderem:

- ein Risikohandbuch in dem die einzelnen Risiken erfasst und bewertet wurden,
- Mittelfristige Finanz- und Erfolgspläne, die unter Veränderung von Prämissen analysiert werden,
- Regelmäßige Berichterstattung an die Gesellschafterin (Erstellung von Quartalsberichten).

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch dieses System alle relevanten Risiken frühzeitig erkannt werden können.

In Zusammenarbeit mit den Beauftragten des Hauptauftraggebers der Wofü wurde das Reporting fortgeführt und angepasst.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Da die Verwaltervergütung des Hauptauftraggebers teilweise an die Entwicklung des Leerstandes des Bestandes gebunden war, hätten sich bei einer Steigerung der Leerstandsquote weitere Minderdeckungen aus dem Verwaltervertrag ergeben können. Aus diesem Grund wurde im Geschäftsjahr 2010 die Verwaltervergütung für die Geschäftsjahre 2010 und 2011 auf einen Betrag von 430,0 T€ festgesetzt. Ende 2011 wurden erneut Verhandlungen mit dem Hauptauftraggeber aufgenommen. Inhalte waren die Verlängerung des Vertrages bis 2017 und die Verwaltergebühr für die Jahre 2012 und 2013. Im Ergebnis dieser Verhandlungen wurde der Vertrag bis August 2017 verlängert, die Verwaltergebühr für das Jahr 2012 und 2013 wurde auf 402,5 T€ festgelegt und ist somit nicht an die Risiken eines Mietermarktes gebunden.

Die Zusammenarbeit mit der Muttergesellschaft soll weiter ausgebaut werden, um langfristig Synergien stärker nutzen zu können und damit positive Effekte für beide Unternehmen zu erzielen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Dienstleistungsverträge zwischen der wobra und Wofü werden zu marktüblichen Konditionen erbracht.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	20	2.020	2.042
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	2
II. Sachanlagen	20	20	40
III. Finanzanlagen	0	2.000	2.000
B. Umlaufvermögen	3.707	1.567	1.572
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	68	27	37
III. Kassenbestand, Guthaben	3.639	1.541	1.534
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	2.973	3.009	3.124
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	2.470	2.511	2.677
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	171	166	115
B. Rückstellungen	575	511	426
C. Verbindlichkeiten	179	67	65
Bilanzsumme	3.727	3.588	3.615

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung		3	0	0
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit		462	465	449
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen		45	25	26
4. Bestandsänderung		-3	0	0
5. Andere aktivierte Eigenleistungen		0	0	0
6. Sonstige betriebliche Erträge		112	129	28
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen		0	0	0
8. Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen		-2	0	0
9. Personalaufwand		-475	-424	-448
10. Abschreibungen		-3	-2	-6
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-72	-119	-34
12. Erträge aus Beteiligungen		1	0	0
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		90	108	107
14. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	0	0
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	-2	-1
16. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		158	180	121
17. Außerordentliche Erträge		0	0	0
18. Außerordentlicher Aufwand		0	0	0
19. Steuern vom Einkommen und Ertrag		13	-14	-6
20. Sonstige Steuern		0	0	0
21. Jahresergebnis		171	166	115

III.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 20 00

Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de

Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.600 €
--------------	----------

Stadt Brandenburg an der Havel	100%
--------------------------------	------

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören drei Tochtergesellschaften und der Beteiligungen an der Klinikum Westbrandenburg GmbH und der AGKAMED Holding GmbH. Die Beteiligung ist Ergebnis einer organisatorischen Umstrukturierung der Einkaufsgemeinschaft AGKAMED (Arbeitsgemeinschaft Kardiologie und medizinischer Sachbedarf), der das Klinikum bereits als Mitglied seit 1997 angehört:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51%)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)
Name:	Klinikum Westbrandenburg GmbH
Sitz:	Potsdam
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.500 (50%)
Name:	AGKAMED Holding GmbH
Sitz:	Essen
Stammkapital:	€ 75.000
Anteil:	€ 500 (1%)

Die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH wurde in 2012 gegründet. Die Aufnahme einer aktiven Geschäftstätigkeit erfolgte im Jahr 2013.

Die Klinikum Westbrandenburg GmbH wurde in 2012 gegründet. Eine Aufnahme der Geschäftstätigkeit wird zum 01.01.2014 erfolgen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 26. Oktober 2005.

Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 30. März 2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2012 siebenmal Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat kam in 2012 zu fünf Sitzungen zusammen.

Aufsichtsratsmitglieder 2012	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Steffen Scheller
Stellvertreterin	Frau Dr. Margit Spielmann
weitere Mitglieder	Herr Thomas Krüger
	Herr Dr. Christian Sieg'l
	Herr Alfredo Förster (bis 13.12.2012)
	Frau Elke Kroll (ab 13.12.2012)
	Herr Hans-Joachim Kynast (bis 13.12.2012)
	Herr Bernd Köhler
	Frau Marita Lickert
	Herr Andreas Kutsche
	Herr Dr.-Ing. Andreas Herzog (ab 13.12.2012)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKGBbg (Krankenhausgesetz des Landes Brandenburg) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser

errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften, gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die unter dem Abschnitt Gegenstand des Unternehmens aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH befindet sich im Wettbewerb mit anderen Krankenhäusern und hat daher ihre Aufgabenerfüllung mit der notwendigen Qualität möglichst effizient zu gestalten.

Nebeneleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebeneleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	58,9%	72,5%	75,9%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20,6%	20,3%	21,4%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	115%	105%	111%
Zinsaufwandquote	0,45%	0,47%	0,34%
Liquidität 3. Grades	108%	104%	122%
Cashflow	7.740 T€	5.461 T€	6.285 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,52%	0,00%	0,00%
Umsatz	80.572 T€	80.991 T€	83.266 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.557 T€	146 T€	-317 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	57%	60%	59%
Anzahl der Mitarbeiter	995	1.076	1.029

Lagebericht der Gesellschaft**Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH hat mit 466 Planbetten gemäß der Aufnahme in den dritten Landeskrankenhausplan vom 25. Juli 2008 die Aufgabe eines Krankenhauses der qualifizierten Regelversorgung für die Stadt Brandenburg an der Havel und Umgebung.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH selbst ist ein kommunales Krankenhaus dessen alleinige Gesellschafterin die Stadt Brandenburg an der Havel ist.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 24.10.2012 die Gründung der Klinikum Westbrandenburg GmbH für Kinder- und Jugendmedizin als jeweilige 50%-ige Tochtergesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und der Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH beschlossen.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH bildet mit der Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH), der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (GZB GmbH) und der Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH (Gründung am 14.11.2012) einen Konzern.

Der Landesbasisfallwert 2012 für das Land Brandenburg betrug 2.949,97 € (2011: 2.900,00 €). Damit betrug die tatsächliche Steigerung je Bewertungsrelation nur 1,7 Prozent im Land Brandenburg, sodass eine Ausfinanzierung von Personal- und Sachkostensteigerungen bei weitem nicht gegeben war.

In den Jahren 2009 bis 2011 konnten in den krankenhausindividuellen Budgetvereinbarungen zusätzlich Mittel im Rahmen des Pflegeprogramms zur Schaffung von zusätzlichen Stellen im Pflegedienst vereinbart werden. Diese Mittel sind für 2012 entfallen und sind in die Berechnung des Landesbasisfallwertes 2012 mit eingeflossen.

Geschäftsverlauf 2012

Die Geschäftsentwicklung der Städtisches Klinikum GmbH war im Geschäftsjahr 2012 schwierig und ist im Ergebnis durch einen Jahresfehlbetrag geprägt.

Die Fallzahl aus stationärer Behandlung nach der Mitternachtsstatistik ist mit 24.751 (2011: 24.783) stabil. Die Verweildauer ist dagegen mit 5,86 Tagen (2011: 5,75 Tage) wieder leicht ansteigend.

Nach der DRG-Statistik (Diagnosis Related Groups) betrug die DRG-Anzahl für Jahreslieger 24.395 (2011: 24.391) und die effektiven Bewertungsrelationen 24.282 (2011: 24.331). Der Schweregrad CMI veränderte sich von 0,998 auf 0,995. Die Bewertungsrelationen aus Überlieger 2012/13 umfassten 798,3.

Zusätzlich wurden 51 DRG-Fälle mit 102,43 Bewertungsrelationen im Rahmen von Verträgen aus der Integrierten Versorgung erbracht. Diese IV-Verträge betreffen insbesondere die Endoprothetik des Zentrums für Orthopädie und Unfallchirurgie.

Einen leichten Rückgang gab es bei den Leistungen aus dem ambulanten Operieren. Hier lagen die Fälle im Jahr 2012 bei 5.262 (2011: 5.300).

Die Budgetverhandlung für das Jahr 2012 fand abschließend am 05. Dezember 2012 statt. Die Umsetzung nach dem Genehmigungsbescheid durch das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz erfolgte zum 1. März 2013.

Personalsituation

Im Vergleich zum 31. Dezember 2012 blieb die Anzahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt bei 771,61 (2011: 771,59) stabil.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden insgesamt 138 Auszubildende (2011: 146) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 13,4 Prozent an der Gesamtzahl der Mitarbeiter.

Der Tarifvertrag mit ver.di für die nichtärztlichen Mitarbeiter wurde am 25. Mai 2010 vereinbart. Die Laufzeit des Vertrages endet am 31. März 2012 und wurde von ver.di fristgerecht gekündigt. Eine neue Vereinbarung wurde inzwischen abgeschlossen mit einer Laufzeit bis Ende 2014.

Für den Bereich des ärztlichen Dienstes konnte am 21. Januar 2011 eine Tarifeinigung mit dem Marburger Bund vereinbart werden. Dieser Tarifvertrag hat eine Laufzeit vom 01. März 2011 bis zum 28. Februar 2013. Dieser Tarifvertrag findet auch in den anderen großen kommunalen Krankenhäusern des Landes Brandenburg Anwendung.

Die Personalaufwendungen weisen zum 31. Dezember 2012 mit 49.043.433,99 € eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 927 T€ auf. Der Anstieg resultiert aus zwei zusätzlichen Stellen im Ärztlichen Dienst für die Notaufnahme und Änderungen in Bereitschaftsdiensten zur Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes, sowie durch die Restauswirkungen aus den Tarifverträgen für die ärztlichen und nichtärztlichen Mitarbeiter und den Veränderungen bei den Sozialabgaben.

Aufgrund des Wegfalls des Pflegeprogramms sind die im Pflegedienst hieraus geförderten Stellen wieder entfallen. Zur Entlastung der qualifizierten Pflege Tätigkeit wurden in der Tochtergesellschaft KSC Klinik Service Center GmbH Servicekräfte eingestellt.

Krankenhausneubau

Am 19.07.2012 wurde vom Land Brandenburg ein Änderungsbescheid zum bisherigen Fördermittelbescheid für die Hauptmaßnahme Krankenhausneubau (Ost) erteilt. Mit diesem Bescheid wurde über die bisher gesperrte Medizintechnik, EDV, den Änderungsanträgen und der verlorenen ersten Planung entschieden. Im Ergebnis wurden förderfähige Investitionskosten in Höhe von 62.549.135 € festgestellt und ein Förderungsfestbetrag von 56.106.755 € bewilligt. Der Eigenanteil für das Städtische Klinikum Brandenburg beträgt 6.443.380 €. Nach Vorlage des Verwendungsnachweises wird im Jahr 2013 die Schlussrate in Höhe von 1.122.135 € ausgezahlt.

Die Inbetriebnahme des Krankenhausneubaus ist im November 2011 erfolgt. Die nachlaufenden Arbeiten erfolgten 2013. Hierzu gehörten Abrissarbeiten von nicht mehr benötigten Gebäuden und die Schaffung eines Parkplatzes auf dem ehemaligen Gelände des HNO-Gebäudes.

Für den Eigenanteil wurde über das Finanzierungskonsortium Investitionsbank des Landes Brandenburg/WestLB/Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam am 08. November 2007 ein KfW-Darlehen in Höhe von 8.000 T€ aufgenommen, welches mit 4,8 Prozent verzinst ist.

Die Vorfinanzierung der Fördermittel für die Jahre 2011 und 2012 werden über eine Bürgschaft der Stadt Brandenburg an der Havel abgesichert. Zum 31. Dezember 2012 wurden hieraus 1.500,0 T€ vorfinanziert.

Investitionen

Den Hauptanteil der Investitionen im Geschäftsjahr tätigte die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH für die Einzelmaßnahme Klinikneubau.

Im Jahr 2012 wurde ein Investitionsvolumen von insgesamt 8.044,2 T€ realisiert.

Ertragslage

Das Städtische Klinikum Brandenburg hat im Geschäftsjahr 2012 einen Jahresfehlbetrag von 317,7 T€ (im Vorjahr +145,7 T€) erwirtschaftet.

Das betriebliche Ergebnis stellt sich wie folgt dar:

	<u>2012</u>	<u>2011</u>
	<u>€</u>	<u>€</u>
<u>Erträge</u>		
Betriebsleistung	82.701.809	79.852.257
Sonstige Erträge	<u>13.172.332</u>	<u>10.553.780</u>
Gesamterträge	95.874.141	90.406.037
<u>Aufwendungen</u>		
Personalkosten	- 49.043.434	- 48.115.544
Sachkosten	- <u>47.147.983</u>	- <u>42.144.804</u>
Gesamtaufwendungen	- 96.191.417	- 90.260.348
Jahresfehlbetrag/ -überschuss	- 317.276	145.689

Der Anstieg der sonstigen Erträge resultiert in erster Linie aus der Berücksichtigung von 2.135,0 T€ für Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach KHEntG.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft ist grundsätzlich geordnet und weitgehend als positiv zu bewerten.

Vermögenslage

Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2012 ist geprägt von den vorgenommenen Investitionen mit der Aktivierung des Neubaus Haus 3 sowie den Abgängen von abgerissenen Gebäuden. Zusätzlich war der endgültige Fördermittelbescheid zum Krankenhausneubau zu berücksichtigen. Darüber hinaus ergeben sich keine wesentlichen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen zum Vorjahr.

Im Bereich des Anlagevermögens konnten 2012 Investitionen von 8.044,2 T€ realisiert werden. Nach Abzug der planmäßigen Abschreibungen und der Abgänge hat sich das Anlagevermögen um 1.886,7 T€ reduziert.

Die Verminderung im Umlaufvermögen ist in erster Linie Resultat der auf Basis des Fördermittelbescheids des MASGF vom 27. Dezember 2007 erfassten Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Diese wird gemäß den zugesagten Finanzierungsscheiben bis zum Jahr 2012 wieder abgebaut. Die vom Krankenhausneubau nicht betroffenen Bilanzpositionen weisen gegenüber den Vorjahren keine größeren Veränderungen auf.

Die Rückstellungen haben sich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Sie erreichen einen Gesamtwert von 3.532,9 T€ (2011: 4.711 T€). Ursächlich für den Rückgang ist die ertragswirksame Auflösung der Rückstellung für die verlorenen Planungsleistungen in Höhe von 1.500 T€.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH weist zum 31. Dezember 2012 Bankverbindlichkeiten in Höhe von 31.126,9 T€ aus.

Finanzlage

Die flüssigen Mittel betrugen zum Bilanzstichtag 3.314,7 T€ (2011: 2.470,2 T€). Die ausgewiesenen flüssigen Mittel enthalten in Höhe von 2.151 T€ (2011: 1.167 T€) zweckgebundene Mittel aus Pauschalfördermitteln, Einzelfördermitteln, Sicherheitseinbehalten und Kautionen.

Der Liquiditätsbedarf der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt – abgesehen von dem Finanzbedarf aus der Finanzierung des Neubaus – monatlich im Durchschnitt 7.500 T€ mit Spitzen in den Monaten Januar und November (Weihnachtsgeld etc).

Langfristige Geldanlagen sind bei Umsetzung der Wirtschaftspläne nicht zu realisieren, da nach wie vor ein hoher Investitionsbedarf besteht.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Für das Wirtschaftsjahr 2013 wird bei Umsatzerlösen von 80,8 Mio. € ein ausgeglichenes Ergebnis geplant. Die Planungen für 2014 bis 2017 sehen bei einem moderaten Anstieg der Umsatzerlöse ebenfalls ausgeglichene Jahresergebnisse vor.

Prognostizierte Budgetsteigerungen mit einhergehenden Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich werden voraussichtlich zu einer stabilen Entwicklung führen.

Bei den Erlösen aus Krankenhausleistungen wurde in der Planung von 23.973 effektiven Bewertungsrelationen (einschließlich Überlieger) ausgegangen. Diese Annahme entspricht somit einer Steigerung von 330 Bewertungsrelationen im Vergleich zur Vereinbarung 2012.

Der Landesbasisfallwert für Brandenburg liegt nach Genehmigung des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei 3.013 € für das Jahr 2013.

Unter Berücksichtigung der vor- und nachstationären Leistungen sowie dem Budget der Kassen für die Ausbildung werden die Erlöse aus allgemeiner Krankenhausleistung mit 77.473,0 T€ geplant.

Bei den weiteren Erlösen wurde von einer grundsätzlich gleichen Entwicklung wie in den Vorjahren ausgegangen. Die Erträge für Leistungen an Dritte, insbesondere den Apothekenlieferungen, wurden auf Vorjahresniveau geplant.

Bei den Planungen für 2013 war die Ausgliederung der Kinderklinik in das Klinikum Westbrandenburg GmbH zu berücksichtigen

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung berücksichtigt eine Steigerung der Personalkosten aufgrund der tariflichen Vereinbarungen für das Jahr 2013, welche für den nichtärztlichen Dienst schon vereinbart wurden. Eine Tarifsteigerung für den zum 28. Februar 2013 auslaufenden Tarifvertrag für den ärztlichen Dienst wurde für 2013 nicht berücksichtigt. Durch verschiedenste Maßnahmen wird für das Jahr 2013 mit einem Abbau von 18,5 Vollkräfte geplant.

Bei dem Ansatz für die Energiekosten wurde der durchschnittliche Verbrauch aus den letzten drei Jahren zugrunde gelegt. Gleichzeitig wurden je nach Energieart die bekannten Preisanpassungen angesetzt und die Verbrauchsänderungen durch die Inbetriebnahme von Haus 3 sowie den Freizug von einzelnen Gebäuden geschätzt. Beim Strom ist anzumerken, dass der vereinbarte Arbeitspreis für 2013 stabil bleibt, allerdings die gesetzlichen Umlagen nach § 19 Strom-Netzentgeltverordnung zu berücksichtigen waren. In der Summe wird mit einem Energieaufwand von 3.103 T€ für das Jahr 2013 geplant.

Der Aufwand für den Wirtschaftsbedarf konnte seit Jahren durch Anpassungen beim Bezug stabil gehalten. Hier wurde keine Steigerung angesetzt.

Beim Zinsaufwand wurden die Belastungen durch die Finanzierungen der beiden Neubauten sowie der Großgeräte und Ausstattung Krankenhausneubau entsprechend der bestehenden Kreditvereinbarungen berücksichtigt.

Auch bei der Aufwandsplanung war die unterjährige Ausgliederung der Kinderklinik entsprechend zu berücksichtigen.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken oder Risiken größeren Ausmaßes sind gegenwärtig für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH nicht absehbar. Trotz der fundierten positiven Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen jedoch nicht auszuschließen, aus denen unter Umständen entwicklungsbeeinträchtigende Risiken entstehen können.

Die kurzfristige Liquidität des Hauses ist abgesehen von einem Engpass Ende des Geschäftsjahres 2012 befriedigend. Zur Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität ist grundsätzlich die Erwirtschaftung eines positiven Betriebsergebnisses Voraussetzung, um den auf das Klinikum durch die Investitionen zukommenden Zinsaufwand leisten zu können.

Allgemeine Risiken durch die Gesundheitspolitik ergeben sich ebenfalls für die Gesellschaft. Durch den allgemeinen Kostendruck ist bei den Krankenkassen mit einer steigenden Anzahl von MDK-Prüfungen zu rechnen, welche die Erlöse der Gesellschaft mindern können. Auch die Gesetzgebung ist erfahrungsgemäß nicht stabil und nicht immer kurz- und mittelfristig planbar.

Die nach wie vor zu geringe Investitionsförderung durch das Land stellt ein weiteres Risiko für die Klinikum Brandenburg GmbH dar. Das Land Brandenburg beabsichtigt eine Umstellung der Einzel- und Pauschalmittelförderung auf ein grundsätzlich pauschales System.

Mehrkosten z. B. durch Tarifsteigerungen und Zinsen müssen über die Erlöse und/oder Einsparungen aufgefangen werden.

Der Trend des Fachkräftemangels lässt sich auch für die Klinikum Brandenburg GmbH für die Zukunft nicht kategorisch ausschließen.

Die Gesellschaft stützt ihre Planungen bezüglich der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auf den vorliegenden Wirtschaftsplan für die Jahre 2013 - 2017. Trotzdem sind negative Entwicklungen und Auswirkungen, insbesondere aus den Bereichen Krankenhausneubau (z.B. Überschreitung der geförderten Investitionen) nicht ausgeschlossen. Weiter geplante Sanierungs- und Umbaumaßnahmen müssen gegebenenfalls selbst erwirtschaftet werden.

Jedoch wird davon ausgegangen, dass durch die gute Wettbewerbsposition am Markt die anstehenden Aufgaben durch das Klinikum erfolgreich bewältigt werden.

Neben den aufgezeigten Risiken und Planungsunsicherheiten eröffnen die Bauvorhaben eine langfristige Zukunftssicherung für das Klinikum. Der Neubau bietet eine verbesserte Versorgung bei effizienteren Strukturen sowie optimierte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter. Durch das verbesserte Angebot kann auch mit einer höheren Einweisungsquote gerechnet werden.

Der Unternehmensverbund mit langfristigen Verträgen mit der KSC GmbH bietet der Gesellschaft ebenfalls Steuerungsmöglichkeiten und somit Chancen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Brandenburg an der Havel gegenüber der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg vom 17.09.2010 bis zum Höchstbetrag in Höhe von jeweils 22,75 Mio. €.
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	113.084	141.814	139.900
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.279	1.448	1.952
II. Sachanlagen	111.152	139.199	136.808
III. Finanzanlagen	653	1.168	1.140
B. Umlaufvermögen	59.287	33.783	22.461
I. Vorräte	2.441	2.816	3.470
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.404	27.497	15.676
III. Kassenbestand, Guthaben	7.442	3.470	3.315
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	14.185	14.541	16.577
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.530	5.443	5.336
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	39.584	39.729	39.412
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	6.956	9.513	9.659
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.557	146	-317
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	75.298	96.458	99.211
C. Rückstellungen	4.037	4.711	3.533
D. Verbindlichkeiten	73.168	54.684	42.118
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	192.086	195.582	184.274

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	80.572	80.991	83.266
2. Sonstige betriebliche Erträge	7.113	9.415	12.608
3. Personalaufwand	-45.667	-48.116	-49.043
4. Materialaufwand	-29.672	-30.779	-32.441
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	7.490	5.360	10.240
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-2.970	-1.186	-2.683
11. Abschreibungen	-5.147	-5.315	-6.602
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.072	-10.129	-15.266
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	380	390	371
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-359	-374	-655
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.668	258	-205
16. Außerordentliche Aufwendungen	-37	0	0
17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-74	-113	-112
18. Jahresergebnis	2.557	146	-317

III.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhilfe Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Gabriele Wolter

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen der KSC GmbH stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen. Hierzu zählen insbesondere der Bereich der Speisenversorgung, das Gebäudemanagement sowie die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder sol-

che Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die unter dem Abschnitt Gegenstand des Unternehmens aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die KSC Klinik Service Center GmbH befindet sich im Wettbewerb mit anderen Dienstleistungsunternehmen und hat daher ihre Tätigkeit möglichst effizient zu gestalten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die KSC Klinik Service Center GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	16,1%	18,9%	13,8%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	18,8%	16,9%	14,1%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	117%	90%	103%
Zinsaufwandquote	0,00%	0,00%	0,03%
Liquidität 3. Grades	102,3%	97,0%	1202,9%
Cashflow	66,3 T€	77,8 T€	98,1 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	1,31%	1,25%	1,69%
Umsatz	10.963 T€	11.697 T€	13.026 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	16 T€	18 T€	28 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	71,0%	70,9%	68,6%
Anzahl der Mitarbeiter	336	357	397

Lagebericht der Gesellschaft
Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC GmbH) ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Zentralsterilisation, Technik und Verwaltung tätig.

Für diese Tätigkeitsbereiche ist in der Branchenentwicklung das Vorhandensein einer großen Anzahl potentieller Leistungserbringer, ein hart umkämpfter Markt bei großer Konkurrenz und hohem Preisdruck charakteristisch.

Die KSC GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

<u>Partner</u>	<u>Leistung</u>
St. Marienkrankenhaus	Speisenversorgung Betrieb der Cafeteria Reinigung Technik
DRK – 3 Kitas	Reinigung, Essensausgabe
Kita Schmerzke	Hausmeisterservice Reinigung
Heidelberger Druckmaschinen Havel GmbH	Speisenversorgung Transportleistungen Reinigung
Labor Dr. Heuer	Transportleistungen
diverse niedergelassene Ärzte, Asklepios Fachklinikum und GZB GmbH	Sterilisation und Reinigung

Geschäftsverlauf 2012

Die Geschäftsentwicklung der KSC GmbH verlief im Geschäftsjahr 2012 positiv. Zum 31.12.2012 wird ein Jahresergebnis von 28,3 T€ ausgewiesen. Damit wurde der geplante Jahresüberschuss von 15,0 T€ übertroffen.

Die Umsatzerlöse konnten gegenüber dem Vorjahr um 1.335,7 T€, rund 11,4% gesteigert werden. Ursächlich hierfür ist der Aufbau des Bereiches Wirtschaftsdienste um Servicekräfte, die ab April sukzessive eingestellt wurden. Auftraggeber für die Servicekräfte war die Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Anfang Oktober konnte das angestrebte Volumen von 29 Servicekräften erreicht werden.

Für das Klinikum wurden auch die Leistungen der Abteilung Technik im Rahmen von Umbaumaßnahmen für Haus 1 erhöht.

Ein weiterer Umsatzanstieg ist auf die Anpassung der Reinigungsleistungen auf die Erhöhung des allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages.

Die Personalkosten liegen mit 8.930,1 T€ um 66,2 T€ unter dem Planansatz, da die geplante Aufstockung an Servicekräften erst abschließend Ende September 2012 erreicht wurde. Die

zeitliche Umsetzung erfolgte in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Der Anstieg bei den bezogenen Leistungen in Höhe von 721,0 T€ korrespondiert mit dem Anstieg der Erlössteigerung beim Bereich Technik.

Aufgrund einer eingetretenen Erhöhung der Forderungen gegenüber der Muttergesellschaft zum Jahresende wurde zur fristgerechten Begleichung der eigenen Zahlungsverpflichtungen Ende 2012 ein Kontokorrentkredit von 500 T€ in Anspruch genommen. Die Gesellschaft war hierdurch im Geschäftsjahr 2012 immer in der Lage, alle Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen. Die Finanz- und Liquiditätslage der Gesellschaft ist geordnet.

Investitionen

Aufgrund der spezifischen Geschäftstätigkeit der KSC GmbH ist der Investitionsbedarf vergleichsweise gering. Die in 2012 vorgenommenen Investitionen betrugen 64,6 T€ und betrafen vor allem Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (ohne Azubi) im Jahr 2012 betrug 397 (2011: 357), das entsprach 313,51 Vollkräften.

Die KSC GmbH ist außer im Bereich der Reinigung nicht tarifgebunden, die Gehälter der aus der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH übernommenen Mitarbeiter wurden zum Stand der Ausgliederung eingefroren.

Tarifierhöhungen können nur bei lang anhaltender positiver Geschäftsentwicklung vorgenommen werden.

Aus- und Weiterbildung:

Im Jahr 2012 wurden 15 Auszubildende (7 Technik und 8 Verwaltungsdienst) beschäftigt.

Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde ein Jahresüberschuss vor Steuern in Höhe von 43,1 T€ ausgewiesen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Ausblick auf die Geschäftsjahre 2013 und 2014

Prämissen der Erlösplanung

Auf Grundlage der stabilen Leistungsplanung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurden die Innenumsätze geplant. Die Pauschalen in der Abrechnung wurden den zu erbringenden Leistungen angepasst.

Die Anstellung der Servicekräfte wurde für das Wirtschaftsjahr 2013 nun ganzjährig berücksichtigt. Die Erhöhung der Kosten für die Anwendung der Mindestlöhne nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel wird im vollen Umfang dem Klinikum und den weiteren Auftraggebern weiter berechnet. Zusätzlich wurden die Leistungen für den Laborbetrieb bei Reinigung und Transport vom Außenumsatz dem Innenumsatz zugeordnet, weil das Klinikum die externen Verträge gekündigt hat und diese Leistungen ab 2013 durch eine neu gegründete Tochtergesellschaft, die Klinik-Labor Brandenburg an der Havel GmbH wieder selbst erbringen wird.

Bei den Außenumsätzen wurden die bestehenden Verträge fortgeschrieben. Kostenerhöhungen aufgrund von der Umsetzung einer Mindestlohnregelung sind gegenüber den Vertragspartnern durchzusetzen.

Den Erträgen der Abteilung Technik wurde der mit dem Städtischen Klinikum Brandenburg beschlossene Instandhaltungsplan zugrunde gelegt.

Insgesamt werden die Umsatzerlöse mit 12.955,4 T€ im Jahr 2013 geplant. Für das 2014 sehen die Planungen Umsatzerlöse in Höhe von 12.981,2 T€ vor.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der KSC Klinik Service Center GmbH wird weiterhin sehr stark vom Ansatz für Personalkosten geprägt. Hier wird mit einer Kostensteigerung von 637,2 T€ geplant, davon 375 T€ bei der ganzjährigen Berücksichtigung der Servicekräfte. Weiterhin steigen die Personalkosten um 213,5 T€ durch die Festlegung des Mindestlohns.

Bei der Planung der Sachkosten und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde von einem grundsätzlich konstanten Kostenniveau ausgegangen.

Anpassungen ergaben sich auch bei den Eigenleistungen der Abteilung Technik im Zuge des Instandhaltungsplans der Abteilung Technik.

Für die Wirtschaftsjahre 2013 bis 2017 wird ein jeweiliger Jahresüberschuss von 20,0 T€ prognostiziert.

Strategien zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens

Primärziel ist weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebenen aller Bereiche:

- Kostenminimierung durch effizientes Personalmanagement
- Aufbau eines Berichtswesens durch die Abteilung Controlling
- Beteiligung an Ausschreibungen am Bereich Catering (Schulspeisung etc.)

Es werden weiterhin monatlich Plan-Ist-Analysen zur Kontrolle und Überwachung der Einzelergebnisse erstellt.

Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Die wesentlichen Chancen und Risiken resultieren aus dem Organschaftsverhältnis mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, für die der weit überwiegende Teil (86,3%) der

Lieferungen und Leistungen erbracht wird. Dieser Anteil steigt im Jahr 2013 durch die weitere Verlagerung von Serviceleistungen aus dem Klinikum in die KSC auf 88,6 %.

Zum einen steht mit der Klinikum Brandenburg GmbH ein sicherer und stabiler Leistungsabnehmer zur Verfügung, der auch in seiner Gesellschafterstellung an einer erfolgreichen Entwicklung der KSC GmbH interessiert ist. Damit ist grundsätzlich eine stabile Auftragslage gegeben. Andererseits besteht eine hohe Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung der Klinikum Brandenburg GmbH. Nicht auszuschließende rückläufige Fallzahlen sowie rückläufige finanzielle Mittel für Investitionen und Instandhaltungen haben direkten Einfluss auf die Auftragsvergabe und somit auf die Erlösentwicklung der KSC GmbH. Der allgemeine Kostendruck im Gesundheitswesen zwingt auch die Klinikum Brandenburg GmbH, die Leistungen der KSC GmbH möglichst preisgünstig einzukaufen.

Eine weitere Chance besteht für die KSC GmbH auch darin, das Leistungsangebot für Dritte auszuweiten. Beispielhaft hierfür ist der Anstieg an Verträgen für die Sterilisation mit niedergelassenen Ärzten. Derzeit läuft eine Kapazitätsprüfung um einen weiteren Ausbau planen zu können. Für die anderen Dienstleistungsbereiche ist es aufgrund der Vielzahl der Anbieter in dieser Branche und deren Kosten- und Preisstrukturen außerordentlich schwierig, neue Marktanteile zu erschließen.

Insgesamt sind zurzeit keine bestands- oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken zu erkennen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	193	271	264
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3	8	6
II. Sachanlagen	190	263	258
B. Umlaufvermögen	996	1.155	1.646
I. Vorräte	16	16	21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	837	1.078	1.506
III. Kassenbestand, Guthaben	144	61	118
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	9	12
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	225	243	272
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	185	200	218
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	16	18	28
B. Rückstellungen	52	53	45
C. Verbindlichkeiten	912	1.130	1.599
D. Rechnungsabgrenzungsposten	10	8	7
Bilanzsumme	1.199	1.434	1.922

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	10.963	11.697	13.026
2. Sonstige betriebliche Erträge	42	55	62
3. Personalaufwand	-7.787	-8.297	-8.930
4. Materialaufwand	-2.746	-2.894	-3.596
5. Abschreibungen	-51	-60	-70
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-397	-473	-445
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-4
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	25	28	43
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-6	-7	-12
11. Sonstige Steuern	-3	-3	-3
11. Jahresergebnis	16	18	28

III.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Hochstr. 29
14770 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH die Klinikbereich (KB) - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 18. Dezember 2007.

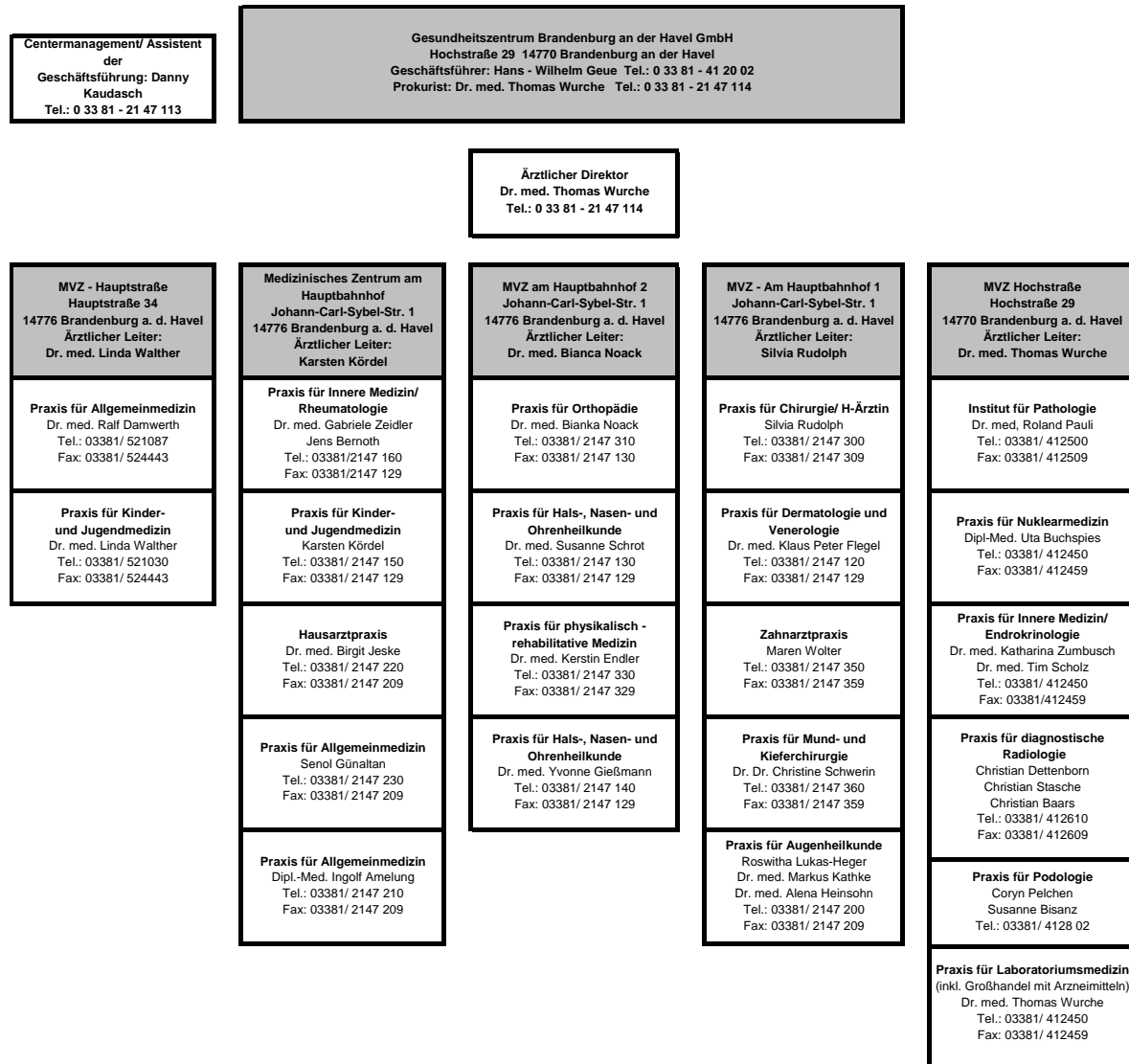
Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 18. Dezember 2007 und Eintragung in das Handelsregister vom 28. Dezember 2007 ist der Gesellschaftsvertrag, insbesondere § 2 Abs.1 (Gegenstand des Unternehmens) und § 3 (Gemeinnützigkeit und Mildtätigkeit), neu gefasst worden.

Organe der Gesellschaft

- **Geschäftsführung**

Hans-Wilhelm Geue

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Der Geschäftsführer wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.



- **Gesellschafterversammlung**

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Im Berichtsjahr haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner. Damit erfüllt die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die unter dem Abschnitt Gegenstand des Unternehmens aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung.

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH befindet sich im Wettbewerb mit anderen Gesundheitseinrichtungen und hat daher ihre Aufgabenerfüllung mit der notwendigen Qualität möglichst effizient zu gestalten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	54,8%	54,8%	55,2%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	4,1%	2,5%	3,8%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	41%	37%	33%
Zinsaufwandquote	1,07%	0,87%	1,00%
Liquidität 3. Grades	83,5%	72,7%	68,2%
Cashflow	62,5 T€	83,9 T€	134,4 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2,95%	1,77%	3,50%
Umsatz	4.038 T€	5.225 T€	5.853 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	3 T€	2 T€	38 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	79,5%	79,1%	77,5%
Anzahl der Mitarbeiter	79	104	119

Lagebericht der Gesellschaft**Rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist ein Tochterunternehmen der alleinigen Gesellschafterin Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und in den Bereichen der ambulanten ärztlichen Versorgung tätig.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in 2012 beinhaltete im Wesentlichen den Betrieb Medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch V sowie die Fortführung der bestehenden ambulanten Einrichtung gemäß § 311 Abs. 2 SGB V.

Für diese Tätigkeitsbereiche steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit niedergelassenen Ärzten, wobei Praxisübernahmen nur bei fehlender Nachbesetzung angestrebt werden. Es besteht ein Auftrag der Gesellschafterin zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Geschäftsverlauf 2012

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2012 war geprägt durch diverse Arztwechsel in den einzelnen Medizinischen Versorgungszentren. Die in 2011 mit den Umzügen von drei verschiedenen Standorten in das neu erbaute Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof verbundenen Anlaufschwierigkeiten sind überwunden. Das Haus erfreut sich steigender Beliebtheit, die Fallzahlen steigen kontinuierlich. Für das Geschäftsjahr 2012 wird ein Jahresüberschuss von 37,6 T€ ausgewiesen.

Nachfolgend geben wir einen Überblick zur Ertragsanalyse (ohne gesonderten Ausweis der neutralen Aufwendungen und Erträge):

	2012 T€	2011 T€	Veränderung in %
Umsatzerlöse	5.853,3	5.225,2	+ 12,00
+ sonstige betriebliche Erträge	<u>204,5</u>	<u>148,4</u>	+ 38,08
Gesamtleistung	6.057,8	5.373,6	+ 12,74
- Materialaufwand	<u>787,9</u>	<u>593,9</u>	+ 32,66
Rohertrag	5.269,9	4.779,7	+ 10,27
- Personalaufwand	4.537,0	4.134,4	+ 9,73
- Abschreibungen	96,8	82,0	+ 18,04
- sonstige Aufwendungen	540,9	516,2	+ 4,78
+ sonstige Erträge	<u>1,1</u>	<u>0,0</u>	+ 57,14
Betriebsergebnis	96,3	47,1	+ 104,24
+ Finanzerträge	0,1	0,1	+ 100,00
- Finanzaufwendungen	<u>58,8</u>	<u>45,3</u>	+ 29,80
Finanzergebnis	-58,7	-45,2	+ 29,64
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>37,6</u>	<u>1,9</u>	
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,0	0,0	
Jahresüberschuss	<u>37,6</u>	<u>1,9</u>	

Entwicklung der Umsatzerlöse

Die Geschäftsentwicklung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH verlief im Geschäftsjahr 2012 unter Berücksichtigung der Praxisveränderungen kontinuierlich und ausgeglichen.

Der Gesamtumsatz entwickelte sich unterteilt nach Betriebsstätten wie folgt:

	2012 T€	2011 T€	Veränderung %
MVZ - am Hauptbahnhof 2	823,2	728,9	+ 12,94 %
MZ am Hauptbahnhof	862,6	838,1	+ 2,92 %
MVZ - am Hauptbahnhof 1	854,8	645,5	+ 32,42 %
MVZ Hochstraße	2.887,9	2.639,8	+ 9,40 %
MVZ Hauptstraße	391,3	361,6	+ 8,21 %
Allgemein	33,5	28,0	+ 19,64 %
Gesamt	5.853,3	5.241,9	+ 11,66 %

Insgesamt stieg somit der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 611,4 T€. Der Anteil der Umsätze mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH beträgt 19,7% (2011: 22,7%).

Die Umsätze mit der Kassenärztlichen Vereinigung, das sind rund 62,3% des Gesamtumsatzes, wurden ebenfalls gesteigert und lagen im Berichtsjahr um 935,7 T€ über Vorjahresniveau.

Die Umsatzausweitung ist auch hier durch Übernahme und Neueröffnung weiterer Praxen bedingt.

Kostensituation

Personalaufwand

Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl (inkl. Azubi) im Jahr 2012 betrug 119 (2011: 104), das entsprach 91,54 Vollkräften.

Der damit verbundene Personalaufwand betrug 4.537,0 T€.

Struktur der Personalaufwendungen:

	2012 T€	2011 T€	Veränderung %
Löhne und Gehälter	3.912,6	3.534,3	+ 10,70
Sozialabgaben	624,4	600,1	+ 4,05
Gesamt	4.537,0	4.134,4	+ 9,73

Der gestiegene Personalaufwand ergibt sich aus dem Zuwachs von insgesamt 5,42 Vollkräften bedingt durch die Strukturveränderungen. Als wesentliche Strukturveränderungen sind die

ganzzährige Beschäftigung des ärztlichen Direktors sowie des Assistenten der Geschäftsführung zu benennen. Zusätzlich wurden zum 01.08.2012 vier OP-Kräfte für die Betriebsaufnahme des OP im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof eingestellt. Die Gesundheitszentrum GmbH ist nicht tarifgebunden.

Im Jahr 2012 wurden vier Auszubildende beschäftigt.

Materialaufwand

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren liegt mit 479,4 T€ deutlich über den Vorjahreswerten von 388,3 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen liegen mit 308,5 T€ um 103,0 T€ über den Vorjahreswerten. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Ausweitung des Geschäftsbetriebes. Dadurch lassen sich größere Abweichungen zu den Planzahlen nicht vermeiden. Die Materialaufwandsquote beträgt 13,5% (2011: 11,3%).

Übrige Aufwendungen

Die Abschreibungen lagen um 11,8 T€ über dem Planansatz im Wirtschaftsplan 2012, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 49,1 T€ unter den geplanten Werten. Der Posten sonstige betriebliche Aufwendungen enthält im Wesentlichen die Mietstrukturen inklusive Betriebskosten für die Räumlichkeiten im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof. Die Betriebskosten für das Jahr 2012 waren nur schwer planbar.

Liquidität

Die Liquidität ist stark abhängig von den Zahlungsterminen der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Honorarbescheide und rund 25 - 35 % des Honorars werden erst 5 Monate nach Quartalsende erstellt und ausbezahlt. Die laufenden Kosten sind vorzufinanzieren. Hier bestehen Vereinbarungen mit dem Gesellschafter und der Hausbank. Die Liquidität ist über Kontokorrentverträge zwischen der Gesundheitszentrum GmbH, der Brandenburger Bank, der Deutschen Kreditbank (DKB) und der Gesellschafterin mit einer Gesamthöhe von 470 T€ abgesichert.

Investitionen

Mit der Investitionssumme 2012 von 156,5 T€ wurde im Wesentlichen in neue Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Hier wurden die Räumlichkeiten des MVZ Hauptstr. neu ausgestattet. Außerdem erfolgte eine EDV Umstellung auf ein einheitliches Abrechnungssystem (Medistar).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der Geschäftsfelder

Die Gesundheitszentrum GmbH erbringt weiterhin den größten Teil ihrer Leistungen für GKV-versicherte (Gesetzlich Krankenversicherte) ambulante Patienten.

In Folge der Kündigung des Laborversorgungsvertrages der Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Brandenburg mit dem Laborkonzern Synlab zum 31.12.2012 wurde in der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH eine Laborausschreibung durchgeführt und als

Ergebnis mit der Firma Roche Diagnostik Deutschland GmbH ein Nutzungs- und Wartungsvertrag über Laborsysteme und ein Laborinformationssystem abgeschlossen. Die sonstige Laborausstattung wird von Roche ebenfalls über einen fünfjährigen Nutzungsvertrag finanziert.

Die Einrichtung der Laborräume mit den neuen Systemen erfolgte parallel zum laufenden Betrieb der Firma Synlab. Am 01. Januar 2013 konnte der Laborbetrieb unter der Regie von Herrn Dr. Thomas Wurche erfolgreich aufgenommen werden. Herr Dr. Thomas Wurche als Laborarzt und Mikrobiologe hat für das MVZ Hochstraße die kassenärztliche Zulassung zum 01. Oktober 2012 durch die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg erhalten, so dass das MVZ Hochstraße als Auftragnehmerin von niedergelassenen Ärzten und externen Krankenhäusern fungieren kann.

Die neuen Strukturen im Gesundheitszentrum am Hauptbahnhof tragen durch steigende Fallzahlen zur positiven Entwicklung der Gesellschaft bei. Ein striktes Kostenmanagement wurde installiert. Ziel ist es, jede Praxis als Profitcenter zu führen. Durch die Verfeinerung der Kostenstellenrechnung erfolgt die Kosten- und Erlöszuordnung praxisbezogen mit dem Ziel, für jede Praxis ein positives Ergebnis zu realisieren. Die Kostenstellenübersicht wird quartalsweise erstellt und mit den einzelnen Praxisleitern besprochen.

Zur besseren Unternehmenssteuerung wurde zum 01.10.2011 die Stelle des ärztlichen Direktors des Gesundheitszentrums neu geschaffen und mit einem Mediziner besetzt, der ab 01.01.2013 gleichzeitig als Labormediziner tätig ist.

Prämissen der Erlösplanung

Die Planung der Erlöse für das Wirtschaftsjahr 2013 erfolgte unter Berücksichtigung der oben dargestellten Neugründung und Praxisveränderungen.

Insgesamt wird mit Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen von 8.864,7 T€ geplant, wobei allein die Aufnahme des Laborbetriebes ein Umsatzwachstum von 2.200 T€ generieren soll.

Prämissen der Aufwandsplanung

Die Aufwandsplanung der GZB GmbH wird sehr stark vom Ansatz für Personalkosten beeinflusst. Ansonsten wurden bei der Aufwandsplanung die gleichen Prämissen wie bei der Erlösplanung berücksichtigt.

Bei der Planung der Sachkosten wurde mit annähernd dem gleichen Kostenniveau wie 2012 geplant, zuzüglich der Kostenschätzung für das Labor.

Die Gesamtkosten im Wirtschaftsplan 2013 stellen sich wie folgt dar:

Kostenanteile am Wirtschaftsplan 2013 in T€

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	830,0	9,6 %
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.255,1	14,6 %
Personalaufwand	5.409,2	62,9 %
Abschreibungen	106,8	1,3 %
Sonstige betriebliche Aufwendungen	955,6	11,1 %
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45,6	0,5%
Summe Aufwand	8.602,3	100,0 %

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für die Zukunft wird eine kontinuierliche Entwicklung der Gesellschaft angestrebt und erwartet. Ein erster Schritt hierzu war die Konzentration von drei MVZ an einem Standort im Neubau am Hauptbahnhof. Durch Vorhaltung vieler medizinischer Fachbereiche kann eine umfangreiche Versorgung der Patienten angeboten werden. Durch den Umzug müssen höhere Betriebskosten erwirtschaftet werden, wodurch ein effizienteres Kostenmanagement und eine nahezu 100-prozentige Auslastung der angemieteten Flächen notwendig wird. Hier sind noch weitere Einsparpotentiale durch klar strukturierte Praxisabläufe umzusetzen.

Ein weiterer Schritt zur Erweiterung des Angebotsspektrums der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ist in der Aufnahme des Laborbetriebes zu sehen, wodurch viele niedergelassene Ärzte und Einweiser des Klinikums an die Gesellschaft gebunden werden können.

Für die weitere Zukunft wird es darauf ankommen, frei werdende Arztstellen wieder zeitnah und adäquat besetzen zu können. Hier steht die Gesellschaft im Wettbewerb mit anderen Leistungserbringern im Gesundheitsmarkt. Nützlich ist hier natürlich die direkte Beziehung zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Junge Fachärzte können für die Niederlassung angeworben werden. Das Einweisungsmanagement für die Patienten wird optimiert. Doppeluntersuchungen können vermieden werden.

Eine erneute Erweiterung mit weiteren Praxisübernahmen ist für das Jahr 2013 nicht geplant jedoch werden weiterhin Praxen durch niedergelassene Ärzte angeboten, die in den Ruhestand gehen wollen.

Die drei Standorte sollen 2013 weiter vorangebracht werden. Es stehen als größere Investitionen die Erneuerung des EDV-Programms in der Pathologie, sowie die Anschaffung einer HNO-Untersuchungseinheit an.

Die Gesundheitszentrum GmbH bleibt auch weiterhin stark abhängig von ihrer Gesellschafterin, die die Praxiskäufe langfristig finanziert hat. Bei positiver Geschäftsentwicklung kann hier eine Finanzierung über Bankdarlehen den Finanzierungsanteil der Gesellschafterin verringern.

Nach einer Phase der Konsolidierung im neuen Haus führen leicht steigende Behandlungszahlen zu einer Verbesserung der Liquidität, hier liegt die Budgetobergrenze bei 150% des Regelleistungsvolumens. Diese Obergrenze lässt sich frühestens nach 12 Quartalen erreichen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	868	1.462	1.520
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	688	1.239	1.253
II. Sachanlagen	180	222	267
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	715	1.207	1.232
I. Vorräte	17	17	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	698	1.190	1.214
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	0	0	1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	65	65	104
I. Stammkapital	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	36	40	41
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	3	2	38
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	1	3	3
C. Rückstellungen	21	30	24
D. Verbindlichkeiten	1.497	2.571	2.621
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	1.584	2.668	2.752

Ertragslage der Gesellschaft

GuV (Angaben in T€)		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		4.038	5.225	5.853
2. Sonstige betriebliche Erträge		29	148	206
3. Personalaufwand		-3.209	-4.134	-4.537
4. Materialaufwand		-425	-594	-788
5. Abschreibungen		-59	-82	-97
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-326	-516	-541
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-43	-45	-59
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3	2	38
10. Außerordentliche Erträge		0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag		0	0	0
12. Jahresergebnis		3	2	38

III.2.3 Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14

14776 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 51 11 0

Fax: 03381/ 51 11 60

e-mail: sekretariat@brandenburgertheater.de

Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Bis Ende 1995 wurde das Theater unter dem Namen „Städtische Bühnen“ als Regiebetrieb im Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Jörg Heyne

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2012 fanden vier Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2012 siebenmal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Aufsichtsratsmitglieder 2012	
Aufsichtsratsvorsitz	Herr Jan Penkawa
Stellvertreterin	Frau Birgit Patz
weitere Mitglieder	Frau Dr. Dietlind Tiemann
	Herr Florian Schmidt
	Herr Dr. Hans-Peter Jung
	Herr Klaus Hoffmann
	Herr Tim Freudenberg

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg spricht in § 2 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

	2009	2010	2011	2012
Besucher im eigenen Haus (ohne Vermietungen)	55.681	56.613	59.237	53.123
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)	74.937	79.808	78.367	71.168
Besucher Gastspiele	19.239	15.569	18.715	16.615

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Da die Gemeinde gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf ihren Einwohnern die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglichen soll, erfüllt die Brandenburger Theater GmbH einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Es wird regelmäßig überprüft, welche Kooperationen zwischen der Brandenburger Theater GmbH und privaten (freien) Theatern für eine verbesserte wirtschaftliche Effizienz ermöglicht werden können.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die Brandenburger Theater GmbH betreibt die Kunsthalle Brennabor, da diese Nebenleistung der Ausnutzung bestehender, sonst brachliegender Kapazitäten der Brandenburger Theater GmbH dient (§ 91 Abs. 5 Nr. 2 BbgKVerf).

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	27%	27%	27%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	35%	42%	48%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	131%	157%	132%
Zinsaufwandquote	2,7%	2,2%	2,2%
Liquidität 3. Grades	138%	163%	149%
Cashflow	51 T€	295 T€	238 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-8%	3%	-3%
Umsatz	623 T€	704 T€	809 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-156 T€	51 T€	-69 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	862%	723%	640%
Anzahl der Mitarbeiter	100	98	96

Lagebericht der Gesellschaft

Etwa 75.000 Besucher konnte das Brandenburger Theater in der Stadt Brandenburg an der Havel ansprechen. Inklusive der auswärtigen Veranstaltungen konnten insgesamt 87.783 Besucher erreicht werden. Die durchschnittliche Auslastung lag 2012 bei 74% (2011: 88%) im BT und bei 84% bei auswärtigen Gastspielen.

Die Kunsthalle Brennabor mit sechs veranstalteten Ausstellungszyklen (2.361 Besuchern) wird zunehmend überregional beachtet und gewürdigt. Im Rahmen der wirtschaftlichen Lage wurde über die Verunsicherungen in Bezug auf den weiteren Betrieb der Kunsthalle Brennabor diskutiert.

Im Bereich des Vermietungsgeschäftes ist u. a. trotz der immer noch bestehenden und zunehmenden Konkurrenz innerhalb der Stadt Brandenburg an der Havel (u. a. Pauli-Kloster, TGZ und Audimax der Fachhochschule Brandenburg, Stahlhalle, Rathaus) sowie der Angebote kommerzieller Unternehmen mit kostengünstigen bzw. kostenfreien Tagungsräumen in Stadt und näherer Umgebung ein überplanmäßiges Geschäft erwirtschaftet worden. Dies hängt von der Umstrukturierung und Konsolidierung des Vermietungs- und Kongressgeschäftes ab.

Im Geschäftsjahr 2012 konnten deutlich höhere Umsatzerlöse als geplant erwirtschaftet werden (104,5 T€, 14,9%). Damit ist auch eine relativ deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (12,9%). Insbesondere im Bereich der internen Gastspiele, aber auch bei den eigenen Orchester-Konzerten konnten überplanmäßige Erlöse erzielt werden. Im Weiteren ergeben sich deutlich hohe Erlöse bei den externen Gastspielen 240,4 T€ (2011: 181,6 T€). Die Umsatzsteigerungen in anderen weiteren Bereichen ebenfalls zu verzeichnen. Trotz der Besucherrückgänge unseres wichtigsten Verbundpartners hat sich ein Umsatztrend erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind insgesamt ebenfalls angestiegen. Hier sind die gestiegenen Pachteinahmen für die Gaststätte und die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen zu erwähnen.

Die Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (u.a. Bühnenbilder) und die Aufwendungen für bezogene Leistungen (Gäste, Programmeinkauf) sind im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 27,0% auf 1.621,8 T€ gestiegen.

Die Personalaufwendungen sind dagegen gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Dies liegt teilweise an der noch nicht erfolgten Tarifierhöhung (TVK). Entsprechende Beträge, wegen der noch nicht erfolgten Tarifierhöhungen (TVK), sind bereits im Jahr 2012 in den Rückstellungen berücksichtigt.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 13,4% auf 878,1 T€ gestiegen. Als Kostentreiber erweisen sich neben der Inflation auch des zunehmenden Alters der Anlagen und des Gebäudes.

Die Vermögenslage der Gesellschaft im Jahr 2012 hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Das Eigenkapital weist jetzt eine Quote (bereinigt um den pRAP und unter Einbezug des hälftigen Sonderpostens für Investitionszuschüsse) von 48,4% aus.

Der Anlagen-Deckungsgrad II entspricht mit 131,5% einer fristenkongruenten Finanzierung. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen verändert sich von 26,6% auf 27,1% wenig. Insgesamt weist der Finanzmittelbestand gegenüber dem Vorjahr einen leichten Anstieg auf (Finanzmittellendbestand 2012: 1.110,9 T€, Finanzmittelanfangsbestand 1.066,4 T€). Demzufolge ist die Liquidität gesichert.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von 195,1 T€ getätigt. Mittel- bis langfristig ergibt sich ein erheblicher Investitionsbedarf (überwiegend Ersatzbeschaffungen). Diese soll durch den Investitionszuschuss seitens der Stadt Brandenburg an der Havel in den nächsten Jahren gedeckt werden.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Finanzen:

Ein Risiko in den nächsten Jahren stellt die Deckelung der finanziellen Zuschüsse seitens des Landes und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. In überschaubarem Umfang können Preissteigerungen im Bereich der bezogenen Leistungen insbesondere Energielieferungen abgefangen werden. Die zu vermutenden Tarifsteigerungen sind jedoch keinesfalls allein durch größere Eigeninitiative bei der Einwerbung von Drittmitteln, z. B. intensivere Vermietung des Hauses, Erschließung neuer Geschäftsfelder, besserer Verkauf der Werbeflächen, Verkauf von Veranstaltungstickets für andere Unternehmen zu kompensieren. Bei neuen Vertragsabschlüssen für Haustarifverträge ist darauf zu achten, dass die Lohnsteigerungen des öffentlichen Dienstes nicht in den Haustarif einfließen und auch die Mitarbeiter im Vertragsverhältnis TVöD, TVK sowie NV Bühne von den Tarifsteigerungen abgekoppelt werden. Sollte das nicht möglich sein, ist nur der Austritt aus den kommunalen Arbeitgeberverbänden sowie dem Bühnenverein möglich. Erst damit lassen sich Tarifverträge in außertariflicher Art so korrigieren, dass die Steigerungsraten nicht einfließen.

Inhalt:

Die Veranstaltungsinhalte werden sich zunehmend kommerzialisieren, um einen höheren Auslastungsgrad zu erreichen. Ebenfalls werden mehr kommerzielle Veranstaltungen, z. B. Firmenpräsentationen, in unser Haus gezogen werden müssen, um Einnahmen signifikant zu erhöhen. Zudem ist es notwendig, das Haus auch für externe Veranstaltungsagenturen zu öffnen. Das Augenmerk der hauseigenen Veranstaltungen sollte auf innovativen Konzertprojekten im Crossover-Bereich, z. B. Zusammenspiel mit Popbands oder mit Jazzformationen, liegen. Hierbei gibt es jedoch ein gewisses Restrisiko, denn es ist nicht absehbar, wie das Publikum auf derartige Veranstaltungen reagiert und ob bereits nach relativ kurzer Zeit von einem Jahr ein kommerzieller Erfolg zu spüren ist. Die Erschließung neuer Veranstaltungsorte, z. B. Dom oder Kloster, können auch erst nach einer gewissen Anfangslaufzeit finanzielle Erfolge nach sich ziehen.

Diese Nebengeschäfte dienen der Vermögensverwaltung der Brandenburger Theater GmbH.

Das Theater intern:

Das Alter des Hauses sowie der in sich befindlichen Anlagen stellt ebenfalls ein großes Risiko dar. Der hohe Verschleiß der Anlagen bringt mit sich, dass nach ca. zehnjähriger Nutzungszeit viele Aggregate ausgetauscht werden müssen. Ebenfalls wirkt sich in diesem Zusammenhang der Fortschritt negativ aus. Um mit Gastorchestern, Gastmusikern und Gastbands kooperieren zu können, sind technische Mindeststandards notwendig, die im Haus unter Umständen nachgerüstet werden müssen. Günstig hingegen stellt sich das Verhältnis zum Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt dar. Hier herrscht überwiegend Klarheit über die Zuständigkeiten. Eine erhebliche Unsicherheit besteht jedoch in Bezug auf die Kunsthalle Brennabor. Hierbei ist nicht offensichtlich, wie der ehemals von der Stadt getragene Betrag von ca. 75.000 € erwirtschaftet werden kann. Die bereits erarbeiteten Geschäftsmodelle scheinen nicht zu tragen. Es wird daher ein sehr kritischer Umgang mit der Kunsthalle Brennabor nach 2014 empfohlen.

Die Verwaltungsstruktur im Haus entspricht nicht mehr vollständig den Erfordernissen unserer Zeit. Mehr Augenmerk im Bereich Marketing ist notwendig und der separate Aufbau einer Abteilung Verkauf ist unumgänglich. Zusammenfassend muss gesagt werden, dass sowohl die Neuausrichtung des operativen Geschäfts sowie die Umstrukturierungen im Haus einen erheblichen Investitionsbedarf nach sich ziehen werden, um in Zukunft auch auf dem Markt bestehen und die übertragenen Aufgaben der Stadt wahrnehmen zu können, wie z. B. Repräsentation oder aber auch Bildung. Hier ist es unabdingbar, Erneuerungen in Form von Ersatzinvestitionen vorzunehmen oder erneute Investitionen in Anlagen oder Technologie zu tätigen.

Aus der momentanen Personalstruktur des Hauses ergibt sich kurz- und mittelfristig ein erheblicher Bedarf an Weiterbildungen und Schulungen der Mitarbeiter des Brandenburger Theaters.

Chancen

Vorstellungen:

Die ersten Monate des Jahres 2012 waren durch etliche sehr gut besuchte Veranstaltungen verschiedenster Genres gekennzeichnet. Zu erwähnen sind die Vorstellungen „Kiss me Kate“ und „Frau Luna“, die in Zusammenarbeit mit dem Theater der Altmark Stendal erfolgten. Im Weiteren sind die Veranstaltungen wie „Peter und der Wolf“, „Aida“, „Rentner haben niemals Zeit“, Sinfoniekonzerte, Urban Priol und „Ballett-Gala“ durchgeführt worden. Die Vielfalt und Attraktivität der Vorstellungen zeichnet sich durch die Zusammenarbeit unseres Orchesters und Kooperationen wie z.B. der Kismet Ballett Company und dem Staatstheater Cottbus aus.

Das Brandenburger Theater hat in den letzten Jahren mit einem engagierten Jugendensemble zunehmend Jugendtheater produziert. Hierzu zählen unter anderem die Produktionen des Jugendtheaters „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, „Romeo und Julia“ und „Ein Sommernachtstraum“. „A Clockwork Orange“ wurde sogar als eines der wenigen Veranstaltungen beim Bundestreffen der Theaterjugendclubs in Leipzig aufgeführt, was eine besondere Auszeichnung ist. Im Jahr 2012 startete die Jugendtheaterproduktion „Punk

Rock“ mit großem Erfolg. Im April erfolgte die Verleihung des Anerkennungspreises zum Papageno-Award in Linz 2012, dem “Oscar der Jugendtheater“. Die Preisverleihung war damit ein Höhepunkt der engagierten Professionalisierung des Jugendtheaters.

Besucher und Nachwuchsbesucher:

Positiv zu verzeichnen sind zahlreiche gut besuchte Kindervorstellungen. Hier zahlt sich die jahrelange kontinuierliche Zusammenarbeit mit Kindergärten und Schulen in der Region aus. Im Weiteren wird stärker auf die Werbewirksamkeit geachtet, um die Neukundengewinnung und Kundenbindung zu forcieren.

Ausbau von einzelnen Geschäftsfeldern:

Neben den Vorstellungen und Konzerten sollen weitere Geschäftsfelder effektiver ausgebaut werden. Im Vermietungsbereich müssen die Vertriebsaktivitäten deutlich verstärkt werden, denn dieser Bereich bietet Potential für zusätzliche Einnahmen an. Ebenfalls ist die aktive Vermarktung von Werbeflächen z.B. im Programmheft, Programmflyer sowie auf der Webseite vorgesehen.

Risiken

Finanzrisiken:

Die größten Risiken im Haus resultierten in Vorjahren aus nicht fristgemäßen Auszahlungen von Zuschüssen. Die Verzögerung von Zuschussauszahlungen belastete die Liquiditätsreserve des Brandenburger Theaters. Die derzeitige Liquiditätsreserve reicht bestenfalls zur Überbrückung von zwei Monaten aus. Auch die Kürzung der Zuschüsse führt zu zusätzlichen finanziellen Belastungen.

Im Laufe des Jahres 2013 werden ebenfalls Verhandlungen zur Haustarifabkopplung geführt. Jedoch können weitere Tarifierhöhungen nicht ausgeschlossen werden, so dass mit steigenden Personalaufwendungen gerechnet werden muss.

Geschäftsrisiken:

Die zuerst eingeführte Galerieprovision von 15 T€ im Rahmen von Ausstellungen in der Kunsthalle Brennabor ist mit einem hohen Ausfallrisiko verbunden, da für diesen Geschäftsbereich noch keine Erfahrungen vorliegen.

Betriebsrisiken:

Die mangelnde und zum Teil fehlende Softwareinfrastruktur im Theater führt zum hohen zeitlichen Aufwand in Arbeitsabläufen. Eine unternehmensspezifische Softwareinfrastruktur ermöglicht einen besseren Informationsaustausch und Stabilität in Prozessabläufen zwischen den Abteilungen und vereinfacht die Datensynchronisierung.

Externe Risiken:

Die langfristigen Risiken resultieren aus inhaltlich- und organisatorisch strukturellen Problemen, Gesetzänderungen sowie negativen Änderungen in der Wirtschaftsstruktur.

Diese Risiken können nicht berechnet werden, können beim Eintritt jedoch einen hohen Schaden verursachen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss Stadt i.H.v. 3.325.400 € Zuschuss Stadt Brennabor i.H.v. 50.000 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse

	2008	2009	2010	2011	2012
	€	€	€	€	€
Zuschuss Stadt Brandenburg an der Havel	3.672.400	3.595.400	3.595.400	3.595.400	3.325.400
Zuschuss Land Brandenburg	1.521.368	1.480.000	1.590.000	1.700.000	1.700.000
Zuschuss BbgFAG (Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz)	1.475.000	1.475.000	1.475.000	1.400.000	1.730.000
Sonderzuschuss Stadt Brandenburg an der Havel (Brennabor-Galerie)	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Sonstige projektabhängige Zuschüsse	59.000	86.000	86.000	86.000	1.625
Gesamt	6.777.768	6.686.400	6.796.400	6.831.400	6.807.025

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	495	448	496
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	6	14
II. Sachanlagen	485	442	483
B. Umlaufvermögen	1.352	1.191	1.302
I. Vorräte	3	8	8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	58	117	183
III. Kassenbestand, Guthaben	1.291	1.066	1.111
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	18	12
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	0	24	18
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	650	701	632
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklage	1	1	1
III. Gewinnvortrag	780	624	675
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-156	51	-69
B. SoPo Investitionszuschüsse	230	250	325
C. Rückstellungen	516	395	486
D. Verbindlichkeiten	375	217	238
E. Rechnungsabgrenzungsposten	87	118	147
Bilanzsumme	1.858	1.681	1.828

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		623	704	809
2. Erträge aus Zuschüssen		6.763	6.811	6.876
3. Sonstige betriebliche Erträge		150	80	86
4. Inszenierungsaufwand		-1.389	-1.445	-1.622
5. Personalaufwand		-5.371	-5.091	-5.184
6. Abschreibungen		-205	-224	-146
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen		-731	-774	-878
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		24	7	6
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-17	-16	-15
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-153	53	-67
11. Außerordentliche Aufwendungen		-2	0	0
11. Sonstige Steuern		-2	-2	-2
12. Jahresergebnis		-156	51	-69

III.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg
Tel.: 03381/ 62 97 0
Fax: 03381/ 62 97 23

e-mail: gf@twb-brb.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

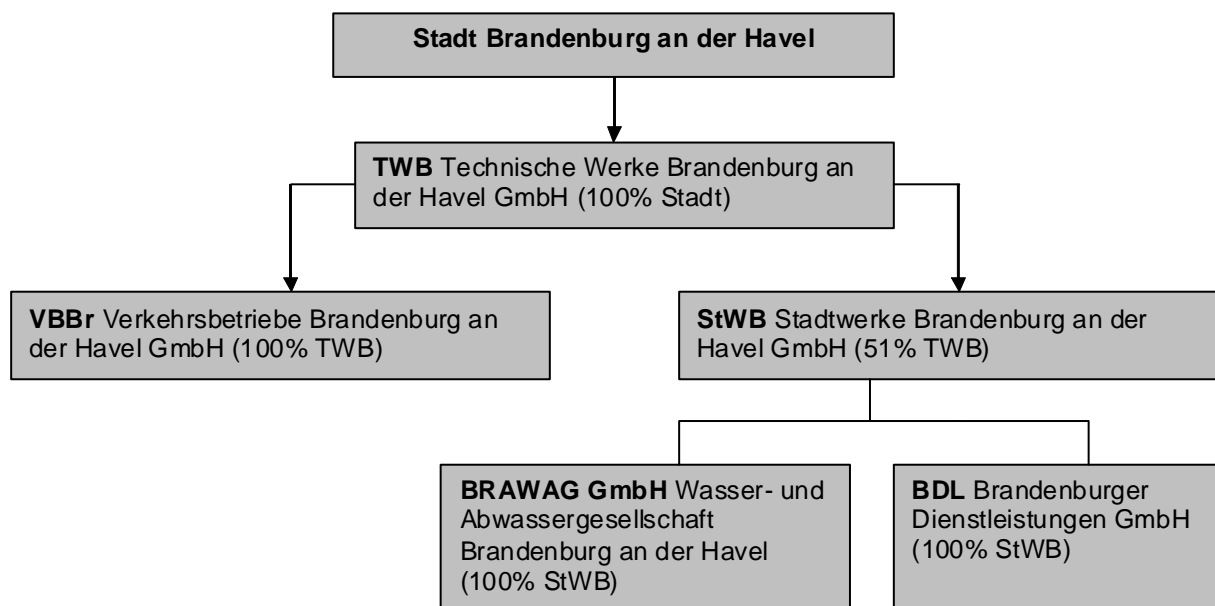
Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.



Verbundene Unternehmen					
<u>Name und Sitz</u>	<u>Stammkapital der jeweiligen Gesellschaft in T€</u>	<u>Anteil am Stammkapital in T€</u>	<u>Kapitalanteil in %</u>	<u>Gegenstand</u>	
a.) Unmittelbare Beteiligungen					
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (StWB)	8.181,0	4.172,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.	
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (VBB)	1.971,0	1.971,0	100,0	Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen	
b.) Mittelbare Beteiligungen					
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel, Brandenburg an der Havel (BRAWAG)	6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung	
Brandenburger Dienstleistungen GmbH, Brandenburg an der Havel (BDL)	434,0	221,0	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung	

Die StWB erstellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 28.10.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Die Gesellschafterversammlung trat im Jahr 2012 zu vierzehn ordentlichen Sitzungen zusammen.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Aufsichtsratsmitglieder 2012

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Herbert Nowotny
weitere Mitglieder	Herr Martin Simon
	Herr Walter Paaschen
	Herr Klaus-Peter Fischer
	Frau Britta Kornmesser
	Herr Renè Kretzschmar
	Herr Uwe Trütschler
	Herr Gerhard Zepf

Im Geschäftsjahr 2012 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften. Diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Gegenstand des Unternehmens

- Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen
- Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften
- Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen,

die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings.

Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die TWB steht als städtische Holdinggesellschaft nicht im Wettbewerb mit privaten Unternehmen.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die TWB hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	80%	79%	78%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	99%	99%	99%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	123%	126%	127%
Zinsaufwandquote	0%	0%	0%
Liquidität 3. Grades	1623%	2344%	2706%
Cashflow	-1.880 T€	1.940 T€	1.909 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-7%	7%	6%
Umsatz	0	173 T€	152 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-2.165 T€	1.935 T€	1.905 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	0%	200%	233%
Anzahl der Mitarbeiter	5	5	5

Lagebericht der Gesellschaft

Der immer intensivere Wettbewerb gerade auf dem Energiemarkt und auch die leicht rückläufige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel führen zu Verschiebungen in den Versorgungsstrukturen und beeinflussen somit das Geschäft sowohl im Energie- und Wasserversorgungs- als auch im Abwasserentsorgungsbereich und dem öffentlichen Nahverkehr und fließen in die Instandhaltungs- und Netzausbaustrategie ein.

Das Energiewirtschaftsjahr 2012 war erneut geprägt von der Energiewende sowie der Eurokrise. Die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung und auch die im langjährigen Mittel vergleichsweise niedrigen Temperaturen haben nicht zu einer Stabilisierung der Strompreise beigetragen. Vielmehr hat insbesondere der ungebremste Zubau von Photovoltaikanlagen (über 7 GW in 2011 und über 7,5 GW in 2012) sowie anderer regenerativer Energien den Druck auf die konventionellen Kraftwerke erhöht und den Trend sinkender Strompreise verstärkt.

Obwohl die Ölpreise teils kräftig gestiegen sind, haben die Gaspreise ihren Seitwärtstrend beibehalten und sich somit weiter vom Ölpreis entkoppelt. Bis September 2012 war StWB allerdings noch an einen langfristigen Gasliefervertrag mit Ölpreisbindung gebunden. Seit Oktober 2012 setzt StWB auch beim Gas auf eine strukturierte Beschaffung und kann damit voll von der weiteren Entkoppelung des Gaspreises vom Ölpreis profitieren.

Der Wettbewerbsdruck durch andere Strom- und Gasanbieter in der Stadt bleibt hoch.

Die Zahl der im StWB-Netzgebiet agierenden Stromhändler im Tarifikundengeschäft stieg im Laufe des Jahres 2012 von 80 auf 110 Anbieter. Auch die Zahl der Erdgashändler in der Stadt Brandenburg an der Havel hat sich in 2012 weiter erhöht. Sie stieg von 52 auf 83 Gasanbieter im Stadtgebiet.

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut leicht rückläufig. Der sparsamere Umgang mit dem Lebensmittel "Trinkwasser" führte in der Stadt zu einem Rückgang der verkauften Trinkwassermenge um 2,1%. Dagegen konnte im Umland ein Mehrverkauf von 5,7% erzielt werden. Der Anstieg im Umland ist hauptsächlich auf eine höhere Wasserabnahme der Gemeinden vom Amt Wusterwitz und des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Beetzseegemeinden zurückzuführen. Mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar wurde rückwirkend zum 01. Januar 2012 ein Wasserliefervertrag für einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschlossen.

Die auf die Kläranlage aufgeleiteten Mengen sind aufgrund von Hochwasserperioden in 2011 um ca. 28% gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Im Geschäftsjahr 2012 hat sich die Anzahl von Schäden im Trinkwassernetz gegenüber dem Vorjahr wieder verringert und liegt damit weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Positiv entwickelte sich auch der Rückgang der Störungen im Abwasserbereich.

Im Bereich Gebäudedienstleistungen ist trotz rückläufiger Tendenzen in der Wohnungswirtschaft, verursacht durch die demografische Entwicklung und die Reduzierung des Wohnungsbestandes in den großen Wohnungsgesellschaften, auch im Geschäftsjahr 2012 eine Steigerung der Umsatzerlöse von 5% gegenüber dem Vorjahr erwirtschaftet worden. Die Ausrichtung auf ein breites Spektrum an Dienstleistungen und die nachhaltig entwickelte

hervorragende Kundenorientierung sind weiterhin erfolgversprechende Faktoren. Umsatzrückgänge in einzelnen Bereichen konnten durch zusätzliche Aufträge in anderen Bereichen kompensiert werden.

Im Geschäftsjahr 2012 ist es gelungen, einige Aufträge mit einer hohen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu akquirieren und diese zur vollen Zufriedenheit der Kunden zu realisieren. Beispiele hierfür sind die Erbringung von Dienstleistungen auf der Regattastrecke „Beetzsee“ und der Auftrag zur Bestreifung und Beseitigung von Farbschmierereien an Objekten der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gemäß § 7 der am 2. Dezember 2009 geschlossenen Verkehrsvereinbarung zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB und der VBBr verpflichtet sich die Gesellschaft, die vom EuGH aufgestellten Kriterien zum sog. Altmark-Trans-Urteil zu erfüllen und dies – insbesondere hinsichtlich eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens – alle zwei Jahre nachzuweisen. Dabei wurde festgestellt, dass die Ist-Kosten der VBBr die analytisch ermittelten höchstens ausgleichsfähigen Kosten unterschreiten und mithin dem vom EuGH aufgestellten Kostenmaßstab entsprechen. Die VBBr beförderte im Jahr 2012 7.724.200 Personen (im Vorjahr 7.793.200) bei einer Betriebsleistung von 1.948.000 km (im Vorjahr 2.039.000 km).

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein Jahresüberschuss von 1.905 T€ (2011: Jahresüberschuss 1.936 T€) realisiert. Die Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel von 4.380 T€ (2011: 4.382 T€) wurden von der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend dem Verkehrsvertrag zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB und VBBr vollständig ausgeglichen.

In der nachfolgenden Darstellung wurden die Zahlungen der Stadt Brandenburg an der Havel als Zuwendungen für ÖPNV und Fähre vom Betriebsergebnis umgegliedert in eine separate Zeile, um den Vergleich zu Vorjahren darzustellen.

Die Entwicklung der Ertragslage stellt sich im Mehrjahresvergleich wie folgt dar:

	2009 T€	2010 T€	2011 T€	2012 T€
Betriebsergebnis ohne ÖPNV	-386	-380	-463	-494
Finanzergebnis	-1.774	-1.879	-1.985	-1.982
<i>davon Verlustübernahme ÖPNV</i>	<i>4.408</i>	<i>4.361</i>	<i>4.382</i>	<i>4.380</i>
Neutrales Ergebnis	7	94	2	1
Jahresfehlbetrag vor Zuwendungen ÖPNV und Fähre	2.153	2.165	2.466	2.475
Zuwendungen ÖPNV und Fähre			4.382	4.380
Jahresüberschuss	-2.153	-2.165	1.936	1.905

Im Geschäftsjahr 2012 erhöhte sich die Bilanzsumme um 299 T€, was insbesondere in der Erhöhung der sonstigen Vermögensgegenstände mit ausstehenden Steuerforderungen begründet ist.

Das Eigenkapital erhöhte sich im Geschäftsjahr durch den Jahresüberschuss (1.905 T€) saldiert mit der Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel (1.600 T€) um 305 T€.

Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin von 104 T€ (2011: 104 T€) resultieren aus den nicht verbrauchten zweckgebundenen Zuwendungen des Aufgabenträgers für den öffentlichen Personennahverkehr aus Vorjahren.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,4% (2012: 99,4%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Primäre Einnahmequelle der TWB ist das Ausschüttungspotenzial der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, das jedoch nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden wie in den Vorjahren die Aufwendungen der TWB für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel ausgeglichen. Die Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel über 1.600 T€ wurde im Geschäftsjahr vollständig aus der Gewinnausschüttung der StWB in Höhe von 2.346 T€ finanziert.

Der Finanzmittelbestand reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 135 T€ oder 4% von 3.567 T€ auf 3.432 T€. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr gesichert.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Entwicklung der verbundenen Unternehmen

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war auch im Jahr 2012 leicht rückläufig. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Kommunalverfassung auf dem Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus.

Den hieraus erwachsenden Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Teilkonzern Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Die Geschäftsführung der StWB sieht vorrangig Risiken für die Absatz-, Beschaffungs- und regulierten Märkte sowie die Auslastung des HKW (Heizkraftwerk), die ständig überwacht werden. Forderungsausfallrisiken werden durch ein konsequentes Forderungsmanagement kontinuierlich überwacht.

Dem Risiko aufgrund möglicherweise unwirksamer Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen wurde Rechnung getragen.

Die Gesamteinschätzung weist derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken auf.

Risiken im Bereich Trinkwasserversorgung sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz- und Instandhaltungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserbrauchs.

Die StWB plant für die kommenden zwei Jahre mit konstant guten Geschäftsergebnissen.

Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Die VBBr erhielt aufgabenbedingt auch im Jahr 2012 Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, der Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin TWB bekam.

Als kritisches Risiko nennt die Geschäftsführung der VBBr hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum Einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der Havel und zum Anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Weitere Risiken ergeben sich aus den offenen Einnahmearbeitungsrechnungen des Verkehrsverbundes und dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2012.

Als Schwerpunkt für das Jahr 2013 definiert die Gesellschaft die Fortsetzung der Baumaßnahmen zur Rekonstruktion der Gleis- und Oberleitungsanlagen am Nicolaipark mit möglichst wenigen Behinderungen für die Fahrgäste und den Bau des Zentralen Omnibusbahnhofs.

Die Einnahmeaufteilung der Jahre 2010 bis 2012 steht noch aus (Einschätzung des Risikos ist sehr problematisch), die Verbundverkehrserhebung, die 2010 stattfand liegt vor, bedarf aber noch der Zustimmung aller Verkehrsunternehmen. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen 984 T€.

Bei VBBr erfolgen zurzeit die Aufstellung aller notwendigen Maßnahmen und deren finanzielle Untersetzung zur Bundesgartenschau 2015, die sich dann im Wirtschaftsplan 2014 widerspiegeln.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nach Aussage der Geschäftsführung der VBBr nicht vor.

Chancen und Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Mit der Gewinnausschüttung im Geschäftsjahr und in den Vorjahren vollzogenen Kapitalentnahmen ist der Liquiditätsbestand der TWB reduziert worden.

Zur Sicherung der VBBr ist der Ausgleich des in der Wirtschaftsplanung 2013 mittelfristig definierten Zuschussbedarfes durch die Stadt Brandenburg an der Havel, wie in der Verkehrsvereinbarung geregelt, erforderlich.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Gewinnausschüttung 2011 in Höhe von 1.600.000 €
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>1. Vertragsbeziehungen bestehen neben Gesellschaften des TWB-Konzerns mit unmittelbaren städtischen Betrieben: Dienstleistungsverträge mit der PEK, der TGZ, dem Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel sowie dem Zweckverband BUGA 2015 (bis April 2012) über die Durchführung der Buchführung und die Erarbeitung des Jahresabschlusses, der Quartals- und Wirtschaftspläne; Verkehrsvereinbarungen zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der VBBr sowie der TWB zu erteilten Linienkonzessionen in der Stadt Brandenburg an der Havel.</p> <p>2. Dienst- und Leistungsbeziehungen bestehen zwischen der TWB und wobra (Hausmeistervertrag, Mietvertrag, Managementleistungen, Bilanzbuchhaltung, Revision).</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	23.390	23.391	23.387
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	2	2
II. Sachanlagen	25	24	21
III. Finanzanlagen	23.365	23.365	23.365
B. Umlaufvermögen	4.613	4.240	4.737
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	678	673	1.305
III. Kassenbestand, Guthaben	3.935	3.567	3.432
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.121	1.935	1.741
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	28.840	29.384	29.690
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102
II. Kapitalrücklage	30.902	27.346	27.346
III. Gewinnrücklagen	0	0	0
VI. Bilanzverlust / Bilanzgewinn	-2.165	1.936	2.241
B. Rückstellungen	48	60	61
C. Verbindlichkeiten	236	121	114
Bilanzsumme	29.124	29.565	29.865

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	0	173	152
2. Bestandsänderungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	264	4.389	4.385
4. Materialaufwand	0	0	0
5. Personalaufwand	-337	-344	-346
6. Abschreibungen	-3	-4	-4
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-210	-293	-300
8. Erträge aus Beteiligungen	2.346	2.295	2.346
9. Erträge aus Ausleihungen	0	0	0
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	136	102	52
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-4.361	-4.382	-4.380
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.165	1.936	1.905
14. Sonstige Steuern	0	0	0
15. Jahresergebnis	-2.165	1.936	1.905

III.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
e-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen beteiligt.

Aktuelles Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Werner Jumpertz

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Die Gesellschafterversammlung trat im Geschäftsjahr 2012 zu vier Sitzungen zusammen.

- *Beirat*

Der Beirat setzt sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2012	
Beiratsvorsitz	Herr Ralf Viertel
weitere Mitglieder	Herr Michael Kilian
	Frau Anett Schulze
	Herr Andreas Martin
	Herr Uwe Trütschler

Im Geschäftsjahr 2012 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit um dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseins-

vorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, dass in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Dafür werden derzeit vier Straßenbahnlinien, zehn Tagesbuslinien und drei Nachtbuslinien betrieben sowie Sonderformen des Linienverkehrs (Schülerfahrten, Marktfahrten und Theaterfahrten) durchgeführt. Der Betrieb der Fähre „Neuendorf“ wird über einen Dienstleistungsvertrag sichergestellt.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die unter dem Abschnitt Gegenstand des Unternehmens aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und begründen das Engagement der Gemeinde.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die VBBr wird ihre bisher erfolgreichen Bemühungen der Organisationsstraffung fortführen, weitere Optionen der Kostendämpfung werden als laufender Prozess erschlossen.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die VBBr hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	85%	82%	87%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	23%	23%	21%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	116%	118%	103%
Zinsaufwandquote	5%	4%	4%
Liquidität 3. Grades	159%	153%	132%
Cashflow	938 T€	1.463 T€	400 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0	0	0
Umsatz	5.183 T€	5.394 T€	5.372 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-25 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	101%	103%	102%
Anzahl der Mitarbeiter	143	152	147

Lagebericht der Gesellschaft

Mit der Änderung der ÖPNV – Finanzierungsverordnung des Landes Brandenburg zum 10.12.2012 wurde die Zuführung konsumtiver Mittel zu Lasten investiver Mittel beschlossen (von Anteil 12,05% auf 18,55%). Der Einsatz investiver Mittel (für neue oder Ersatzinvestition) führt aber mittelfristig nicht zu einer Reduzierung der Aufwendungen. Daher stellt sich unmittelbar die Frage der Finanzierung oder einer weiteren Einsparung im ÖPNV-Bereich.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in Deutschland leidet zunehmend unter finanzieller Auszehrung. Dies gilt insbesondere für die Städtischen Haushalte, aus denen mit kommunalen Steuern und Abgaben kaum mehr freiwillige Leistungen zu finanzieren sind, und die inzwischen - was verbreitet in den Städten mit oberzentralen Funktionen anzutreffen ist -

auch nicht genügend Finanzausgleichsmittel zur Ausfinanzierung der den Kommunen übertragenen Pflichtaufgaben beinhalten.

Der öffentliche Personennahverkehr gehört formal zu den freiwilligen Aufgaben, ist aber eine Daseinsvorsorge in Verantwortung der kommunalen Aufgabenträger, von denen eine qualitativ hochstehende und gleichzeitig bezahlbare Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsleistungen erwartet wird. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Suche nach ergänzenden alternativen Finanzierungsquellen an Bedeutung. Da die Fahrgeldeinnahmen der ÖPNV-Nutzer in der Regel nicht ausreichen, den laufenden Betrieb vollständig zu finanzieren, lassen sich die Kosten für die Unterhaltung und den ggfs. erforderlichen Neu- bzw. Ausbau von (Schienen-) Infrastruktur auf diesem Wege nicht erreichen.

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

2012 wurden 4.803 T€ investiert. Mit 2.029 T€ wurde der 1. Bauabschnitt Hauptbahnhof fertiggestellt (Gleis- und Fahrleitungsanlagen, Lichtsignalanlagen und Bahnsteiganlagen nördlich der Bundesstraße 1). Der 2. Bauabschnitt (Zentraler Omnibusbahnhof) wurde mit 256 T€ fortgesetzt, ebenso die Umgestaltung Nicolaiplatz mit 1.213 T€. Für die Baumaßnahmen liegen Förderbescheide in Höhe von 7.037 T€ vor. 2.905 T€ wurden 2012 ausgezahlt. Die Komplementärfinanzierung übernimmt der Aufgabenträger bisher in Höhe von 2.153 T€. Die Fortsetzung der Ersatzbeschaffung von 20 Fahrscheinautomaten mit Banknotenakzeptanz erfolgte mit 275 T€. Angeschafft wurden zwei Standardomnibusse für 470 T€.

Die Darlehen haben sich daher wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.2003 (höchster Darlehensstand)	10.019 T€
Stand 01.01.2012	4.620 T€
Tilgung	686 T€
Kreditaufnahme (für den Gelenkomnibus)	470 T€
Endstand 31.12.2012	4.404 T€

Mit dem Baubeginn zur Umgestaltung des Nicolaiplatzes fand am 18.06.2012 ein Fahrplanwechsel statt (Sperrung Abzweig Neuendorfer Straße). Er erforderte eine Anpassung der Linienführungen und Neuabstimmung von Anschlussbeziehungen bzw. eine Absicherung des Schulverkehrs an allen Standorten. Um den Fahrgästen möglichst keine Einschränkungen zuzumuten, wurde ein Baustellenfahrplan erstellt, der alle bisherigen Verkehrsverbindungen aufrechterhält. Durch die Linie H wurde die Bedienung im Bereich Neuendorfer Straße, Kanalstraße, Bauhofstraße sichergestellt. Um die längeren Verkehrswege und Fahrzeiten abzusichern, verkehrt zusätzlich ein Omnibus auf der Linie H und zwei Fahrer wurden befristet für den Baustellenfahrplan eingestellt.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG sind für den Straßenbahnbetrieb bis 31.05.2025 und für den Stadtnibusbetrieb bis 31.05.2016 erteilt.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

Vermögens- und Finanzlage

Bei der Bilanzsumme ist eine Zunahme von 1.789 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Das resultiert hauptsächlich aus der Investitionstätigkeit (Anlagevermögen +2.740 T€) und entsprechend auf der Passivseite die Einstellung der Fördermittel (Sonderposten +2.282 T€).

Das langfristige gebundene Vermögen wird vollständig durch langfristige Mittel abgedeckt.

Das Nettoumlaufvermögen (Umlaufvermögen minus kurzfristige Fremdmittel) hat sich auf 772 T€ verringert, hauptsächlich durch die Abnahme der liquiden Mittel um 1.242 T€ (Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen -833 T€; Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit -216 T€).

Die Eigenkapitalquote beträgt 21,2% (2011: 22,8%) und unter Berücksichtigung des Sonderpostens 72,9% (2011: 68,8%).

Kapitalflussrechnung

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit wurde ein positiver Cashflow von 400 T€ erzielt, zur Mitfinanzierung von Investitionen unter Berücksichtigung der Investitionszuschüsse und zur Tilgung von Krediten.

Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag vor Ertragszuschüssen ÖPNV beträgt 4.332,5 T€ entsprechend dem Plan.

Die Umsatzerlöse liegen mit 105,5 T€ unter dem Plan und mit 21,7 T€ unter dem Ist 2011, was ursächlich auf die höheren Rückstellungen für Einnahmearteilungen zurück zu führen ist.

Die Datenauswertung der Verkehrserhebung 2010 hat für die VBBr einen fast doppelten Anteil der beförderten Personen und der Personenkilometer an der Einnahmearteilung im Bereich Regionalverkehr gegenüber der Verkehrserhebung 2007 ausgewiesen. Da aber die Einnahmen verbundweit nicht so gestiegen sind, wie bei der VBBr (Erlössteigerung im Regionaltarif +131,5 T€) und die Einnahmen 2011 und 2012 noch nicht abgestimmt sind, haben wir auf Grund der aktuellen Datenauswertung mehr Rückstellungen gebildet als gegenüber dem Vorjahr und der Planung. Einkalkuliert wurde aber schon eine veränderte Einnahmearteilung, die die Bedeutung der Zubringerverkehre (Zuführung zur DB) berücksichtigt. Die Verhandlungen und die Begutachtung dazu laufen zzt. beim Verkehrsverbund. Einer Einnahmearteilung ohne diese besondere Berücksichtigung, würden wir ab 2010 nicht zustimmen.

Die Rückstellungen wurden für 2011 (2011 bereits 194.800 € gebildet) mit 76.700 € aufgestockt und 2012 wurden für die regionale Einnahmearteilung 376.000 € und für die lokale 26.000 € gebildet.

Materialaufwand

Die VBBR hat im Jahr 2010 einen Vertrag abgeschlossen, der es einem anderen Verkehrsunternehmen ermöglicht, bei der VBBR zu tanken. Die hier entstandenen Aufwendungen und Erträge aus dem Verkauf des Dieselkraftstoffes, werden in der weiteren Betrachtung nicht berücksichtigt.

Die Material-, Roh- und Betriebsstoffe sind mit 45,3 T€ gegenüber dem Plan unterschritten. Dabei wird der Fahrstrom mit 54,9 T€ unterschritten. Der Preis für das Netznutzungsentgelt wurde von der Bundesnetzagentur im Januar 2012 von 4,19 ct /kWh auf 4,00 ct/kWh gesenkt, auch reduzierte sich der Verbrauch (kWh) für 2012 auf 2.667 TWh gegenüber dem Plan von 2.900 TWh. Die Einsparung zum Vorjahr beträgt 15 T€, was sich in erster Linie aus dem neuen Stromvertrag (6,85 ct/kWh gegenüber 7,87 ct/kWh 2011) ergibt.

Die Dieselkraftstoffkosten liegen mit 8,0 T€ über dem Wirtschaftsplan. Geplant wurde ein höherer Verbrauch (533,6 TL, ausgegangen von strengerem Winter) bei einem durchschnittlichen Einkaufspreis von 1,10 €/L. Der tatsächliche Verbrauch liegt bei 515,6 TL und der durchschnittliche Einkaufspreis bei 1,15 €/L, Vorjahr 1,09 €/L.

Der Aufwand für bezogene Leistungen wird gegenüber der Planung mit 14,8 T€ unterschritten.

Personal

Der Personalaufwand wurde insgesamt mit 8,2 T€ unterschritten u. a. durch zzt. nicht besetzte Stellen, Dauerkranken (keine Lohnfortzahlung) sowie Änderung der Beitragssätze für soziale Abgaben. Daher bestand die Möglichkeit, Mitarbeitern Abfindungen für einen vorzeitigen Ruhestand anzubieten, um den zukünftigen Personalaufwand zu entlasten.

Der Personalaufwand liegt 2012 mit 53 T€ niedriger als 2011 trotz der planmäßigen Tarifierhöhung von 1,5% lt. Tarifvertrag TV-N (57 T€). Ursache hierfür sind drei nicht besetzte Arbeitsplätze gegenüber 2011, Einsparungen durch Dauerkranken ohne Lohnfortzahlung (-156 T€ gegenüber krankheitsbedingten Vertretungen +115 T€) und die Reduzierung von Überstunden.

Die Zahl der Beschäftigten ohne Auszubildende betrug zum 31.12.2012 147 (31.12.2011: 152 Mitarbeiter). Im Durchschnitt waren 2012 147 Arbeitnehmer beschäftigt. Am 31.12.2011 beendeten 5 Mitarbeiter ihr Arbeitsverhältnis, 6 weitere Mitarbeiter im laufenden Jahr 2012. Zwei Ersatzeinstellungen fanden statt. Acht Mitarbeiter sind befristet eingestellt.

Der Krankenstand der Gesamtbelegschaft betrug 2012 7,95% (2011: 7,71%). Ohne Dauerkranken liegt der Krankenstand im Durchschnitt bei 4,96% (2011: 3,97%). Das entspricht einer durchschnittlichen Krankheitsdauer von rund 20 Tagen je Mitarbeiter, einschließlich insgesamt 1.110 Tage (2011: 1.433 Tage) ohne Lohnfortzahlung.

Die VBBR ist anerkannter Ausbildungsbetrieb. Im Jahr 2012 befanden sich ein Industriemechaniker, zwei Mechatroniker, sechs Berufskraftfahrer sowie eine Bürokauffrau bei der VBBR in Ausbildung, wobei zwei überbetrieblich ausgebildet werden. Ein Auszubildender lernte 2012 erfolgreich aus, einer wechselte den Ausbildungsberuf.

Leistungserbringung

Die VBBR bedient das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel mit Straßenbahnen und Omnibussen. Im Bediengebiet beträgt die Einwohnerzahl 71.778.

Beförderte Personen

Beförderte Personen	2012	2011	Veränderung	
	in 1000	in 1000	in 1000	in %
Gesamt	7.724,2	7.793,2	-69,2	-0,9%
dar. Linienverkehr § 42 PBefG	7.722,4	7.784,5	-63,1	-0,8%

Betriebsleistung und Fahrzeuge

	2012	2011	Veränderung	
	in 1000 km	in 1000 km	in 1000	in %
Betriebsleistung – gesamt	1.948	2.039	-91	-4,5%
Linienverkehr § 42 PBefG	1.938	2.026	-88	-4,3%
Straßenbahn	658	672	-14	-2,1%
Omnibus (einschl. Linientaxi)	1.280	1.354*	-74	-5,5%

*Davon sind 75 Tkm zusätzlich bedingt durch den Baustellenfahrplan.

Die Ermittlung der beförderten Personen erfolgt anhand der verkauften Fahrausweise (bei der VBBR) und der durchschnittlich ermittelten Fahrtenhäufigkeit. Die Ergebnisse der Verbundverkehrserhebung 2010 liegen nun vor, woraus sich gegenüber unserer Ermittlung (Basis 2010) eine Abweichung von nur -7,5% der beförderten Personen ergibt. Unter Betrachtung der statistischen Sicherheit ist die Abweichung minimal. Somit werden wir die Methodik (damit auch Vergleichbarkeit) der Ermittlung so weiterführen.

Der Kostendeckungsgrad, bezogen auf die Umsatzerlöse, liegt bei 55% wie im Vorjahr. Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 56,2% (2011: 56,9%).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zur Erfüllung der Erfordernisse, hat die VBBR ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, welches auch 2012 überarbeitet wurde.

Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Ein kritisches Risiko für die VBBR ist hauptsächlich die Absicherung der langfristigen Finanzierung des ÖPNV zum Einem aus den Haushaltsmitteln der Stadt Brandenburg an der

Havel und zum Anderen aus Bund und Land auch für notwendige Investitionsmaßnahmen. Weitere Risiken ergeben sich aus den offenen Einnahmeverteilungsrechnungen des Verkehrsverbundes und dem Auslaufen des Tarifvertrages TV-N zum 31.12.2012, noch gibt es keine Tarifeinigung für 2013 und Folgejahre.

Schwerpunkt 2013 ist die Fortsetzung der Baumaßnahmen zur Rekonstruktion der Gleis- und Oberleitungsanlagen am Nicolaipark mit möglichst wenigen Behinderungen für die Fahrgäste und der Bau des Zentralen Omnibusbahnhofs.

Insgesamt kam es ohne Berücksichtigung der Zuschüsse des Gesellschafters zu einer Ergebnisverbesserung von 9 T€ trotz steigender Kosten. Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 56%.

Die Einnahmeverteilung der Jahre 2010 bis 2012 steht noch aus (Einschätzung des Risikos ist sehr problematisch), die Verbundverkehrserhebung, die 2010 stattfand, liegt vor; bedarf aber noch der Zustimmung aller Verkehrsunternehmen. Die Rückstellungen für dieses Risiko betragen 984 T€.

Zurzeit erfolgen die Aufstellung aller notwendigen Maßnahmen und deren finanzielle Unterbreitung zur Bundesgartenschau 2015, die sich dann im Wirtschaftsplan 2014 widerspiegeln.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zuschuss ÖPNV 2012: 4.332.500 € (ohne Ausbildungsverkehr und Fähre Neuendorf) Zuschuss Fähre: 47.300 € Investitionszuschuss: 258.689 €

Städtische Zuschüsse / Landeszuschüsse 2012:

Zuschüsse	Gesamtsumme €	hiervon Landeszuweisung €	hiervon städtischer Eigenanteil €
Zuschuss konsumtiv	4.332.500	1.226.290	3.106.210
Zuschuss Fähre	47.300	0	47.300
Ausgewiesener Subventionsbedarf	4.379.800	1.226.290	3.153.510
Investitionszuschuss	258.689	258.689	0
Zuweisung für den Ausbildungsverkehr	714.907	714.907	0
Gesamtsumme	5.353.396	2.199.886	3.153.510

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	19.537	19.302	22.042
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	281	192	132
II. Sachanlagen	19.253	19.107	21.907
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen	3.331	4.154	3.203
I. Vorräte	262	282	357
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	571	691	908
III. Kassenbestand	2.499	3.180	1.938
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	5.341	5.341	5.341
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.395	3.370	3.370
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-25	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	10.514	10.786	13.069
C. Rückstellungen	826	810	1.392
D. Verbindlichkeiten	5.949	6.291	5.214
E. Rechnungsabgrenzungsposten	238	228	229
Bilanzsumme	22.868	23.456	25.245

Ertragslage der Gesellschaft

GuV	(Angaben in T€)		
	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	5.183	5.394	5.372
2. Sonstige betriebliche Erträge	4.739	4.865	4.818
3. Materialaufwand	-2.405	-2.577	-2.536
4. Personalaufwand	-5.227	-5.536	-5.483
5. Abschreibungen	-2.134	-2.068	-2.062
6. Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.094	1.070	1.094
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-1.006	-936	-1.000
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	19	13
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-248	-222	-206
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	11	9	9
12. Außerordentlicher Ertrag	23	0	0
13. Außerordentlicher Aufwand	-47	0	0
14. Sonstige Steuern	-11	-9	-9
15. Jahresergebnis	-25	0	0

III.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/75 20
Fax: 03381/75 23 18

e-mail: info@stwb.de
Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen. Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 8920 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

Beteiligungsverhältnisse:

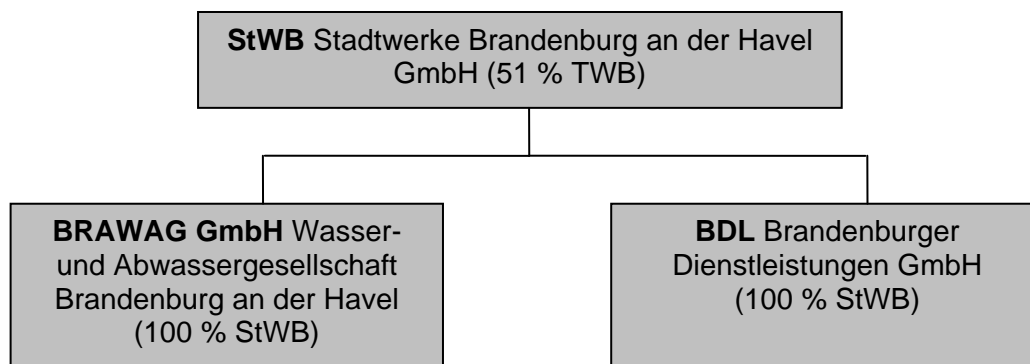
<u>Beteiligungsverhältnisse</u>	
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB)	51,00% (8.160 TDM)
E.DIS AG Fürstenwalde	36,75% (5.880 TDM)
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25% (1.960 TDM)

Die Umstellung der Kapitalanteile in Euro ist 2012 noch nicht erfolgt.

Unterbeteiligungen

Unterbeteiligungen

BDL (Brandenburger Dienstleistungen GmbH)	100%
BRAWAG GmbH (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel)	100%



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftervertrag datiert vom 21.06.2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller (kaufmännisches Ressort)

Wolfgang Michael Schwarz (technisches Ressort) (bis Juni 2013)

Benno Felsch (technisches Ressort) (ab 01.07.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Stammkapital.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2012 fanden drei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2012

Aufsichtsratsvorsitz	Frau Dr. Dietlind Tiemann
Stellvertreter	Herr Bernd Dubberstein
weitere Mitglieder	Herr Tobias Dietrich
	Herr Ulrich Floß (ab 01.01.2013)
	Herr Alfredo Förster (bis 24.10.2012)
	Frau Heike Friedrichs (bis 24.10.2012)
	Herr Stephan Grothe (ab 01.02.2012)
	Herr Michael Kilian (ab 25.10.2012)
	Herr Norbert Langerwisch
	Herr Manfred Paasch (bis 31.01.2012)
	Herr Matthias Pietschmann (ab 25.10.2012)
	Herr Dr. Andreas Reichel
	Herr Dr. Eberhard M. Richter (bis 31.12.2012)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlamm Entsorgung dienen sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Versorgungsgebiet:

Brandenburg an der Havel mit Ausnahme der Stadtteile Götting, Gollwitz, Mahlenzien, Klein Kreutz, Schmerzke und Wust

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Bei Aufgaben, die den in § 2 Abs. 2 BbgKVerf bezeichneten Betätigungsfeldern zuzurechnen sind (beispielsweise die Energieversorgung einschließlich der Energieproduktion), ist von einer Rechtfertigung durch einen öffentlichen Zweck auszugehen (vgl. Rundschreiben zu den Regelungen der Kommunalverfassung über die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen (§§ 91 – 100 BbgKVerf) vom 13.11.2013).

Die Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Leistungen im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge und begründen das Engagement der Gemeinde.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Situation im Versorgungsbereich ist vor dem Hintergrund der Liberalisierung der Energiemärkte eine besondere. Vor allem im Strombereich muss sich die Gesellschaft – wie viele andere kommunale Energieversorgungsunternehmen auch – zunehmend der Konkurrenz der vorrangig überregional tätigen Mitbewerber, die über den Weg der niedrigeren Preise als Mitbewerber der Kommunalversorger in deren bisherigen Liefergebieten auftreten, stellen. In den anderen Versorgungsarten sind Liberalisierungstendenzen ebenfalls schon auszumachen.

Die Gesellschaft wird sich diesem Wettbewerb insbesondere durch noch größere Kundenorientierung, verbesserte Serviceangebote und durch den weiteren Ausbau neuer Geschäftsfelder stellen. Vor diesem Hintergrund wird die Gesellschaft auch zukünftig in der Lage sein, das Spektrum der kommunalen Energie- und Wasserversorgung – insbesondere aufgrund ihrer Kenntnis der besonderen örtlichen Gegebenheiten – wirtschaftlich und qualitativ hochwertig anzubieten.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die StWB hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	81%	79%	79%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	20%	20%	21%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	52%	49%	47%
Zinsaufwandquote	1,6%	1,7%	2,0%
Liquidität 3. Grades	40%	39%	37%
Cashflow	20.717 T€	9.974 T€	10.429 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	7%	7%	7%
Umsatz	92.817 T€	75.954 T€	79.262 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	4.952 T€	5.267 T€	5.794 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	9%	11%	10%
Anzahl der Mitarbeiter	134	134	130

Lagebericht der Gesellschaft

Das Energiewirtschaftsjahr 2012 war erneut geprägt von der Energiewende sowie der Eurokrise. Die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung und auch die im langjährigen Mittel vergleichsweise niedrigen Temperaturen haben nicht zu einer Stabilisierung der Strompreise beigetragen. Vielmehr hat insbesondere der ungebremste Zubau von Photovoltaikanlagen sowie anderer regenerativer Energien den Druck auf die konventionellen Kraftwerke erhöht und den Trend sinkender Strompreise verstärkt.

Obwohl die Ölpreise teils kräftig gestiegen sind, haben die Gaspreise ihren Seitwärtstrend beibehalten und sich somit weiter vom Ölpreis entkoppelt. Bis September 2012 war die StWB allerdings noch an einen langfristigen Gasliefervertrag mit Ölpreisbindung gebunden. Seit Oktober 2012 setzt die StWB auch beim Gas auf eine strukturierte Beschaffung und kann damit voll von der weiteren Entkopplung des Gaspreises vom Ölpreis profitieren.

Die Zahl der im StWB-Netzgebiet agierenden Stromhändler im Tarifikundengeschäft stieg im Laufe des Jahres 2012 von 80 auf 110 Anbieter, die Zahl der Gasanbieter stieg im Stadtgebiet von 52 auf 83.

Steigende und neue Umlagen auf den Strompreis zum 01.01.2012 konnten StWB durch einen günstigeren Stromeinkauf kompensieren und den Kunden erneut ein Festpreisprodukt mit einem Nachlass von 0,5 ct/kWh anbieten.

Unvermeidlich war hingegen eine Erhöhung des Gaspreises in Höhe von 0,5 ct/kWh, nachdem die für den langfristigen Liefervertrag maßgeblichen Ölpreise deutlich gestiegen waren. Jedoch wurde auch diesen Kunden zur Abfederung ein Festpreis mit einem Nachlass von 0,1 ct/kWh angeboten.

Die sehr gute Resonanz auf unsere Angebote führte zusammen mit noch aus dem Jahr 2011 bestehenden Festpreisverträgen insgesamt dazu, dass sich 50% der Strom- und Gaskunden durch Festpreise an die StWB gebunden haben und so größere Kundenverluste vermieden werden konnten.

Der Anstieg der Umlagen zum 01.01.2013 auf Strom machte zum 01.02.2013 eine Erhöhung des Strompreises um 3,08 ct/kWh erforderlich. Erneut hat StWB den Anstieg mit einem Festpreisangebot (0,7 ct/kWh) für die Kunden abgedeckt.

Der Gaspreis konnte durch die strukturierte Beschaffung konstant gehalten werden und ermöglichte ebenfalls ein Festpreisangebot mit einem Nachlass von 0,7 ct/kWh. Über 50% der Kunden nutzten das Angebot und konnten so für 2013 an die StWB gebunden werden.

Durch die günstigere Gasbeschaffung wurde im Laufe des Jahres 2012 auch für die Fern- und Nahwärmekunden das Vertragswerk überarbeitet. Neue, günstigere Preise wurden angeboten und ab 01.01.2013 auch erstmals Festpreise. Bereits rund 70% der Kunden haben sich für die neuen Verträge und Preise entschieden.

Für Kunden, die Strom und Gas oder Wärme von der StWB beziehen, führen die neuen Preise in den allermeisten Fällen trotz gestiegener Strompreise zu einer Senkung ihrer Energiekosten.

Ertragslage

Erträge in Höhe von 92,5 Mio. € und Betriebsaufwendungen in Höhe von 82,7 Mio. € führten zu einem operativen Ergebnis von 9,8 Mio. € (2011: 6,8 Mio. €) und liegen damit um 3,0 Mio. € über dem des Vorjahres.

Grund hierfür sind im Wesentlichen gestiegene Umsatzerlöse vor allem in der Wärmeversorgung in 2012, geringere Zuführungen zu Rückstellungen für möglicherweise ungültige Preisänderungsklauseln in Normsonderkundenverträgen Gas, Strom und Fernwärme, sowie deutlich höhere sonstige betriebliche Erträge vorrangig geschuldet der Auflösung der nicht mehr benötigten Rückstellungen für möglicherweise unwirksame Preisanpassungsklauseln 2009 und den gestiegenen Erträgen aus Weiterberechnungen an Kunden im Rahmen von Dienstleistungsverträgen.

Gegenläufig wirken sich gestiegene Materialaufwendungen aus. Dies betrifft insbesondere noch einen Anteil aus der Mehr- und Mindermengenabrechnung Gas 2010 sowie gestiegene Gasbezugsaufwendungen (25,0 Mio. €, 2011: 23,4 Mio. €), im Wesentlichen wegen höherer Aufwendungen für das vorgelagerte Gasnetz (3,1 Mio. €, 2011: 1,8 Mio. €). Dagegen konnte der gesamte Stromeinkauf günstiger realisiert werden (31,0 Mio. €, 2011: 32,0 Mio. €).

Die Abschreibungen liegen leicht über dem Vorjahresniveau (4,9 Mio. €, 2011: 4,7 Mio. €). Gemäß entsprechender Beschlussfassung in 2011 erfolgte in 2012 keine Ausschüttung des Tochterunternehmens BRAWAG GmbH, sodass das Beteiligungsergebnis unter dem Vorjahresergebnis liegt (0 Mio. €, 2011: 1,8 Mio. €).

Das Finanzergebnis liegt um 0,4 Mio. € unter dem Vorjahresniveau.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind bedingt durch das höhere Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Mio. € gestiegen.

Der Jahresüberschuss liegt mit 5,8 Mio. € rund 0,5 Mio. € über dem Ergebnis des letzten Jahres.

Umsatz- und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse haben sich um 3,3 Mio. € auf 79,3 Mio. € erhöht.

Im Geschäftsbereich Strom-Vertrieb sind die Absatzmengen um ca. 23,9 GWh auf 193,9 GWh gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus den geringeren Fahrplanverkäufen. Dagegen konnte der Absatz an Sondervertragskunden gesteigert werden. Insgesamt sind die Umsatzerlöse um 0,2 Mio. € auf 31,2 Mio. € gestiegen.

Die Inanspruchnahme des StWB-Stromnetzes durch fremde Händler sank um 5,3 GWh auf 118,1 GWh. Trotzdem bewegt sich der Umsatz mit 4,2 Mio. € auf Vorjahresniveau. Grund hierfür sind gestiegene Aufwendungen für das vorgelagerte Netz 2012, die über die Netzentgelte erlöst werden müssen und somit einen Anstieg der Preise für die Netznutzung zur Folge hatten.

Der Umsatz in der Stromeinspeisung liegt mit 4,6 Mio. € (2011: 4,0 Mio. €) über dem Vorjahresniveau. Dies liegt im Wesentlichen am Fahrplan 2012, der zu besseren Konditionen als in 2011 verkauft werden konnte.

Im Geschäftsbereich Gas-Vertrieb liegen die Absatzmengen im Sonder- und Tarifikundengeschäft unter Vorjahr (305 GWh, 2011: 334 GWh), im Wesentlichen den gesunkenen Mengen im Sondervertragskundenbereich geschuldet. Die Umsatzerlöse sind um 1,0 Mio. € auf 15,1 Mio. € gesunken.

Die Inanspruchnahme des StWB-Gasnetzes durch fremde Händler ist in 2012 um 45 GWh auf 585 GWh und der Umsatz um 0,7 Mio. € auf 1,2 Mio. € gestiegen.

Im Geschäftsbereich Wärmeversorgung liegen die Absatzmengen, insbesondere wegen gesteigerter Absatzmengen im Fernwärmebereich über dem Vorjahr (180 GWh, 2011: 168 GWh). Die Umsatzerlöse in der Wärmeversorgung sind demzufolge trotz der Berücksichtigung der umsatzmindernden Rückstellung aufgrund möglicherweise unwirksamer Preisanpassungsklauseln im Fernwärmebereich um 1,4 Mio. € gestiegen, auf insgesamt 14,6 Mio. €.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Anlagevermögen hat sich aufgrund des über dem Abschreibungsniveau liegenden Investitionsvolumens in 2012 (6,1 Mio. €, 2011: 7,2 Mio. €) gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. € erhöht. Die Anlagenintensität beträgt wie im Vorjahr 79%.

Unter dem Umlaufvermögen werden die Vorräte (Heizöl, Emissionsberechtigungen, Maissilage), Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Forderungen gegen Dritte und liquide Mittel ausgewiesen. Aufgrund gesunkener Forderungen (12,5 Mio. €, 2011: 14,0 Mio. €), aber höheren liquiden Mitteln (4,4 Mio. €, 2011: 1,7 Mio. €), liegt das Umlaufvermögen in Höhe von 21,4 Mio. € über dem Vorjahr (20,7 Mio. €). Die Liquidität dritten Grades liegt bei 37% (2011: 39%).

Das Eigenkapital (ohne Sonderposten) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. €, die Eigenkapitalquote stieg auf 21% (2011: 20%). Durch den Gewinnvortrag aus dem Jahresüberschuss 2011 und dem gegenüber dem Vorjahr höheren Jahresergebnis in 2012 konnte der auflösungsbedingte Rückgang der Sonderposten kompensiert werden.

Das Fremdkapital ergibt sich im Wesentlichen aus Rückstellungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Dritten und aus dem 30%-Anteil von Sonderposten und Baukostenzuschüssen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich auf 16,3 Mio. € (2011: 19,0 Mio. €), die Verbindlichkeiten aus Anleihen erhöhten sich um 0,1 Mio. €. Die Zinsaufwandsquote betrug 2,0% (2011: 1,7%).

Die Investitionsausgaben betrafen in 2012 im Wesentlichen Investitionen in die Leitungsnetze und die dazu gehörigen Anlagen. Des Weiteren wurde in Betriebs- und Geschäftsausstattung, insbesondere in Hard- und Software investiert. Die Finanzierung konnte aus dem Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit getätigt werden.

Die Erhöhung des Anlagenbestandes um 1,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr führte bei einer Verringerung des langfristigen Fremdkapitals um 1,6 Mio. € zu einer Anlagendeckung II in Höhe von 47% (2011: 49%).

Der Cashflow in Höhe von 10.429 T€ (2011: 9.974 T€) wird wesentlich bestimmt durch das um 0,5 Mio. € höhere Jahresergebnis, die geringfügig höheren Abschreibungen und gegenläufig durch die Verringerung der Rückstellungen für Pensionen.

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt wie im Vorjahr 7%. Sie wird bestimmt durch den Jahresüberschuss und die Fremdkapitalzinsen.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2012 waren durchschnittlich 130 Mitarbeiter (2011: 134) beschäftigt. Die Personalaufwandsquote beträgt 10% (2011: 11%).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war auch im Jahr 2012 leicht rückläufig. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

Stromversorgung

Der Stromverkauf konnte 2012 durch gleichbleibende bzw. für Nutzer des Festpreisangebotes sogar gesenkter Strompreise konstant gehalten werden.

Die strukturierte Strombeschaffung hat sich bewährt und wird entsprechend dem Aufsichtsratsbeschluss planmäßig für die Folgejahre fortgesetzt. Das Portfolio umfasst Standardprodukte und Fahrplanstrukturen. Es ist durch eine auf die aktuellen Marktbedingungen zugeschnittene Beschaffungsstrategie ausgeglichen und marktfähig.

Die Netzentgelte Strom zum 01.01.2012 wurden unter Beachtung der Vorgaben der Behörde zur Ermittlung der Erlösobergrenze fristgerecht berechnet und im Internet veröffentlicht. Die erforderlichen Unterlagen wurden der Regulierungsbehörde zur Prüfung übergeben.

Gasversorgung

Nach der Preisanpassung zum 01.01.2012 konnte der Gaspreis trotz weiter steigender Ölpreise im Jahresverlauf konstant gehalten werden. Zum 01.02.2013 wurden die Gaspreise für alle Haushalts- und Gewerbekunden gesenkt und ein neues einfacheres Tarifsysteem eingeführt.

Zum 30.09.2012 endete die bisherige Vollversorgung in der Beschaffung und die strukturierte Gasbeschaffung wurde wirksam. Die deutlich günstigeren Beschaffungskonditionen werden für eine Senkung der Gaspreise sowie der Fern- und Nahwärmepreise genutzt. Die mit der strukturierten Gasbeschaffung einhergehenden Risiken haben sich als voll beherrschbar erwiesen.

Die Netzentgelte Gas zum 01.01.2012 wurden unter Beachtung der Vorgaben der Behörde zur Ermittlung der Erlösobergrenze fristgerecht berechnet und im Internet veröffentlicht. Die erforderlichen Unterlagen wurden der Regulierungsbehörde zur Prüfung übergeben.

Wärmeversorgung

Die Arbeiten zur Fernwärmeerschließung im Stadtgebiet Görden sind planmäßig abgeschlossen und die Versorgung zum 01.10.2012 aufgenommen worden. Im Zuge der Bau-

maßnahmen konnten zusätzliche Wohnblöcke für die Fernwärmeversorgung gewonnen werden. Im Stadtteil Nord sind 2012 ebenfalls weitere Wohnblöcke an die Fernwärmeversorgung angeschlossen worden, die in 2013 erstmalig ganzjährig beliefert werden. Im Stadtteil Nord sowie im Bereich Nicolaiplatz wird in 2013 mit einem weiteren Zuwachs von Fernwärmekunden gerechnet.

Regenerative Energiequellen

Im Jahr 2012 wurden im großen Umfang weitere Anlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen im Versorgungsgebiet der StWB in Betrieb genommen. 192 (2011: 147) Photovoltaikanlagen waren zum 31.12.2012 am Netz der StWB mit einer installierten Leistung von 28,4 MW (2011: 28,4 MW). Die erzeugte Energiemenge für das Jahr 2012 aus diesen Anlagen bezifferte sich auf 21,8 GWh (2011: 22,5 GWh).

Zusammenfassung und Ausblick

Das Jahr 2012 war erneut gekennzeichnet durch die Energiewende und die Eurokrise. Während sich Erdgas preislich weiter vom Ölpreis entkoppelt und einem Seitwärtstrend folgt, sind die Strompreise gesunken mit neuen Tiefstständen im Februar 2013. Neue Eingriffe in den Rechtsrahmen der Energiewirtschaft, die Steigerung bestehender Umlagen und zusätzliche Neueinführungen verunsichern auch die Verbraucher und erschweren die Vertriebsarbeit. Die erfolgreiche strukturierte Strom- und jetzt auch Gasbeschaffung führen für Gas- und Wärmekunden von StWB in 2013 zu deutlichen Vorteilen und trotz gestiegener Strompreise sogar zu einer Senkung der Energiekosten.

Die hohe Kundenbindung bei StWB zeigt sich erneut in der Annahme der Festpreisangebote. Quoten von 50% belegen dies.

Die neuen Wärmeverträge und -preise stoßen auf sehr großes Interesse. Bereits rund 70% der Wärmemenge wird auf Basis neuer Verträge und Preise abgerechnet. Festpreisangebote werden hier zu fast 100% angenommen, die Kunden zu durchschnittlich mehr als 10 Jahren an StWB gebunden. Diese Aktion wird in 2013 fortgesetzt.

Entsprechend der Strategie, weitere aktive Gestaltung der Energiewende mit dem Projektschwerpunkt Windenergie flankiert durch Bioenergie, hat sich StWB mit anderen regionalen Partnern und der E.ON edis AG an einer neu gegründeten EEG-Gesellschaft beteiligt, in die Bestandsprojekte der E.ON edis AG eingebracht wurden. Ziel der Gesellschaft ist die weitere Realisierung wirtschaftlicher EEG-Projekte.

Darüber hinaus wurden mit Wirkung zum 01.01.2013 von der EMB die Gasnetze in den eingemeindeten Ortsteilen Götting, Gollwitz, Wust und Schmerzke übernommen.

Motivierte Mitarbeiter, schlanke Geschäftsprozesse, attraktive Produkte und Serviceleistungen insbesondere auf technischem Gebiet garantieren auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.

Daher plant die Geschäftsführung auch für die kommenden zwei Jahre mit konstant guten Geschäftsergebnissen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Vortrag von 666.926,08 € - nicht ausgeschütteter Gewinn aus 2011 gemäß Gesellschafterbeschluss vom 21.06.2012.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Vom Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 5.266.926,08 € wurden 4.600.000,00 € gemäß Beschluss vom 21.06.2012 an die Gesellschafter ausgeschüttet.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	77.664	80.156	81.377
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	259	417	384
II. Sachanlagen	46.439	48.772	50.034
III. Finanzanlagen	30.966	30.967	30.960
B. Umlaufvermögen	18.533	20.738	21.437
I. Vorräte	933	831	847
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.260	18.164	16.171
III. Kassenbestand, Guthaben	340	1.743	4.418
C. Rechnungsabgrenzungsposten	173	298	244
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensberechnung	0	0	43
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	19.222	19.989	21.183
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.181	8.181
II. Kapitalrücklage	3.662	3.662	3.662
III. Gewinnrücklagen	429	429	429
IV. Gewinnvortrag	1.998	2.450	3.117
V. Jahresüberschuss	4.952	5.267	5.794
B. SoPo mit Rücklagenanteil	3.919	3.343	2.811
C. SoPo für Investitionszulagen	1.776	1.610	1.444
D. Baukostenzuschüsse	9.999	9.577	9.232
E. Rückstellungen	26.021	30.690	31.602
F. Verbindlichkeiten	34.456	34.711	35.953
G. Rechnungsabgrenzungsposten	977	1.273	876
Bilanzsumme	96.370	101.192	103.102

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		92.817	75.954	79.262
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		94	138	115
3. Sonstige betriebliche Erträge		14.337	11.489	13.076
4. Materialaufwand		-66.618	-59.734	-61.098
5. Personalaufwand		-8.112	-8.098	-8.306
6. Abschreibungen		-15.832	-4.733	-4.897
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-7.889	-7.661	-7.401
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		246	582	516
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-1.496	-1.317	-1.593
10. Erträge aus Beteiligungen		1.801	1.801	1
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		9.348	8.421	9.676
12. Außerordentliche Aufwendungen		-163	0	0
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-3.692	-2.620	-2.936
14. Sonstige Steuern		-542	-535	-945
15. Jahresergebnis		4.952	5.267	5.794

III.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99
Internet: www.brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarben die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt.

Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995, war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz

(UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB 100% (ab 12.12.2005)

Durch Anteilskaufvertrag vom 12. Dezember 2005 sind die durch RWE Energy gehaltenen Anteile am Stammkapital der BRAWAG (32,45%) an die StWB veräußert worden.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 07. Februar 2006.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22P eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Uwe Müller

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr 2012 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 der Kommunalverfassung des Land Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebüh-

rensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlammmentsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlammmentsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

In der Trinkwasserversorgung sowie Abwasserableitung und –behandlung ist bis zum Berichtsjahr noch kein Wettbewerb mit privaten Unternehmen entstanden.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die BRAWAG GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	99%	98%	98%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	34%	37%	41%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	52%	50%	57%
Zinsaufwandquote	6,0%	5,6%	4,8%
Liquidität 3. Grades	3%	4%	6%
Cashflow	7.123 T€	6.659 T€	6.438 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	5%	5%	4%
Umsatz	19.598 T€	19.358 T€	19.443 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	2.889 T€	2.913 T€	2.634 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	12%	10%	11%
Anzahl der Mitarbeiter	44	39	41

Lagebericht der Gesellschaft**Externe Einflussfaktoren**

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg war im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut leicht rückläufig. Der sparsame Umgang mit dem Lebensmittel „Trinkwasser“ gegenüber dem Vorjahr führte in der Stadt zu einem Rückgang der verkauften Trinkwassermengen um 2,1%. Dagegen konnte im Umland ein Mehrverkauf von 5,7% erzielt werden.

Mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Ziesar wurde rückwirkend zum 1. Januar 2012 ein Wasserliefervertrag für einen Zeitraum von 10 Jahren abgeschlossen.

Interne Einflussfaktoren

Die Qualität des an die Kunden gelieferten Wassers entsprach ganzjährig bis auf eine Ausnahme den Vorgaben der Trinkwasserverordnung. Im III. Quartal 2012 wurden im Versorgungsnetz die Grenzwerte bei den Parametern Eisen und Mangan leicht überschritten. Diese wurden durch Spülung der Versorgungsleitung schnell wieder eingehalten.

Die Ablaufwerte der Kläranlage Brandenburg-Briest entsprachen bis auf geringfügige und ganz kurzfristige Überschreitungen beim Parameter anorganischer Stickstoff, die im Rahmen der Eigenüberwachung festgestellt wurden, den festgelegten Überwachungswerten.

Ertragslage

Das operative Ergebnis liegt mit 4,6 Mio. € um 0,4 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Bei etwa gleichbleibenden Erträgen liegt die Ursache in den um 0,5 Mio. € gestiegenen betrieblichen Aufwendungen. Dies ist im Wesentlichen auf einen gestiegenen Materialaufwand zurück zu führen und resultiert hauptsächlich aus um 0,6 Mio. € höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen.

Die Personalaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € auf 2,2 Mio. € erhöht. Ursachen hierfür sind der Anstieg der durchschnittlichen Mitarbeiteranzahl, Tarifsteigerungen sowie höhere Aufwendungen für Pensionen. Die Personalaufwandsquote ist in 2012 entsprechend um 1% gestiegen.

Die Abschreibungen liegen mit 3,8 Mio. € etwas über dem Vorjahresniveau.

Das Finanzergebnis beträgt -0,9 Mio. € und liegt um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr. Die Entwicklung ist sowohl auf einen Rückgang des durchschnittlichen Zinssatzes für variable Darlehen im Geschäftsjahr als auch auf geringere Darlehensbestände zurückzuführen. Folglich ist die Zinsaufwandsquote auf 4,8% (2011: 5,6%) gesunken.

Der Jahresüberschuss liegt mit 2,6 Mio. € rd. 0,3 Mio. € unter dem Ergebnis des letzten Jahres. Davon sollen 1,8 Mio. € an die Muttergesellschaft ausgeschüttet werden.

Umsatz und Absatzmengen

Die Umsatzerlöse von insgesamt 19,4 Mio. € liegen in etwa auf dem Vorjahresniveau. Die Umsätze aus Trinkwasserverkauf in Höhe von 6,8 Mio. € sind mengenbedingt gegenüber dem Vorjahr um 1,5% gesunken.

Das Betreiberentgelt ist gegenüber dem Vorjahr leicht (0,4%) gestiegen.

Vermögens- und Finanzlage sowie Investitionen

Das Vermögen der BRAWAG setzt sich zu 97,9% aus dem Anlagevermögen zusammen. Es beinhaltet die Trink- und Abwassernetze, die Wassergewinnungs-, -aufbereitungs- und -speicherungsanlagen, Pumpwerke und die Kläranlage Brandenburg-Briest.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden insgesamt 2,9 Mio. € (2011: 2,4 Mio. €) investiert, davon 1,2 Mio. € (2011: 0,9 Mio. €) im Trinkwasserbereich und 1,7 Mio. € (2011: 1,5 Mio. €) im Abwasserbereich.

Das Umlaufvermögen der BRAWAG setzt sich im Wesentlichen aus Kunden- und Verbundforderungen sowie liquiden Mitteln zusammen und liegt um 0,4 Mio. € über dem Vorjahr.

Das wirtschaftliche Eigenkapital in Höhe von 38,7 Mio. € ist um 3,2 Mio. € gestiegen.

Das Fremdkapital in Höhe von 43,5 Mio. € ist um 3,7 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Es setzt sich aus langfristigem Fremdkapital (7 Mio. €), mittelfristigem Fremdkapital (11 Mio. €) und kurzfristigem Fremdkapital (25,4 Mio. €) zusammen.

Die Liquidität 3. Grades beträgt 6% (2011: 3%).

Der Cashflow wird wesentlich bestimmt durch das jeweilige Jahresergebnis, die Abschreibungen und die Veränderung der langfristigen Rückstellungen. In 2012 lag der Cashflow bei 6.438 T€ (2011: 6.659 T€).

Die Gesamtkapitalrentabilität liegt mit 4% etwas unter dem Vorjahreswert (5%). Die Eigenkapitalquote hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (41%, 2011: 37%), geplante Investitionen können aufgrund zugesagter Kreditlinien problemlos getätigt werden.

Die aktuelle Finanz-, Vermögens- und Ertragslage verdeutlicht, dass die BRAWAG gut aufgestellt ist und ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der StWB weiter ausbauen wird.

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2012 waren bei der BRAWAG 41 Mitarbeiter (2011: 39) beschäftigt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Risiken sieht die Geschäftsführung insbesondere in den Absatz- und Instandhaltungsrisiken sowie in Risiken aus zu geringer Auslastung des Trinkwasser- und Abwassernetzes wegen der weiter sinkenden Bevölkerungsentwicklung und des damit verbundenen Rückgangs des Trinkwasserverbrauchs.

Als Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der BRAWAG sind für 2013 die Optimierung Westfassung/Rohwasserstrecke Wasserwerk Mahlenzien und Neubau Filterablaufinne (1,1 Mio. €) im Trinkwasserbereich und auf der Kläranlage Briest für das Mischwasserbecken (1,6 Mio. €) im Abwasserbereich zu nennen. Des Weiteren sollen in die Sanierung von Trink- und Abwasserleitungen inklusive Pumpwerke 1,5 Mio. € fließen.

Die Finanzierung der geplanten Investitionen wird aus dem Cashflow der laufenden Geschäftstätigkeit und zusätzlicher Bankdarlehen erfolgen.

Zum 1. Januar 2013 wurden aufgrund von Unterdeckungen im Jahr 2011 die Schmutzwassermengengebühr und in diesem Zusammenhang die Aufleitgebühr sowie die Kleinkläranlagegebühr erhöht. Durch die geringe Überdeckung aus dem Jahr 2011 ergibt sich ein Anstieg der Niederschlagswassergebühr sowie der Grundwassereinleitgebühr zum 01.01.2013. Der Trinkwasserpreis bleibt konstant.

Trotz leicht rückläufiger Umsätze plant die Geschäftsführung für die nächsten Geschäftsjahre durch konsequentes Kostenmanagement weiterhin positive Ergebnisse leicht unterhalb des Niveaus des Geschäftsjahres 2012 zu erzielen.

Motivierte Mitarbeiter verbunden mit einem hohen Maß an Qualifikation sichern eine qualitativ hohe Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung. Dies belegen u. a. die Ergebnisse des bundesweiten DWA-Leistungsvergleichs (Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.) kommunaler Kläranlagen, bei denen die Kläranlage Brandenburg-Briest wieder hinsichtlich sehr guter Reinigungsleistungen an der Spitze im bundesweiten Vergleich einzuordnen ist.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Der Jahresüberschuss 2011 i. H. v. 2.912.523,33 € wurde gemäß Gesellschafterbeschluss vom 09.05.2012 auf neue Rechnung vorgetragen. Die Kapitalrücklage wurde im Geschäftsjahr 2012 um die vereinbarungsgemäß nicht überwiesene Konzessionsabgabe an die Stadt Brandenburg aus dem Jahr 2011 in Höhe von 719.111,07 € erhöht.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Es erfolgte keine Gewährung von Zuschüssen seitens der Stadt. Betreiberentgelt gemäß Betreibervertrag (vom 12.01.1999) in Höhe von 11.622.035,28 € für das Jahr 2012.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	83.023	81.411	80.545
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	330	295	394
II. Sachanlagen	82.693	81.116	80.150
B. Umlaufvermögen	872	1.172	1.616
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	780	1.014	886
III. Kassenbestand, Guthaben	93	158	730
C. Rechnungsabgrenzungsposten	128	128	83
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	28.677	30.543	33.895
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	18.343	19.095	19.815
III. Gewinnrücklagen	202	1.291	1.291
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	597	597	3.509
V. Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.889	2.913	2.634
B. Sonderposten	7.330	7.095	6.861
C. Rückstellungen	14.172	13.786	13.486
D. Verbindlichkeiten	33.764	31.210	27.927
E. Rechnungsabgrenzungsposten	80	78	75
Bilanzsumme	84.023	82.711	82.244

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	19.598	19.358	19.443
2. Aktivierte Eigenleistungen	54	51	67
3. Sonstige betriebliche Erträge	457	736	663
4. Materialaufwand	-4.207	-5.249	-5.829
5. Personalaufwand	-2.256	-1.960	-2.225
6. Abschreibungen	-4.189	-3.752	-3.781
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.993	-4.095	-3.733
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	30	45
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.173	-1.076	-940
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.301	4.043	3.709
11. Außerordentliche Aufwendungen	-10	0	0
12. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.381	-1.120	-1.059
13. Sonstige Steuern	-22	-11	-16
14. Jahresergebnis	2.889	2.913	2.634

III.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH

Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/797 24 00

Fax: 03381/797 24 29

e-mail: info@bdl-brb.de

Internet: www.bdl-brb.de

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB Nr. 365P seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 434.600,00 €

StWB (seit 01.06.2001) 100%

Die Gesellschaft ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB); oberstes Mutterunternehmen sind die Technischen Werke Brandenburg an der Havel GmbH.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Lars Büchner (bis 25.06.2013)

Holger Ulbricht (ab 25.06.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

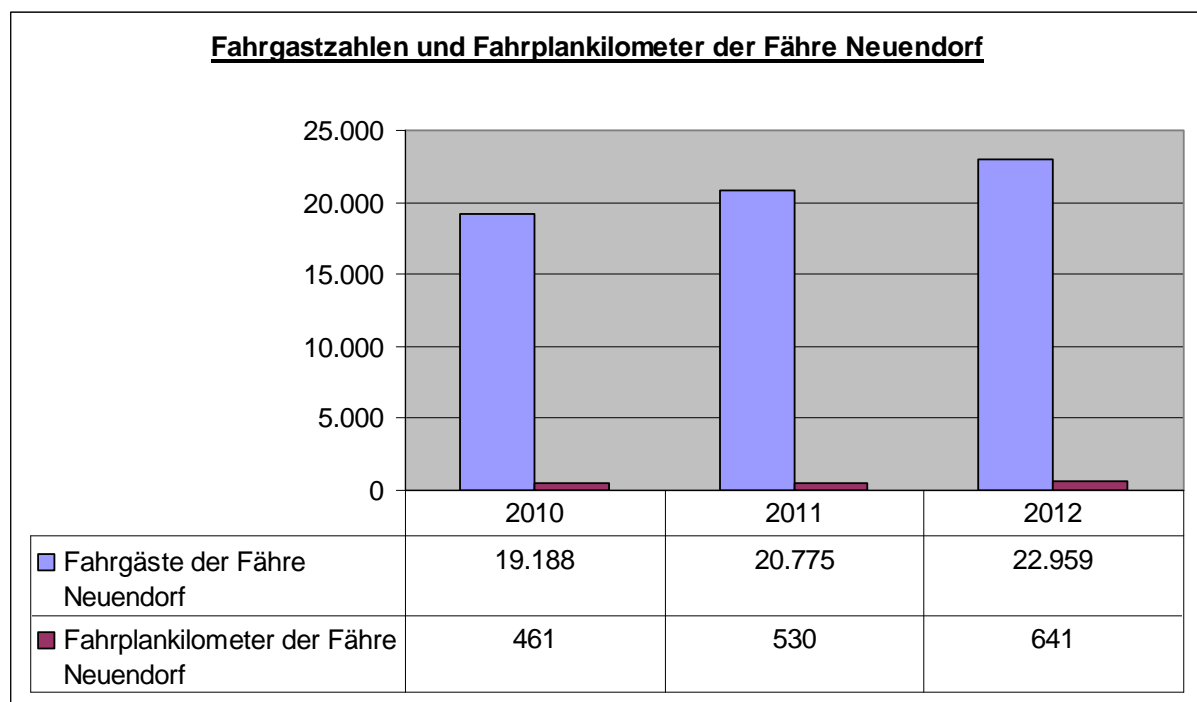
Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2012 haben zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden. Gesonderte Ausschüsse bestehen nicht.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Gegenstand des Unternehmens

- Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- Übernahme von Werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- Betrieb und Wartung von Heizungs- und Sanitäranlagen im eigenen Namen für Dritte
- Betreiber der Fähre Neuendorf



Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern. Die BDL erbringt Dienstleistungen zur Erfüllung der öffentlichen Zwecke seitens ihrer Mutter- und Schwes-tergesellschaften, sowie des Eigenbetriebes GLM.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die BDL befindet sich in einem zunehmenden Wettbewerb mit privaten Unternehmen und muss daher bei Ausschreibungen nachweisen, dass die Leistungen wirtschaftlicher als priva-te Anbieter erbracht werden können.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die BDL hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf er-bracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	49%	49%	48%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	73%	82%	83%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	150%	165%	174%
Zinsaufwandquote	0,2%	0,05%	0,00%
Liquidität 3. Grades	189%	274%	307%
Cashflow	246 T€	328 T€	226 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	9%	10%	8%
Umsatz	2.384 T€	2.535 T€	2.664 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	109 T€	116 T€	112 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	67%	65%	69%
Anzahl der Mitarbeiter	58	60	65

Lagebericht der Gesellschaft

Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH hat trotz rückläufiger Tendenzen in der Wohnungswirtschaft, verursacht durch die demografische Entwicklungen und die Reduzierung des Wohnungsbestandes in den großen Wohnungsgesellschaften, auch im Geschäftsjahr 2012 eine Steigerung der Umsatzerlöse von 5% im Vergleich zum Vorjahr erwirtschaftet. Es hat sich im zurückliegenden Berichtszeitraum wieder einmal gezeigt, dass die Ausrichtung der Brandenburger Dienstleistungen GmbH mit ihrem breiten Spektrum an Dienstleistungen sowie die im Unternehmen nachhaltig entwickelte hervorragende Kundenorientierung erfolgversprechende Faktoren sind. Dadurch ist es gelungen, Umsatzrückgänge in einzelnen Bereichen durch zusätzliche Aufträge in anderen Abteilungen zu kompensieren.

Im Geschäftsjahr 2012 ist es gelungen, einige Aufträge mit einer hohen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit zu akquirieren und diese zur vollen Zufriedenheit der Kunden zu realisieren. Beispiele hierfür sind die Erbringung von Dienstleistungen auf der Regattastrecke „Beetzsee“ und der Auftrag zur Bestreifung und Beseitigung von Farbschmierereien an Objekten der Stadt Brandenburg an der Havel.

Auf Grund der konjunkturell hohen Auslastung der Handwerksbetriebe stieg die Nachfrage der Bestandskunden, aber auch privater Kleinkunden, verschiedene Bauleistungen durch die Brandenburger Dienstleistungen GmbH ausführen zu lassen, wodurch die Auslastung der Fachkräfte sichergestellt werden konnte.

Die Einführung eines Prämienlohns zum 01.01.2012 bewährte sich als hervorragende Komponente zur Steigerung der Produktivität. Das Prämienlohnmodell wird daher fortgesetzt und weiterentwickelt.

Im zurückliegenden Geschäftsjahr gliederte sich die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in folgende Abteilungen:

- **Hausbetreuung und Gebäudemanagement** mit den Arbeitsbereichen Glas- und Gebäudereinigung, Graffitiendienst, Bautechnische Dienstleistungen, Maschinelle Gehwegreinigung und Betrieb der Fähre Neuendorf
- **Freiflächenpflege und Landschaftsbau** mit den Arbeitsbereichen Freiflächenpflege und Winterdienst, Landschaftsbau und Containerdienst
- **Wasser- und Abwassertechnik** mit den Arbeitsbereichen Rohr- und Kanalreinigung und Wartung von Abwasserpumpwerken
- **Technische Dienste** mit den Arbeitsbereichen Zählerwesen (Plantausch, Ablesung, Lager, Inkasso) der Medien Strom, Gas und Wasser, Hauswartleistungen und Technische Dienstleistungen auf der Regattastrecke „Beetzsee“
- **Wärmemess- und Abrechnungsdienst** mit den Arbeitsbereichen Vermietung und Ablesung der Wohnungswasser- und Wärmezähler sowie Heizkostenverteiler und Erstellung der verbrauchsabhängigen Abrechnung

Der Umsatzanstieg gegenüber dem Plan 2012 wurde durch die oben erwähnten zusätzliche Aufträge in den Abteilungen Technische Dienste und Hausbetreuung und Gebäudemanagement erwirtschaftet. Rückläufig sind weiterhin die Umsatzerlöse sowie der Ergebnisbeitrag

der Abteilung Wasser- und Abwassertechnik. Die Ergebnissituation hat sich besonders in den Abteilungen Technische Dienste und Wärmemess- und Abrechnungsdienst weiter verbessert.

Mit der Herauslösung der Abteilung Freiflächenpflege und Landschaftsbau aus der Abteilung Hausbetreuung und Gebäudemanagement erfüllen wir die Erwartungen unserer Kunden, neben herkömmlichen Pflegearbeiten auch individuelle und interessante Ideen zum Thema Freiflächengestaltung anzubieten. Um diesen Ansatz weiter auszubauen, wurde im Jahr 2012 eine Partnerschaft mit einer Land- und Gartenbaufirma begonnen. Möglicherweise ergeben sich hieraus Chancen der Auftragserweiterung im Rahmen der Bundesgartenschau 2015.

Ertragslage

Die realisierte Betriebsleistung in Höhe von 2.750 T€ (2011: 2.596 T€) lag mit 169 T€ über dem Plan. Hierin sind Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen, der Auflösung von Rückstellungen und Erstattungen von Schäden in Höhe von insgesamt 28 T€ (2011: 7 T€) enthalten.

Der Jahresüberschuss beträgt im Geschäftsjahr 112 T€ (2011: 116 T€) und lag damit nur geringfügig unter dem geplanten Jahresüberschuss von 115 T€.

Der höheren Betriebsleistung stehen um 180 T€ gestiegene Personalaufwendungen und um 23 T€ gesunkene Materialaufwendungen gegenüber. Der Anstieg des Personalaufwandes von 1.657 T€ auf 1.837 T€ resultiert dabei im Wesentlichen aus einer leichten Erhöhung der Mitarbeiterzahlen, aus Lohn- und Gehaltserhöhungen in 2012 und der Einführung des Prämienlohnmodells. Der von 325 T€ auf 302 T€ gesunkenen Materialaufwand betrifft hauptsächlich die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind von 288 T€ auf 283 T€ leicht gesunken.

Vermögens- und Finanzlage

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit (191 T€; 2011: 173 T€) konnte durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit (226 T€; 2011: 328 T€) vollständig gedeckt werden. Die Liquidität betrug zum 31. Dezember 2012 353 T€, was eine Erhöhung zum Vorjahr um 35 T€ darstellt.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr zu jedem Zeitpunkt in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Das Anlagevermögen per 31. Dezember 2012 erhöht sich gegenüber dem Vorjahr von 602 T€ auf 637 T€ auf Grund der hohen Investitionen zum notwendigen Plantausch sowie Neuausrüstungen von Liegenschaften des Wärmemessdienstes.

Das Umlaufvermögen erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr von 618 T€ auf 696 T€. Grund hierfür sind gestiegene Forderungen zum Stichtag, welche den Rückgang der Vorräte überkompensierten.

Die Vermögenslage per 31. Dezember 2012 ist durch die Erhöhung des Eigenkapitals von 995 T€ auf 1.106 T€ gekennzeichnet. Das Eigenkapital beläuft sich auf 83,0% (2011: 81,5%)

der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten und Rückstellungen sind sämtlichst kurzfristig (227 T€; Vorjahr: 226 T€) und werden durch flüssige Mittel (353 T€; 2011: 318 T€) und kurzfristige Forderungen (343 T€; 2011: 259 T€) gedeckt.

Auf der Basis der aktuellen Finanz-, Vermögens- und Ertragslage kann zur wirtschaftlichen Lage die Einschätzung getroffen werden, dass die Brandenburger Dienstleistungen GmbH in ihrem Markt gut aufgestellt ist und somit gute Voraussetzungen dafür bestehen, dass die Gesellschaft ihre Finanz-, Vermögens- und Ertragsziele weiterhin erreichen kann. Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH wird ihre Position als ein erfolgreicher und kundenorientierter Dienstleister im Konzern der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH entsprechend der Planung weiter ausbauen.

Investitionen

Die Gesellschaft tätigte in 2012 Investitionen in Höhe von 200 T€ (2011: 173 T€). Schwerpunkte des Investitionsgeschehens waren:

- Der planmäßige Ersatz und die Neuanschaffung von Liegenschaften mit Messeinrichtungen im Bereich Wärmemess- und Abrechnungsdienst 174 T€ (2011: 99 T€).
- Der Ersatz von Fahrzeugen aus dem Fuhrpark des Unternehmens 20 T€ (2011: 47 T€).

Der Investitionsplan von 165 T€ inklusive der im Umlaufverfahren genehmigten Überschreitung von 30 T€ wurde mit 5 T€ überschritten.

Personal

Die Mitarbeiteranzahl betrug per 31. Dezember 2012 insgesamt 63 Angestellte inklusive des Geschäftsführers (2011: 60), über den Jahresdurchschnitt 65 Mitarbeiter inklusive des Geschäftsführers (2011: 60). Zusätzlich wurden im monatlichen Mittel 6 (2011: 12) Hilfskräfte beschäftigt. Bestandteil der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen mit den Mitarbeitern sind ein bestehender Hausmantel-Tarifvertrag und bestehende Betriebsvereinbarungen.

Die Möglichkeiten einer betrieblichen Altersversorgung wurden im Rahmen einer Versorgungsordnung geregelt. Für alle Mitarbeiter besteht somit die Möglichkeit des Abschlusses einer Direktversicherung, die vom Unternehmen in Höhe der sich hieraus ergebenden Einsparungen bezuschusst wird.

Risikobericht

Das Risikomanagement ist in der Brandenburger Dienstleistungen GmbH als fester Bestandteil in die Unternehmensführung und die Gestaltung der Geschäftsprozesse eingebunden.

Es erfolgt eine fortlaufende Überwachung und Bewertung der wesentlichen Geschäftsrisiken. Die Ergebnisse dieser Maßnahmen werden in einem angemessenen Berichtswesen der Gesellschafterin kommuniziert.

Besondere Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente (Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) werden in der Gesellschaft nicht gesehen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Im Geschäftsjahr 2013 sollen die bestehenden vertraglichen Beziehungen mit Bestandskunden und die festgelegten internen Arbeitsabläufe weiter optimiert werden. Entwicklungsmöglichkeiten werden im Bereich des Landschaftsbaus bei Bestandskunden in der Vorbereitung der Bundesgartenschau 2015 sowie weiterhin im Bereich des Wärmemess- und Abrechnungsdienstes gesehen.

Eine zum 1. Januar 2013 wirksam werdende Preisanpassung soll die allgemeinen Kostensteigerungen im Material- und Personalbereich ausgleichen und die Erreichung des Geschäftsergebnisses in 2013 gewährleisten.

Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 2013 Investitionen in Höhe von 165 T€ geplant, welche aus dem operativen Cashflow finanziert werden sollen.

Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit steht weiterhin die Verbesserung der Kundenzufriedenheit. Neuakquisitionen sind in den Bereichen der Technischen Dienste, Zählerwesen und Wärmemess- und Abrechnungsdienst geplant.

Für die nächsten beiden Geschäftsjahre wird mit weiterhin positiven Jahresergebnissen sowie mit Umsatzerlösen auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2012 gerechnet.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Zwischen der BDL und der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen vertraglich geregelte Leistungsbeziehungen zu marktüblichen Preisen.

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	588	602	637
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1
II. Sachanlagen	588	602	636
B. Umlaufvermögen	618	618	696
I. Vorräte	0	42	1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	380	258	343
III. Kassenbestand, Guthaben	238	318	353
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	879	995	1.106
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435
II. Gewinnrücklagen	294	403	519
III. Gewinnvortrag	42	42	42
IV. Jahresüberschuss	109	116	112
B. Rückstellungen	113	106	111
C. Verbindlichkeiten	214	120	115
Bilanzsumme	1.206	1.220	1.333

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	2.384	2.535	2.664
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	102	61	85
4. Materialaufwand	-262	-325	-302
5. Personalaufwand	-1.594	-1.658	-1.838
6. Abschreibungen	-157	-157	-163
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-309	-288	-283
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	-1	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	159	168	164
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-43	-44	-45
12. Sonstige Steuern	-8	-8	-8
13. Jahresergebnis	109	116	112

III.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Neuendorfer Str. 89

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/2087 4080

Fax: 03381/2087 4085

e-mail: info@bas-brandenburg.de

Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Die BAS GmbH wurde am 24.01.1994 gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mai 1997 geändert. Mit notarieller Beurkundung vom 04.05.2000 erwarb die Stadt Brandenburg an der Havel die Geschäftsanteile des bis dahin zweiten Gesellschafters (Verein zur Förderung des Umweltschutzes e.V.).

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Margitta Scholz

- **Beirat**

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat.

Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2012 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2012 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2012	
Beiratsvorsitz	Frau Dr. Tiemann (Oberbürgermeisterin Stadt Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Herr Lambeck/ Herr Heublein (Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt)
	Frau Schöbe (Fachbereichsleiterin Jugend, Soziales und Gesundheit)
	Frau Köppe (Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel)
	Frau Scholz (Geschäftsführerin BAS GmbH)
	Herr Meier (Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Mischker (Handwerkerschaft Brandenburg/Belzig)
	Herr Dr. pol. Helmstädter (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
	Frau Beutel (Deutscher Gewerkschaftsbund)
	Herr Krüger (Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft mbH)
	Herr Karg (Arbeitsgemeinschaft Selbstständiger Unternehmer e. V.)
	Frau Bergner (Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH)
	Frau Taege (Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel)
	Frau Schwinning (LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Gegenstand des Unternehmens

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und

Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

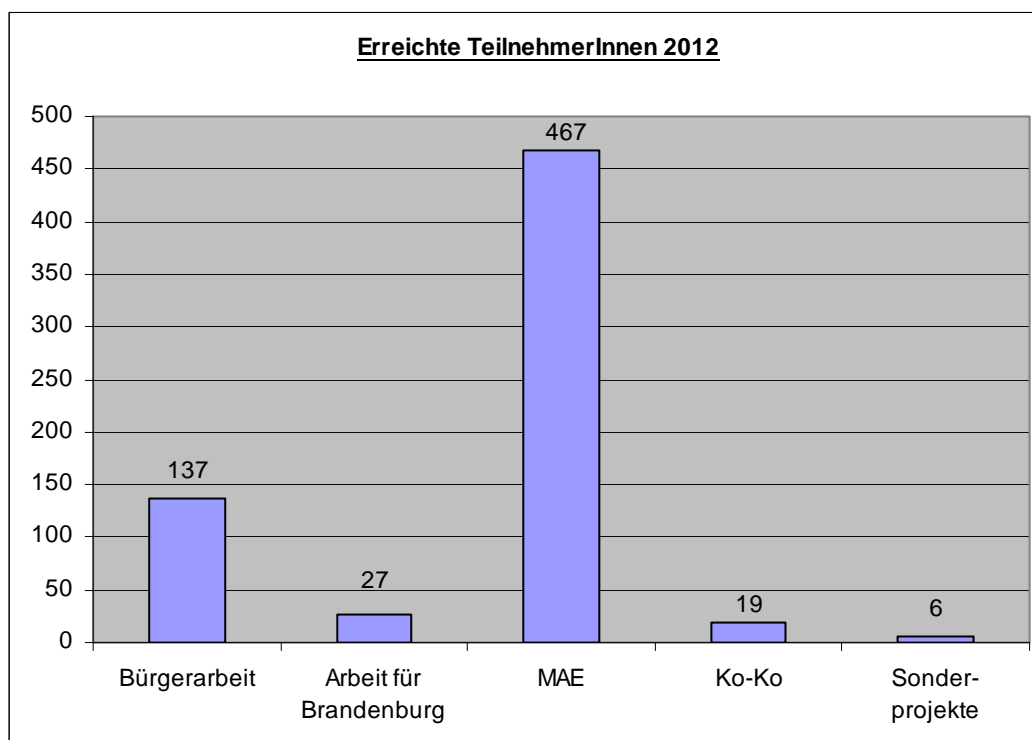
- Sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelnen Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit der Arbeitsverwaltung, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Gesamtanzahl der insgesamt durch die BAS GmbH betreuten bzw. beschäftigten Personen in den Jahren 2009 bis 2012:

	2009	2010	2011	2012
Erreichte TeilnehmerInnen	1.475	1.238	984	656

Die Summe ergibt sich aus dem Bestand der am 1. Januar bereits zugewiesenen TeilnehmerInnen und den im Verlauf des Jahres neu eingetretenen TeilnehmerInnen die in den verschiedenen Förderinstrumenten beschäftigt werden.



Erläuterungen:

Bürgerarbeit

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat ein bundesweites Interessenbekundungsverfahren zur Durchführung von Modellprojekten zur Bürgerarbeit gestartet. Ziel der Modellprojekte ist die Entwicklung und Verbreitung von Handlungskonzepten zur verbesserten Arbeitsmarktintegration von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen. Sie sollen sich aus den vier Komponenten Beratung / Standortbestimmung, Vermittlungsaktivitäten, Qualifizierung / Förderung und der eigentlichen Bürgerarbeit, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung (ohne Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung) im Bereich von zusätzlicher und im öffentlichen Interesse liegender Arbeit, zusammensetzen. Die Arbeitszeit beträgt 30 Stunden in der Woche.

Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE)

Für erwerbsfähige Hilfebedürftige (Langzeitarbeitslose), die keine Arbeit finden können, sollen Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden, durch die die individuelle Beschäftigungsfähigkeit verbessert wird. Der Teilnehmer erhält für die geleisteten Stunden eine Mehraufwandsentschädigung. Die Arbeiten selbst begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Durch die Beschäftigung der TeilnehmerInnen in den unterschiedlichen Projekten werden Vermittlungshemmnisse ermittelt und an der Verringerung bzw. Beseitigung gearbeitet. In den Arbeitsgelegenheiten dürfen nur im öffentlichen Interesse liegende zusätzliche Tätigkeiten ausgeführt werden.

Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“

Ziel des Programms ist es, (insbesondere älteren) Langzeitarbeitslosen berufliche Perspektiven zu eröffnen und sozialer Ausgrenzung entgegenzuwirken. Insbesondere durch die kommunale Verankerung der Arbeiten soll zudem ein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Strukturen geleistet werden. Die Richtlinie gilt vom 01.07.2010 bis 31.12.2014 (finanziert aus Mitteln des Landes Brandenburg). Zielgruppe sind erwerbsfähige langzeitarbeitslose Personen, vorrangig Personen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, Personen unter 25 Jahre sind ausgeschlossen. Diese Personen müssen mindestens 12 Monate arbeitslos sein, wobei eine Dauer der Arbeitslosigkeit von mehr als 36 Monate vorrangig gefördert werden soll. Die Beschäftigungsmöglichkeiten werden in der Regel für die Dauer von mindestens zwei Jahren eingerichtet. Die Zuweisung der TeilnehmerInnen durch die Grundsicherungsstellen erfolgt grundsätzlich zunächst für ein Jahr, danach erfolgt eine Prüfung der Integrationsfortschritte und ggf. erfolgt eine erneute Zuweisung mit bis zu weiteren 12 Monaten.

Bundesprogramm Kommunal-Kombi (KoKo)

Mit dem Bundesprogramm Kommunal-Kombi sollen zusätzliche Arbeitsgelegenheiten in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen durch Förderung von befristeter Beschäftigung geschaffen werden.

Sonderprojekte

- Sonderprojekt „Koordinierung und Betreibung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken“

Im Rahmen des Gesamtprojektes „Die Soziale Stadt – Brandenburg an der Havel/Wohngebiet Hohenstücken“ werden über Zuwendungsmittel aus dem Förderprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ die Koordinierung und Betreibung des Anwohnertreffs im Bürgerhaus Hohenstücken gefördert.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Der Umfang der Aufgabenerfüllung durch die BAS GmbH wird ständig den Anforderungen an die Arbeits- und Beschäftigungsförderung im Wettbewerb mit privaten Anbietern auf der Grundlage der aktuellen Förderprogramme angepasst.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die BAS GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	22%	21%	19%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	5%	4%	5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	53%	63%	79%
Zinsaufwandquote	0,17%	0,16%	0,18%
Liquidität 3. Grades	117%	119%	121%
Cashflow	205 T€	78 T€	70 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0,3%	-0,4%	-0,5%
Umsatz	3.671 T€	3.175 T€	3.498 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-11 T€	-5 T€	-6 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	80%	83%	85%
Anzahl der Mitarbeiter (Stammpersonal)	13	11	11

Lagebericht der Gesellschaft

Im Jahr 2012 sind 421 ProjektteilnehmerInnen neu in Beschäftigungsmaßnahmen eingetreten. Bei dem sv-pflichtigen kommunalen Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose, Kommunal-Kombi sind zum 30.11.2012 alle TeilnehmerInnen wegen Ende der Projektförderung ausgeschieden.

Seit 2011 wird die „Bürgerarbeit“ umgesetzt. Die Stadt hat ein Kontingent von 168 Plätzen, wovon 113 die BAS GmbH umsetzt. Zum 01.04.2012 waren 113 Plätze bewilligt, wovon 107 zum 31.12.2013 besetzt waren.

Die TeilnehmerInnen, die bei der BAS GmbH in die Beschäftigungsmaßnahmen zugewiesen werden, sind zunehmend immer länger arbeitslos.

Dieser Trend hat sich auch im Jahr 2012 weiter fortgesetzt. Mit zunehmender Dauerarbeitslosigkeit nehmen nicht nur die Vermittlungseinschränkungen zu. Langzeitarbeitslose entwickeln zunehmend gesundheitliche Einschränkungen und zeigen ein riskanteres Gesundheitsverhalten.

Andererseits passen sie sich ihren Situationsbedingungen resignativ an, fühlen sich hilflos und sehen keine positive und langfristige Perspektive für ihre berufliche und persönliche Entfaltung. Sie fühlen sich zunehmend unsicher in der Umsetzung ihres fachlichen Wissens.

Dennoch ist es gelungen, 32 TeilnehmerInnen zu vermitteln, davon neun in den 1. Arbeitsmarkt.

Die BAS GmbH orientiert sich in der Vorbereitung und Realisierung ihrer Einzelvorhaben an der regionalen Arbeitsmarktsituation sowie in enger Kooperation und Abstimmung mit der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarkt an den Vorgaben folgender kommunaler Dokumente bzw. gesellschaftlicher Grundsätze:

- Masterplan der Stadt Brandenburg an der Havel
- Tourismus- und Wassertourismuskonzept
- Handlungskonzept „Zukunft im Stadtteil – Brandenburg an der Havel“
- Fachwissenschaftliche Vorgaben
- Gender-Mainstreaming-Ansatz
- Studie zum Fachkräftebedarf in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Auftrag der BAS GmbH als städtisches Unternehmen ist so formuliert, Beschäftigungsförderung mit kommunaler Wertschöpfung und Personalentwicklungsarbeit zu verbinden und zu verzahnen.

Die BAS GmbH konnte im Geschäftsjahr 2012 geringfügig mehr Umsätze erwirtschaften als im Plan vorgesehen. Diese verursachten im Gegenzug allerdings erhöhte Aufwendungen in entsprechender Höhe.

In 2012 wurde ein Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 284 T€ bereitgestellt.

Die BAS GmbH schließt das Geschäftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 6.382,56 € ab, welcher über eine Entnahme aus der Kapitalrücklage finanziert wird. Dieser Betrag entspricht den Aufwendungen der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen.

Die Vermögens- und Kapitalstrukturkennzahlen gemäß § 61 Nr.2 KomHKV zeigen, dass es sich bei der BAS GmbH um eine typische Arbeitsförderungs-gesellschaft handelt. Die Gesellschaft ist branchentypisch durch eine geringe Anlagenintensität (2012: 19%; 2011: 21%) und eine niedrige Eigenkapitalquote (2012: 5%; 2011: 4%) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen ist branchentypisch aus Fördermitteln, Zuweisungen, Zuschüssen oder Zuwendungen Dritter finanziert. Dem Anlagevermögen (2012: 241 T€, 2011: 304 T€) steht in

gleichlautender Höhe ein Sonderposten gegenüber.

Die Finanzierungs- und Liquiditätskennzahlen gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV zeigen, dass die Gesellschaft einen positiven Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 70 T€ zu verzeichnen hatte. Die Zahlungsfähigkeit im Berichtsjahr war jederzeit gegeben. Eine Aufnahme von Krediten war nicht erforderlich.

Hinsichtlich der Kennzahlen zur Rentabilität und zum Geschäftserfolg gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV ist anzumerken, dass die BAS GmbH eine Gesellschaft ist, die hauptsächlich für ihre Geschäftstätigkeiten rückzahlbare und nicht rückzahlbare Zuschüsse verschiedener Fördermittelgeber erhält. Es wurde aufgrund des Jahresfehlbetrages eine negative Gesamtkapitalrentabilität von 0,5% erzielt. Der Jahresfehlbetrag wurde durch eine Entnahme aus der Gewinnrücklage ausgeglichen.

Aufgrund der Geschäftstätigkeit als Arbeitsfördergesellschaft ist der Geschäftsbetrieb durch eine hohe Anzahl an Mitarbeitern (2012: 172; 2011: 138) gekennzeichnet. Aufgrund dessen ist die Personaufwandsquote (2012: 85%; 2011: 83 %) branchentypisch hoch.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die hohe Abhängigkeit von den politischen Entscheidungen und den damit in der Regel einhergehenden kurzfristigen Unwägbarkeiten der Finanzierung werden als größtes und bestandsgefährdendes Risiko betrachtet.

Auch das fortdauernde, kurzfristige Ändern der Rahmenbedingungen, wie es sich in den letzten Jahren abzeichnete, mit immer weniger Arbeitsförderinstrumenten, geringere finanzielle Mittel, insbesondere für den Overhead und kurzfristige Maßnahmelaufzeiten sowie steigende bürokratische Aufwendungen erschweren die Planbarkeit des Gesamtunternehmens und führen zu unkalkulierbaren Risiken.

In diesem Zusammenhang ist auch die steigende Anzahl der Einzelnachfrager zur Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen, angefangen von Vereinen, Kindergärten, Kultur- und Sporteinrichtungen etc. zu bewerten. Durch sinkende öffentliche Zuschüsse wird im Rahmen von Beschäftigungsplätzen die Möglichkeit der Kompensation genutzt. Gleichzeitig treten sie als preisgünstige Anbieter auf.

Im Spannungsfeld dieser veränderten Marktbedingungen wird die Chance zur Sicherung der Zukunft der BAS GmbH mit reduziertem Kosten- und Personalaufwand in der Konzentration auf ausgewählte Aufgabenfelder und Zielgruppen unter einer veränderten Zielstellung gesehen. Dazu hat die Geschäftsführerin ein Unternehmenskonzept vorgelegt, welches tiefgreifende strukturelle Veränderungen vorsieht und mit deren Umsetzung bereits begonnen wurde. Die BAS GmbH wird künftig ihre Kernkompetenz auf drei Bereiche orientieren:

- Einbindung und Verzahnung öffentlich geförderter Beschäftigung in kommunale und soziale Infrastruktur sowie Gestaltung kommunaler Netzwerkarbeit,
- Fördermittelmanagement bei regionalen Förder- und Beschäftigungsprogrammen,
- „Sozialbetrieb“ zur Beschäftigung Langzeitarbeitsloser im Schwerpunkt „Saubere Stadt“.

Zunehmend werden Bildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von Vergabeverfahren oder Interessenbekundungen eingeworben. Das bedeutet, zunächst einen erheblichen Aufwand in der Projektentwicklung zu leisten und das bei entsprechend knappen Personalkapazitäten und der Fortführung des Projektantragsverfahrens für laufende Projekte. Eine weitere Kürzung des Betriebskostenzuschusses gemäß des Haushaltskonsolidierungskonzeptes der Stadt Brandenburg an der Havel beeinträchtigt die finanzielle Situation der Gesellschaft weiterhin.

Diese Neuausrichtung, die alle Unternehmensbereiche betrifft, wird zu einer Verkleinerung des Unternehmens führen, ermöglicht aber weiterhin ein flexibles Reagieren auf Marktentwicklungen oder Anforderungen der Kommune, z.B. die Einbindung in Großprojekte, wie die 2015 stattfindende BUGA.

Für den Bereich der Stammkräfte wird der prognostizierte Einnahmerückgang zu einer Umstrukturierung und zusätzlicher Aufgabenverteilung aus konkreten Projekten führen.

Für die personelle und materielle Basisfinanzierung stellt die Stadt weiterhin einen Betriebskostenzuschuss bereit, um ihrer kommunalen und sozialen Daseinsfürsorge auch bei abnehmenden Zuschüssen gerecht zu werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Die im Berichtsjahr ausgewiesene Kapitalentnahme in Höhe von 6,4 T€ dient zur Deckung der Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen. 2009 wurde dafür eine Kapitalrücklage gebildet in Höhe von 19,6 T€ um damit die im Rahmen der BilMoG-Umstellung entstandenen zukünftigen Aufwendungen aus der Aufzinsung der langfristigen Projekt- und Archivierungsrückstellungen decken zu können.
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Betriebskostenzuschuss (BKZ) 284 T€, Sonder BKZ zur Durchführung Beschäftigungszuschuss (BEZ) + Kommunalkombi (Koko) 40,6 T€, 163 T€ Zuschuss Stadt für Bürgerarbeit (eingesparte KdU), Jobcenter 653 T€ (ca. 50% der Gesamterlöse des Jobcenter), 447 T€ Regionalbudget, 54 T€ Bürgerhaus, 115 T€ Dienstleistungen für die Stadt

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
Aktivseite			
A. Anlagevermögen	340	304	241
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	9	7	3
II. Sachanlagen	331	296	238
B. Umlaufvermögen	1.163	1.135	1023
I. Vorräte	4	4	3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	109	135	135
III. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1.049	996	885
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9	11	12
Passivseite			
A. Eigenkapital	70	65	58
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Kapitalrücklagen	20	15	8
III. Gewinnrücklagen	25	25	25
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	340	304	241
C. Rückstellungen	213	219	227
D. Verbindlichkeiten	889	861	749
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	0
Bilanzsumme	1.512	1.450	1276

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	3.671	3.175	3.498
2. Sonstige betriebliche Erträge	115	84	144
3. Materialaufwand	-13	-2	-1
4. Personalaufwand	-2.926	-2.630	-2962
5. Abschreibungen	-119	-73	-68
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-759	-558	-613
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	7	3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6	-5	-6
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-34	-3	-5
10. Außerordentliche Erträge	26	0	0
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	0	0
12. Sonstige Steuern	-2	-2	-2
13. Jahresergebnis	-11	-5	-6

III.2.6 PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH

Geschäftsbereich

Verwertung und Verwaltung von Grundstücken

Firmensitz

Klosterstraße 14
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 – 58 63 00

Telefax: 03381 - 58 63 04

Gründung

Die PEK (Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH) wurde im Jahre 1992 unter anderem Namen und mit anderem Gesellschaftszweck gegründet. Am 29. April 1993 hat die Generalversammlung die Änderung der Firma in „Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH“ und die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen.

Mit dem Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 30. Juni 2003 (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) hat die Stadt Brandenburg an der Havel den einzigen Geschäftsanteil an der PEK GmbH mit Wirkung zum 01. Januar 2003 erworben.

Die PEK GmbH ist im Handelsregister (HRB 6777) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.600,00 €
--------------	-------------

Stadt Brandenburg an der Havel	100%
--------------------------------	------

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Mit dem Geschäftsanteilskauf durch die Stadt Brandenburg an der Havel (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) vom 30. Juni 2003 wurde die Satzung neu gefasst. Es gilt der Gesellschaftsvertrag vom 11. Juli 2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen ist mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel - Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Es wird regelmäßig überprüft, ob die Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH noch als kommunale Eigengesellschaft benötigt wird.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	0%	1,84%	1,01%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	9%	35%	52%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0 €	0 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	1755%	1879%	5095%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,00%	0,00%
Liquidität 3. Grades	109%	150%	0%
Cashflow	-20 T€	-19 T€	8 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-4%	-23%	9%
Umsatz	189 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-21 T€	-20 T€	7 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	136%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	5	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Die Gesellschaft war Dienstleister des 100% Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Ortsteil Kirchmöser und hatte im Rahmen des Verwaltervertrages bis im Jahre 2010 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha zzgl. ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.

Die Verwaltung der noch nicht veräußerten und verwalteten Immobilienbestände der Stadt Brandenburg an der Havel, die Freiflächen, die Garten- und Pachtgrundstücke wurden zum Jahresende 2010 dem Zentralen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel zugeordnet.

Im Geschäftsjahr 2012 waren auch nach der Übertragung der Immobilienverwaltung an den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel Endabrechnungen und Restarbeiten für die ehemals verwalteten Objekte in Kirchmöser von der PEK zu erledigen.

Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg für das bahnaffine Gewerbe“ gegen Erstattung aller Kosten in 2011 fort. Ende August 2011 wurde diese Fördermaßnahme endgültig von der Gesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und der PEK bestand seit dem 2. September 2003 ein Verwaltervertrag. Die PEK verwaltete, bewirtschaftete und verwertete die in Anlage 1 des Verwaltervertrages aufgeführten Grundstücke und Gebäude, die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen erworben hatte. Der Verwaltervertrag wurde zum 31.12.2010 gekündigt. Alle Mietzahlungen aus den zu verwaltenden Objekten sowie die für diese Objekte anfallenden Aufwendungen wurden über die Bankkonten der PEK GmbH abgewickelt.</p> <p>Die PEK hat ihren Sitz in von der Stadt Brandenburg an der Havel angemieteten Räumen.</p> <p>Ab 01.04.2004 wurde der PEK GmbH der Bereich Regionalmanagement zugeordnet. Es handelt sich um einen zu 100% geförderten Bereich (80%ige Förderung durch die ILB Investitionsbank des Landes Brandenburg; 20%ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel bis Ende 2009; 2010 bis August 2011 100%ige Förderung durch die Stadt Brandenburg an der Havel).</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	3	2	1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	3	2	1
B. Umlaufvermögen	587	87	70
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2	27	1
III. Kassenbestand, Guthaben	585	60	69
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	31	37
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	0	0	0
III. Gewinnvortrag	47	25	5
IV. Jahresüberschuss	-21	-20	7
B. Rückstellungen	4	4	4
C. Verbindlichkeiten	536	54	31
Bilanzsumme	591	89	72

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		189	0	0
2. Bestand an unfertigen Leistungen		0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge		114	61	19
4. Materialaufwand		0	0	0
5. Personalaufwand		-257	0	0
6. Abschreibungen		-2	-1	-1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-64	-80	-11
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-21	-20	7
11. Sonstige Steuern		0	0	0
12. Jahresergebnis		-21	-20	7

III.3

Beteiligungs- gesellschaften

III.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01

Telefax: 03381 - 38 10 02

e-mail: info@tgz-brb.de

Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2012		
	EUR	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.587,18	52
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
RFT radio-television Brandenburg GmbH	5.112,92	10
Fachhochschule Brandenburg	4.601,63	9
Manfred Villmann Industrietransportgesellschaft mbH	2.556,46	5
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS Verkehrstechnik GmbH	511,29	1
Havelländische Wasser GmbH	511,29	1
Lenz & Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
HIB Hoch- und Ingenieurbau GmbH	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
Ingenieurbüro Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung ist datiert vom 12.08.1997.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund

Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Bürgermeister Herr Steffen Scheller.

Im Jahr 2012 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden drei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2012

Beiratsvorsitzende	Frau Diana Rosenthal (Fachhochschule Brandenburg an der Havel)
weitere Mitglieder	Frau Anne Slonina (Creditreform Brandenburg)
	Herr Peter Effenberger (ZAB Zukunftsagentur Brandenburg)
	Herr Wilfried Meier (IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel)
	Herr Ingo Borkenhagen (Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
	Herr Michael Glaser (Agentur für Arbeit Brandenburg)
	Herr Uwe Rudolphi (IAT Rudolphi & Rau GmbH)
	Herr Ralf Koppe (Insolvenzverwalter)
	Herr Lutz Kotlowski (BBV Baustahl- und Blechverarbeitungsgesellschaft Kirchmöser)
	Frau Yvonne Zemlin (Bosch Solar CISTech GmbH)
	Herr Oliver Windeck (Metallbau Windeck GmbH)
	Herr Thomas Schulik (Knauf & Schulik Steuerberatungsgesellschaft mbH)
	Herr Rainer Schmidt (Heidelberger Druckmaschinen AG)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung.

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistungen u. a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) arbeiten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern sowie erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die unter dem Begriff „Gegenstand des Unternehmens“ aufgeführten Unternehmensziele dienen der öffentlichen Zweckbestimmung der Wirtschaftsförderung.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Ziele der Wirtschaftsförderung drücken sich auch in der engen Anbindung des TGZ an die Wirtschaftsförderung der Stadt durch enge personelle Verflechtungen aus. Diese wären durch die materielle Privatisierung in der derzeit wahrgenommenen Form nicht mehr aufrecht zu erhalten, da inhaltliche und wirtschaftliche Synergieeffekte nicht mehr zu realisieren wären.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	55%	51%	45%
Eigenkapitalquote (ohne SoPo)	10%	9%	9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	25%	23%	25%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	97%	94%	93%
Cashflow*	9 T€	12 T€	14 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	0%	0%	0%
Umsatz	447 T€	524 T€	507 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	46%	43%	44%
Anzahl der Mitarbeiter	7	8	8

Lagebericht der Gesellschaft

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ GmbH) leistete im Jahr 2012 wieder einen wesentlichen Beitrag durch die Ansiedlung von Firmen im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel (TGZ) im Rahmen der Entwicklung zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Entwicklungsraum Westbrandenburg. Das TGZ suchte aufgrund der räumlichen Nähe die Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg und der örtlichen Wirtschaftsförderung. Schwerpunkte sind u. a. dabei die Vermietung an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum, die Anwendung des Förderprogramms „Studenten im TGZ“ (StuTZ), sowie die Förderung von Ansiedlungen von bereits bestehenden Unternehmen.

Insgesamt sind per 31.12.2012 im TGZ 44 Firmen angesiedelt, davon sind 22 Firmen im technologieorientierten Bereich tätig. Im TGZ arbeiten ca. 220 Menschen. Die Auslastung der vermietbaren Flächen betrug im Jahr 2012 durchschnittlich 75%, davon sind vier Unternehmen Existenzgründer. An die Stadt Brandenburg an der Havel wurden an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung 304 m², an den Fachbereich Schule, Sport und Kultur 537 m² sowie an die Zulassungsstelle 402 m² vermietet. Die Vermietung an die Fachgruppe Wirtschaftsförderung ist als wirtschaftlicher Vorteil zu sehen, weil dadurch umfangreiche Synergieeffekte in der wirtschaftlichen Entwicklung vor Ort erreicht werden.

Investitionen wurden in Höhe der geplanten Umbaumaßnahmen für neue Mieter, für die Erneuerung des Leitsystems und für Betriebsausstattungen umgesetzt.

Seit dem 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes der Stadt Brandenburg an der Havel. Im Jahr 2012 wurden elf Assessment - Center mit unterschiedlichen Durchführungszeiten (2-4 Tage) durchgeführt, in denen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens und die Gründerpersönlichkeit der Gründungswilligen einer eingehenden Prüfung unterzogen und für die Phase nach der Gründung Berater beiseite gestellt wurden.

Insgesamt haben 48 Frauen und Männer zwischen Januar 2012 und Dezember 2012 an den elf Tragfähigkeitsuntersuchungen ihrer Geschäftsidee im TGZ teilgenommen. 70% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben ihr Unternehmen bis Dezember 2012 gegründet. Trotz veränderter Bedingungen am regionalen Arbeitsmarkt lag die Gründerrate um 10% höher als gefordert.

Mit zielgerichteten Veranstaltungen hat das TGZ das Thema Existenzgründung in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Schwerpunktmäßig wurden potentielle Gründerinnen angesprochen.

Das TGZ ist Partner der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für das Programm Gründercoaching Deutschland.

Auch im vierten Jahr der Übernahme der Trägerschaft des Lotsendienstes erfolgt vom Fördermittelgeber LASA eine weitere zielgerichtete Förderung über den Lotsendienst im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie zur Förderung von Qualifizierungs- und Coachingmaßnahmen bei Existenzgründungen. Die Durchführung des Projektes verhält sich kostenneutral. Mehrausgaben für Sachkosten werden durch die Vermietung von Konferenz- und Beratungsräume an die Berater gedeckt.

Um die Zukunftsfähigkeit der TGZ GmbH auch in den weiteren Jahren stabil zu entwickeln, wurde im Jahr 2012 von der TGZ GmbH die Trägerschaft des Teilprojektes Regionalbudget V beantragt. Das Projekt „Durch Kompetenzentwicklung zur Existenzgründung“ läuft vom 01.03.2012 bis zum 28.02.2014 und bietet in acht Zyklen jeweils einen Ideenworkshop mit anschließender Vorgründungswerkstatt an.

Im Jahr 2012 wurden drei Zyklen Ideenworkshop / Vorgründungswerkstatt mit insgesamt 28 Teilnehmenden durchgeführt. Der 3. Zyklus Ideenworkshop / Vorgründungswerkstatt endete am 06.12.2012 mit einer Abschlusspräsentation. Zum Zeitpunkt befindet sich der vierte Zyklus Ideenworkshop / Vorgründungswerkstatt im Durchlauf. Das Projekt dient u.a. der Vorbereitung der Übernahme von Teilnehmern der Vorgründungswerkstatt an den Lotsendienst.

Beide Projekte werden unabhängig ihrer Zielstellung als eigenständige Projekte umgesetzt und besitzen nur Schnittstellen der Zusammenarbeit. Das Projekt läuft bisher wie konzeptionell geplant. Es gab keine Störungen im Projektverlauf. Parallel, wie beim Lotsendienst, ist auch dieses Projekt kostenneutral und wird mit Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert.

Die im Jahr 2012 durchgeführten imagebildenden Maßnahmen vor allem im Bereich Existenzgründung und Selbständigkeit führten zu einem ansteigenden Bekanntheitsgrad des TGZ. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren fortgeführt.

In der TGZ GmbH waren im Jahr 2012 acht Mitarbeiter, davon für die Fördermaßnahmen Lotsendienst und Regionalbudget drei Mitarbeiter hauptberuflich sowie ein Prokurist und ein Geschäftsführer ehrenamtlich tätig. Von den acht Mitarbeitern waren zwei Mitarbeiter in Teilzeit beschäftigt.

Die Gesellschafteranteile haben sich im Berichtsjahr nicht geändert. Die Stadt Brandenburg an der Havel ist mit 52% Hauptgesellschafter, 14 weitere Unternehmen sind an der TGZ GmbH beteiligt. Auf der Grundlage des bestehenden Betreibervertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel erhält die TGZ GmbH jährlich Zuwendungen. Im Gegenzug erhielt die Stadt Brandenburg an der Havel im Laufe des Geschäftsjahres Mietzahlungen in annähernd gleicher Höhe von der TGZ GmbH.

Das Geschäftsergebnis beträgt 0,00 €, da nicht verbrauchte Zuwendungen von der Stadt Brandenburg an der Havel zurückgefordert werden.

Ertragslage

Die TGZ GmbH weist für das Geschäftsjahr 2012 ein Jahresergebnis von 0 T€ aus, welches sich wie folgt errechnet:

	T€
Betriebsleistung	805
Betriebsaufwendungen	853
Betriebsergebnis	-48
Finanzergebnis	0
Periodenfremdes und Neutrales Ergebnis	48
Jahresergebnis	0

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2012 insgesamt 579 T€. Davon entfällt auf das Anlagevermögen 261 T€. Das Anlagevermögen wird zu 94% durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt. Das Umlaufvermögen von 312 T€ besteht mit 218 T€ im Wesentlichen aus liquiden Mitteln. Die Liquidität 1. Grades beträgt 65% (2011: 78%). Unter Hinzurechnung der kurzfristigen Forderungen verbessert sich die Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals auf 95% (2011: 97%). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse am 31.12.2012 232 T€. Die Eigenkapitalausstattung beträgt 40% (2011: 47%). Das Fremdkapital beträgt 347 T€ und betrifft überwiegend kurzfristig fällige Verbindlichkeiten.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen und Risiken

Die Chancen der TGZ GmbH werden darin gesehen, dass weitere Projekte zur Förderung von Existenzgründungen durchgeführt werden. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, den Bekanntheitsgrad zu steigern und somit neue Mieter für das TGZ Brandenburg an der Havel zu akquirieren.

Bestandsgefährdende oder die Entwicklung beeinträchtigende Risiken waren 2012 nicht zu verzeichnen. Zu beachten ist, dass die TGZ GmbH aus dem laufenden Geschäft heraus keine größeren Investitionen in die Instandhaltung des Gebäudes erwirtschaften kann. Hierzu sind regelmäßig Investitionszuschüsse zu beantragen. Das Ergebnis wird zukünftig in den nächsten Jahren dadurch beeinflusst, ob die Auslastung der vermieteten Flächen noch weiter gesteigert werden kann.

Künftige Entwicklung

Die künftige Entwicklung der TGZ GmbH hängt unverändert von der Auslastung der vermieteten Flächen ab. Trotz der auch im Berichtsjahr erfolgten Vermietung von Flächen an die Stadt Brandenburg an der Havel reichen die verbleibenden Flächen aus, um die Vermietung von Büroräumen an Existenzgründer weiter auszuüben.

Die notwendigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen sind in der kurz- und mittelfristigen Haushaltsplanung der Stadt Brandenburg an der Havel eingestellt; die Fortführung der Geschäftstätigkeit ist nachhaltig sichergestellt.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	<p>Der Betreibervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel ist bis zum 31. Dezember 2015 geschlossen. Die TGZ GmbH erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel notwendige Zuschüsse im Sinne einer wirtschaftsfördernden Maßnahmen in Höhe von 135.000 € p. a. Nicht verbrauchte Zuschüsse aus Vorjahren wurden in die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter eingestellt. Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde diese Verbindlichkeit bis auf 66.459,62 € zweckgebunden für Investitionen im Rahmen der Neuvermietung für die KFZ-Zulassungsstelle verwendet. In 2011 erhöhte sich diese Verbindlichkeit aufgrund nicht verwendeten Zuschüssen auf 113.508,38 und per 31.12.2012 betrugen die Verbindlichkeiten gegenüber Stadt aus noch nicht verbrauchten Zuschüssen 182.398,40 €</p> <p>Außerdem besteht zwischen der Stadt und dem TGZ ein Mietvertrag. Die TGZ GmbH zahlte Mieten für das Gebäude und die Stellflächen im Geschäftsjahr 2010 147.283,47, in 2011 160.405,77 € und in 2012 154.905,02 €</p> <p>Umgekehrt besteht ein Mietvertrag der TGZ GmbH mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement über Räume für das Schulamt, der Fachgruppe Wirtschaftsförderung und seit 2010 auch für die Kfz-Zulassungsstelle.</p> <p>Zwischen der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH und der TGZ GmbH besteht seit 18. September 2001 eine Dienstleistungsvereinbarung. Im Rahmen dieser Vereinbarung erstellt die TWB die Wirtschaftspläne und die Quartalsberichte für das TGZ.</p> <p>Seit 01.03.2009 ist die TGZ GmbH Träger des Lotsendienstes und seit 1.3.2010 wurde von der TGZ GmbH die Trägerschaft des Teilprojektes "Existenzgründung" des Regionalbudgets IV durch die TGZ GmbH übernommen.</p>

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	279	279	261
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	279	279	261
B. Umlaufvermögen	221	263	312
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	56	46	95
II. Kassenbestand, Guthaben	166	218	218
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6	7	6
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	208	205	181
C. Rückstellungen	41	75	45
D. Verbindlichkeiten	195	209	297
E. Rechnungsabgrenzungsposten	11	9	6
Bilanzsumme	506	549	579

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		447	524	507
2. Sonstige betriebliche Erträge		360	390	349
3. Materialaufwand		0	0	0
4. Personalaufwand		-206	-227	-222
5. Abschreibungen		-18	-38	-42
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-583	-650	-593
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge		0	1	0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0	0	0
10. Sonstige Steuern		0	0	0
11. Jahresergebnis		0	0	0

III.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu	51%	die Stadt Brandenburg an der Havel
zu	48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG
zu	1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100% an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile.

Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region Ost 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Heike Friedrichs (bis 30.09.2013)

René Liese (seit 23.10.2012)

Lars Büchner (bis 25.06. 2013)

Holger Ulbricht (seit 25.06.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2012:

<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Bernd Fleschenberg	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Wolfgang Blasig	Landkreis Potsdam-Mittelmark

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Beiratsmitglieder 2012

Beiratsvorsitz	Herr Detlef Reckow
Stellvertreter	Herr Bernd Fleschenberg
weitere Mitglieder	Herr Frank Meyer (ab 28.11.2012)
	Herr Steffen Kissinger
	Herr Ralf Holzschuher (bis 15.11.2012)
	Herr Dr. Henning Gehm
	Herr Norbert Gehricke

Im Berichtsjahr haben zwei Beiratssitzungen stattgefunden.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wieder gewonnenen Stoffe tätig.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallentsorgungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb. Das Einsatzgebiet erstreckt sich in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie in Bereichen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg. Weiterhin wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und des Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Gesellschaft befindet sich im Wettbewerb mit privaten Abfallentsorgungsbetrieben und muss daher bei Ausschreibungen nachweisen, dass die Leistungen wirtschaftlicher als private Anbieter erbracht werden können.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die MEBRA hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	51%	44%	43%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	63%	67%	63%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	158%	202%	194%
Zinsaufwandquote	0,8%	0,9%	0,9%
Liquidität 3. Grades	257%	538%	191%
Cashflow	1.120 T€	1.191 T€	771 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	10%	10%	2%
Umsatz	8.152 T€	7.499 T€	7.376 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	605 T€	714 T€	139 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	37%	40%	41%
Anzahl der Mitarbeiter	87	87	83

Lagebericht der Gesellschaft

Die im Berichtsjahr erzielten Umsätze in Höhe von 7.376 T€ (2011: 7.499 T€) sind gegenüber dem Vorjahr um 123 T€ gesunken. Hauptursache dafür sind die verringerten Erlöse in den Bereichen Hausmüll und Recycling aufgrund geringerer LSP-Preise. Basis für die gesunkenen LSP-Preise sind die Kosteneinsparungen in den Vorjahren, die sich nachlaufend auf die Umsätze im kommunalen Bereich auswirken.

Im Bereich Anlagenführung konnten durch die Vermarktung von Papiermengen aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark höhere Umsätze als im Vorjahr erzielt werden. Der Wettbewerb im freien Bereich der Industrieabfälle mit ständig steigendem Preisdruck führt zu

Preisverfall und teilweise Marktverlust. Dies konnte zum Teil durch Beteiligung an Ausschreibungen für die Vermarktung von Rohstoffen ausgeglichen werden.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 526 T€ auf 1.981 T€ gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die höheren Rückvergütungen sowie Transportkosten für das vermarktete Papier zurückzuführen und korrespondiert mit den gestiegenen Markterlösen.

Der Rohertrag betrug 5.395 T€ (2011: 6.044 T€).

Die Personalaufwendungen liegen auf dem Niveau des Vorjahres und betragen 2.997 T€ (2011: 3009 T€).

Die Abschreibungen in Höhe von 536 T€ sind gegenüber dem Vorjahr (443 T€) planmäßig aufgrund der Investitionen gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1.810 T€ (2011: 1.826 T€) sanken um 16 T€ im Wesentlichen aufgrund von Kosteneinsparungen im Bereich Reparaturen und Instandhaltungen.

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH übernahm die Gesellschaft im Jahr 2012 einen Verlust in Höhe von 90 (2011: 81 T€).

Aufgrund der Vorschriften nach BilMoG (Bilanzmodernisierungsgesetz) sind in den Steuern vom Einkommen und Ertrag latente Körperschafts- und Gewerbesteuern enthalten.

Somit weist die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen Jahresüberschuss in Höhe von 90 T€ (2011: 714 T€) aus.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist im Jahr 2012 auf 8.058 T€ (2011: 7.383 T€) gestiegen.

Auf der Aktivseite der Bilanz steht ein um planmäßige Abschreibungen verringertes Anlagevermögen in Höhe von 2.372 T€. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 100 T€.

Auf der Passivseite der Bilanz erhöhte sich das Eigenkapital um 139 T€. Bezogen auf die Bilanzsumme ergibt sich eine Eigenkapitalquote von 63% (2011: 67 %).

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich auf 2.317 T€ (2011: 1.896 T€), wobei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Aufnahme von Darlehen sowie die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stichtagsbedingt anstiegen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Hauptgeschäftsfelder der Gesellschaft sind Leistungen der Kreislaufwirtschaft. Diese umfassen im Wesentlichen die Haus- und Sperrmüllentsorgung, das Einsammeln von Wertstoffen, deren Aufbereitung und Vermarktung sowie schadlose Beseitigung.

Im Dezember 2010 wurde durch die Verwaltung der Stadt Brandenburg an der Havel die Kündigung des Entsorgungsvertrages mit der Gesellschaft zur Entscheidung durch die Stadtverordneten in die Ausschüsse eingebracht. Im Februar 2011 wurde die Kündigung des Vertrages zum 28.02.2014 beschlossen. Die Geschäftsführung hat daraufhin einen

Maßnahmenkatalog erstellt, um auf die möglichen Konsequenzen zu reagieren und bereits mit einer Teilumsetzung begonnen. So wird an der Veränderung der Alterstruktur der Belegschaft gearbeitet. Diese soll vor allem durch Aufhebungsangebote an ältere Mitarbeiter erreicht werden.

Weitere Leistungen werden im Rahmen der Stadtreinigung und des Winterdienstes sowie anderer Dienstleistungen für kommunale, gewerbliche und private Kunden erbracht.

Die Branchenkonsolidierung und die damit verbundene Veränderung der Marktanteile in der deutschen Kreislaufwirtschaft hält weiter an. Zusammenschlüsse von führenden Marktteilnehmern waren im Berichtsjahr und in der Region Brandenburg Berlin jedoch nicht zu beobachten. In Deutschland sind, wie schon in den Vorjahren, Tendenzen zur Rekommunalisierung von kreislaufwirtschaftlichen Aktivitäten erkennbar, die durch die Ausschreibung der Dienstleistungen der MEBRA per 01.03.2014 jedoch für den Ausschreibungszeitraum vorerst nicht mehr direkt von Relevanz sind.

Die Gesellschaft betreibt im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel eine Sammelstelle für Elektrogeräte am Standort der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH. Am gleichen Standort erfolgt auch die Lagerung der Streumittel für die vertraglichen Leistungen aus dem Kehr- und Winterdienstauftrag. Am 09. September 2011 wurde auf dem Gelände der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH auf Basis der Genehmigung des Recyclingpark ein Wertstoffhof eröffnet, um das Dienstleistungsangebot für die Bürger und Gewerbekunden zu verbessern. Am 03.04.2012 stellte die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH einen eigenen Antrag auf Genehmigung zum Betrieb eines Wertstoffhofes. Die Gesellschaft schloss mit der Stadt Brandenburg an der Havel einen Vertrag über die Betreibung eines kommunalen Wertstoffhofes mit der Laufzeit vom 29.02.2012 bis zum 28.02.2014. Der Wertstoffhof im Eingangsbereich der ehemaligen Deponie Fohrde wurde bis zum 28.02.2012 bewirtschaftet. An diesem Standort betreibt die Gesellschaft im eigenen Namen weiterhin einen Kompostplatz. Für den dort produzierten Kompost hat die Gesellschaft erneut das RAL-Gütezeichen (siehe Begriffserläuterung) erhalten.

Seit dem 01.01.2011 werden die Leistungen zur Sammlung von Glas und LVP (Leichtverpackungen – gelbe/r Sack/Tonne) durch die Gesellschaft als direkter Vertragspartner des DSD (Duales System Deutschland) in der Stadt Brandenburg an der Havel erbracht.

Die deutsche Entsorgungsbranche befindet sich im Wandel. Mit dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz und dem erwarteten Wertstoffgesetz ändern sich zur Zeit die gesetzlichen Rahmenbedingungen und führen zu neuen Herausforderungen, die kleinere Marktteilnehmer sowohl auf kommunaler wie auch auf privater Ebene kaum noch im Alleingang meistern können. Mindestlöhne und Personalmangel sowie die Herausforderung des demografischen Wandels erfordern neue Lösungssätze. Mit dem Gesellschafter REMONDIS hat die MEBRA einen Partner an der Seite, mit dem diese Herausforderungen auch als Chance im Wettbewerb genutzt werden können.

Die MEBRA hat sich am 07.02.2013 an der europaweiten Ausschreibung der Entsorgungsdienstleistungen der Stadt Brandenburg an der Havel ab 2014 im Rahmen einer Bietergemeinschaft beteiligt und den Zuschlag für alle Lose erhalten.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und –umfang angemessen ist.

Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Gegenüber dem Hauptgesellschafter erfolgt zusätzlich eine Quartalsberichterstattung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, sind nicht bekannt. Trotz der weiter geplanten Kosteneinsparungen und Strukturänderungen besteht aufgrund des allgemeinen Wettbewerbsdrucks in der Branche das Risiko, bei kommenden Ausschreibungen von Altverträgen diese zu verlieren bzw. nur zu deutlich schlechteren Konditionen erneut zu gewinnen. Der Kostendruck, der für alle Wettbewerber gilt, bietet jedoch auch Chancen. So erhielt die Gesellschaft in 2012 den Auftrag, ab 01.01.2013 die Sammlung der gelben Säcke im Landkreis Potsdam-Mittelmark zu übernehmen.

Neben der Anpassung der Kostenstruktur ist die deutliche stärkere Nutzung der vorhandenen Ressourcen in der MEBRA bzw. der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg GmbH das wesentliche Ziel in 2013. Die Erhöhung der Auslastung der Halle des Recyclingparks durch weitere Umsätze im Bereich Umschlag, Lagerfläche bzw. Recycling, die Erweiterung der Angebotspalette der Dienstleistungen des Wertstoffhofes und neue Geschäftsfelder im Bereich Dienstleistung durch die MEBRA können das Ergebnis in den nächsten Jahren trotz der Herausforderung der Ausschreibung 2014 wieder verbessern.

Für 2013 sind Investitionen zur Substanzerhaltung sowie für den Ersatz von Fahrzeugen und Behältern in Höhe von 753 T€ vorgesehen.

Unter Zugrundelegung der zuvor beschriebenen Annahmen wird im Jahr 2013 mit einem Ergebnis unter dem Niveau des Vorjahres gerechnet.

Begriffserläuterung (RAL-Gütezeichen): RAL ist die Dachorganisation aller Gütegemeinschaften und die unabhängige Institution für Gütesicherungen, die das Gütezeichensystem und den Begriff Gütezeichen gegen Missbrauch schützen soll. Ein Unternehmen, das für sein Produkt oder seine Dienstleistung ein RAL Gütezeichen benutzen möchte, muss im Rahmen einer Erstprüfung unter Beweis stellen, dass es die in den Güte- und Prüfbestimmungen festgelegten Anforderungen erfüllt. Im Rahmen der Erstprüfung wird darüber hinaus festgestellt, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass das Unternehmen die Güte- und Prüfbestimmungen dauerhaft einhält. Veranlasst wird die Erstprüfung z. B. vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft, die für die Durchführung eine neutrale Prüfstelle oder einen Sachverständigen beauftragen kann. Nach der Erstprüfung muss das Unternehmen nachweisen, dass es im Rahmen der Gütesicherung die Einhaltung der Güte- und Prüfbestimmungen überwacht. Zudem ist es verpflichtet, sich regelmäßig der Überwachung durch einen neutralen Prüfer zu unterziehen (Quelle: Wikipedia).

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustrückstellungen	Verlustrückstellung in Höhe von 89,9 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der RPB GmbH.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	3.425	3.222	3.493
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	2.303	2.101	2.372
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	3.321	4.151	4.556
I. Vorräte	140	178	140
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.953	3.507	3.607
III. Kassenbestand, Guthaben	228	466	808
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10	10	10
Bilanzsumme	6.756	7.383	8.058
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	4.243	4.957	5.096
I. Gezeichnetes Kapital	30	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.725	1.725	1.725
III. Gewinn-, Verlustvortrag	1.883	2.488	3.202
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	605	714	139
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
C. Rückstellungen	328	362	458
D. Verbindlichkeiten	1.987	1.896	2.317
E. Rechnungsabgrenzungsposten	142	57	86
F. Passive latente Steuern	56	111	101
Bilanzsumme	6.756	7.383	8.058

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		8.152	7.499	7.376
2. Bestandsänderung an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		2	-16	-1
3. Sonstige betriebliche Erträge		242	220	192
4. Materialaufwand		-2.242	-1.455	-1.981
5. Personalaufwand		-3.007	-3.009	-2.997
6. Abschreibungen		-413	-443	-536
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-1.723	-1.826	-1.810
8. Erträge aus Beteiligungen		0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		79	113	103
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-171	-81	-90
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-69	-68	-63
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		850	934	193
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag		-220	-196	-29
14. Sonstige Steuern		-26	-24	-25
15. Jahresergebnis		605	714	139

III.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11
e-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.
Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Heike Friedrichs (bis 30.09.2013)

René Liese (seit 23.10.2012)

Lars Büchner (bis 25.06.2013)

Holger Ulbricht (ab 25.06.2013)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr wurden sämtliche Gesellschafterbeschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi). Grundlage des Geschäftsbetriebes ist die Zielhierarchie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, nach der in erster Linie Abfälle zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und erst als letzte Möglichkeit Abfälle zu beseitigen sind. Ziel ist die Einsparung von Primärenergie.

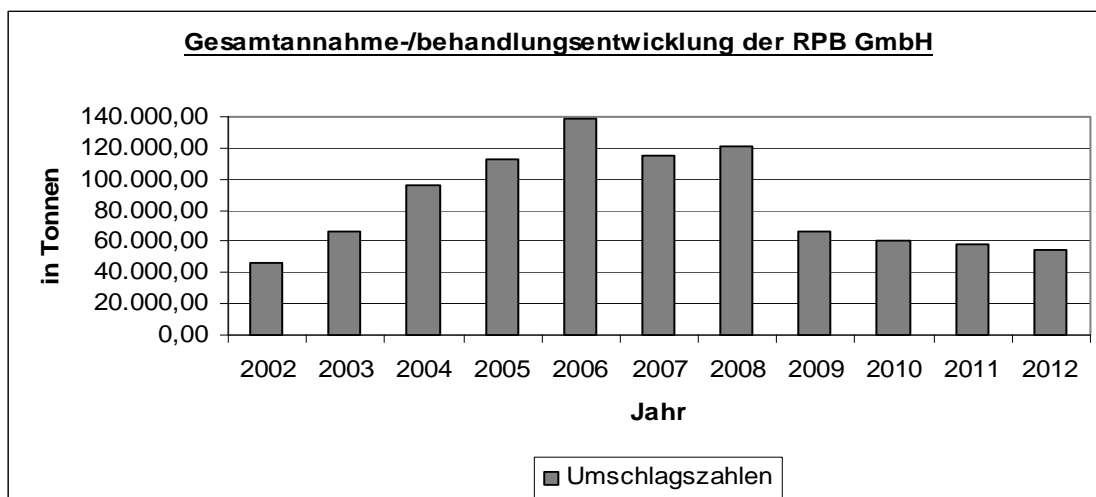
Ziel der TASi war der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06. 2005 in Kraft getretene Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle.

Die RPB GmbH ist Entsorgungsfachbetrieb. Der Hauptzweck des Unternehmens ist die seit dem 01.06.2005 gesetzlich vorgeschriebene Aufbereitung und Vorbehandlung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen zur weiteren thermischen Verwertung.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen



Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die Gesellschaft befindet sich im Wettbewerb mit privaten Unternehmen und muss daher bei Ausschreibungen nachweisen, dass die Leistungen wirtschaftlicher als private Anbieter erbracht werden können.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Der Recyclingpark Brandenburg an der Havel hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	92%	91%	96%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	19%	20%	23%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	48%	22%	24%
Zinsaufwandquote	3%	3%	3%
Liquidität 3. Grades	19%	14%	6%
Cashflow	511 T€	356 T€	266 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	2%	1%	0%
Umsatz	5.278 T€	5.191 T€	3.486 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0	0	0
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	2%	0%	0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0

Lagebericht der Gesellschaft

Im Berichtsjahr ergibt sich ein Jahresumsatz von 3.486,3 T€ (2011: 5.191,1 T€). Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Aufbereitung von Siedlungs- bzw. Gewerbeabfällen. Die gesunkenen Umsatzerlöse sind auf den Wegfall des Vertrages mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark zurückzuführen. Korrespondierend zur Reduzierung der Umsatzerlöse infolge geringerer Annahmemengen sanken die Materialaufwendungen auf 2.831,7 T€ (2011: 4.310,3 T€).

Der Rohüberschuss beträgt im Berichtsjahr 654,6 T€ (2011: 880,8 T€).

Im Berichtsjahr fiel in der Gesellschaft kein Personalaufwand an, da die Bewirtschaftung der Anlage über die Muttergesellschaft erfolgt.

Die Abschreibungen betrugen 352,3 T€ und liegen somit um 136,7 T€ unter dem Vorjahreswert.

Der Jahresfehlbetrag 2012 in Höhe von 89,9 T€ liegt auf dem Niveau des Vorjahres (81,3 T€). Der Verlust wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ausgeglichen.

Die Gesellschaft war im Berichtsjahr durch Gesellschafterleistungen im Rahmen des Cash-Pooling mit der MEBRA jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Entsprechend des angewandten Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 ergibt sich ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 7 T€. Die Liquiditätsrechnung zum 31.12.2012 zeigt eine Unterdeckung in Höhe von 2.623 T€.

Im Berichtsjahr 2012 erfolgten keine nennenswerten Investitionen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit nach Berücksichtigung der Erlöse aus Anlagenabgängen lag bei -5 T€.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 4.396 T€ (2011: 5.026 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 23% (2011: 20%).

Das Anlagevermögen auf der Aktivseite der Bilanz verringerte sich um die planmäßigen Abschreibungen. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind gesunken und betragen 166 T€ (2011: 450 T€).

Auf der Passivseite der Bilanz verminderte sich der Sonderposten durch planmäßige Auflösung. Die sonstigen Rückstellungen betragen zum Bilanzstichtag 122 T€. Die Verbindlichkeiten in Höhe von 2.667 T€ sanken gegenüber dem Vorjahr (3.122 T€) aufgrund der um 451 T€ geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Zwischen der Muttergesellschaft Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA) und der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.

Ein Großteil der in der deutschen Kreislaufwirtschaft gesammelten Wertstoffe wie Metalle, Papier, Glas und Kunststoffe werden international als Rohstoffe für die Produktion vermarktet. Ein hohes Preisniveau auf den Rohstoffmärkten unterstützt die wirtschaftliche Nutzbarkeit der entsprechenden Recycling- und Verwertungstechnologien und schafft neue

Wertschöpfungspotenziale für das Unternehmen. Gleichzeitig verschärft sich zunehmend der Wettbewerb um den Zugang zu diesen Sekundärrohstoffen.

Der bestehende Vertrag mit dem kommunalen Auftraggeber sichert eine stabile Grundauslastung der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Verlängerungsoption des ARGE-Vertrages vom 02.05.2005 genutzt und diesen in 2011 um weitere drei Jahre bis zum 31.05.2015 verlängert. Der Landkreis Potsdam-Mittelmark hat sich entschieden, diese Option nicht zu nutzen und die Leistung auszuschreiben. Bisher wurden vom Landkreis Potsdam-Mittelmark jährlich 7.000 t Sperrmüll und 26.000 t Siedlungsabfall angeliefert. Da die Ausschreibung der Leistung durch den Landkreis Potsdam-Mittelmark die Endbeseitigung des Restmülls enthielt, hat sich die Gesellschaft entsprechend als Subunternehmer für die Behandlung von Abfällen beteiligt. Über die Vergabe der Leistungen lt. Ausschreibung des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurde am 16.02.2012 entschieden. Im Rahmen der angebotenen Leistung werden zukünftig ca. 7.000 t p.a. Sperrmüll aus dem Landkreis durch die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH behandelt.

Im Frühjahr 2009 verabschiedeten die Gesellschafter ein verändertes Behandlungskonzept, um den veränderten Marktbedingungen gerecht zu werden. Dieses Konzept wurde auch in 2012 weiter technisch und wirtschaftlich umgesetzt. Wesentliches Ziel in 2012 und auch zukünftig ist die stetige Erhöhung der Auslastung der Halle – mit internen oder externen Umsätzen, durch Eigen- oder Fremdnutzung.

Zur Umsetzung der oben genannten strategischen Ausrichtung ist ein neuer Genehmigungsantrag beim LUGV (Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz) eingereicht worden. Am 30.08.2011 erfolgte die Abnahme der Umsetzung der neuen Genehmigung durch das LUGV mit der Erteilung der Betriebsgenehmigung im Dauerbetrieb ohne wesentliche Auflagen. Auf dieser Basis wurde am 09.09.2011 der Wertstoffhof in Betrieb genommen. Im Berichtsjahr stellte die Muttergesellschaft einen eigenen Antrag auf Genehmigung zum Betrieb des Wertstoffhofes auf dem Gelände der Recycling Brandenburg an der Havel GmbH. Im Laufe des Jahres 2012 wurden hier weitere Nachforderungen durch die Behörde gestellt. Die wesentliche Auflage ist dabei der Nachweis der Kampfmittelfreiheit auf dem gesamten Gelände. Es ist davon auszugehen, dass im 2. Quartal 2013 alle Auflagen erfüllt werden.

Die Muttergesellschaft hat sich am 07.02.2013 an der europaweiten Ausschreibung der Entsorgungsdienstleistungen der Stadt Brandenburg an der Havel ab 2014 im Rahmen einer Bietergemeinschaft beteiligt. Die Geschäftsführung ist optimistisch, durch die bestehenden Standortvorteile ein konkurrenzfähiges Angebot – wenn auch zu insgesamt im Vergleich zu den Vorjahren verringerten Umsätzen – gemeinsam mit der REMONDIS Brandenburg GmbH abgeben zu haben. Dadurch können auch langfristig Synergien zwischen der Gesellschaft und der MEBRA genutzt werden.

Die Gesellschaft verfügt über ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKS), welches dem Geschäftszweck und Geschäftsumfang angemessen ist. Für die Berichtsgesellschaft wird ein monatliches Ergebnisreporting und eine jährliche Budgetierung inklusive Mittelfristplanung erstellt. Die Gesellschaft erstellt quartalsweise Berichte, die die

jeweiligen Abweichungen zwischen Plan und Ist des Berichtszeitraumes darstellen und erläutert die aktuelle Geschäftsentwicklung. Im Rahmen dieser regelmäßigen Prozesse wird die Ergebnis- und Liquiditätssituation der Gesellschaft überwacht, einem Planabgleich unterzogen und eine Früherkennung von Fehlentwicklungen gesichert.

Die Abstimmung der Outputströme ist vertraglich gesichert. Hinweise auf wesentliche Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Unternehmensfortführung haben, sind nicht bekannt.

Insgesamt wird sichergestellt, dass die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in vollem Umfang ihren vertraglichen Verpflichtungen gerecht wird. Der ARGE-Vertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel wird bis 2015 fortgeführt und somit 16.500 t Haus- und Sperrmüll jährlich behandelt. Durch den ausgelaufenen Vertrag mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark ist ein Mengenrückgang von 26.000 t Abfall p.a. zu verzeichnen. Das bedeutet geringere Umsätze von ca. 2,2 Mio €, denen jedoch auch geringere Verwertungsaufwendungen in Höhe von 1,8 Mio € gegenüberstehen. Zur Kompensation der Ertragsreduzierung wurden durch die Errichtung des Wertstoffhofes und die Optimierung der Logistik der Muttergesellschaft neue Stoffströme generiert, die von der Gesellschaft behandelt bzw. umgeschlagen werden. Ein Beispiel dafür ist der neu gewonnene Auftrag der MEBRA für die LVP-Sammlung (Leichtstoffverpackungen) im Landkreis Potsdam-Mittelmark ab 01.01.2013.

Der Wertstoffhof wird auch durch den Landkreis mit genutzt. Im Frühjahr 2013 werden alle finalen Genehmigungen für den Betrieb des Wertstoffhofs vorliegen. Die Bewirtschaftung erfolgt über die Muttergesellschaft. Um die Betreibung des Wertstoffhofes am Standort der Gesellschaft zu sichern, hat sich die MEBRA im Rahmen der o. g. Ausschreibung in einer Bietergemeinschaft ebenfalls um den Betrieb des Wertstoffhofes ab 2014 beworben.

Für das Jahr 2013 und das Jahr 2014 geht die konservative Mittelfristplanung von Ergebnissen aus, die auf dem Niveau des Berichtsjahres liegen.

Darüber hinaus ist geplant, durch Ausweitung und Flexibilisierung der Genehmigungen für den Betrieb des Recyclingparks die Voraussetzung für weiteres Umsatzwachstum durch externe Aufträge zu schaffen, um langfristig ausgeglichene Ergebnisse realisieren zu können.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Verlustausgleich durch die MEBRA GmbH in Höhe von 89,9 T€ durch Ergebnisabführungsvertrag mit der Muttergesellschaft.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
Bilanz		2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen		5.027	4.572	4.225
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		0	0	0
II. Sachanlagen		5.027	4.571	4.225
B. Umlaufvermögen		430	454	171
I. Vorräte		9	4	5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		421	450	166
III. Kassenbestand, Guthaben		0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0
Bilanzsumme		5.457	5.026	4.396
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital		1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)		1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag		17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse		818	678	590
C. Rückstellungen		342	209	122
D. Verbindlichkeiten		3.280	3.122	2.666
E. Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0
Bilanzsumme		5.457	5.026	4.396

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)				
GuV		2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse		5.278	5.191	3.486
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen		0	0	2
3. Sonstige betriebliche Erträge		409	440	269
4. Personalaufwand		-114	-13	0
5. Materialaufwand		-4.357	-4.310	-2.832
6. Abschreibungen		-542	-489	-352
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-613	-699	-504
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-172	-142	-98
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-110	-21	-28
11. Sonstige Steuern		-60	-60	-62
12. Erträge aus Verlustübername		-171	-81	-90
13. Jahresergebnis		0	0	0

III.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2
10623 Berlin
Tel.: 030/25 41 44 50
Fax: 030/25 41 41 11
e-mail: info@vbb.de
Internet: www.vbb.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der SVV am 18.12.1997 getroffen. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals, das insgesamt 324 T€ beträgt, halten und jeweils vier Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.



Gesellschafter:	Anteil am Stammkapital	Stamm-einlage
Land Berlin	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	1,85%	6.000 €
Landkreis Barnim	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark	1,85%	6.000 €
		324.000 €

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Werner Franz

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2012 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung am statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder, Zweckverbände höchstens die Zahl, die der Zahl ihrer Verbandsmitglieder entspricht, und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2012:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2012	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Herr Peer Giesecke	Landrat im Landkreis Teltow-Fläming (bis 26.11.2012)
Herr Holger Lademann	Aufsichtsratsvorsitzender (bis 15.03.2012, ab 15.03.2012 zweiter stellv. Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Rainer Bretschneider	Erster Beigeordneter des Landkreises Teltow-Fläming (ab 26.11.2012)
Herr Christian Gaebler	Staatssekretär Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Land Brandenburg (ab 15.03.2012 Aufsichtsratsvorsitzender)
Herr Carsten Bockhardt	Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (ab 16.01.2012)
Herr Burkhard Exner	erster stellv. Aufsichtsratsvorsitzende (ab 15.03.2012)
Frau Grit Klug	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Dr. Friedemann Kunst	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Rudolf Keseberg	Erste Beigeordnete des Landkreises Oberspreewald-Lausitz
Herr Ralf Reinhardt	Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Herr Markus Derling	Ministerialdirigent im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Frau Dr. Heike Richter	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Joachim Künzel	Beigeordneter Stadt Frankfurt/Oder
Herr Stephan Loge	Referatsleiterin im Ministerium Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Frau Edelgard Schimko	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Hans-Werner Michael	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Herr Eberhard Stroisch	Geschäftsbereichsleiterin im Landkreis Prignitz
Herr Christian Jaschinski	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Steffen Scheller	Dezernent im Landkreis Elbe-Elster (bis 29.02.2012)
Herr Gernot Schmidt	Landrat des Landkreises Elbe-Elster (ab 01.03.2012)
Herr Bernd Brandenburg	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Karl-Heinz Schröter	Beigeordneter im Landkreis Uckermark
Herr Günter Schulz	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Christian Stein	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Frank Szymanski	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin
Herr Carsten Billing	Erster Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Manfred Zalenga	Oberbürgermeister der Stadt Cottbus
	Dezernent im Landkreis Spree-Neiße
	Landrat im Landkreis Oder-Spree

Im Geschäftsjahr 2012 fanden fünf ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

- *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 131 BbgKVerf gehört die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der kreisfreien Städte und Landkreise.

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich u. a. für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeaufteilungsverfahrens für das Verbundgebiet
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

- Organisation der ÖPNV-Leistungen in den Ländern Berlin und Brandenburg (langfristige Infrastrukturplanung, Vergabe und Vertragscontrolling hinsichtlich der Schienenpersonennahverkehr-Leistungen)
- Weiterentwicklung des Verbundtarifs und die Gestaltung der Einnahmeverteilung
- Aufbau eines zentralen Angebots- und Informationsmanagements für die Verkehre im Verbundgebiet
- Koordination der Interessen der verschiedenen Partner und Gestaltung der Entwicklung eines leistungsstarken integrierten Nahverkehrssystems
- Verbundmarketing, die Kundeninformation, die Vertriebskoordination und die Einnahmeverteilung

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Technische Daten 2012

Einwohner:

Berlin	3.543.676
Brandenburg	2.492.092
Berlin/Brandenburg (jährlich)	6.035.768

Flächen:

Berlin	892 km ²
Brandenburg	29.484 km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	30.376 km ²

Einwohnerdichte:

Berlin	3.974 je km ²
Brandenburg	85 je km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	199 je km ²

Länge SPNV-Netz:

ca. 2380 km

Anzahl der Fahrgäste (Stand 2012):

Berlin/Brandenburg (täglich)	ca. 3,54 Mio
Berlin/Brandenburg (jährlich)	ca. 1.293 Mio

Zugkilometer im SPNV 2012 (S-Bahn und Regionalverkehr):

ca. 71,3 Mio

Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):

Berlin	233 Mio. km
Brandenburg	89 Mio. km
Berlin/Brandenburg (jährlich)	322 Mio. km

Mit seinen ca. 30.000 km² gehört der VBB flächenmäßig zu den größten Verkehrsverbünden in Europa. Fahrgäste, die mit Bus und Bahn in Berlin und Brandenburg unterwegs sind, erleben einen einheitlichen, kundenorientierten Nahverkehr mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen, vielfältigen Verkehrsanbindungen, einem Tarif und einer umfassenden Fahrgastinformation.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Im Rahmen einer Analyse der Aufgaben und Struktur der VBB GmbH wird gegenwärtig untersucht, welche Aufgaben die VBB GmbH für ihre Gesellschafter zukünftig wahrzunehmen hat.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die VBB GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	7%	7%	7%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	6%	6%	6%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	185%	181%	179%
Zinsaufwandquote	0	0	0
Liquidität 3. Grades	106%	105%	105%
Cashflow	268 T€	-14 T€	-562 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus	VBB GmbH weist keinen Gewinn u. keine FK-Zinsen aus
Umsatz	1.120 T€	684 T€	1.157 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0 T€	0 T€	0 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	43%	38%	39%
Anzahl der Mitarbeiter	97	93	94

Lagebericht der Gesellschaft

Das Jahr 2012 war für die VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH ein erfolgreiches, aber auch äußerst anspruchsvolles Geschäftsjahr. Es gelang der Gesellschaft, entscheidende Verbesserungen für den Öffentlichen Personennahverkehr im Verbundgebiet auf den Weg zu bringen oder wesentliche Grundlagen dafür zu legen. Gleichzeitig waren aber auch die Herausforderungen so komplex wie vielfältig.

Die erneute Verschiebung der Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg (BER) erforderte entsprechende Anpassungen in fast allen Tätigkeitsbereichen der VBB GmbH. Die Verkehre zum neuen Flughafen waren bereits geplant und bestellt, die Fahrpläne in die VBB-Fahrinfo eingepflegt. Nach Bekanntgabe des neuen Eröffnungstermins im Herbst 2013 wurde ein neuer Zeitplan für die Vorbereitungen erarbeitet, der jedoch durch die nochmalige Verschiebung der Flughafeneröffnung auf einen bisher nicht bekannten Termin wiederum hinfällig geworden ist.

Die Fahrgastzahlen sind – trotz anhaltender S-Bahn-Krise – auch im Jahr 2012 insgesamt weiter gestiegen, allerdings mit regional zum Teil sehr unterschiedlichen Entwicklungen.

Die Tarifierung zum 1. August 2012 wurde erfolgreich umgesetzt. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Beschluss des VBB-Aufsichtsrates zur allgemeinen Tarifierung war zurückhaltend und vergleichsweise wenig kritisch.

Die Einnahmeverteilung 2009 konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Für die Einnahmeverteilung 2010 strebt die VBB GmbH eine Abrechnung im Jahr 2013 an.

Die Aufbereitung der Daten der Verkehrserhebung 2010 ist weit fortgeschritten. Strittig ist zurzeit jedoch noch die Berücksichtigung möglicher Effekte aus der S-Bahn-Krise. Die VBB GmbH rechnet mit einem Abschluss der Hochrechnung im Jahr 2013.

Die nächste turnusgemäße Verkehrserhebung sieht der VBB-Einnahmeverteilungsvertrag für das Jahr 2013 vor. Die VBB GmbH hat im Jahr 2012 zusammen mit den Verkehrsunternehmen die notwendigen Vorbereitungen getroffen; die Feldarbeit startete pünktlich im Februar 2013.

Die VBB GmbH hat ihren Internetauftritt technisch wie grafisch grundlegend modernisiert. Gleichzeitig wurde der Funktionsumfang der VBB-Fahrinfo nochmals erweitert. Außerdem konnte die VBB GmbH die Domäne www.VBB.de (statt www.VBBonline.de) als neue Internetadresse erwerben.

Ebenfalls im Jahr 2012 hat die VBB GmbH begonnen, einen sogenannten „VBB-Sternpunkt“ aufzubauen. Über diesen sollen künftig der Austausch von Echtzeitdaten für die dynamische Fahrgastinformation und die Anschlussüberwachung erleichtert werden.

Zum Fahrplanwechsel wurden (zunächst noch mit Ausnahme der Linie OE 65) für alle Linien des Regionalverkehrs die einheitlichen Produktbezeichnungen „RE“ RegionalExpress und „RB“ RegionalBahn eingeführt. Dies wurde ermöglicht durch eine Vereinbarung der VBB GmbH mit der DB AG, die die kostenfreie Nutzung der derzeit noch markenrechtlich geschützten Bezeichnungen für die kommenden 20 Jahre sichert.

Im Juli 2012 hat die VBB GmbH im Auftrag der Länder Berlin und Brandenburg die Vergabe für das Teilnetz Ring der Berliner S-Bahn eingeleitet. Es handelt sich um ein sogenanntes Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb. Bis zum 15. Oktober 2012 konnten interessierte Verkehrsunternehmen die Teilnahme am Verfahren beantragen. Die VBB GmbH hat die Länder bei der Ausschreibungsvorbereitung unterstützt und fungiert als Vergabebüro.

Die VBB GmbH unterstützt das Land Brandenburg beim SPNV-Infrastrukturmanagement. Hier wurden im Jahr 2012 u. a. die Themen Barrierefreiheit Bahnhof Fürstenberg, Ausbau der Ostbahn, Umgestaltung Bahnhof Königs Wusterhausen, Inbetriebnahme der Um- und Neubauten in Prenzlau sowie Inbetriebnahme des Haltepunkts Ludwigsfelde-Struveshof bearbeitet.

Das Thema grenzüberschreitende Verkehre von und nach Polen konnte erfolgreich weiter vorangetrieben werden. Die VBB GmbH hat sich gemeinsam mit den Ländern Berlin und Brandenburg lange für den Ausbau der Bahnstrecke Berlin – Stettin (Szczecin) eingesetzt. Im Jahr 2012 wurde endlich ein entsprechendes internationales Abkommen zwischen Deutschland und Polen unterzeichnet. Die gegenwärtigen Planungen sehen bis zum Jahr 2020 eine Elektrifizierung auf dem Abschnitt zwischen Passow und Grenze sowie eine Geschwindigkeitserhöhung auf 160 Kilometer pro Stunde vor. Daneben wurde mit der Aufnahme des Verkehrs der Buslinie 983 zwischen Frankfurt (Oder) und der polnischen Stadt Słubice eine langjährige Forderung der VBB GmbH erfüllt. Auf der Linie gilt der VBB-Tarif. Die Buslinie soll als Vorstufe für einen künftigen Straßenbahnverkehr dienen. Einen Rückschritt gab es leider im grenzüberschreitenden Fernverkehr: Anfang Juni 2012 verloren Brandenburg und Berlin ihren letzten Fernverkehrszug von und nach Stettin (Szczecin). Der bisherige EuroCity zwischen Prag (Praha) und Stettin (Szczecin) endet seither am Bahnhof Berlin-Gesundbrunnen.

Forschungsprojekte

Mit dem Projekt INNOS-Start-VBB wird die Einführung des elektronischen Tickets in Form der VBB-fahrCard für Fahrgäste mit Abonnementkarten im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg umgesetzt. Es sind zwei Projektphasen vorgesehen: INNOS-Start-VBB-1 und INNOS-Start-VBB-2.

In der ersten Phase (INNOS-Start-VBB-1) wurden die ausgewählten Verkehrsunternehmen in den Tarifbereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg an der Havel ABC sowie Frankfurt (Oder) AB mit den notwendigen Ausgabe- und Lesegeräten ausgestattet. Die breite Markteinführung konnte zum 1. Januar 2013 realisiert werden. Dies war ein Meilenstein auf dem Weg zum Vertrieb ohne Papierfahrtschein.

In der zweiten Projektphase (INNOS-Start-VBB-2a) werden zunächst ab dem Jahr 2013 die übrigen Verkehrsunternehmen im Gebiet des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg mit der erforderlichen Hard- und Software ausgerüstet. Die Finanzierung für die Ausweitung der VBB-fahrCard auf das gesamte Verbundgebiet ist durch entsprechende Zusagen der Länder Brandenburg und Berlin gesichert.

Anschließend soll das System weiter vervollständigt werden (INNOS-Start-VBB-2b), im Wesentlichen um den Kundenkomfort zu erhöhen. So sollen etwa die Kunden ihre Verträge via Internet selbst verwalten können. Für diese Projektphase wird eine Beteiligung auch der kommunalen Gesellschafter bzw. der Verkehrsunternehmen angestrebt.

In der zweiten Jahreshälfte 2012 konnten zwei neue Forschungsprojekte akquiriert werden. Das Projekt m4guide, ein Projekt im Rahmen der BMWI-Forschungsinitiative „Von Tür zu Tür“, wird sich unter Federführung des Landes Berlin mit der Verbesserung der Nutzung des Öffentlichen Verkehrs vor allem für Blinde und Sehbehinderte beschäftigen.

Mit dem Projekt E3-VS im Rahmen des Berliner „Schaufensters Elektromobilität“, an dem die VBB GmbH sich ebenfalls beteiligt, setzt der Bund einen Akzent auf die Einbindung der Elektromobilität in das öffentliche Verkehrssystem.

Geschäftsbetrieb der VBB GmbH

Der Aufsichtsrat der VBB GmbH hat mit Beschluss des Wirtschaftsplans 2013 frühzeitig die Grundlagen für eine erfolgreiche Fortführung der Arbeiten der Gesellschaft gelegt. Durch die Entfristung einer Stelle im Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement konnte entsprechendes Fachwissen für das Unternehmen erhalten werden.

Die VBB GmbH war in der Vergangenheit als Partnerin der ARGE Center Nahverkehr Berlin zusätzlich zu den klassischen Aufgaben und den Leistungen, die durch das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement erbracht werden, für das Land Berlin tätig. Das Projekt endet im Mai 2013. Im Rahmen einer Ausschreibung durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt hat sich die bisherige ARGE auch für das Folgeprojekt (Juni 2013 bis Mai 2018) erfolgreich qualifiziert und erhielt den Auftrag.

QM-Zertifizierungsaudit: Die VBB GmbH hat sich auch 2012 erneut erfolgreich einem QM-Zertifizierungsaudit im Rahmen der DIN EN ISO 9001:2008 unterzogen.

Mittelzuflüsse

Positionen	2010 T€	Anteile in %	2011 T€	Anteile in %	2012 T€	Anteile in %
Gesellschafterbeiträge	6.421	51	6.956	53	6.829	52
Gesellschafterbeiträge Center	2.587	21	2.587	20	2.877	22
Umsatzerlöse / sonstige betriebliche Erträge	1.771	14	1.435	11	1.989	15
Akquiseprojekte	1.190	9	957	7	783	6
Einnahmen aus Kooperationen	586	5	1.126	9	596	5
Gesamt	12.555		13.061		13.074	

Die Mittelzuflüsse umfassen alle Erträge im Rahmen des Wirtschaftsplans und der zusätzlichen Forschungsprojekte.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert. Die Bilanzpositionen auf der Passivseite entwickeln sich wie folgt:

Kapitalposition	2010 T€	Anteil in %	2011 T€	Anteil in %	2012 T€	Anteil in %
Eigenkapital	324	6	324	6	324	6
- Stammkapital	324	6	324	6	324	6
Fremdkapital	4.908	94	5.034	94	5.090	94
- Sonderposten *)	359	7	375	7	386	7
- Rückstellungen	1.537	29	1.283	24	1.073	20
- Erhaltene Anzahlungen	666	13	934	18	1.206	22
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	392	7	124	2	571	11
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.595	31	1.246	23	1.262	23
- sonstige Verbindlichkeiten	348	7	1.072	20	592	11
- Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	0	0	0	0

*) Die passiven Sonderposten nehmen eine Sonderstellung ein. Die hier ausgewiesenen Sonderposten aus Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens stellen einen Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Sie sind dementsprechend nicht dem Eigenkapital zuzurechnen.

Investitionsstruktur

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 164,1 T€ getätigt, davon 20,0 T€ in Lizenzen und ähnliche Rechte, 78,4 T€ in die EDV-Hard- und Software sowie 65,7 T€ in die Büro- und Geschäftsausstattung und Sonstiges.

Vermögenslage

Die wichtigsten Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt:

Vermögenspositionen	2010 T€	2011 T€	2012 T€
Bilanzsumme	5.232,4	5.357,8	5.413,7
Klassische Gesellschafterbeiträge	6.421,1	6.956,4	6.828,6
Anlagevermögen	370,0	385,1	395,7
Kundenforderungen	421,1	208,8	454,3
Liquide Mittel	3.479,0	3.465,1	2.902,8

Personal

Im Jahr 2012 umfasste der Stellenplan des Wirtschaftsplanes insgesamt 81,5 Stellen. Für zusätzliche Aufträge und Aufgaben, die in der Regel über das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement abgewickelt werden, sowie für Projekte wurden über den Stellenplan hinaus insgesamt 12 neue Mitarbeiter/-innen befristet eingestellt. Auf Grundlage einer Erweiterung des Stellenplanes wurden 2012 insgesamt sieben bisher befristet beschäftigte Mitarbeiter/-innen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Die VBB GmbH stellte im Jahr 2012 drei neue Auszubildende im Berufsbild "Kaufmann/-frau für Verkehrsservice" ein.

Das Schulungsangebot umfasste im Geschäftsjahr 2012 verschiedene Sprachschulungen (Englisch, Spanisch und Polnisch), IT-Schulungen (MS Office Produkte, Spezialsoftware) und fachbezogene Schulungen (Vergaberecht, Jahresabschluss, Bilanzen).

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Der Aufsichtsrat hat am 7. Juni 2012 den Wirtschaftsplan 2013 beschlossen. Somit besteht auch für das Jahr 2013 Planungssicherheit für die finanzielle Ausstattung der VBB GmbH.

Großer Handlungsbedarf besteht aus Sicht der VBB GmbH bei folgenden Punkten:

1. Zügige, rechtssichere Ausschreibung des Teilnetzes Ring bei der Berliner S-Bahn.
2. Rasche und nachhaltige Beilegung des Streits um die Einnahmenaufteilung im Tarifbereich Berlin A-B-C.
3. Fortentwicklung der Fahrgastinformation in Berlin und Brandenburg zu einem einheitlichen Auskunftssystem.
4. Weitere, konstante Verbesserung der Qualität im ÖPNV der Länder Berlin und Brandenburg.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	370	385	396
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	21	45
II. Sachanlagen	366	364	351
B. Umlaufvermögen	4.806	4.914	4.943
I. Vorräte	565	837	1.097
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	763	612	943
III. Kassenbestand, Guthaben	3.479	3.465	2.903
C. Rechnungsabgrenzungsposten	56	59	75
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	324	324	324
II. Zur Durchführung d. beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	22	25	31
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	337	350	355
D. Rückstellungen	1.537	1.283	1.073
E. Verbindlichkeiten	3.001	3.376	3.631
F. Rechnungsabgrenzungsposten	11	0	0
Bilanzsumme	5.232	5.358	5.414

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	1.120	684	1.157
2. Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	230	274	273
2. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	8.060	8.234	8.310
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.443	3.272	2.777
4. Materialaufwand	-771	-531	-902
5. Personalaufwand	-5.054	-4.783	-4.917
6. Abschreibungen	-197	-144	-152
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.840	-7.071	-6.589
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	34	83	62
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-31	-17	-18
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-5,7	0,8	0,6
11. Außerordentliche Erträge	6,5	0,0	0,0
11. Sonstige Steuern	-0,8	-0,8	-0,6
12. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

III.3.4 HWG Havelländische Wasser GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A

14473 Potsdam

Tel.: 0331/27 75 0

Fax: 0331/27 75 106

e-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

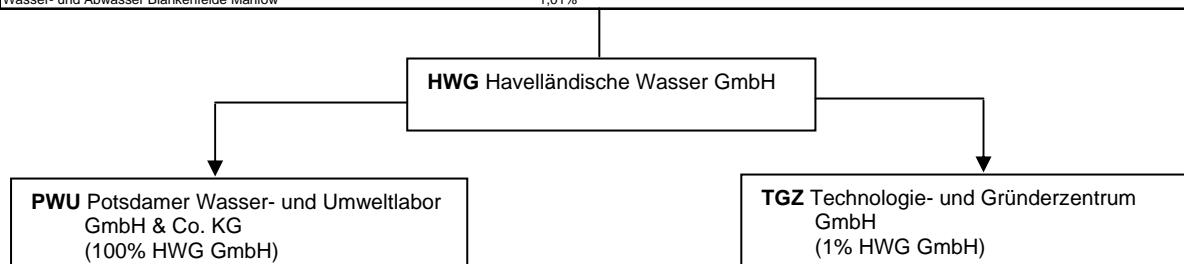
Die HWG Havelländische Wasser GmbH (HWG GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG GmbH ist im Handelsregister unter HRB 6874 beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 260.000,00 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2011 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

Landeshauptstadt Potsdam	17,80%	Stadt Beelitz	0,90%
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34%	Stadt Belzig	0,68%
OWA Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung	9,87%	Gemeinde Schönefeld	0,65%
MAWV Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband	6,28%	Wasser- und Abwasserzweckverband Emster	0,63%
Zweckverband Rathenow	4,46%	Gemeinde Schwielowsee	0,62%
HWG Havelländische Wasser GmbH	3,39%	Stadt Rheinsberg	0,61%
Stadt Luckenwalde	3,22%	Wasser- und Abwasser Nieplitztal	0,56%
Stadt Oranienburg	3,21%	Wasser- und Abwasser Hohenseefeld	0,52%
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08%	Gemeinde Glienicke Nordbahn	0,48%
Zweckverband Havelland	2,82%	Wasser- und Abwasser Fürstenberger Seengebiet	0,41%
WARL Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde	2,50%	Stadt Ziesar	0,28%
Verband Jüterbog	2,14%	Stadt Mittenwalde	0,21%
Zweckverband Werder Havelland	2,08%	Zweckverband Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Baruther Urstromtal	0,13%
Zweckverband Pritzwalk	2,06%	Trink- und Abwasserzweckverband Fiener Bruch	0,13%
Wasser- und Abwasser Wittstock	1,69%	Gemeinde Havelsee	0,11%
Zweckverband Komplexsanierung Mittlerer Süden	1,53%	Gemeinde Nüthe-Urstromtal	0,10%
Wasser- und Abwasser Dosse	1,43%	Gemeinde Rosenau	0,08%
Stadt Hohen Neuendorf	1,33%	Gemeinde Gumtow	0,08%
Stadt Zehdenick	1,32%	Gemeinde Wusterwitz	0,06%
Wasser- und Abwasser Mittelgraben	1,32%	Trink- und Abwasserzweckverband Ziesar	0,04%
Wasserversorgungsverband Hoher Fläming	1,19%	Trink- und Abwasserzweckverband Freies Havelbruch	0,04%
Trink- und Abwasserzweckverband Lindow-Gransee	1,11%	Gemeinde Gräben	0,01%
Zweckverband Fließtal	1,06%	Stadt Nauen	0,01%
Wasser- und Abwasser Blankenfelde Mahlow	1,01%		



Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 18. Dezember 2009 mit letzter Änderung vom 25. August 2011.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Kerstin-Heike Jäger

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat bestand im Geschäftsjahr 2012 aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsrat 2012	
Als Mitglieder des Aufsichtsrates sind bestellt:	
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel (Vorsitzender)
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH (Stellvertretender Vorsitzender)
Herr Hans-Reiner Aethner	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes WARL
Herr Wolf-Peter Albrecht	Verbandsvorsteher Märkischer Abwasser- und Wasserzweckverband
Herr Dr. Udo Haase	Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld
Herr Martin Rahn	Geschäftsführer der Mittelmärkischen Wasser- und Abwasser GmbH
Herr Glenn Jankowski	Arbeitsgruppenleiter Untere Wasserbehörde/Untere Naturschutzbehörde Landeshauptstadt Potsdam (bis 15.08.2012)
Herr Thomas Schenke	Bereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen, Landeshauptstadt Potsdam (ab 15.08.2012)

Der Aufsichtsrat traf im Geschäftsjahr 2012 zu sieben Sitzungen zusammen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. In der Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich die Stadt zur Erfüllung dieser Aufgaben der BRAWAG. Insoweit nimmt sie im Rahmen der HWG GmbH lediglich Aufgaben der Vermögensverwaltung wahr.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und –behandlung für Dritte auf Grund von Betreiberverträgen oder Dienstleistungsverträgen.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Die Stadt Brandenburg an der Havel nimmt im Rahmen der HWG Aufgaben der Vermögensverwaltung wahr.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Die HWG Havelländische Wasser GmbH befindet sich im Wettbewerb mit privaten Unternehmen und muss daher bei Ausschreibungen nachweisen, dass die Leistungen wirtschaftlicher als private Anbieter erbracht werden können.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Die HWG Havelländische Wasser GmbH hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	68%	64%	57%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	94%	92%	97%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	138%	143%	169%
Zinsaufwandquote	2,1%	1,9%	4,7%
Liquidität 3. Grades	505%	440%	1365%
Cashflow	217 T€	36 T€	513 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	-47,3%	-0,8%	6,8%
Umsatz	745 T€	625 T€	406 T€
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-3.173 T€	-53 T€	490 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	37%	40%	23%
Anzahl der Mitarbeiter	7	5	4

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit der HWG Havelländische Wasser GmbH, Potsdam, beschränkte sich wie im Vorjahr auf das Halten und Verwalten der Finanzanlagen (Holdingfunktion) mit den entsprechenden Geschäftsführungstätigkeiten sowie auf die Vermietung der Objekte in Potsdam, Premnitz, Staaken und Neuruppin und die Erbringung von Dienst- und Geschäftsführungsleistungen.

Die Objekte in Hiddensee und Nauen wurden entgegen dem Geschäftsjahr 2010 nicht mehr selbst bewirtschaftet, sondern nunmehr verpachtet.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresüberschuss von 490 T€ (2011: -53 T€) ab. Wie im Vorjahr ist dieses Ergebnis ausdrücklich nur auf die erfolgten gesellschaftsrechtlichen Umstrukturierungen aus Verschmelzungen bzw. Anwachsungen von Tochtergesellschaften auf die HWG sowie auf die Auflösung der dafür vorgesehenen Rückstellungen zurückzuführen für das Jahresergebnis.

Der Rückgang der Umsatzerlöse um rund 219 T€ ist im Wesentlichen mit der Verringerung der Dienstleistungsverrechnung gegenüber der PWU zu begründen. Zugleich verminderten sich die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen um rund 100 T€, verursacht durch den Wegfall des Leistungsbezugs von der PWU. Als Rohergebnis (ohne Einbezug der sonstigen betrieblichen Erträge aus der Umstrukturierung) werden 203 T€ (2011: 321 T€) dargestellt.

Die Personalaufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 159 T€ auf nunmehr 92 T€. Diese Reduzierung ist dem Rückgang der Anzahl der Arbeitnehmer sowie der Umgliederung von Personal von der HWG GmbH in die PWU geschuldet.

Die Abschreibungen verminderten sich um 3 T€ auf 173 T€, wobei die Gebäudeabschreibungen unverändert mit rund 157 T€ enthalten sind. Wie im Vorjahr wurden Investitionen ins Anlagevermögen nur in geringem Umfang (3 T€) getätigt. Damit setzt sich der Werteverzehr beim Anlagevermögen weiter fort.

Der deutliche Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 224 T€ auf 149 T€ ist im Wesentlichen auf den Wegfall einer Umlage der PWU an die HWG zurückzuführen, die 2011 die Weiterbelastung von Personalaufwendungen betraf.

Die Erträge aus Beteiligungen werden mit 114 T€ um 10 T€ erhöht gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Dieses Ergebnis resultiert aus der PWU.

Damit schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem um die Umstrukturierungsergebnisse bereinigten Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 174 T€ (2011: -135 T€). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus den bereinigten Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, dem Beteiligungsertrag und dem Wegfall von Leistungsbeziehungen zwischen der PWU KG und der HWG GmbH. Ohne die vorgenannten Faktoren wäre ein operativer Verlust von 33 T€ entstanden.

Finanzlage

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende 2012 über einen Finanzmittelbestand in Höhe von 2.507 T€ (2011: 2.193 T€). Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch die Übernahme der Guthaben aus der WALANA mit 444 T€ begründet. Zum 31.12.2012 erfolgte die Verschmelzung der WALANA Gesellschaft für Wasserwirtschaft, Landschaftspflege und Naherholung mbH auf die HWG GmbH. Der Finanzmittelfonds reicht aus, um die Verbindlichkeiten und Rückstellungen jederzeit ausgleichen zu können.

Kreditlinien bestehen wie bisher keine. Die Geschäftsführung sieht die Zahlungsfähigkeit auch zukünftig nicht gefährdet.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich auf 6.940 T€ (2011: 6.778 T€). Die langfristigen Vermögensgegenstände sind unverändert langfristig finanziert. Das Anlagevermögen macht 58% der Bilanzsumme aus (2011: 64%); das Umlaufvermögen 43% (2011: 35%). Die Verringerung des Anlagevermögens resultiert aus dem Wegfall der Anteile an der WALANA sowie der Beteiligung an der WD GmbH & Co. KG. Das Umlaufvermögen wuchs durch die Zunahme der Finanzmittelfonds. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich von 92% auf nunmehr 96,9%.

Wie aus der Bilanz ersichtlich, haben sich zum 31. Dezember 2012 vortragsfähige Verluste in Höhe von 5.473 T€ aufgebaut; diese sind im Wesentlichen in den Jahren 2005 bis 2007 entstanden und spiegeln überwiegend die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften und die hieraus resultierenden Folgen {Abschreibung von Finanzanlagen; Wertberichtigung von Forderungen gegen verbundene Unternehmen) sowie der Gebäude (außerplanmäßige Abschreibungen) bei der HWG wider.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Chancen

Die Konsolidierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen der HWG-Firmengruppe mit dem Ziel der weiteren Vereinfachung der Strukturen und der Reduzierung der Kosten sind im Jahr 2012 weitgehend abgeschlossen worden.

Die HWG kann sich nunmehr auf die verbliebenen Tätigkeitsbereiche konzentrieren. Die Folgejahre werden davon geprägt sein, wie es gelingt, dass Immobilienportfolio zu entwickeln und zu vermarkten. Die Anstrengungen, sich von Verlustträgern nachhaltig zu trennen, müssen forciert werden. Bei den rentablen Mietobjekten sind die Standorte für Bestandsmieter attraktiver zu gestalten, der Instandhaltungsrückstau bei diesen Objekten muss durch geeignete und stetig durchzuführende Maßnahmen beseitigt werden.

Nicht zuletzt dadurch werden positive Auswirkungen auf die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HWG erwartet.

Für das Geschäftsjahr 2013 wird ein Jahresüberschuss erwartet, wobei ab September 2013 eine 3%ige Gehaltsteigerung eintritt.

Risiken

Die Risiken für die HWG liegen in den verbleibenden Tätigkeitsbereichen der Gesellschaft.

Die Vermietung und Verpachtung der vorhandenen Immobilien wird auch in Zukunft unter Berücksichtigung des derzeitigen Zustandes der Immobilien zu negativen Ergebnissen führen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein weiterer ggf. erheblicher Abwertungsbedarf auf die Immobilien erforderlich sein könnte, da bei einigen Objekten Bedarf für umfassende Instandhaltungsmaßnahmen bzw. Investitionen ersichtlich sind.

Ein ausgeglichenes Jahresergebnis wird nur über Beteiligungserträge der PWU erzielt werden können, so dass eine Abhängigkeit von der Entwicklung der PWU besteht. Die PWU rechnet künftig weiterhin mit einer positiven Entwicklung.

Risiken, die auf Preisänderungs- und Liquiditätsproblemen beruhen, werden nicht gesehen. Das trifft auch für Risiken aus Zahlungsstromschwankungen zu.

Risikoberichterstattung

Die Geschäftsführung der HWG hat im Geschäftsjahr 2010 für die HWG - Gruppe ein Risikomanagement und Früherkennungssystem entwickelt. Danach werden für alle Gesellschaften in jährlichen Planungsrunden alle Geschäftsaktivitäten auf Chancen und Risiken hin untersucht. Sollte es zu möglichen Abweichungen oder Veränderungen kommen, werden diese durch dieses Kontrollsystem sofort erfasst und analysiert - und zudem die Entscheidungsträger darüber unterrichtet. Dieses Vorgehen erlaubt es, negative Entwicklungen zeitnah zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Keine
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Keine

Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
Aktiva			
Anlagevermögen	4.566	4.364	3.983
Sachanlagen	3.274	3.100	2.930
Finanzanlagen	1.292	1.264	1.053
Umlaufvermögen	2.108	2.384	2.894
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	411	191	388
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.696	2.193	2.507
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	6
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	31	28	56
Passiva			
Eigenkapital	6.289	6.237	6.727
I. Gezeichnetes Kapital	256	251	251
II. Kapitalrücklage	11.455	11.459	11.459
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.248	-5.421	-5.473
IV. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-3.173	-53	490
Rückstellungen	300	255	105
Verbindlichkeiten	53	234	63
Rechnungsabgrenzungsposten	65	53	44
Bilanzsumme	6.707	6.778	6.940

Ertragslage der Gesellschaft

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Umsatzerlöse	745	625	406
2. Sonstige betriebliche Erträge	277	224	605
3. Materialaufwand	-353	-304	-204
4. Personalaufwand	-273	-251	-92
5. Abschreibungen	-185	-176	-173
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-286	-373	-176
7. Erträge aus Beteiligungen	93	104	114
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	33	40
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16	-16	-19
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	41	-135	503
12. Außerordentliche Erträge	0	88	0
12. Außerordentliche Aufwendungen = Außerordentliches Ergebnis	-3.205	88	0
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8	7	0
14. Sonstige Steuern	-17	-13	-13
15. Jahresergebnis	-3.173	-53	490

III.4

Zweckverbände

III.4.1 Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion

Geschäftsbereich

Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes
„Bundesgartenschau 2015 Havelregion“

Sitz des Zweckverbandes

Fabrikenstr. 11

14727 Premnitz

Tel.: 03386/21 28 00

Fax: 03386/21 28 014

e-mail: erhard.skupch@buga-2015-havelregion.de

Internet: www.buga-2015-havelregion.de

Gründung

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion satzungsgemäß am 20. August 2009.

Mitglieder des Zweckverbandes und Beteiligungsverhältnisse

Stadt Brandenburg an der Havel	40 %
Stadt Rathenow	15 %
Stadt Premnitz	5 %
Amt Rhinow	3 %
Hansestadt Havelberg	4 %
Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG)	33 %

Organe des Zweckverbandes

- *Verbandsvorsteherin*

Dr. Dietlind Tiemann

- *Verbandsvorstand*

Verbandsvorstand 2012

Verbandsvorsteherin	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
stellv. Verbandsvorsteher	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
weitere Mitglieder	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)

- *Verbandsversammlung*

Die Verbandsversammlung für den Zweckverband setzte sich 2012 wie folgt zusammen:

Verbandsversammlung 2012	
Vorsitzender	Herr Roy Wallenta (Stadt Premnitz)
stellv. Vorsitzender	Herr Bernd Poloski (Hansestadt Havelberg)
weitere Mitglieder	Herr Klaus Fliegel (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Hanns-Jürgen Redeker (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Herr Jochen Sander (Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft mbH)
	Frau Britta Kornmesser (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Renè Kretschmar (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Thomas Krüger (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Frau Dr. Dietlind Tiemann (Stadt Brandenburg an der Havel)
	Herr Uwe Klemm (Hansestadt Havelberg)
	Herr Ralf Tebling (Stadt Premnitz)
	Frau Karin Dietze (Stadt Rathenow)
	Herr Hartmut Rubach (Stadt Rathenow)
	Herr Ronald Seeger (Stadt Rathenow)
	Herr Jens Aasmann (Amt Rhinow)
	Frau Sybille Heling (Amt Rhinow)

Im Haushaltsjahr fanden drei Zweckverbandsversammlungen statt. Außerdem fanden 2012 zwei Zweckverbandsvorstandssitzungen statt.

Seit dem 01.11.2010 ist Herr Erhard Skupch Geschäftsführer des Zweckverbandes.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die Aufgabe des Zweckverbandes ist die Ausrichtung des städtebaulichen und landschaftsplanerischen Projektes „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“.

Angaben nach § 91 Abs. 6 BbgKVerf (Stand und Erfüllung des öffentlichen Zwecks, Subsidiarität und Nebenleistungen)

Öffentlicher Zweck (§ 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf)

Nach § 2 Abs. 2 BbgKVerf ist die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft. Damit erfüllt die Stadt Brandenburg an der Havel durch die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 zusammen mit den anderen beteiligten Kommunen einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 91 Abs. 2 Nr. 1 BbgKVerf.

Subsidiarität (§ 91 Abs. 3 Satz 1 BbgKVerf)

Ausschließlich für die Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2015 haben die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH den Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion gebildet, der zum Ablauf des 31. Dezember 2016 aufgelöst wird.

Nebenleistungen (§ 91 Abs. 5 BbgKVerf)

Der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion hat im Berichtsjahr keine Nebenleistungen im Sinne des § 91 Abs. 5 BbgKVerf erbracht.

Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes

Kennzahl	2010	2011	2012
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagenintensität	1,3%	7,4%	10,4%
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	91%	63%	0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0 €	0 €	649.348 €
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Anlagendeckung II	8508%	848%	0%
Zinsaufwandquote	0,0%	0,0%	1,0%
Liquidität 3. Grades	1056%	240%	34%
Cashflow	632 T€	-306 T€	-932 T€
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Gesamtkapitalrentabilität	91%	-63%	-82%
Umsatz	0 T€	0 T€	0 T€
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	631 T€	-317 T€	-963 T€
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 KomHKV)			
Personalaufwandsquote	7%	39%	88%
Anzahl der Mitarbeiter	2	7	12

Rechenschaftsbericht des Zweckverbandes

Die Stadt Brandenburg an der Havel, die Stadt Rathenow, die Stadt Premnitz, das Amt Rhinow und die Hansestadt Havelberg bildeten zusammen mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) unter dem Namen „Zweckverband

Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ einen Zweckverband. Der Sitz des Zweckverbandes ist die Stadt Premnitz.

Im Durchführungsvertrag zwischen den Verbandsmitgliedern wurden u. a. die Absicht zur Umsetzung der Bundesgartenschau 2015 erklärt und die Finanzierung für die entstehenden Aufwendungen für die Durchführung der Bundesgartenschau geregelt.

Die Satzung des Zweckverbandes und ihre Genehmigung durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg wurden im Amtsblatt für Brandenburg am 19. August 2009 veröffentlicht und somit entstand der Zweckverband satzungsgemäß am 20. August 2009.

Hierbei soll erstmals in einer zwei Bundesländer umfassenden und flussbegleitenden Bundesgartenschau zwischen den historischen Domstädten Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg und Hansestadt Havelberg im Bundesland Sachsen-Anhalt die einmalige Havellandschaft in eine einzigartige und für Europa unverwechselbare regionale Kultur- und Naturlandschaft weiterentwickelt werden. Die Kommunalstrukturen und die regionale Infrastruktur sollen entwickelt, die ökologisch bedeutenden Bereiche der Havelregion gesichert, die Leistungsfähigkeit des gärtnerischen Berufsstandes dargestellt und die regionale Identität gestärkt werden. Weiterhin soll ein Konzept für die Dauernutzung in der Zeit nach Beendigung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion entstehen.

Der Zweckverband wird die Kommunen bei der Herrichtung der für die Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 erforderlichen Infrastruktur beratend begleiten und die Flächen rechtzeitig vor der geplanten Veranstaltung Bundesgartenschau 2015 zur Nutzung übernehmen. Auf den Flächen wird der Zweckverband die Veranstaltung Bundesgartenschau vorbereiten und durchführen. Nach Abschluss der Veranstaltung werden die überlassenen Flächen, von temporärer für die Bundesgartenschau erforderlicher Infrastruktur beräumt, den jeweiligen Kommunen zurückgegeben. Der Zweckverband koordiniert in diesem Zusammenhang die Investitionsmaßnahmen zwischen den Kommunen und sichert dadurch eine qualitativ hochwertige BUGA 2015 in der Havelregion.

Im Haushaltsjahr 2012 fanden drei Zweckverbandsversammlungen, zwei Zweckverbandsvorstandssitzungen, zwei Finanzausschusssitzungen sowie zwei Sitzungen des Koordinationsausschusses für Infrastruktur und Gesamtkonzeption statt. Auf Grund fehlender Vergaben von Bedeutung fand keine Vergabeausschusssitzung im Haushaltsjahr 2012 statt. Die Verbandsmitglieder des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion trafen sich im Januar, Juni und November zu konstitutionellen Sitzungen.

Der Zweckverband erweiterte seine Geschäftsstelle in Premnitz mit weiteren Büros. Im Haushaltsjahr 2012 wurden die Organisation und die Struktur des Zweckverbandes planmäßig weiterentwickelt und 11 Mitarbeiter entsprechend dem Personalplan neu eingestellt.

Das Ausstellungskonzept des Zweckverbandes zur BUGA 2015 war 2012 Grundlage für die weitere Qualifizierung und Fortschreibung des Konzeptes und auch Grundlage für die Abstimmungen in den Städten im Hinblick auf die vorgesehenen städtischen Investitionen.

Für die Sicherung der Tätigkeit des Zweckverbandes wurden 2012 wesentliche Beschlüsse gefasst:

- Jahresabschluss 2011
- Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin für 2011
- Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2012
- Haushaltssicherungskonzept 2012
- Anstellung Marketingleiterin
- Eintrittspreise BUGA 2015 Havelregion
- Kassenkredit 2013

Gemäß Änderung der Rechtslage und Empfehlung des Ministeriums des Innern – Rundschreiben vom 4. April 2011 - wendet der Zweckverband die Regelung des § 76 BbgKVerf an. Der Kassenkredit wurde als Einzelbeschluss 010/2012 am 23. Oktober 2012 festgesetzt.

Mit Beschlussvorlage der 1. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes BUGA 2015 Havelregion wird der Zweckverbandsversammlung in der Sitzung im März 2013 die Prüfung des Jahresabschlusses entsprechend den Regelungen der §§ 27 ff der Eigenbetriebsverordnung i. V. m. § 106 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) zur Beschlussfassung vorgeschlagen. In Abhängigkeit der Beschlussfassung erstellt der Zweckverband einen Wirtschaftsplan 2013 bzw. einen Haushaltsplan 2013 mit Haushaltssicherungskonzept. Dieser wird in einer außerordentlichen Zweckverbandsversammlung am 22. April 2013 den Verbandsmitgliedern zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Der Zweckverband BUGA 2015 Havelregion wird zur Deckung des Aufwandes in Vorbereitung und Durchführung der BUGA 2015 in der Havelregion Eintrittsgelder erheben. Im Budgetplan des Zweckverbandes sind für die Jahre 2014 und 2015 Umsätze aus dem Verkauf von Eintrittskarten in Höhe von 18.950 T€ (netto) vorgesehen. Bei ca. 1,5 Mio. Besuchern, d. h. bei ca. 1,12 Mio. verkauften Tageskarten und ca. 30.000 verkauften Dauerkarten können die geplanten Einnahmen realisiert werden. Die Eintrittspreise und die Eintrittskartenkategorien wurden von den Verbandsmitgliedern beschlossen. Der Dauerkarten- und Tageskartenvorverkauf wird im April 2014 starten.

In Vorbereitung der BUGA 2015 Havelregion mit dem strategischen Ziel der Entwicklung und weiteren Profilierung der Havelregion als attraktives Reiseziel wurden die gesetzten Meilensteine für das Haushaltsjahr 2012 erfolgreich umgesetzt.

In der Verwaltung erfolgte die Übernahme des internen und externen Rechnungswesens in Eigenregie durch den Zweckverband vom Dienstleister Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH. Die dort eingesetzte Software „Sage“ wurde vom Zweckverband übernommen und erweitert.

Die Konstellation der BUGA 2015 Havelregion an fünf Standorten erfordert eine effiziente informationstechnologische Umgebung. Es ergibt sich die Anforderung eine IT-Infrastruktur zu schaffen, die einen flexiblen und effizienten Fernzugriff auf die IT-Ressourcen ermöglicht. Durch den Einsatz eines Terminalservers ist es möglich, die IT-Ressourcen als virtuelle Systeme vorzuhalten und alle Dienste per Fernzugriff zu ermöglichen. Die Virtualisierungslösung ist Voraussetzung für die Installation weiterer Systeme im Laufe der eigentlichen Veranstaltung BUGA 2015 Havelregion.

Entsprechend dem Personalplan wurden im Haushaltsjahr 2012 Personaleinstellungen fortgeschrieben. Der Stab der Geschäftsführung wurde durch eine Sekretärin und eine Pressesprecherin verstärkt. Die Abteilung kaufmännische Administration erweiterte sich in den Positionen Finanzbuchhaltung, Informationstechnologie und Recht.

Erfolgreich besetzt wurden die Leitungspositionen der Abteilungen Veranstaltung, Marketing und gärtnerische Ausstellung. Des Weiteren erfolgten vier Neuzugänge in den Abteilungen Infrastruktur, gärtnerisch-technische Durchführung und gärtnerische Ausstellung.

Marketing

Im April 2012 startete der Zweckverband seine erste öffentliche Baustellenführung in den fünf BUGA-2015-Standorten. Es wurde über den aktuellen Baufortschritt informiert. Der BUGA-Zweckverband setzte einen eigenen „Erinnerungsstein“ am BUGA-Standort Premnitz. Es handelt sich um einen weißen Marmorstein, der mit dem BUGA-Logo in schwarzer Gravur versehen ist.

Die Ausgaben des BUGA BOTen 02 und 03 erfolgten im Frühjahr und Herbst 2012. Im Haushaltsjahr wurde weiter an der Umsetzung des Marketingkonzeptes „Regionales Marketing“ gearbeitet.

Der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion lobte in einem öffentlichen Wettbewerb das Maskottchen „Wilma Wels“ für die BUGA 2015 aus. Ziel war es, eine zur Region passende Figur zu finden, die alle fünf BUGA-Standorte gleichermaßen vertreten und die Herzen der Besucher erobern kann.

Dem Schloss Ribbeck wurde als erstem einer ausgewählten Anzahl von Standorten gestattet, das Label „Referenzstandort BUGA 2015“ für seine Zwecke zu nutzen. Insgesamt wurden in 2012 10 Kooperationsverträge abgeschlossen. Ziel ist es, Impulse für die touristische Weiterentwicklung in der Region zu setzen und sich gegenseitig bei der Vermarktung zu unterstützen.

Der BUGA Zweckverband hat eine eigene Bildsprache zur Bewerbung der BUGA 2015 Havelregion entwickelt. Entstanden sind insgesamt 30 Motive. 23 Images verkörpern unter anderem die Philosophie aus dem Marketingkonzept. Die Profilierungsbegriffe der Standorte (Ursprung, Impuls, Weitsicht, Mut, Erkenntnis) wurden aufgegriffen und kreativ in Bildern umgesetzt.

Bundespräsident Joachim Gauck übernimmt die Schirmherrschaft über die länderübergreifende Bundesgartenschau 2015 Havelregion.

Veranstaltung

Es wurde ein erster planerischer Ansatz für ein Veranstaltungskonzept erarbeitet.

Touristische Infrastruktur

Mit der Erstellung des Verkehrskonzeptes beauftragte der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion die SPV Spreepark Verkehr GmbH (Berlin) gemeinsam mit der Dornier Consulting GmbH sowie der Buswerkstatt (B 10 Projekt- und

Beratungsgesellschaft mbH). Diese sollen Prognosen erstellen und Strategien erarbeiten für alle Möglichkeiten der Fortbewegung, die in der Havelregion zum Tragen kommen könnten – vom Reisebus über Pkw und ÖPNV bis hin zu Boot, Wohnmobil oder zu Fuß.

Gärtnerische Durchführung

In den BUGA Ausstellungsbereichen wurde im Wesentlichen an der Umsetzung des Ausstellungskonzeptes der Landschaftsplaner Neumann & Gusenburger gearbeitet. Weitere Themen waren die Erstellung eines Konzeptpapiers „Längstes Blumenband“, die Auswahl und Beauftragung von Fachplanern für die Pflanzplanungen der eintrittspflichtigen BUGA Flächen und die Durchführung von Wettbewerben.

Im August 2012 wurde für das Packhofgelände in Brandenburg an der Havel für Themengärten zum BUGA - Thema „URSPRUNG“ ein nicht offener, anonymer landschaftsarchitektonischer Ideen- und Realisierungswettbewerb ausgeschrieben, an dem neun Büros beteiligt waren.

Über das Jahr hinweg erfolgte durch den Zweckverband eine regelmäßige Abstimmung und Begleitung der geplanten Investitionen mit den fünf Kommunen.

Um den Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion mit Liquidität für die Erfüllung der anstehenden Aufgaben auszustatten, wurden entsprechend der genehmigten Haushaltsatzung mit Haushaltsplan 2012 in Verbindung mit dem Umlagebeschluss für das Haushaltsjahr 2012 der Verbandsversammlung Umlagen der am Zweckverband beteiligten Kommunen von insgesamt 620 T€ veranschlagt, die vollständig eingezahlt wurden. Dem gegenüber steht ein Aufwand in Höhe von 1.604 T€ (2011: 934 T€).

Das Haushaltsjahr 2012 schließt mit einem Jahresergebnis von rund -963 T€ ab (2011: -317 T€). Es entsteht erstmalig ein nichtgedeckter Fehlbetrag, der bilanziell in der Aktiva ausgewiesen wird.

Voraussichtliche Entwicklung des Zweckverbandes

Die Meilensteine für 2012 waren:

- Der weitere Aufbau einer funktionierenden und belastbaren Verwaltung
- Fortschreibung Ausstellungskonzept
- Marketingmaßnahmen (z. B. Neue Ausgaben BUGA BOTE, Baustellenführungen, BUGA INFOTOUR 2012)
- Erarbeitung Verkehrskonzept
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen in den Städten in Hinblick auf die Durchführung der BUGA 2015
- Projekt Elektromobilität
- Grundzüge Veranstaltungskonzeption

Im Haushaltsjahr 2013 werden die festgesetzten Meilensteine umgesetzt. Die Marke „Bundesgartenschau 2015 Havelregion“ wird schrittweise in der Kommunikation und Wahrnehmung entsprechend Marketingkonzept weiterentwickelt.

Satzungsgemäß werden Umlagen als Zuschuss von den Zweckverbandsmitgliedern des Zweckverbands Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhoben, soweit die finanziellen Mittel des Zweckverbandes nicht ausreichen, um seine satzungsgemäßen Aufgaben zu erfüllen, erhoben. Ziel ist es, nach Endabrechnung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion die eingezahlten Umlagen an die Verbandsmitglieder des Zweckverbands zurückzuzahlen.

Dem Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion sind derzeit keine gefährdenden Risiken im Hinblick auf die künftige Durchführung der Bundesgartenschau 2015 Havelregion ersichtlich.

Der Zweckverband Bundesgartenschau 2015 Havelregion soll zum 31.12.2016 aufgelöst werden.

Leistungs- und Finanzbeziehungen zum städtischen Haushalt

Nr.	Wirtschaftsjahr	Kurzbeschreibung
a.	Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht b. entsprechen)	Keine
b.	Gewinnentnahmen/ Verlustausgleiche	Entnahme der Rücklage (314 T€) zur anteiligen Deckung des Jahresfehlbetrages 2012.
c.	Gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	Keine
d.	Sonstige Finanzbeziehungen, die sich auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde unmittelbar bzw. mittelbar auswirken können	Entsprechend der Satzung des Zweckverbandes Bundesgartenschau 2015 Havelregion erhebt der Zweckverband Umlagen zum Ausgleich des nicht durch Gebühren, Entgelte und sonstige Einnahmen gedeckten Finanzbedarf von der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow im Verhältnis der Einwohnerzahlen.
		Zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der Stadt Rathenow, der Stadt Premnitz, der Hansestadt Havelberg und dem Amt Rhinow und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft mbH (DBG) besteht ein Vergabe- und Durchführungsvertrag (DV).
		Die Personal-Dienstleistungen werden durch die Stadt Brandenburg an der Havel erbracht. Ein separater Vertrag zu den Personaldienstleistungen wurde im Februar 2013 mit der Stadt Brandenburg an der Havel abgeschlossen.
		Ein weiterer Dienstleistungsvertrag über die Prüfung des Zweckverbandes besteht zwischen dem Zweckverband und dem städtischen Rechnungsprüfungsamt.

Vermögens- und Finanzlage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
Bilanz	2010	2011	2012
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	8	50	122
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	13	18
II. Sachanlagen	7	37	104
B. Umlaufvermögen	688	447	399
I. Vorräte	0	0	68
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	96	197	331
III. Kassenbestand, Guthaben	592	251	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	3	3
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	649
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	631	314	0
I. Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	631	631	0
II. Jahresfehlbetrag	0	-317	0
B. Rückstellungen	13	160	82
C. Verbindlichkeiten	53	26	989
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	102
Bilanzsumme	697	500	1.173

Ertragslage des Zweckverbandes

(Angaben in T€)			
GuV	2010	2011	2012
1. Zuwendungen und allgemeine Umlage	1.103	610	620
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige ordentliche Erträge	1	4	17
4. Personalaufwendungen	-34	-238	-561
5. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-248	-324	-667
6. Abschreibungen	-1	-11	-31
7. Sonstige ordentliche Aufwendungen	-190	-361	-339
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	3	4
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-6
10. ordentliches Jahresergebnis	631	-317	-963
11. Außerordentliche Erträge	0	4	0
12. Außerordentliche Aufwendungen	0	-4	0
13. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
14. Gesamtüberschuss / Gesamtfehlbetrag	631	-317	-963

IV. Abkürzungsverzeichnis

ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
APM	Abfallwirtschaft Potsdam-Mittelmark
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BA:	Bauabschnitt
BEZ:	Beschäftigungszuschuss
BEGiN:	Brandenburger Existenzgründer im Netzwerk
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BHKW:	Blockheizkraftwerk
BilMoG:	Bilanzmodernisierungsgesetz
BK:	Betriebskosten
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
BT:	Brandenburger Theater
BRZ:	Berechnungszeitraum
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DKB:	Deutsche Kreditbank AG
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EB:	Eigenbetrieb
EEG:	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK:	Eigenkapital
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
EuGH:	Europäischer Gerichtshof
FA:	Finanzanlagen
FAG:	Finanzausgleichgesetz
FAQ's:	„frequently asked questions“ = immer wieder vorkommende Fragen
FBL:	Fachbereichsleiter
FBS:	Förderverein der Brandenburger Symphoniker
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten

GF:	Geschäftsführer/-ung
GLM:	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	GmbH-Gesetz
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried
GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HKW:	Heizkraftwerk
HOT:	Hans-Otto-Theater
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KGST:	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KG:	Kommanditgesellschaft
KLR:	Kosten- und Leistungsrechnung
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KoKo:	Kommunalkombi
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
L.u.L.:	Lieferungen und Leistungen
LUGV:	Landesamt für Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung

MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MDK:	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MUGV:	Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
MWFK:	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NV Solo:	Normalvertrag für Solokünstler
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
PPP:	engl.: Public Private Partnership (Öffentlich-Private Partnerschaften)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
PV-Anlagen:	Photovoltaik-Anlagen
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SIREC:	Sicherung und Recycling im Denkmalschutz
SO:	Sonstige Objekte
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
STG:	Stadtmarketing- und Tourismusgesellschaft
SVV:	Stadtverordnetenversammlung
TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TIBS:	Technologie- und Innovationsberatungsstelle an der FH Brandenburg
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
TVK:	Tarifvertrag für Musiker in Kulturorchester
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugenossenschaft
WE:	Wohneinheiten

V. Erläuterungen

Abschreibungen

Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).

Aktiva

Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.

Anhang

Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.

Anlagenabnutzungsgrad

Kumulierte Abschreiben auf Sachanlagen / Anschaffungs-/ Herstellungskosten der Sachanlagen

Anlagevermögen

Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).

Aufwendungen

Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).

Betriebsergebnis

Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.

Bilanz

Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).

Bilanzgewinn/-verlust

Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.

Eigenkapital (EK)

Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.

Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetragenen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.

Eigenkapitalquote	Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegenden Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.
Ergebnis (allgemein)	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.
Erträge	Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl
Fremdkapital (FK)	Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.
Gesellschafterversammlung	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.
Gewinn- und Verlustrechnung	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.
Gewinnrücklage	Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorträge) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile</p>

	am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.
Handelsbilanz	Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).
Holding	Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.
Inventur	Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.
Investitionen	Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.
Jahresabschluss (JA)	Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.
Jahresüberschuss (JÜ)	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.
Kapitalrücklage	Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.
Lagebericht	Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.
Liquidität	Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.
Materialaufwandsquote	Materialaufwand zu Gesamtleistung
Materialaufwand je Fall	Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger

Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).
Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den

	<p>Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.</p>
Steuerbilanz	<p>Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigen Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).</p>
Stille Rücklagen	<p>Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.</p>
Überlieger	<p>Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2009 noch nicht abgeschlossen war.</p>
Umlaufvermögen	<p>Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.</p>
Umsatz	<p>Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.</p>
Unbundling	<p>VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung</p>
Verlustrück(-vor)trag	<p>Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.</p>
Wirtschaftsplan	<p>Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.</p> <p>Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen</p>

Formeln und Definitionen der Kennzahlen

Kennzahl	Formel	Definition der einzelnen Kennziffern
Anlagenintensität	$\frac{AV \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Anlagevermögen</u>: Zum Anlagevermögen gehören nach § 247 Abs. 2 HGB nur die Gegenstände, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 2 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: Die Bilanzsumme ist der Betrag, der sich ergibt, wenn in einer Bilanz sämtliche Aktiva (Gesamtvermögen) oder sämtliche Passiva (Gesamtkapital) addiert werden.</p>
Eigenkapitalquote (ohne SOPO)	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: § 272 Abs.1-4 HGB (ohne anteilige SOPO) i.V.m. § 266 Abs. 3 HGB, Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden.</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	aus Bilanz	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung "Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag" auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens).
Anlagendeckungsgrad II	$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	<p><u>Eigenkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Fremdkapital</u>: Zum Fremdkapital zählen die in der Bilanz ausgewiesenen Schulden der Unternehmung, d.h. Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, welche der Finanzierung des Unternehmensvermögens dienen und rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind; für Kapitalgesellschaften besteht gemäß § 266 Abs. 3 HGB eine detaillierte Aufgliederungspflicht.</p>

		<p><u>Langfristiges Fremdkapital</u> steht dem Unternehmen länger als 5 Jahre zur Verfügung.</p> <p><u>Anlagevermögen</u>: siehe oben</p>
Zinsaufwandsquote	$\frac{\text{Zinsaufwand} \times 100}{\text{Umsatz}}$	<p><u>Zinsaufwand</u>: Position „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“, § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Liquidität 3. Grades	$\frac{\text{Umlaufverm.} \times 100}{\text{kurzfr. Fremdkapital}}$	<p><u>Umlaufvermögen</u>: Kurz- und mittelfristige Vermögensgegenstände eines Unternehmens; Kassenbestand, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte werden im Umlaufvermögen (§ 266 Abs. 2 HGB) erfasst.</p> <p><u>Fremdkapital</u>: siehe oben</p> <p><u>Kurzfristiges Fremdkapital</u>: Zum kurzfristigen Fremdkapital im Sinne dieses Rundschreibens zählen vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr gemäß § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB, die Steuerrückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB), die sonstigen Rückstellungen (§ 266 Abs. 3 HGB) sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten (§ 266 Abs. 3 HGB).</p> <p>Als Formel ergibt sich somit:</p> <p>Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr + Steuerrückstellungen + sonstige Rückstellungen + passive Rechnungsabgrenzungsposten = kurzfristiges Fremdkapital</p> <p><u>Verbindlichkeiten</u>: Verbindlichkeiten zählen zu den Schulden und sind im Gegensatz zu den Rückstellungen prinzipiell dem Grunde und der Höhe nach gewiss. Für Verbindlichkeiten besteht gemäß §§ 242 und 246 HGB Passivierungspflicht, sie sind in der Bilanzgliederung von Kapitalgesellschaften im § 266 Abs. 3 HGB unter C der Passivseite aufgeführt.</p>
Cashflow	<p>Jahresergebnis + Abschreibungen +/- Zun./ Abn. der langfristigen Rückstellungen + außerordentliche Aufwendungen - außerordentliche Erträge = Cashflow</p>	<p>Der Cashflow zeigt den Zahlungsmittelüberschuss der Periode und stellt den um nicht zahlungswirksame Erträge und Aufwendungen – welche nicht in derselben Periode zu Einnahmen bzw. Ausgaben führen - bereinigten Geschäftserfolg dar.</p> <p>Der Cashflow soll hier lediglich mit Hilfe der sog. „Praktikerformel“ ermittelt werden. Da bei außerordentlichen Aufwendungen/ Erträgen nicht erkennbar ist, in welchem Umfang sie zahlungswirksam sind, werden sie aus Vorichtsgründen eliminiert.</p>

Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{(\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen})}{\text{Bilanzsumme}} \times 100$	<p><u>Jahresüberschuss</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 19 HGB</p> <p><u>Fremdkapitalzinsen</u>: unter § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 12 HGB</p> <p><u>Bilanzsumme</u>: siehe oben</p>
Umsatz	aus GuV	§ 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB bzw. § 275 Abs. 3 Nr. 1 HGB, § 277 Abs. 1 HGB (Vorschriften zu einzelnen Posten der GuV, Umsatzerlöse)
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	aus GuV	<u>Jahresüberschuss/-fehlbetrag</u> : siehe oben
Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufw.}}{\text{Umsatz}} \times 100$	<p><u>Personalaufwand</u>: § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB</p> <p>Neben den Löhnen und Gehältern sind in den Personalaufwand die sozialen Abgaben sowie der Aufwand für Altersversorgung einzubeziehen. Bei der Anwendung des Umsatzkostenverfahrens (§ 275 Abs. 3 HGB) ist im Anhang des Jahresabschlusses gemäß § 285 Nr. 8 b HGB der Personalaufwand gegliedert nach § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB anzugeben.</p> <p>Im Konzernanhang ist ebenfalls der Personalaufwand auszuweisen (§ 314 Abs. 1 Nr. 4 HGB).</p> <p><u>Umsatz</u>: siehe oben</p>
Anzahl der Mitarbeiter	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal	

Vollständigkeitserklärung zum Jahresabschluss

Kommune: Stadt Brandenburg an der Havel
Der Oberbürgermeister
Altstädtischer Markt 10
14770 Brandenburg an der Havel

Jahresabschluss zum 31.12.2012

Herr Oberbürgermeister Steffen Scheller gibt gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) der Stadt Brandenburg an der Havel folgende Erklärung ab:

A. Aufklärungen und Nachweise

~~Dem Rechnungsprüfungsamt sind die verlangten und darüber hinaus für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Nachweise und Informationen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung gestellt worden.*~~

Als Auskunftspersonen werden die nachfolgend aufgeführten Personen benannt:

Herr Detlef Reckow	Kämmerer
Frau Nadin Scheller	FGL 20
Frau Juliane Eggert	SGL Finanzsteuerung
Frau Carolin Gessner	SGL Rechnungswesen
Frau Kathlen Vieweg	TL Anlagenbuchhaltung
Frau Sabine Freund	FGL 21
Frau Annett Krüger	SGL Buchungsservice und zentrale Dienste

B. Bücher und Schriften

1. Es sind alle Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen vollständig zur Verfügung ~~gestellt worden.*~~ Zu den Unterlagen gehören neben den Büchern der Finanzbuchhaltung insbesondere Verträge und Schriften von besonderer Bedeutung, Arbeits- und Dienstanweisungen sowie Organisationspläne, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den Unterlagen der Finanzbuchhaltung sind alle Geschäftsvorfälle, die für das oben genannte Haushaltsjahr buchungspflichtig waren, erfasst und belegt.

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

3. Abrechnungen im Bereich des Rechnungswesens sind
- ☒ auf der Grundlage der organisatorischen Vorkehrungen und Kontrollen nur nach den zur Verfügung gestellten Programmen und den aufgezeichneten Bedienungseingriffen bzw. den vorgelegten Dienst- und Arbeitsanweisungen sowie Organisationsunterlagen durchgeführt worden.
 - ☐ auf der Grundlage der vertraglichen Vereinbarungen mit fremden Rechenzentren entsprechend den gesetzlichen Anforderungen durchgeführt worden.
4. Es ist sichergestellt, dass im Rahmen der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten und –fristen auch die nicht ausgedruckten Daten jederzeit verfügbar sind und innerhalb angemessener Frist lesbar gemacht werden können, und zwar die Buchungen in kontenmäßiger Ordnung.

C. Jahresabschluss

1. In dem ~~zu prüfenden~~^{*} Jahresabschluss sind alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen und Abgrenzungen berücksichtigt. Sämtliche Aufwendungen und Erträge sowie Einzahlungen und Auszahlungen sind enthalten sowie alle erforderlichen Angaben gemacht.
2. Bewertungserhebliche Umstände nach dem Bilanzstichtag
- ☐ haben sich nicht ergeben.
 - ☒ sind im Jahresabschluss bereits berücksichtigt.
 - ☐ sind mitgeteilt worden.
3. Besondere Umstände, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage entgegenstehen könnten
- ☒ bestehen nicht.
 - ☐ sind im Anhang gesondert aufgeführt.
 - ☐ sind in Abschnitt D. angegeben.
 - ☐ sind in der Anlage aufgeführt.
4. Eine Übersicht über
- ☒ alle Unternehmen, mit denen die Gemeinde im Haushaltsjahr verbunden war,
 - ☒ alle Unternehmen, mit denen im Haushaltsjahr ein Beteiligungsverhältnis bestanden hat,
 - ☒ alle Sondervermögen der Gemeinde,
 - ☒ alle Zweckverbände, in denen die Gemeinde im Haushaltsjahr Mitglied war,

☐ Zutreffendes bitte ankreuzen.

Vollständigkeitserklärung_JA2012

^{*}siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

- ☐ alle Anstalten des öffentlichen Rechts, bei denen die Gemeinde Gewährsträger / Mitgewährsträger im Haushaltsjahr war, ist ~~ausgehändigt~~* worden.

Ausleihungen, Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber den o.g. Unternehmen, Eigenbetrieben, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts bestanden am Abschlussstichtag

- ☐ nicht.
☒ nur in der Höhe, in der sie aus dem Jahresabschluss als solche ersichtlich sind.

5. Verbindlichkeiten entsprechend § 75 BbgKVerf „Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte“ bestanden am Abschlussstichtag

- ☐ nicht.
☒ nur in der Höhe, in der sie aus dem Jahresabschluss ersichtlich sind.

Patronatserklärungen, die nicht aus dem Jahresabschluss ersichtlich sind,

- ☒ bestanden am Abschlussstichtag nicht.
☐ sind in der Anlage aufgeführt.

6. Gewährte Vorschüsse, Kredite sowie eingegangene Haftungsverhältnisse bestanden am Abschlussstichtag

- ☐ nicht.
☒ nur in der Höhe, in der sie im Anhang angegeben sind.

7. Rückgabeverpflichtungen für in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Bilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände

- ☒ bestanden am Abschlussstichtag nicht.
☐ sind in Abschnitt D. angegeben.
☐ sind in der Anlage aufgeführt.

8. Derivate Finanzinstrumente (z.B. Swaps, Caps und sonst. Zinssicherungsinstrumente)

- ☒ bestanden am Abschlussstichtag nicht.
☐ sind in den Büchern vollständig erfasst und offen gelegt worden.
☐ sind in Abschnitt D. angegeben.
☐ sind in der Anlage aufgeführt.

☐ Zutreffendes bitte ankreuzen.

Vollständigkeitserklärung_JA2012

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

9. Verträge, die wegen ihres Gegenstandes, ihrer Dauer, möglicher Vertragsstrafen oder aus anderen Gründen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde von Bedeutung sind oder werden können (zum Beispiel Verträge mit Lieferanten, Abnehmern und verbundenen Unternehmen sowie Arbeitsgemeinschafts-, Versorgungs-, Options-, Ausbietungs-, Leasing- und Treuhandverträge),

- ☒ bestanden am Abschlussstichtag nicht.
- ☐ sind in Abschnitt D. angegeben.
- ☐ sind in der Anlage aufgeführt.

Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige, wesentliche finanzielle Verpflichtungen sind – soweit sie nicht in der Bilanz erscheinen –

- ☒ im Anhang angegeben.
- ☐ sind in Abschnitt D. angegeben.
- ☐ sind in der Anlage aufgeführt.

10. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinde von Bedeutung sind,

- ☒ lagen am Abschlussstichtag und liegen auch zurzeit nicht vor.
- ☐ sind in Abschnitt D. angegeben.
- ☐ sind in der Anlage aufgeführt.

11. Störungen oder wesentliche Mängel des Internen Kontrollsystems

- ☒ lagen und liegen auch zurzeit nicht vor.
- ☐ sind vollständig mitgeteilt.

12. Die Ergebnisse der Beurteilung von Risiken, dass der Jahresabschluss und die Anlagen zum Jahresabschluss wesentliche falsche Angaben aufgrund von Täuschungen und Vermögensschädigungen enthalten könnten, wurden mitgeteilt.

Alle bekannten oder vermuteten, die ~~zu prüfende~~* Gemeinde betreffenden Täuschungen und Vermögensschädigungen, insbesondere solche der gesetzlichen Vertreter und anderer Führungskräfte, von Mitarbeitern, denen eine bedeutende Rolle im Internen Kontrollsystem zukommt, und von anderen Personen, deren Täuschungen und Vermögensschädigungen eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und den Rechenschaftsbericht haben könnten,

- ☐ sind mitgeteilt.
- ☒ sind nicht bekannt.

☐ Zutreffendes bitte ankreuzen.

Vollständigkeitserklärung_JA2012

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

Alle von Mitarbeitern, ehemaligen Mitarbeitern, Aufsichtsbehörden oder anderen Personen zugetragenen Behauptungen begangener oder vermuteter Täuschungen und Vermögensschädigungen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss und die Anlagen zum Jahresabschluss haben könnten,

- ☐ sind mitgeteilt.
- ☒ sind nicht bekannt.

13. Sonstige Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, die Bedeutung für den Inhalt des Jahresabschlusses oder auf die Darstellung des sich nach § 82 BbgKVerf ergebenden Bildes der Vermögenslage haben könnten,

- ☒ bestanden nicht.
- ☐ sind vollständig mitgeteilt.

~~14. Der Rechenschaftsbericht enthält auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gemeinde wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 59 KomHKV erforderlichen Angaben. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres~~

- ☒ ~~haben sich nicht ereignet.~~
- ☐ ~~sind im Rechenschaftsbericht angegeben.~~
- ☐ ~~sind unter Abschnitt D. angegeben.~~
- ☐ ~~sind in der Anlage angegeben.*~~

~~15. Wesentliche Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung, auf die im Rechenschaftsbericht einzugehen ist,~~

- ☐ ~~bestehen nicht.~~
- ☒ ~~sind im Rechenschaftsbericht vollständig dargestellt.*~~

D. Zusätze und Bemerkungen

Gemäß des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse verzichtet die Stadt Brandenburg an der Havel bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse bis einschließlich für das Haushaltsjahr 2016 auf die Erstellung der in § 1 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 genannten Bestandteile. Zudem verzichtet das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Brandenburg an der Havel auf die Prüfung der o.g. Jahresabschlüsse.

Brandenburg an der Havel, den 28.03.2019



Steffen Scheller
Oberbürgermeister

☐ Zutreffendes bitte ankreuzen.
Vollständigkeitserklärung_JA2012

*siehe Punkt D. Zusätze und Bemerkungen

Bericht über die inzidenten Prüfungen der verkürzten Jahresabschlüsse vom 31.12.2012, 31.12.2013 und 31.12.2014 der Stadt Brandenburg an der Havel zur Vorbereitung der Prüfung des ersten wieder vollständig aufgestellten und zu prüfenden Jahresabschlusses laut dem Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse

Schlussbericht vom:	10.11.2020
Rechtsgrundlagen:	§ 102 Abs. 1 i.V.m. § 101 BbgKVerf i.V.m. dem Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse
Prüfer/in:	Herr Maas, Frau Hennig, Frau Pflug, Frau Schröder, Frau Krellenberg, Frau Leetz, Herr Barfels, Herr Rohloff
Prüfungszeit:	19.06.2018 bis 30.09.2020 mit Unterbrechungen
Eingang der Jahresabschlüsse:	2012 vollständiger Jahresabschluss 21.02.2018 2012 Rücknahme des Abschlusses 01.04.2019 2012 verkürzter Jahresabschluss 21.06.2019 2013 verkürzter Jahresabschluss 01.06.2019 2014 verkürzter Jahresabschluss 14.08.2019

Inhaltsverzeichnis

1.	Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014	7
1.1.	Vorbemerkungen	7
1.1.1	Prüfungsauftrag.....	7
1.1.2	Prüfungsunterlagen und Prüfungsumfang	7
1.1.3	Vorangegangene Prüfung	9
1.2.	Grundsätzliche Feststellungen	9
1.3	Systemprüfung.....	9
1.3.1	Rechnungswesen.....	10
1.3.2	Anordnungswesen	10
1.3.3	Buchführung.....	10
2.	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012	11
2.1	Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und der Anlagen	11
2.2.	Ergebnisrechnung.....	12
2.2.1	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	13
2.2.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben	13
2.2.1.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	13
2.2.1.3	Sonstige Transfererträge	14
2.2.1.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14
2.2.1.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte	14
2.2.1.6	Aktivierte Eigenleistungen	14
2.2.1.7	Auflösungserträge aus Sonderposten	14
2.2.2	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15
2.2.2.1	Personalaufwendungen.....	15
2.2.2.2	Versorgungsaufwendungen.....	15
2.2.2.3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15
2.2.2.4	Abschreibungen.....	16
2.2.2.5	Transferaufwendungen.....	16
2.2.2.6	Sonstige ordentliche Aufwendungen	16
2.2.3	Finanzergebnis	16
2.2.3.1	Zinsen und sonstige Finanzerträge	16
2.2.3.2	Zinsen und sonstige Aufwendungen	16
2.2.4	Ordentliches Ergebnis	17
2.2.5	Außerordentliches Ergebnis	17
2.2.6	Gesamtergebnis.....	17
2.3	Finanzrechnung	17
2.3.1	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20
2.3.2	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21
2.3.3	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit.....	21

2.3.4	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	22
2.3.5	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	23
2.3.6	Saldo aus Investitionstätigkeit	23
2.3.7	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	23
2.3.8	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	23
2.3.9	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	23
2.3.10	Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	24
2.4	Bilanz	24
2.4.1	Vermögenserfassung	24
2.4.2	Vermögens- und Finanzlage	25
2.4.2.1	Aktiva	25
2.4.2.1.1	Immaterielles Vermögen	26
2.4.2.1.2	Sachanlagevermögen	26
2.4.2.1.3	Finanzanlagevermögen	26
2.4.2.1.4	Umlaufvermögen	26
2.4.2.1.4.1	Vorräte	26
2.4.2.1.4.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26
2.4.2.1.4.3	Liquide Mittel	27
2.4.2.2	Passiva	28
2.4.2.2.1	Eigenkapital	29
2.4.2.2.2	Sonderposten	29
2.4.2.2.3	Rückstellungen	29
2.4.2.2.4	Verbindlichkeiten	30
2.5	Anlagen	31
2.5.1	Anhang	31
2.5.2	Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen	31
2.5.3	Beteiligungsbericht	32
2.6	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	32
2.6.1	Fehlbetrag / Überschuss	32
2.6.2	Zusammenfassung	32
3.	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013	32
3.1	Ergebnisrechnung	32
3.1.1	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	32
3.1.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben	32
3.1.1.2	Privatrechtliche Leistungsentgelte	33
3.1.1.3	Sonstige ordentliche Erträge	33
3.1.1.4	Außerordentliche Erträge	33
3.1.2	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	34
3.1.2.1	Personalaufwendungen	34

3.1.2.2	Versorgungsaufwendungen.....	34
3.1.2.3	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	35
3.1.2.4	Transferaufwendungen.....	35
3.1.2.5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	35
3.1.2.6	Abschreibungen.....	35
3.1.2.7	Außerordentliche Aufwendungen	35
3.2	Finanzrechnung	36
3.2.1	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit.....	36
3.2.2	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	36
3.2.3	Saldo aus Investitionstätigkeit	36
3.3	Anlagen	37
3.3.1	Anhang	37
3.3.2	Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen.....	37
3.3.3	Beteiligungsbericht.....	37
3.4.	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	37
3.4.1	Fehlbetrag / Überschuss	37
3.4.2	Zusammenfassung.....	38
3.4.3	Erklärung des Rechnungsprüfungsamts	38
4	Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014	38
4.1	Ergebnisrechnung.....	38
4.1.1	Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	38
4.1.1.1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38
4.1.1.2	Sonstige ordentliche Erträge	38
4.1.1.3	Finanzerträge.....	39
4.1.1.4	Außerordentliche Erträge	39
4.1.2	Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	40
4.1.2.1	Personalaufwendungen	40
4.1.2.2	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	40
4.1.2.3	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	40
4.1.2.4	Abschreibungen.....	41
4.1.2.5	Außerordentliche Aufwendungen	41
4.2	Anlagen	41
4.2.1	Anhang	41
4.2.2	Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen.....	42
4.2.3	Beteiligungsbericht.....	42
4.3.	Ergebnis der Jahresabschlussprüfung	42
4.3.1	Fehlbetrag / Überschuss	42
4.3.2	Zusammenfassung.....	42
4.3.3	Erklärung des Rechnungsprüfungsamts.....	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 Ergebnisrechnung	13
Tabelle 2: Finanzrechnung	20
Tabelle 3: Aktiva	25
Tabelle 4: Passiva	28
Tabelle 5: Rückstellungen	29

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Plan-Ist-Vergleich der Erträge	13
Abbildung 2: Plan-Ist-Vergleich der Aufwendungen	15
Abbildung 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	20
Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21
Abbildung 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit	22
Abbildung 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2012	23
Abbildung 7: Aktiva	25
Abbildung 8: Passiva	28

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Afa	Abschreibung für Abnutzung (Abschreibungstabelle für die allgemeinverwendbaren Anlagegüter)
AHK	Anschaffungs- und Herstellungskosten
AO	Abgabenordnung
ARAP	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
BA	Bauabschnitt
BbgKVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BewertL Bbg	Bewertungsleitfaden Brandenburg
BgA	Betrieb gewerblicher Art
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
EB	Eigenbetrieb
EigV	Eigenbetriebsverordnung
EÖB	Eröffnungsbilanz
EstG	Einkommensteuergesetz
Evtl.	eventuell
FG	Fachgruppe
GBH	Geschäftsbuchhaltung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GewStG	Gewerbsteuergesetz
GLM	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HGB	Handelsgesetzbuch
HHJ	Haushaltsjahr
HSK	Haushaltssicherungskonzept
i. H. v.	in Höhe von
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Jahresabschluss
KAG	Kommunalabgabengesetz
KomHKV	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans der Gemeinden (Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung)
Lfd.	laufend
MIK	Ministerium des Innern und für Kommunales Brandenburg (ehemals Ministerium des Innern)
NBest-STBauFR	Nebenbestimmungen für die Förderung städtebaulicher Gesamtmaßnahmen
Nr.	Nummer
PRAP	Passive Rechnungsabgrenzungsposten
RPA	Rechnungsprüfungsamt
SEB	Schwimm- und Erlebnisbad Marienberg
SVV	Stadtverordnetenversammlung
tlw.	teilweise
u.a.	unter anderem
UStG	Umsatzsteuergesetz
VgV	Vergabeverordnung
v.H.	von Hundert
Wobra	Wohnungsbaugesellschaft Brandenburg
z. B	zum Beispiel
ZV Buga	Zweckverband Bundesgartenschau

Hinweis:

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen von +/- einer Einheit (€, Prozent usw.) auftreten.

1. Jahresabschlüsse 2012, 2013, 2014

1.1. Vorbemerkungen

1.1.1 Prüfungsauftrag

Der gesetzliche Prüfungsauftrag ergibt sich aus § 102 Abs. 1 i.V.m. § 101 BbgKVerf.

Dieser Prüfauftrag wurde zwischenzeitlich mit Art. 18 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Ebene vom 15.10.2018 beeinflusst. Das Land Brandenburg hatte mit dieser Vorschrift Regelungen geschaffen, die der Entwicklung von Bearbeitungsrückständen bei der Feststellung von Jahresabschlüssen entgegenwirken sollen, die im Zuge der Umstellung des Haushalts- und Rechnungswesens aufgetreten sind. Die Beschleunigung sollte durch den Verzicht auf bestimmte Bestandteile des Jahresabschlusses bei deren Aufstellung erreicht werden. Des Weiteren kann die Prüfung der verkürzten Jahresabschlüsse inzident auf die Prüfung des zuerst wieder vollständig aufzustellenden Jahresabschlusses verlagert werden. Das Gesetz ermöglicht zudem auch eine einzelne Feststellung verkürzter Jahresabschlüsse.

Die Gemeindevertretung hatte einem Verfahren zur Beschleunigung der Aufstellung der Jahresabschlüsse 2012 bis 2016 zugestimmt. Mit entsprechendem Beschluss (Nr. 119/2019) vom 27.03.2019 hatte die SVV von den gesetzlichen Vorgaben Gebrauch gemacht.

Mit Beschluss (Nr. 112/2020) vom 24.06.2020 hatte die Gemeindevertretung zudem den Verzicht auf die Prüfung der verkürzten Jahresabschlüsse des Jahres 2012 bis einschließlich des Jahres 2016 angeregt. Das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse ist in seiner Gültigkeit bisher auf den 31.12.2020 befristet. Zur Meidung des Wiederauflebens der vollständigen Aufstellung der Jahresabschlüsse und ihrer Prüfung, muss nach dem Beschleunigungsgesetz eine Feststellung der Jahresabschlüsse bis zu diesem Datum erfolgen. Jedoch gestaltete sich die Aufstellung der Jahresabschlüsse schwieriger als erwartet und die noch herrschende Corona-Pandemie wirkte sich ebenfalls durch die ergriffenen Kontaktbeschränkungen auf diese aus, so dass die Aufstellung weit hinter dem Zeitplan aus dem Beschluss Nr. 119/2019 zurückfiel.

Das Rechnungsprüfungsamt hatte sich entschieden, dass dem wesentlichen Ziel der Prüfung eines Jahresabschlusses in Gestalt der Ermöglichung seiner Feststellung am besten entsprochen wird, wenn das Rechnungsprüfungsamt bereits in Vorbereitung des ersten, wieder vollständig aufzustellenden und zu prüfenden Jahresabschlusses in einem reduzierten Umfang eine risikoorientierte Prüfung der einzelnen, vorliegenden (verkürzten) Jahresabschlüsse vornimmt. Deren Zielsetzung liegt in der Fokussierung, ob in diesen Zeiträumen sich wesentliche, mit Auswirkung auf den ersten wieder vollständig aufzustellenden Jahresabschluss ergebende Feststellungen in Bezug auf die gesetzlichen Vorgaben und bei der Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung mit Einfluss auf die jeweils den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bilder der Vermögens-, Finanz- und Ertragslagen der Stadt auftraten. Hiermit wird der Zielsetzung der Stadt, möglichst bald wieder in Bezug auf die Jahresabschlüsse einen rechtskonformen Zustand zu erreichen, am ehesten entsprochen. Denn die Daten und Werte des letzten geprüften Jahresabschlusses bilden die Grundlagen der Weiterführung im nächsten Jahresabschluss.

1.1.2 Prüfungsunterlagen und Prüfungsumfang

Die Prüfung wurde entsprechend den modifizierenden Vorgaben des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse i.V.m. § 104 BbgKVerf durchgeführt und erstreckte sich auf die mit dem Jahresabschluss vorgelegten Unterlagen. Die Ergebnisse werden für die Jahre 2012 bis 2014 zusammengefasst in einem Bericht. Die Prüfung erfolgte stichprobenweise und risikoorientiert. Für die zwischenzeitlich ebenfalls vorgelegten Jahresabschlüsse 2015 und 2016 verzichtet das RPA auf eine modifizierte Prüfung im Rahmen dieses Berichts. Die Vorlage erfolgte so kurzfristig, dass eine Berücksichtigung im Rahmen der Berichtserstellung nicht mehr erfolgen konnte, da für entsprechende Prüfungshandlungen keine Zeit mehr verblieb. Die Jahresabschlüsse gingen für das Jahr 2015 am 14.09.2020 und für das Jahr 2016 am 27.10.2020 im RPA ein. Diese Prüfungen

werden im Rahmen der Vorbereitung des ersten, wieder vollständig zu prüfenden Jahresabschlusses im Wege der Inzidenzprüfung nachgeholt.

Der Prüfungsumfang für das Jahr 2012 unterscheidet sich von den Folgejahren. Die Ergebnisse des Jahres 2012 beruhen im Wesentlichen auf den bei der abgebrochenen Prüfung des vollständig aufgestellten Jahresabschlusses 2012 gewonnenen Erkenntnissen. Dieser wurde vor Beendigung der Prüfung zugunsten der Anwendung der Vereinfachungsregeln des Gesetzes zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse zurückgezogen und in verkürzter Form erneut aufgestellt. Die Stichproben für die Jahre 2013 und 2014 wurden nach Wesentlichkeitsgesichtspunkten und wechselnden Schwerpunkten ausgewählt, um bei den verschiedenen den jeweiligen Prüfungsschwerpunkt repräsentierenden Sachkonten (4-stellig) eine nach Anzahl und Umfang ausreichend große, jedoch handhabbare Stichprobe zu bewältigen. Mit der Fortsetzung dieser Stichprobengewinnung für die weiteren Jahrgänge an verkürzt aufgestellten Jahresabschlüssen soll eine ausreichend valide Erkenntnisgrundlage für die Prüfung des ersten wieder vollständig aufgestellten Jahresabschlusses gewonnen werden.

Die Aufstellung der Jahresabschlüsse erfolgt grundsätzlich nach den bisher angewandten Vorschriften. D.h. der Aufstellungsprozess war ebenso umfangreich und sorgfältig vorzunehmen, wie zuvor. Erleichterungen ergeben sich hinsichtlich von Dokumentationsvorschriften und insbesondere durch den Verzicht auf die Erstellung des Rechenschaftsberichtes, also den Verzicht darauf, den Vorgang der Aufstellung der Abschlüsse für außenstehende Dritte – und dabei insbesondere den Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes – transparent zu machen. Der Jahresabschluss 2012 wurde unter Anwendung der Erleichterungsvorschriften erneut in der geänderten verkürzten Fassung aufgestellt. Die bereits aufgestellte umfassendere Form wurde zurückgezogen, um insbesondere die Kämmerei hinsichtlich bereits abgeforderter Zuarbeiten zu entlasten. Im Einzelnen sind für die Jahre 2012, 2013, 2014 vorgelegt worden:

- Jahresabschluss mit
 - Ergebnisrechnung
 - Finanzrechnung
 - Bilanz
 - Anlagen mit
 - Anhang
 - Abschreibungstabelle
 - wirtschaftliche Betätigung
 - übertragene Haushaltsreste

Das Rechnungsprüfungsamt ist in das stadtinterne Informationssystem eingebunden. Lesende Zugriffe auf die Informationen zu den örtlichen Beschlussfassungen und Regelungen sowie das örtliche datenverarbeitungsgestützte Rechnungswesen sind gegeben. Informationen durch die Verwaltungsführung erfolgen regelmäßig. Auskünfte für die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 wurden erteilt und angeforderte Unterlagen zur Verfügung gestellt. Für den Jahresabschluss 2012 wurde auf die vorhandenen Unterlagen zurückgegriffen, im Zuge der Neuaufstellung konnten nicht mehr alle Auskünfte zur ursprünglichen Fassung eingeholt werden.

1.1.3 Vorangegangene Prüfung

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2011 wurde durch das Rechnungsprüfungsamt in der Zeit vom 28.02.2018 bis 24.05.2018 geprüft. Der Schlussbericht vom 12.06.2018 wurde der Stadt Brandenburg an der Havel mit Schreiben vom 21.06.2018 zugeleitet.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den geprüften Jahresabschluss 2011 gemäß § 82 Abs. 4 BbgKVerf in der Sitzung vom 26.09.2018 beschlossen. Der gesetzlichen terminlichen Vorgabe (Beschluss bis spätestens zum 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres) nach § 82 Abs. 4 BbgKVerf wurde nicht entsprochen.

Die Bekanntgabe des Beschlusses Nr. 172/2018 – Jahresabschluss des städtischen Haushaltes für das Jahr 2011 und Entlastung der Oberbürgermeisterin erfolgte mit dem Amtsblatt Nr. 19/2018 am 12.11.2018. Es wurde jedoch in der Bekanntmachung nicht darauf hingewiesen, dass jeder Einsicht in den Jahresabschluss und die Anlagen nehmen kann (§ 82 Abs. 5 Satz 2 BbgKVerf).

Als Ergebnis der Jahresabschlussprüfung 2011 wurde u. a. festgestellt, dass ein Teil der überplanmäßigen/außerplanmäßigen Mittelbereitstellung erst mit Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses umgesetzt wurden. Der SVV ist in ihrer Sitzung am 26.09.2018 eine zusammengefasste Übersicht aller überplanmäßigen und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen 2011 nach Produktbereichen als Anlage 3 zur Vorlage über die Beschlussfassung des Jahresabschlusses 2011 nachrichtlich zur Kenntnis gegeben worden.

1.2. Grundsätzliche Feststellungen

Die Prüfung hat sich gemäß § 104 Abs. 1 BbgKVerf auch darauf zu erstrecken, ob nach den bestehenden Gesetzen und Vorschriften unter Beachtung der maßgebenden Verwaltungsgrundsätze und der gebotenen Wirtschaftlichkeit verfahren wird.

1.3 Systemprüfung

Es wurde geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen kommunalverfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Vorschriften, den Dienst- und Geschäftsanweisungen der Stadt Brandenburg an der Havel und den Beschlussfassungen der Stadtverordnetenversammlung geführt worden sind.

Grundlegendes Geschäftsinstrumentarium ist das Rechnungswesen, zu dem der jährlich aufzustellende Haushaltsplan, die Buchführung und der Jahresabschluss gehören.

Entsprechend § 63 Abs. 3 BbgKVerf ist das Rechnungswesen nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung zu führen. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sind zu beachten.

Es konnte festgestellt werden, dass die Geschäftspolitik auf üblichen ordnungsmäßigen Entscheidungsgrundlagen beruhte.

Das RPA gibt den Hinweis, dass im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 69 BbgKVerf u.a. nur Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden dürfen, zu deren Leistungen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Diese Vorschrift erlaubt der Stadt, in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung eine auf das notwendige Maß beschränkte Weiterführung der Haushaltswirtschaft. Der gemeindliche Haushaltsplan mit den darin veranschlagten Ermächtigungen darf in dieser Zeit jedoch noch nicht in vollem Umfang bewirtschaftet bzw. ausgeführt werden, auf einen besonderen Bedarf muss ggf. verzichtet werden. Daraus folgt, dass der Bedarf ohne Bezug zu einem durch die beschlossene und bekannt gemachte Haushaltssatzung bindenden Haushaltsplan nicht in Form von über- oder außerplanmäßigen Aufwendungen oder Auszahlungen abgewickelt werden kann. Auch die aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen

bieten in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung keine ausreichende haushaltswirtschaftliche Grundlage für eine Über- und Außerplanmäßigkeit des „zusätzlichen Bedarfs“.

Die Bekanntmachung der Haushaltsatzungen erfolgt für das Haushaltsjahr 2012 im Amtsblatt Nr. 20 am 17.10.2012, für das Haushaltsjahr 2013 im Amtsblatt Nr. 26 am 11.12.2013 und für das Haushaltsjahr 2014 im Amtsblatt Nr. 18 am 08.09.2014.

Gemäß den Auflistungen der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen aus dem Buchführungssystem erfolgte eine zahlreiche Verbuchung derselben in den jeweiligen Haushaltsjahren vor Veröffentlichung der jeweiligen Haushaltssatzungen ohne dass im Rahmen einer Beschreibung darauf hingewiesen wurde, dass es sich um eine unaufschiebbare Ansatzänderung handelte.

Das RPA kann nachvollziehen, dass Ansatzänderungen im elektronischem Buchführungssystem Infoma ab dem bestehenden Haushaltsbeschluss als über- und außerplanmäßige Ausgaben bzw. Auszahlungen umgesetzt werden, um diese von Ansatzänderungen zu unterscheiden, die ggf. für die beantragte Haushaltsgenehmigung bedeutsam sind. Nicht anzuschließen vermag sich das RPA den erläuternden Ausführungen der Kämmerei im rechtlichen Umgang mit der vorläufigen Haushaltsführung in Bezug auf den Runderlass des Ministeriums des Innern in kommunalen Angelegenheiten Nr. 1/2013 betreffend Maßnahmen und Verfahren der Haushaltssicherung und der vorläufigen Haushaltsführung. Der Erlass führt in Nr. 3 ausdrücklich auf, dass zwar der Haushaltsplan der Kommune in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung die haushaltswirtschaftliche Leitlinie und eine unverzichtbare Funktion als buchungstechnische Basis bildet, die Grundlage aber die Vorschriften der §§ 66 Abs. 3 i.V.m. § 69 BbgKVerf darstellen. Es wird darauf hingewiesen, dass eine kommunalaufsichtliche Duldung innerhalb des aufgezeigten Rahmens die Kommunen nicht vor Sanktionen schützt, die von Dritten (z. B. von der Gerichtsbarkeit) ergriffen werden. Die Verantwortung für finanzwirksame Entscheidungen von Kommunen liegt allein bei den Entscheidungsträgern vor Ort. Danach sind die Leistung von Aufwendungen und Auszahlungen sowie das Eingehen von Verpflichtungen nur insoweit zulässig, als die Maßnahmen die Voraussetzungen des § 69 BbgKVerf erfüllen und zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Tätigkeit der Verwaltung erforderlich sind. Der Erlass stellt auf den Begriff der Unaufschiebbarkeit ab. Unaufschiebbar sind Aufwendungen/Auszahlungen, wenn sie so eilbedürftig sind, dass ein Hinausschieben der Leistung bis zum Wirksamwerden der Haushaltssatzung bei vernünftiger Beurteilung der jeweiligen Lage als nicht mehr vertretbar angesehen werden muss. Diese Grenzen sind enger, als die nach § 70 BbgKVerf vorgesehenen Voraussetzungen der Unabweisbarkeit und der bestehenden Gewährleistung einer Deckung. Die wesentliche Zielsetzung der Bestimmung ist, dass grundsätzlich keine neuen Maßnahmen begonnen oder Verpflichtungen eingegangen werden dürfen, die das Budgetrecht der Gemeindevertretung durch Vorfestlegungen einschränken könnten.

1.3.1 Rechnungswesen

Das Rechnungswesen entspricht den Bedürfnissen einer Verwaltungsbehörde dieser Größenordnung. Es kann relevante Informationen zeitnah liefern.

1.3.2 Anordnungswesen

Die gesetzlichen Bestimmungen über das Anordnungswesen wurden beachtet.

1.3.3 Buchführung

Die Buchführung erfolgte unter Anwendung des EDV-Buchführungssystems Infoma. Auch die Jahresabschlussbuchungen wurden mit dem Buchführungssystem der Software Infoma erstellt.

Die Buchführung erfolgte ordnungsgemäß unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

Die Bücher sind nach den Regeln der doppelten Buchführung geführt.

Das RPA weist darauf hin, dass bei der Bewertung der Finanzanlagen der Grundsatz der materiellen Kontinuität zu wahren ist. Dieser Grundsatz verlangt, dass einzelne Positionen des Jahresabschlusses immer auf gleiche Weise zu ermitteln, abzugrenzen und zusammenzustellen sind. Nach dem Bewertungshandbuch – Teil 1 zu Ziff. 5.14 ist aufgeführt, dass als maßgebliche Berechnungsgröße für die näherungsweise den Anschaffungskosten entsprechenden Werte das Nominalkapital, also das gezeichnete Kapital und die Kapitalrücklage anzusetzen ist, sofern die Anschaffungskosten nicht mehr ermittelt werden können. Es ist nicht nachvollziehbar, warum teilweise die Kapitalrücklagen der Gesellschaften beim Ansatz des Wertes einer Gesellschaft nicht einheitlich behandelt werden (Theater GmbH, BAS GmbH). Zusätzlich ist anzumerken, dass im Rahmen der Anlagenbuchhaltung nominale Abweichungen gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen fortgeführt wurden. So wird der Anteil an der VBB GmbH mit 5.994 € anstelle von richtigerweise 6.000 € und bei der Beteiligung an der TGZ GmbH mit 26.587,08 € gegenüber richtigerweise 25.587,18 € angesetzt.

2. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012

2.1 Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und der Anlagen

Die Prüfung ergab, dass die Bilanz, die Ergebnis- und die Finanzrechnung ordnungsgemäß aus den Büchern der Stadt entwickelt worden sind.

Festzustellen ist, dass der im Anhang nachrichtlich ausgewiesene Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgungskasse der tariflich Beschäftigten um 29.000 € vom tatsächlich berechneten Wert abweicht.

Hinsichtlich der Einhaltung des Stetigkeitsgrundsatzes ist festzustellen, dass für Jahr 2012 der Buchungsschluss auf den 31.01.2013 verändert wurde (für 2011 - 31.08.2012). Hierzu findet sich kein Hinweis im Anhang. Der 31.01. wird jedoch in den Folgejahren als Buchungsschluss beibehalten.

Festzustellen ist, dass im Rahmen des Haushaltsvollzuges 2012 durch die Finanzverwaltung überplanmäßige und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen erfolgten. Im Zuge der Jahresabschlussarbeiten wurden buchungstechnisch weitere überplanmäßige/außerplanmäßige Mittelbereitstellungen umgesetzt, die der SVV mit dem JA 2012 nachrichtlich zur Kenntnis gegeben werden.

2.2. Ergebnisrechnung

In folgender Übersicht ist die Ergebnisrechnung dargestellt:

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
ordentliche Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	50.982.961,66 €	52.646.000,00 €	53.801.762,78 €	1.155.762,78 €
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	88.573.539,07 €	96.514.155,55 €	95.532.797,92 €	-981.357,63 €
3. sonstige Transfererträge	2.799.555,54 €	2.718.800,00 €	2.824.780,92 €	105.980,92 €
4. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.961.721,61 €	27.094.541,16 €	29.507.062,56 €	2.412.521,40 €
5. privatrechtliche Leistungsentgelte	869.368,77 €	721.100,00 €	726.881,69 €	5.781,69 €
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.375.838,37 €	27.382.628,48 €	26.654.857,15 €	-727.771,33 €
7. sonstige ordentliche Erträge	7.840.942,67 €	4.158.200,00 €	4.978.431,49 €	820.231,49 €
8. aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9. Bestandsveränderungen	187.108,88 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10. Summe der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit	207.591.036,57 €	211.235.425,19 €	214.026.574,51 €	2.791.149,32 €
ordentliche Aufwendungen				
11. Personalaufwendungen	-48.342.093,08 €	-50.717.500,00 €	-48.742.688,48 €	1.974.811,52 €
12. Versorgungsaufwend.	-4.455,22 €	-100,00 €	0,00 €	-100,00 €
13. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.801.767,81 €	-27.128.013,71 €	-23.739.239,86 €	3.388.773,85 €
14. Abschreibungen	-14.519.813,08 €	-14.420.367,74 €	-14.419.895,56 €	472,18 €
15. Transferaufwendungen	-77.143.038,32 €	-82.583.200,53 €	-80.547.249,64 €	2.035.950,89 €
16. sonstige ordentliche Aufwendungen	-54.119.710,73 €	-56.389.958,47 €	-52.633.882,44 €	3.756.076,03 €
17. Summe der Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-217.930.878,24 €	-231.239.140,45 €	-220.082.955,98 €	11.156.184,47 €
18. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-10.339.841,67 €	-20.003.715,26 €	-6.056.381,47 €	13.947.333,79 €
19. Zinsen und sonstige Finanzerträge	1.342.677,76 €	3.614.602,51 €	4.310.514,44 €	695.911,93 €
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	-3.921.854,05 €	-3.719.429,53 €	-2.614.894,27 €	1.104.535,26 €
21. Finanzergebnis	-2.579.176,29 €	-104.827,02 €	1.695.620,17 €	1.800.447,19 €
22. ordentliches Jahresergebnis	-12.919.017,96 €	-20.108.542,28 €	-4.360.761,30 €	15.747.780,98 €
23. außerordentliche Erträge	1.969.518,54 €	108.000,00 €	8.770,32 €	-99.229,68 €
24. außerordentliche Aufwendungen	-1.969.518,54 €	-105.300,00 €	-3.213,32 €	102.086,68 €

Ergebnisrechnung				
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
25. außerordentliches Jahresergebnis	0,00 €	2.700,00 €	5.557,00 €	2.857,00 €
26. Gesamtergebnis	-12.919.017,96 €	-20.105.842,28 €	-4.355.204,30 €	15.750.637,98 €

Tabelle 1 Ergebnisrechnung

Vergleich Ergebnisrechnung 2012 und 2011:

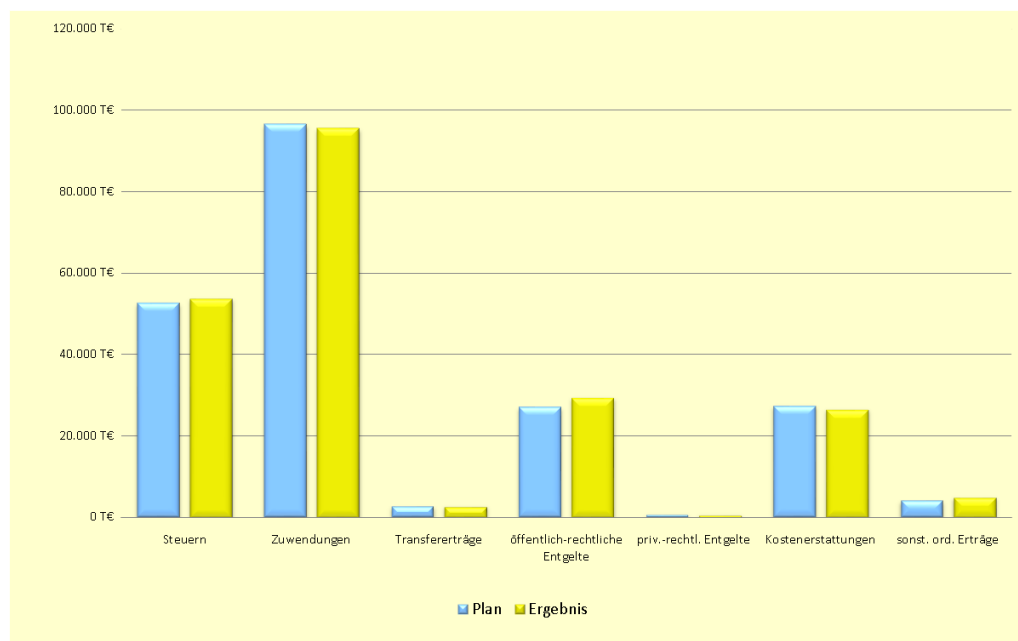
Im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres kam es bei den Erträgen aus laufender Verwaltungstätigkeit hinsichtlich des Einnahmenvolumens zu einer Erhöhung um 6.435.537,94 € und bei den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ist eine Erhöhung um 2.152.077,74 € eingetreten.

Das außerordentliche Ergebnis erhöhte sich um 5.557,00 €.

Zu den größeren Einzelposten der Ergebnisrechnung 2012 wird im Folgenden berichtet.

2.2.1 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit des Jahres 2012 stellen sich wie folgt dar:

**Abbildung 1: Plan-Ist-Vergleich der Erträge**

2.2.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Finanzvorfälle wurden entsprechend dem verbindlichen Kontenrahmen, Kontengruppe 40 erfasst.

2.2.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die erhaltenen Zuwendungen für die laufende Verwaltungstätigkeit wurden zutreffend als Ertrag gebucht.

2.2.1.3 Sonstige Transfererträge

Die in der Stadt anfallenden Transfererträge sind zutreffend ausgewiesen.

2.2.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Die erhobenen öffentlich-rechtlichen Entgelte (Gebühren und Beiträge) wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

2.2.1.5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die im Haushaltsjahr entstandenen Erträge aus privatrechtlichen Entgelten wurden zutreffend erfasst und in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

2.2.1.6 Aktivierte Eigenleistungen

Aktivierte Eigenleistungen sind eine Gegenposition zu Aufwendungen der Kommune zur Erstellung von Anlagevermögen. Sie dienen somit zum Ausgleich dieser Aufwendungen, die die Kommune für sich selber erbracht hat. Damit wird eine Verminderung des Jahresergebnisses durch solche Tätigkeiten vermieden.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hatte keine eigenen Leistungen erbracht, die in der Ergebnisrechnung als Ertrag ausgewiesen werden könnten.

2.2.1.7 Auflösungserträge aus Sonderposten

Hierunter fallen u.a. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, von Sonderposten aus Beiträgen, Baukosten- und Investitionszuschüssen und sonstigen Sonderposten.

2.2.2 Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit des Jahres 2012 stellen sich wie folgt dar:

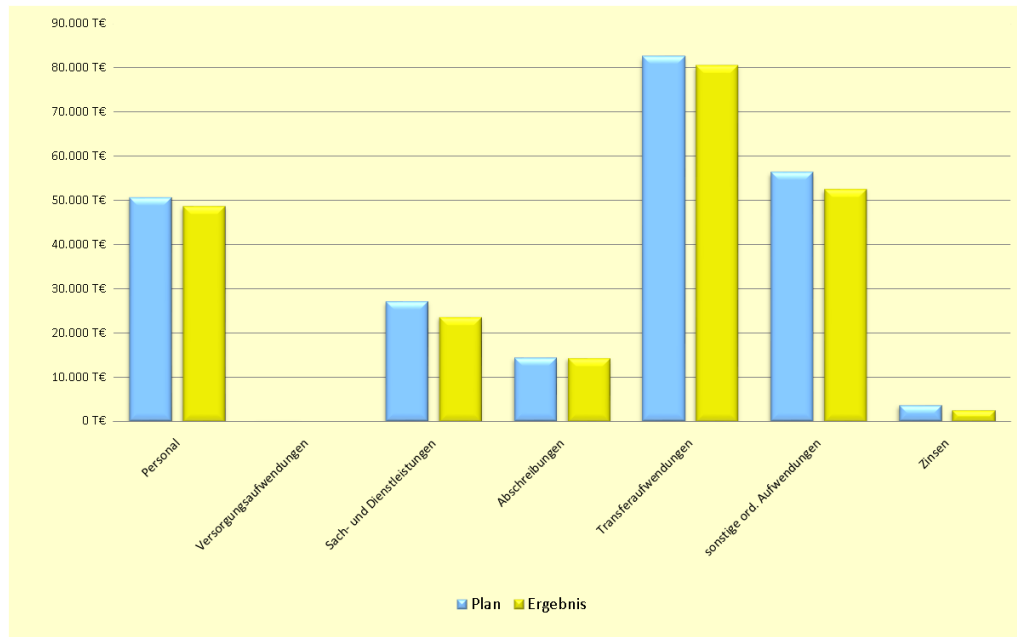


Abbildung 2: Plan-Ist-Vergleich der Aufwendungen

2.2.2.1 Personalaufwendungen

Hierunter fallen alle Aufwendungen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen.

2.2.2.2 Versorgungsaufwendungen

Es sind alle Aufwendungen für aus dem Dienst ausgeschiedene Bedienstete (Versorgungsempfänger) zu erfassen – soweit dafür keine oder keine ausreichenden Rückstellungen in der Vergangenheit gebildet worden sind. Außerdem sind evtl. Sachaufwendungen für Pensionäre oder ehemals Beschäftigte und Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Betracht zu ziehen. Der im Teilwertverfahren ermittelte Barwert wurde zutreffend angesetzt.

2.2.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Es handelt sich bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um Aufwendungen, die mit Ressourcenverbrauch einhergehen.

Bei den Sach- und Dienstleistungen ist zwischen dem aktivierungspflichtigen Herstellungsaufwand und dem erfolgswirksamen Erhaltungsaufwand zu unterscheiden. Der erfolgswirksame Erhaltungsaufwand hat hierbei eine direkte Wirkung auf das kommunale Eigenkapital. Die Abgrenzung wurde in der Stadt Brandenburg getroffen. Dazu erfolgen Abstimmungen zwischen Geschäfts- und Anlagenbuchhaltung.

2.2.2.4 Abschreibungen

Die Abschreibungen der einzelnen Anlagen entsprechen wie vorgesehen den Werten aus dem Anfangsbestand minus linearer Abschreibung.

2.2.2.5 Transferaufwendungen

Unter Transferaufwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind Aufwendungen zu verstehen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch. Beispiele sind Leistungen der Jugendhilfe und der Sozialhilfe.

2.2.2.6 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

Die ausgewiesenen sonstigen ordentlichen Aufwendungen standen in einem angemessenen Verhältnis zur Größe der Stadt Brandenburg an der Havel.

Bei der stichprobenmäßigen Prüfung einzelner Positionen der Geschäftsaufwendungen ergaben sich keine Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten.

Die Aufwendungen für Versicherungen bewegten sich in einem für Kommunen notwendigen und üblichen Rahmen.

2.2.3 Finanzergebnis

2.2.3.1 Zinsen und sonstige Finanzerträge

Den Erträgen aus Zinsen und sonstigen Finanzerträgen stellt die Ergebnisrechnung die Aufwendungen für Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen gegenüber und bildet daraus das Finanzergebnis. Es sind Finanzerträge in Höhe von 4.310.514,44 € vorhanden.

2.2.3.2 Zinsen und sonstige Aufwendungen

Unter der Position Zinsen und sonstige Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die in der Bilanz erfassten Geldschulden und auf Grund von kreditähnlichen Geschäften zu zahlende Zinsen zu erfassen.

Es erfolgte dabei eine zutreffende Differenzierung der Zinsaufwendungen nach den Empfängern bzw. Darlehensgebern entsprechend der Bereichsabgrenzung, so dass die Anforderungen an die Statistik erfüllt wurden.

Entsprechende Aufwendungen fielen in Höhe von 2.614.894,27 € an.

2.2.4 Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis setzt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und dem Finanzergebnis zusammen.

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit ergibt sich aus der Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen der laufenden Verwaltung (s. Tabelle: Ergebnishaushalt) und beträgt - 6.056.381,47 €.

Den Erträgen aus Zinsen und sonstigen Finanzerträgen stellt die Ergebnisrechnung die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen gegenüber und bildet daraus das Finanzergebnis. Als Saldo ergibt sich ein Betrag von 1.695.620,17 €

Das ordentliche Ergebnis beträgt -4.360.761,30 €.

2.2.5 Außerordentliches Ergebnis

Als Saldo der außerordentlichen Erträge sowie der außerordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein außerordentliches Ergebnis von 5.557,00 €.

2.2.6 Gesamtergebnis

Der Saldo aus dem ordentlichen Ergebnis (-4.360.761,30 €) und dem außerordentlichen Ergebnis (5.557,00 €) wird mit -4.355.204,30 € als Jahresergebnis ausgewiesen. Damit ist ein Fehlbetrag in dieser Höhe entstanden.

2.3 Finanzrechnung

In folgender Übersicht ist die Finanzrechnung dargestellt:

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
1. Steuern u. ähnliche Abgaben	50.434.774,75 €	52.802.649,11 €	54.779.750,35 €	1.977.101,24 €
2. Zuwendungen und allg. Umlage	72.462.748,34 €	85.116.255,55 €	81.197.251,12 €	-3.919.004,43 €
3. sonstige Transfereinzahlungen	2.893.541,24 €	2.718.800,00 €	2.825.947,30 €	107.147,30 €
4. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.554.122,20 €	27.078.141,16 €	26.725.741,84 €	-352.399,32 €
5. privatrechtliche Leistungsentgelte	935.485,04 €	721.100,00 €	842.981,62 €	121.881,62 €
6. Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	26.238.069,76 €	27.367.128,48 €	28.311.284,00 €	944.155,52 €
7. Sonst. Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.323.789,19 €	4.101.000,00 €	4.515.760,73 €	414.760,73 €
8. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.299.041,38 €	3.614.602,51 €	4.363.450,06 €	748.847,55 €
9. Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	185.141.571,90 €	203.519.676,81 €	203.562.167,02 €	42.490,21 €

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
10. Personalauszahlungen	-48.262.710,37 €	-49.575.138,49 €	-48.795.599,60 €	779.538,89 €
11. Versorgungsauszahlungen	-4.455,22 €	-100,00 €	0,00 €	100,00 €
12. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-23.966.593,63 €	-31.641.072,35 €	-24.304.176,23 €	7.336.896,12 €
13. Transferauszahlungen	-75.281.072,55 €	-84.727.551,14 €	-75.500.902,86 €	9.226.648,28 €
14. Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-59.662.114,43 €	-62.825.119,89 €	-57.579.103,10 €	5.246.016,79 €
15. Auszahl. aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-207.176.946,20 €	-228.768.981,87 €	-206.179.781,79 €	22.589.200,08 €
16. Saldo der Einzahlungen u. Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9 ./ 15)	-22.035.374,30 €	-25.249.305,06 €	-2.617.614,77 €	22.631.690,29 €
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
17. Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	20.398.116,41 €	15.205.887,53 €	9.919.488,85 €	-5.286.398,68 €
18. Einzahlungen aus Beiträgen u. ähnlichen Entgelten	1.495.170,75 €	1.437.600,00 €	993.140,76 €	-444.459,24 €
19. Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20. Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21. Einzahlungen aus der Veräußerung von übrigem Sachanlagevermögen	1.777.339,52 €	100,00 €	0,00 €	-100,00 €
22. Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagevermögen	1.391.202,00 €	570.000,00 €	578.316,54 €	8.316,54 €
23. Sonstige Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	17.013,64 €	25.000,00 €	617,33 €	-24.382,67 €
24. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	25.078.842,32 €	17.238.587,53 €	11.491.563,48 €	-5.747.024,05 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Auszahlungen für Baumaßnahmen	-7.950.810,86 €	-25.135.995,99 €	-7.620.079,84 €	17.515.916,15 €
26. Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen für Investitionen Dritter	-9.677.917,41 €	-14.603.662,86 €	-6.612.515,85 €	7.991.147,01 €
27. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-47.757,52 €	-340.899,83 €	-107.251,96 €	233.647,87 €
28. Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken,	0,00 €	-390.000,00 €	-15.738,66 €	374.261,34 €

Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
grundstücksgleichen Rechten und Gebäuden				
29. Auszahlungen für den Erwerb von übrigem Sachanlagevermögen	-527.406,53 €	-2.645.231,55 €	-1.811.140,17 €	834.091,38 €
30. Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagevermögen	-874.032,41 €	-475.300,00 €	-475.286,23 €	13,77 €
31. Sonstige Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32. Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten	-19.077.924,73 €	-43.591.090,23 €	-16.642.012,71 €	26.949.077,52 €
33. Saldo aus Investitionstätigkeit (24 ./ 32)	6.000.917,59 €	-26.352.502,70 €	-5.150.449,23 €	21.202.053,47 €
34. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (16 + 33)	-16.034.456,71 €	-51.601.807,76 €	-7.768.064,00 €	43.833.743,76 €
Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
35. Einzahlung. aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	435.486,67 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36. Sonst. Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (ohne Liquiditätskredite)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
37. Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	140.000.000,00 €	0,00 €	150.000.000,00 €	150.000.000,00 €
38. Summe der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	140.435.486,67 €	0,00 €	150.000.000,00 €	150.000.000,00 €
39. Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen	-3.926.222,09 €	-3.920.709,63 €	-4.077.977,78 €	-157.268,15 €
40. Sonstige Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (ohne Kassenkredite)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
41. Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-130.000.000,00 €	0,00 €	-140.000.000,00 €	-140.000.000,00 €
42. Summe der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	-133.926.222,09 €	-3.920.709,63 €	-144.077.977,78 €	-140.157.268,15 €
43. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (18 ./ 42)	6.509.264,58 €	-3.920.709,63 €	5.922.022,22 €	9.842.731,85 €
Ein- und Auszahlungen aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven				
44. Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
45. Auszahlungen an Liquiditätsreserven	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
46. Saldo aus der Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven (44 ./ 45)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
47. Veränderung des Bestandes an eigenen Zahlungsmitteln (34 + 43 + 46)	-9.525.192,13 €	-55.522.517,39 €	-1.846.041,78 €	53.676.475,61 €

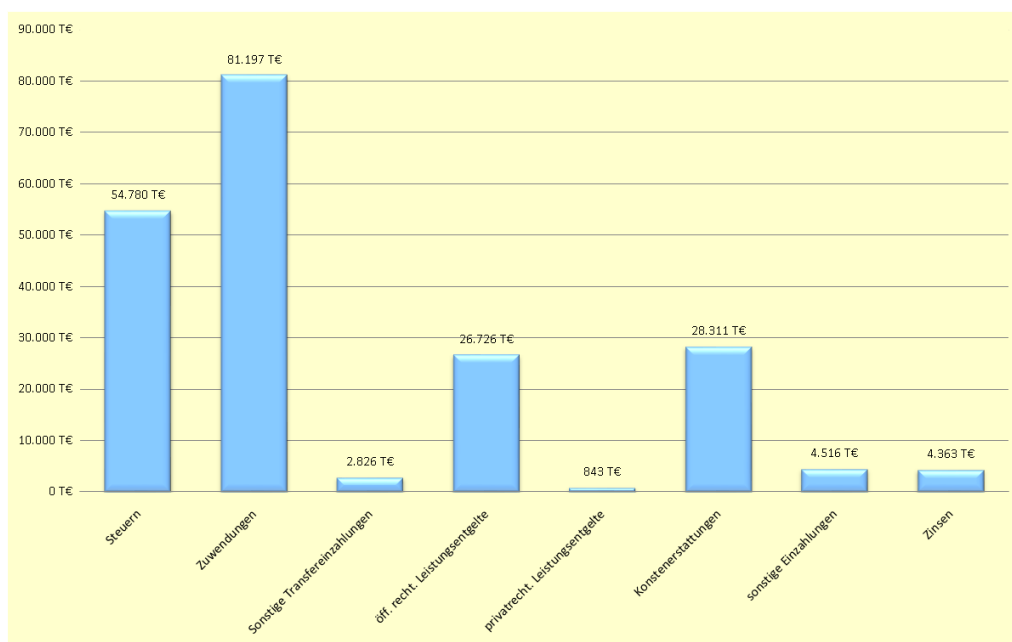
Finanzrechnung				
Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis Vorjahr	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Fortgeschriebener Ansatz-/Ist-Vergleich
48. Voraussichtl. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	22.537.960,07 €	-47.182.500,00 €	13.218.166,00 €	60.400.666,00 €
49. Bestand an fremden Finanzmitteln	205.398,06 €	0,00 €	28.661,51 €	28.661,51 €
50. Voraussichtlicher Bestand an Finanzmitteln am Ende des Haushaltsjahres	13.218.166,00 €	-102.705.017,39 €	11.400.785,73 €	114.105.803,12 €

Tabelle 2: Finanzrechnung

Zu den größeren Einzelposten der Finanzrechnung wird im Folgenden berichtet.

2.3.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um ertragsgleiche Einzahlungen. Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2012 zeigen folgende Verteilung:

**Abbildung 3: Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

2.3.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Zahlungsbereich der laufenden Verwaltungstätigkeit handelt es sich im Wesentlichen um aufwandsgleiche Auszahlungen. Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 2012 zeigen folgende Verteilung:

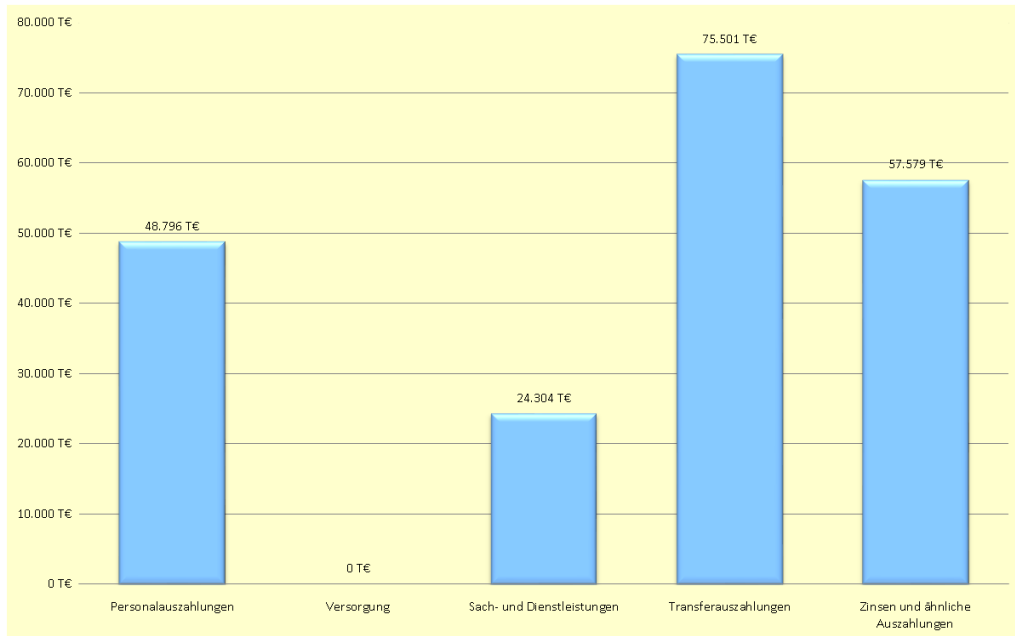


Abbildung 4: Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

2.3.3 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres - 2.617.614,77 €. Der Saldo wird korrekt ausgewiesen.

2.3.4 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Beiträgen.

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit 2012 verteilen sich wie folgt:

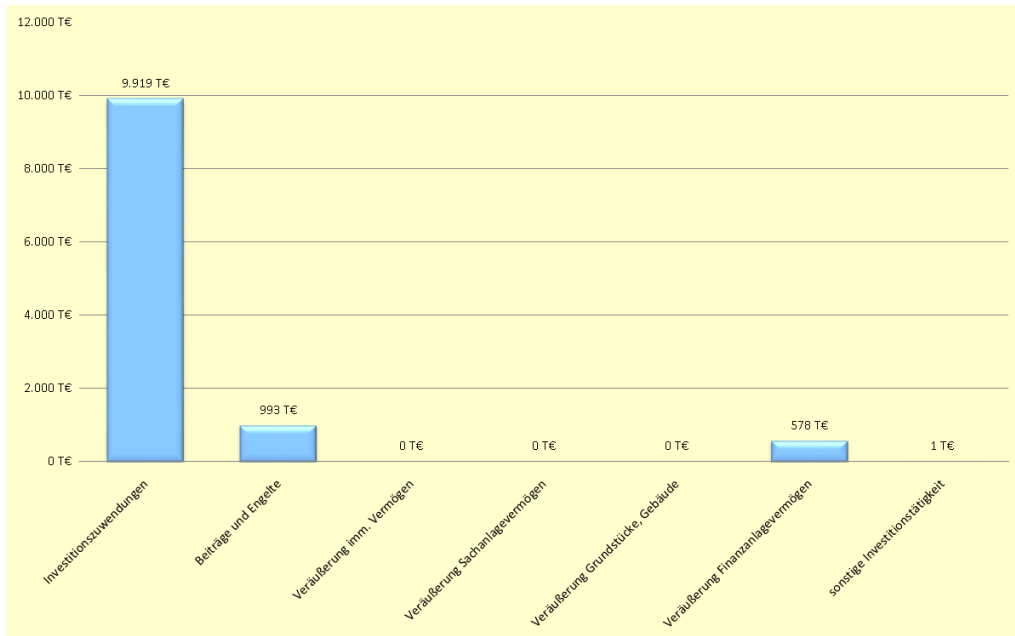


Abbildung 5: Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Der Zahlungseingang wurde ordnungsgemäß überwacht.

Die Einzahlungen waren grundsätzlich ordnungsgemäß entsprechend § 34 Abs. 4 KomHKV mit begründeten Unterlagen belegt.

2.3.5 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Ausgaben für Immobilienerwerb, für Baumaßnahmen, für den Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen, für den Erwerb von Finanzvermögen, für geleistete Investitionszuwendungen und sonstige Investitionsauszahlungen.

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit 2012 verteilen sich wie folgt:

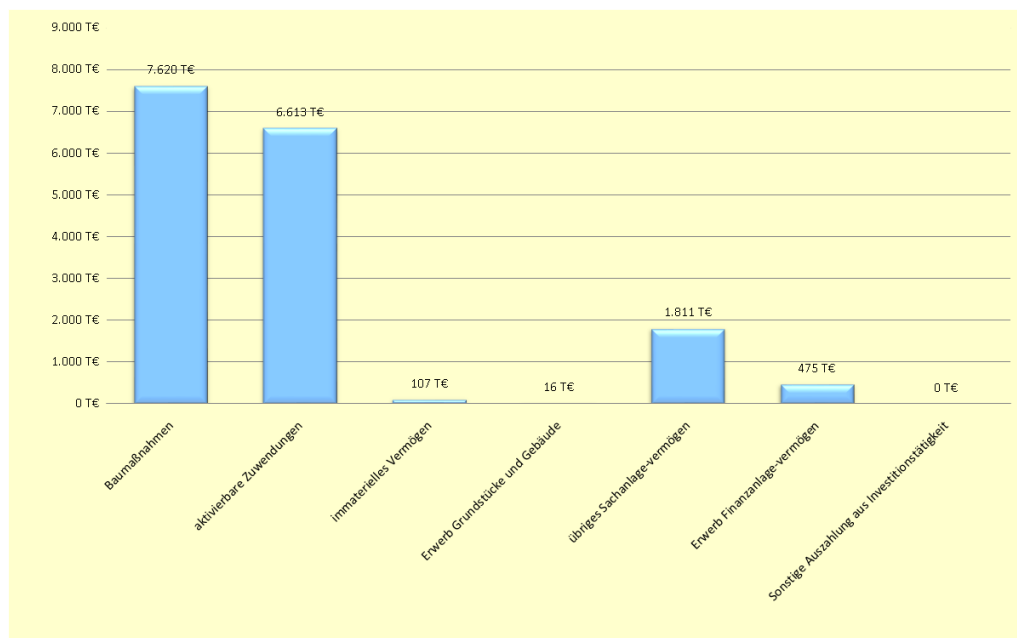


Abbildung 6: Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2012

2.3.6 Saldo aus Investitionstätigkeit

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt zum Ende des Jahres - 5.150.449,23 €.

2.3.7 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Es handelt sich bei den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit um die Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit. Sie waren 2012 mit 150.000.000,00 € (Einzahlung aus Kassenkreditaufnahme) ausgewiesen.

2.3.8 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Es handelt sich bei den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit um die Tilgung von Kassenkrediten (140.000.000 €) und um die Tilgung von Krediten für Investitionstätigkeit (4.077.977,78 €). Sie waren 2012 mit 144.077.977,78 € ausgewiesen.

2.3.9 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Die Zahlungsströme im Bereich der Finanzierungstätigkeit führen zu einem Zahlungsmittelsaldo zum 31.12.2012 in Höhe von 5.922.022,22 €.

2.3.10 Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres

Die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes zum 31.12.2012 gibt Aufschluss darüber, ob die Liquidität und die Investitionsfinanzierung gesichert waren.

Der Saldo der Finanzrechnung als vollständige Abbildung aller Ein- und Auszahlungen wird buchhalterisch in der Bilanz über die Bilanzposition „Liquide Mittel“ abgeschlossen. Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Bestand an Zahlungsmitteln zum Ende des Haushaltsjahres stimmt mit der Bilanzposition „Liquide Mittel“ des Haushaltsjahres überein.

2.4 Bilanz

Die unter Einbeziehung des Jahresergebnisses ausgeglichene Bilanzsumme beträgt 611.623.240,75 € (Vorjahreswert: 615.289.709,51 €).

Die Bilanz ist entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und Bilanzierung aufgestellt worden.

2.4.1 Vermögenserfassung

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres ihr Vermögen und ihre Schulden genau zu verzeichnen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden nachzuweisen (§ 35 KomHKV). Das Inventar ist innerhalb der einem ordnungsgemäßen Geschäftsgang entsprechenden Zeit aufzustellen.

Für eine ordnungsgemäße Inventur sind vor allem Vollständigkeit, Richtigkeit, Nachprüfbarkeit sowie die Einzelaufzeichnung und Einzelbewertung erforderlich. Die Erfassung der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die nicht durch eine körperliche Bestandsaufnahme erfasst werden konnten, erfolgte in der Zeit vom 16.05.2011 bis 26.01.2015 im Rahmen der Ersterfassung für die Eröffnungsbilanz. Der Zeitraum für die Durchführung und Erfassung der Inventur wurde demnach nicht eingehalten.

Von der Inventurvereinfachung wurde im Rahmen von Bewertungsvereinfachungsverfahren (Festwertverfahren und Gruppenbewertung) Gebrauch gemacht.

2.4.2 Vermögens- und Finanzlage

2.4.2.1 Aktiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Aktivseite zusammengefasst.

Aktiva			
	Vorjahr 31.12.2011	31.12.2012	Veränderung in %
1. Anlagevermögen			
1.1 Immaterielles Vermögen	485.966,66 €	478.341,95 €	-1,57 %
1.2 Sachanlagevermögen	237.384.632,29 €	233.036.262,21 €	-1,83 %
1.3 Finanzanlagevermögen	302.638.835,95 €	302.750.922,57 €	0,04 %
2. Umlaufvermögen			
2.1 Vorräte	303.986,35 €	303.986,35 €	0,00 %
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.279.912,44 €	13.937.656,68 €	13,50 %
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00 €	0,00 €	0,00 %
2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	13.218.166,00 €	11.400.785,73 €	-13,75 %
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	48.978.209,82 €	49.715.285,26 €	1,50 %
Gesamt	615.289.709,51 €	611.623.240,75 €	-0,60 %

Tabelle 3: Aktiva

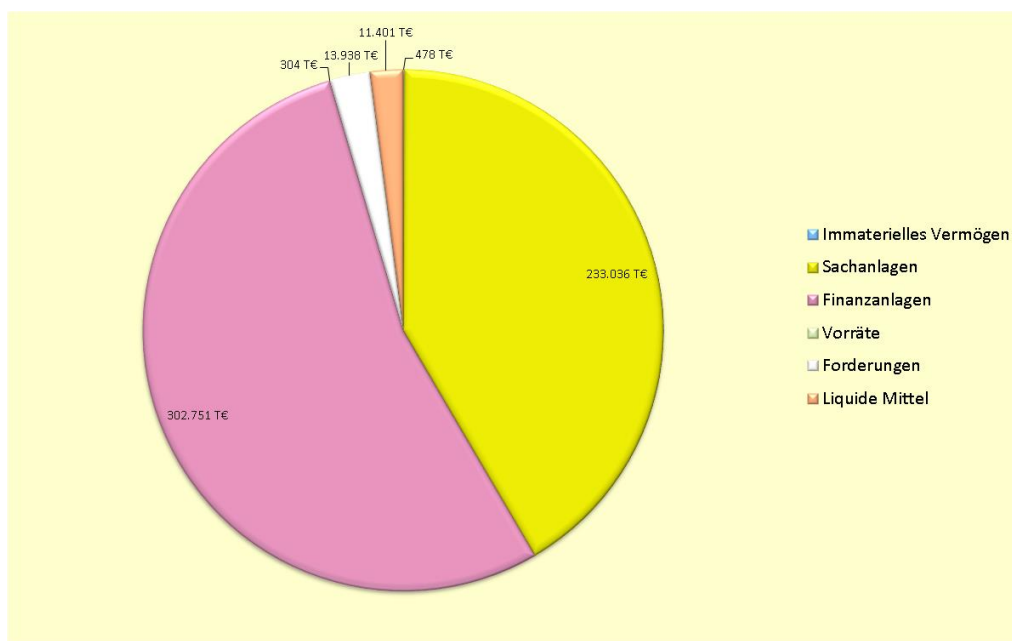


Abbildung 7: Aktiva

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 3.666.468,76 € verringert.

Die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sach- und Finanzanlagen wurden zu Anschaffungs- und Herstellungswerten bewertet. Die fortgeführten Buchwerte stimmten mit der ausgedruckten Anlagenübersicht in der Gesamtsumme überein.

2.4.2.1.1 *Immaterielles Vermögen*

Es waren nachvollziehbare Unterlagen (wie Verträge, Urkunden, Belege oder andere) über den entgeltlichen Erwerb von immateriellen Werten vorhanden.

Sie wurden ordnungsgemäß verwaltet.

Das immaterielle Vermögen (ohne Abschreibungen) stieg zwar. Den Zugängen von 113.370,25 € standen nur Abgänge von 1.032,83 € gegenüber (2012). Werden jedoch die Abschreibungen mit eingerechnet, verminderte sich der Buchwert von 485.966,66 € (31.12.2011) auf 478.341 € (31.12.2012). Es fand somit ein Vermögensverzehr beim immateriellen Vermögen statt. (Wie auch folgend beim Sachanlagevermögen)

2.4.2.1.2 *Sachanlagevermögen*

Die Sachanlagen waren in einer eigenständigen Anwendung (Anlagenbuchhaltung Infoma) erfasst.

Die Erfassung und Bewertung des Sachanlagevermögens ist nachvollziehbar erfolgt.

Das in der Bilanz ausgewiesene Sachanlagevermögen wird durch Sachkonten/Konten der Anlagenbuchhaltung korrekt nachgewiesen.

Die Abschreibung, die Bemessungsgrundlage und die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer wurden entsprechend der verbindlichen Abschreibungstabelle angesetzt.

Soweit die Nutzung der Sachanlagen zeitlich begrenzt ist, wurde der Wert entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert. Hierfür ist grundsätzlich eine lineare Abschreibung vorgesehen. Diese fand auch Anwendung.

Geringwertige Vermögensgegenstände werden im Jahr ihrer Anschaffung mit einem Fünftel abgeschrieben (§ 50 Abs. 4 KomHKV wurde beachtet).

Im Sachanlagevermögen standen zwar den Zugängen von 8.639.998,66 € Abgänge von nur 15.619,30 € gegenüber (ohne Abschreibungen). (Die wesentlichen Zugänge des Sachanlagevermögens ergaben sich aus der Innenstadtssanierung bei Straßen und dem Ausbau der Rathenower Straße). Auch hier verringerte sich jedoch durch Abschreibungen das Anlagevermögen geringfügig.

2.4.2.1.3 *Finanzanlagevermögen*

Das Finanzvermögen wird mit 302.750.922,57 € (Vorjahr 302.638.835,95 €) ausgewiesen.

2.4.2.1.4 *Umlaufvermögen*

2.4.2.1.4.1 *Vorräte*

Das sonstige Vorratsvermögen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert i. H. v. 303.986,35 € bilanziert.

2.4.2.1.4.2 *Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände*

Die in der Bilanz dargestellten Forderungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 1.657.744,24 € auf 13.937.656,68 €. Die Forderungen wurden mit dem Nennwert angesetzt.

2.4.2.1.4.3 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel sind in der Bilanzposition 2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks enthalten.

In der Stadt Brandenburg an der Havel setzen sie sich zusammen aus den Guthaben bei Kreditinstituten, Handvorschüssen und dem Bestand im Kassenautomat. Das Guthaben bei Kreditinstituten war durch Kontoauszüge nachgewiesen. Die Liquiden Mittel betrugen 11.400.785,73 € zum 31.12.2012 (Vorjahr: 13.218.166,00 €) und waren damit um 1.817.380,27 € gesunken.

Die Liquidität der Stadt Brandenburg an der Havel war zum Bilanzstichtag nicht durch eigene Mittel gewährleistet.

2.4.2.2 Passiva

In der folgenden Übersicht sind die einzelnen Posten der Passivseite zusammengefasst.

Passiva			
	Vorjahr 31.12.2011	31.12.2012	Veränderung in %
1. Eigenkapital			
1.1 Basis-Reinvermögen	85.791.020,94 €	85.791.020,94 €	0,00 %
1.2 Rücklagen	0,00 €	0,00 €	0,00 %
1.3 Sonderrücklage	9.047.604,33 €	6.731.425,17 €	-25,60 %
1.4 Fehlbetragsvortrag	-12.919.017,96 €	-17.274.222,26 €	33,71 %
2. Sonderposten	160.442.837,17 €	160.235.941,01 €	-0,13 %
3. Rückstellungen	133.067.974,80 €	128.672.445,63 €	-3,30 %
4. Verbindlichkeiten	194.838.640,87 €	199.125.612,47 €	2,20 %
5. Passive Rechnungsabgrenzung	45.020.649,36 €	48.341.017,79 €	7,38 %
Gesamt	615.289.709,51 €	611.623.240,75 €	-0,60 %

Tabelle 4: Passiva

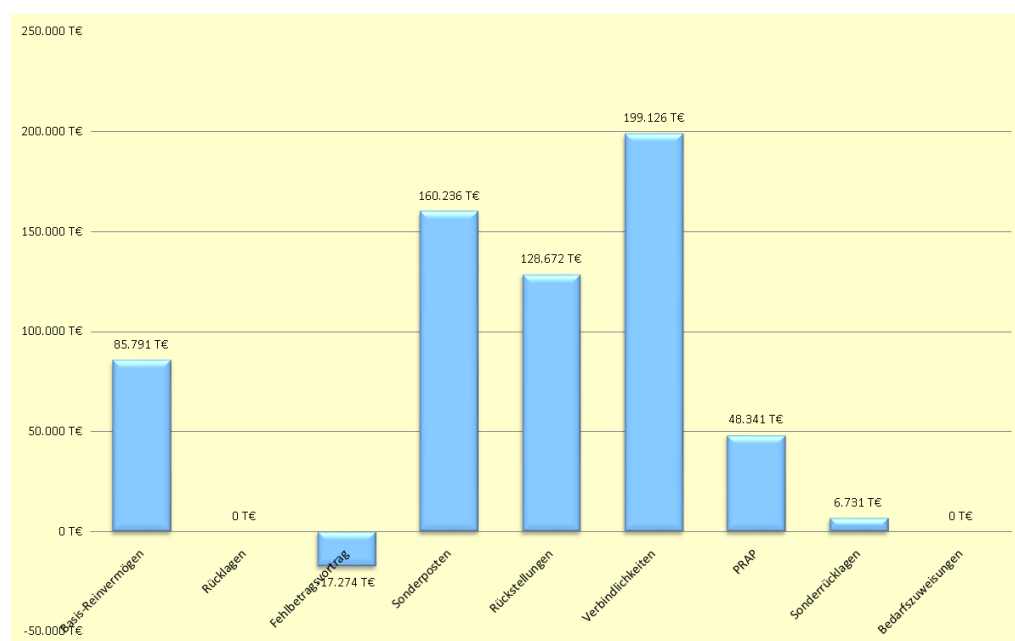


Abbildung 8: Passiva

Die Bilanzsumme hat sich um 3.666.468,76 € auf 611.623.240,75 € vermindert.

Die Bilanzpositionen der Passiva waren durch entsprechende Nachweise zutreffend nachgewiesen. Die Erläuterungen waren ausreichend. Das Jahresergebnis wird übereinstimmend mit der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

2.4.2.2.1 *Eigenkapital*

Das Eigenkapital besteht aus dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses, der Sonderrücklage und den Fehlbetragsvorträgen aus dem ordentlichen und außerordentlichen Ergebnis.

Das Basis-Reinvermögen ist zum 31.12.2012 mit 85.791.020,94 € gegenüber dem Vorjahresabschluss in gleicher Höhe ausgewiesen. Das Jahresergebnis zum 31.12.2011 wurde korrekt übertragen.

2.4.2.2.2 *Sonderposten*

Es wurden Sonderposten in Höhe von 160.235.941,01 € ausgewiesen.

Sonderposten aus Zuweisungen

der öffentlichen Hand: Minderung i. H. v. 8.057.700 €.

Sonderposten aus Beiträgen,

Baukosten- und Investitionszuschüssen: Mehrung i. H. v. 230.319,63 €

Sonstige Sonderposten: Minderung i. H. v. 461.946,84 €

Erhaltende Anzahlungen auf Sonderposten: Mehrung i. H. v. 8.082.439,18 €

Insgesamt haben sich gegenüber dem Vorjahr die Sonderposten um 206.896,16 € verringert.

2.4.2.2.3 *Rückstellungen*

Es wurden zum 31.12.2012 Rückstellungen in Höhe von 128.672.445,63 € gebildet und entsprechend in der Bilanz ausgewiesen:

Rückstellungen der Stadt Brandenburg am 31.12.2012		
Art der Rückstellung	Höhe	
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	55.739.857,11 €	
b) Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	0,00 €	
c) Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	22.719.997,38 €	
d) Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	12.771.531,12 €	
e) Sonstige Rückstellungen	37.441.060,02 €	
Summe	128.672.445,63 €	

Tabelle 5: Rückstellungen

Anmerkung zu b) Nach Mitteilung der Finanzverwaltung wurden keine Rückstellungen für die unterlassene Instandhaltung gebildet, da die Bewertung des Vermögens erst abschließend im Jahr 2013 stattfand und somit grundlegende Wertminderungen der Vorjahre bereits in der Bewertung berücksichtigt wurden. Ein im Berichtsjahr begründeter (neuer) Rückstau wurde seitens der Fachverwaltung nicht gemeldet.

In dem zur Prüfung vorgelegten Anhang zum Jahresabschluss 2012 wurde die Berechnungsgrundlage der Pensions- und Beihilferückstellungen nicht angegeben. Nach Prüfung der vorgelegten Unterlagen wurde festgestellt, dass der durch den Kommunalen Versorgungsverband Brandenburg ermittelte

Betrag der Pensions- und Beihilferückstellungen zum 31.12.2012 in der Bilanz ausgewiesen wurde. Die Berechnungsgrundlagen sind im Anhang des Jahresabschlusses aufzunehmen.

Die im Kontenrahmen des Landes Brandenburg und im Kontierungshandbuch für die Stadt Brandenburg an der Havel vorgesehene Unterscheidung in der Zuführung von Rückstellungen für aktive Beschäftigte und für Versorgungsempfänger erfolgte weiterhin nicht, da nach Mitteilung der Verwaltung eine getrennte Ausweisung ohne zusätzliche Umbuchungen erst ab den Jahresabschluss 2017 möglich sei.

Gebildete Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren sind belegt und sowohl der Höhe als auch dem Grunde nach angemessen.

Für eine Gebührenüberdeckung nach § 6 Abs. 3 KAG Brandenburg ist in dem Jahr der Gebührenüberdeckung eine Rückstellung zu bilden. Die gebildete Rückstellung ist in dem Jahr und in dem Umfang ergebniswirksam aufzulösen, in dem die Gebührenerstattung erfolgt.

Die Gebührenüberdeckungen 2012 wurden, mit Ausnahme der Gebührenüberdeckung für Regenwasser, als Rückstellung in 2012 korrekt gebildet. Die Gebührenüberdeckung für Regenwasser ist bereits für das Jahr 2011 ausgewiesen worden und hätte im Jahr 2011 zurückgestellt werden müssen.

Des Weiteren wurde bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz die Kostenüberdeckung im Bereich des Regenwassers mit der Kostenunterdeckung im Bereich Schmutzwasser verrechnet. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 wurde die Kostenüberdeckung im Bereich des Regenwassers mit der Kostenunterdeckung im Bereich Schmutzwasser hingegen nicht verrechnet. Die Kostenüberdeckung wurde im Bereich des Regenwassers ausgewiesen. Damit wurde der Stetigkeitsgrundsatz bzw. der Grundsatz der materiellen Bilanzkontinuität nicht eingehalten.

Die Abgänge zur Rückstellung für Überschüsse aus Gebühren und Entgelten sind belegt und sowohl der Höhe als auch dem Grunde nach angemessen.

Rückstellungen für Überstunden/Gleitzeitüberhänge und für nicht genommenen Urlaub sind personenbezogen ermittelt worden. Dazu wurden der Resturlaub und die Überstunden/Gleitzeitüberhänge per 31.12.2012 durch die Fachämter zugearbeitet. Für die Berechnung der Rückstellung wurden das maßgebliche Arbeitsentgelt des geplanten Jahresbruttolohnes des Jahres 2013 sowie die Jahresarbeitszeitstunden für das Jahr 2013 herangezogen. Die Höhe der Rückstellung ergibt sich jedoch aus dem Entgelt, das der Arbeitgeber/Dienstherr den Mitarbeitern gezahlt hätte, wenn diese den Urlaub bzw. die Überstunden/Gleitzeitüberhänge bereits in Anspruch genommen hätten. Die Rückstellung hätte somit mit dem Jahresbruttolohn aus dem Jahr 2012 berechnet werden müssen.

Des Weiteren stimmt der ausgewiesene bilanzielle Wert für Urlaubsrückstellungen nicht mit den eingereichten Unterlagen der Fachämter überein.

Folglich sind die Rückstellungen für Überstunden/Gleitzeitüberhänge und für nicht genommenen Urlaub nicht mit dem richtigen Wertansatz gebildet worden.

2.4.2.2.4 Verbindlichkeiten

Die Schulden haben sich gegenüber dem Vorjahr um 4.286.971,60 € verändert.

Es erfolgten u. a. stichprobenhaft Prüfungen der Saldenbestätigungen der verbundenen Unternehmen sowie der Sondervermögen, der Kreditverbindlichkeiten sowie die Prüfung der Kreditoren-Summen-Saldenliste.

Bei der Prüfung der Buchungen in Zusammenhang mit Krediten wurde festgestellt, dass bei einer Saldenbestätigung eines Kreditinstitutes eine Abweichung um 70,00 € bestand. Aufgrund der verspäteten Begleichung einer Tilgungsrate entstanden in einem Fall Verzugszinsen von 430,71 €.

Der Höchstbetrag des Kassenkredites (Beschluss 288/2011) vom 26.10.2011 über 150.000.000 € wurde beachtet.

2.5 Anlagen

2.5.1 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben. Der Anhang beinhaltet die in § 58 Abs. 2 KomHKV dargestellten Sachverhalte.

Das RPA weist darauf hin, dass der für das Produkt 511.02 „Vorbereitung und Durchführung der Stadterneuerung“ genannte Betrag an Zinszahlungen irrtümlich den Ansatz des Rechnungsjahres ausweist. Der im Rechnungsjahr als Ergebnis auszuweisende Betrag beträgt 318 T€ und ist entsprechend verbucht. Des Weiteren gibt das RPA den Hinweis, dass die zur Ermittlung des Zinsanspruchs genannte Rechtsgrundlage in Gestalt der NBest-StBauFR (2015) nicht korrekt ist. Für den Jahresabschluss 2012 (und in den Folgejahren 2013 und 2014) kann nur die damals gültige Rechtsgrundlage herangezogen werden. Dies sind die Städtebauförderrichtlinien 2009 in der Fortschreibung 2012, was auch in den aufgeführten Bestimmungsrandnummern korrekt zitiert wird. Aufgrund der in diesem und den Folgejahren nicht unerheblichen Betrages an Zinszahlungen behält sich das RPA ausdrücklich vor, diesem Themenbereich einen Schwerpunkt bei künftigen Prüfungen zu widmen.

Bei den ergänzenden Angaben zum Anhang unter Punkt VI. werden die Betriebe gewerblicher Art aufgelistet. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die Auflistung vollständig ist, tlw. sind Bezeichnungen abweichend. Das RPA gibt den Hinweis, die Auflistung mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen, bzw. zu begründen, warum die in der aufgeführten Liste ausgewiesenen BgA vollständig sind.

2.5.2 Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Im neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Ermächtigungen gemäß § 24 KomHKV zulässig, soweit nach § 48 KomHKV nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Zu übertragende Ermächtigungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Gemäß § 24 Abs. 5 KomHKV ist dem Jahresabschluss eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt beizufügen.

Eine entsprechende Übersicht ist dem Anhang beigelegt worden.

Zu übertragene Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 5.833.639,06 € gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 24 KomHKV lagen vor. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Ausgabeermächtigungen wurden in Höhe von 36.389.574,48 € gebildet. Das ordnungsgemäße Verfahren wurde eingehalten.

Festzustellen ist, dass der Ergebnisrechnung (lfd. Nr. 15) die übertragenen Ermächtigungen – Transferaufwendungen – um 168.115,82 € höher ausgewiesen sind als im Jahresergebnis vorhandene Mittel. Eine Erläuterung wurde durch FG 20 nicht gegeben.

In der Übersicht zu übertragenen Haushaltsermächtigungen nach 2012 aus 2011 ist zusätzlich ein Betrag i. H. v. 287.798,87 € für Mittelverschiebungen ausgewiesen, der nicht Bestandteil der Anlage zum JA 2011 war. Eine Erläuterung ist durch FG 20 nicht erfolgt.

2.5.3 Beteiligungsbericht

Gem. § 61 Abs. 1 KomHKV ist dem Jahresabschluss zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner ein Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der BbgKVerf sowie ihre mittelbaren Beteiligungen zu beizufügen und jährlich fortzuschreiben, soweit es sich nicht um Sparkassen und Sparkassenverbände handelt.

Der Bericht lag vor und enthielt alle erforderlichen Angaben.

2.6 Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

2.6.1 Fehlbetrag / Überschuss

Die kumulierten Fehlbeträge aus Vorjahren belaufen sich auf 12.919.017,96 €. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2012 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 4.360.761,30 €.

Die Fehlbetragsquote lag damit bei 7,9 Prozent (im Vorjahr bei 6,1 Prozent).

2.6.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2012 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

Die Vermögenswerte sind nachgewiesen.

Unter Berücksichtigung des verkürzten Jahresabschlusses und der damit einhergehenden begrenzten Prüfungsgrundlagen kommt das RPA zu der Bewertung, dass im Rahmen der bei der verkürzten Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss 2012 grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

3. Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013

3.1 Ergebnisrechnung

3.1.1 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

3.1.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Im Jahr 2013 wurden 55.959.351,62 € Steuern und ähnliche Abgaben eingenommen. Die Einnahmen des Sachkontos wurden stichprobenartig geprüft, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Prüfung der Gewerbesteuereinnahmen gelegt wurde.

Die Gewerbesteuer wird von der Gemeinde erhoben. Gewerbesteuerpflichtig sind Gewerbetreibende, die Gewinne erwirtschaften. Die Entscheidung über die Steuerpflicht trifft das für das Unternehmen zuständige Finanzamt. Dieses erteilt einen Gewerbesteuermessbescheid für die Stadt Brandenburg an der Havel und den Steuerpflichtigen. An den Messbescheid ist die Stadt Brandenburg an der Havel gebunden. Die zu zahlende Gewerbesteuer ergibt sich aus dem Messbetrag der mit dem Hebesatz der Gemeinde multipliziert wird. Die Gewerbesteuer wird dann mit einem gesonderten Bescheid von der Gemeinde an die Steuerpflichtigen bekannt gegeben.

Mit Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Realsteuern der Stadt Brandenburg an der Havel (Hebesatzsatzung), die zum 01.01.2012 in Kraft trat, hat die Stadtverordnetenversammlung einen Hebesatz für Gewerbesteuern in Höhe von 380 v. H. beschlossen.

Nach Abschluss der stichprobenartigen Prüfung kann festgestellt werden, dass die Gewerbesteuerbescheide ordnungsgemäß erstellt und die Einnahmen entsprechend des verbindlichen Kontorahmens verbucht wurden. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden beachtet. Zahlungsbegründende Unterlagen lagen vor. Es ergaben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen.

3.1.1.2 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Als privatrechtliche Leistungsentgelte werden diejenigen Entgelte für die eine konkrete Gegenleistung erbracht wird und für die es keine öffentlich-rechtliche Rechtsgrundlage gibt ausgewiesen.

3.1.1.3 Sonstige ordentliche Erträge

Die Kontengruppe 45 umfasst sonstige ordentliche Erträge. Es wurden 6 Finanzvorfälle geprüft.

Die Prüfung bezog sich auf 2 Konzessionsabgaben, 3 Buchungen zum Festwert Bäume (Jahresabschlussbuchungen) und 1 Buchung zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Jahresabschlussbuchung).

Die Buchungen umfassten insgesamt ein Wertvolumen von 2.666.133,71 €. Alle Buchungen waren durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt und wiesen eine korrekte Kontierung aus. Die zahlungsbegründenden Unterlagen waren plausibel und nachvollziehbar.

Buchungen zum Festwert Bäume basieren u. a. auf der Anwendung der Ziffer 2.6.1 des Bewertungsleitfadens der Stadt Brandenburg an der Havel, wonach für Bäume das Festwertverfahren anzuwenden ist. Die Buchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden sachlich und rechnerisch korrekt auf die Bilanzkonten 04710010-Zugang Bauten Sonderflächen für die Zuschreibung des Festwertes Bäume zur Inventur 31.12.2013 und auf das Bilanzkonto 23110040-Zugang Sonderposten aus Zuweisungen vom Land (anteilige Fördermittel) vorgenommen. Die entsprechenden Buchungen in der Ergebnisrechnung sind nachvollziehbar.

Der Buchungsbetrag zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Veränderung zum Vorjahr) wurde sachlich und rechnerisch korrekt ermittelt und gebucht.

3.1.1.4 Außerordentliche Erträge

Es wurden die Kapitalentnahme aus Grundstücksverkäufen 2012 und 2013 im HHJ 2013 zur Prüfung herangezogen.

Entsprechend § 7 Nr. 6 der EigV des Landes Brandenburg bedarf die Entnahme von Eigenkapital eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung

Laut Kontierungshandbuch der Stadt Brandenburg umfasst die Kontengruppe 49 alle außerordentlichen Erträge. Hierzu zählen u. a. die Erträge aus der Vermögensveräußerung von Finanzanlagen.

Die Kapitalentnahmen im HHJ 2013 für Grundstücksverkäufe des Eigenbetriebes des Gebäude- und Liegenschaftsmanagement betrugen 773.700,- € und 430.000,- €. Die Entnahme von Eigenkapital aus dem Eigenbetrieb GLM sind die Erlöse/Erträge aus Grundstücksverkäufen (Veräußerung von nicht verwaltungsnotwendigen Immobilienvermögen).

Grundlage ist die Abrechnung vom EB GLM für die HHJ 2012 und 2013 zu den Erträgen aus Grundstücksverkäufen, abzüglich der Aufwendungen (Sach- und Personalkosten). Die Erträge wurden

im Sachkonto 49310020 - Erträge aus der Veräußerung von Finanzanlagen- gebucht und wurden durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt. Mit SVV-Beschlüsse 112/2012 und 160/2013 wurden die Entnahmen des Eigenkapitals eingeholt.

3.1.2 Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

3.1.2.1 Personalaufwendungen

In der Kontengruppe 50 werden die Personalaufwendungen verbucht. Hierunter fallen alle Aufwendungen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen.

Die Höhe der Personalaufwendungen betrug in der Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2013 insgesamt 48.868.027,87 €. Somit waren die Personalaufwendungen im Haushaltsjahr 2013 um 4.065.657,13 € niedriger als im fortgeschriebenen Haushaltsplan veranschlagt.

Die Stichprobe umfasste 5 Finanzvorfälle dieser Kontengruppe. Zahlungsbegründende Unterlagen lagen für alle Stichproben vor. Innerhalb der Stichprobe wurde der Dienstverteilungsplan, basierend auf den Stellenplan 2013, eingehalten. Die Buchung der Dienstbezüge Beamte und tariflich Beschäftigte sowie der Beiträge Versorgungskasse Beamte erfolgte für die Stichprobe zeitlich und sachlich korrekt.

Im Zusammenhang mit der Stichprobenprüfung über die Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen kam es zu folgenden Feststellungen.

1. In der Jahresabschlussprüfung 2011 wurde bemängelt, dass von dem übermittelten Wert des Gutachtens der Aktuare Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) über die Höhe der Rückstellungen für unmittelbare Pensions- und Beihilfeverpflichtungen gegenüber den Versorgungsempfängern abgewichen wurde. Das Rechnungsprüfungsamt empfahl, dass künftig entweder die Rückstellung in Höhe des Gutachtenwertes abgebildet wird oder abändernder Einfluss auf die Mitteilungen des Kommunalen Versorgungsbandes genommen wird.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 hat ergeben, dass die Höhe der insgesamt gebildeten Pensions- und Beihilferückstellungen zum 31.12.2013 dem Betrag entspricht, der durch die Aktuare Rüss, Dr. Zimmermann und Partner (GbR) ermittelt wurde. Die Höhe des Gutachtenwertes wurde somit im Jahresabschluss 2013 übernommen.

2. Eine getrennte Ausweisung nach aktiven Beamten und Versorgungsempfängern wurde entgegen der Vorgaben im Kontenrahmen des Landes Brandenburg und im Kontierungshandbuch für die Stadt Brandenburg an der Havel nicht vorgenommen.

Auf die getrennte Ausweisung von Pensions- und Beihilferückstellungen für aktive Beamte (in der Kontengruppe 50) und Versorgungsempfänger (in der Kontengruppe 51) wurde bereits in der Jahresabschlussprüfung 2011 hingewiesen. Nach Mitteilung der FG 11 erfolgt nunmehr eine getrennte Ausweisung ab dem Jahresabschluss 2015.

3.1.2.2 Versorgungsaufwendungen

Hierunter fallen alle Aufwendungen für aus dem Dienst ausgeschiedene Bedienstete (Versorgungsempfänger) – soweit dafür keine oder keine ausreichenden Rückstellungen in der Vergangenheit gebildet worden sind.

3.1.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dieser Kontengruppe werden alle Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die im Rahmen der kommunalen Aufgabenerledigung anfallen, veranschlagt. Hierbei ist ggf. der Erhaltungsaufwand von aktivierungspflichtigen Anschaffungs- und Herstellungskosten abzugrenzen.

3.1.2.4 Transferaufwendungen

Unter Transferaufwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind Aufwendungen zu verstehen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch. Beispiele sind Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe.

3.1.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen handelt es sich z. B. um Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen oder auch Wertveränderungen des Vermögens.

3.1.2.6 Abschreibungen

Nachdem im Vorfeld der Eröffnungsbilanz das Vermögen ordnungsgemäß bis Ende 2011 erfasst wurde, wird es jährlich linear mit verschiedener Dauer gemäß Abschreibungstabelle abgeschrieben. Einige Prüfungen dazu haben bereits für das Haushaltsjahr 2012 stattgefunden. Im Ergebnis konnte für alle Stichproben eine ordnungsgemäße Abschreibung bestätigt werden. Über den gesamten Datenbestand erfolgte die Berechnung und Abschreibung jährlich automatisch innerhalb eines Abschreibungsprogrammlaufes.

Für die Prüfungen im Bereich Abschreibungen im Jahr 2013 konzentrierte sich das Rechnungsprüfungsamt auf Änderungen im Datenbestand. So entstehen beim Zu- oder Abgang entsprechende Daten in Unterkonten, die für die Stichprobenauswahl genutzt wurden.

Insgesamt konnte das Rechnungsprüfungsamt bei den Stichproben keine Fehler im Bereich Abschreibungen erkennen.

Die jeweils aktuellen Vermögenswerte nach den Abschreibungen fließen in die einzelnen Fachbereiche ordnungsgemäß ein bzw. alle geprüften Buchungen enthielten entsprechende Kostenstellencodes im Datensatz zur Zuordnung.

3.1.2.7 Außerordentliche Aufwendungen

Es wurde der Ausgleich des Jahresverlustes für das HHJ 2013 des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad i. H. v. 186.776,86 € geprüft.

Die SVV hat mit Beschluss Nr. 310/2014 am 17.12.2014 unter Ziffer 2 beschlossen, dass der Jahresverlust i. H. v. 186.776,86 € mit der allgemeinen Rücklage des EB SEB verrechnet wird.

Laut Kontierungshandbuch der Stadt Brandenburg umfasst die Kontengruppe 59 alle außerordentlichen Aufwendungen. Hierzu zählen u. a. Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen.

Der Jahresverlust des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad wurde durch die Stadt auf dem Sachkonto 59310020 -Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen-

gebucht. Die Stadt hat den Jahresverlust aus dem städtischen Haushalt entsprechend § 11 Nr. 7 der EigV des Landes Brandenburg ausgeglichen.

Der Ausgleich des Jahresverlustes ist aufgrund der vorgelegten Unterlagen für das HHJ 2013 nachvollziehbar.

3.2 Finanzrechnung

3.2.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit gehören die Investitionszuwendungen, Einzahlungen aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen sowie aus Beiträgen.

3.2.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Zu den Auszahlungskonten aus Investitionstätigkeit aus der Finanzrechnung gehören

- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden
- Auszahlungen für Baumaßnahmen
- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Anlagevermögen
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen
- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen
- Sonstige Investitionsauszahlungen

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betragen in 2013 insgesamt 21.099.072,16 €.

Im laufenden Jahr wurden bereits alle Vergaben für Investitionen über 5.000,- € durch das RPA geprüft.

Innerhalb dieser Kontengruppe gab es im Rahmen der JA Prüfung 5 Stichproben mit einem finanziellen Umfang von insgesamt 1.135.461,26 €.

Für alle Stichproben liegen die Buchungsbelege und die begleitenden Unterlagen vor und sind im Prüfungsergebnis ohne Beanstandung

3.2.3 Saldo aus Investitionstätigkeit

Die Kontengruppe 79 umfasst als Auszahlungsbereich die Tilgung der Kredite für Investitionen, ebenso die Tilgung der Kredite zur Liquiditätssicherung.

Innerhalb der Prüfung des Jahresabschlusses 2013 erfolgte für diese Kontengruppe eine Stichprobenprüfung. In dieser enthalten sind Zahlungsvorgänge von Tilgungsraten zu investiven Kommunalkrediten in der Kontenart 792. Weiterhin Rückzahlungen von Krediten zur Liquiditätssicherung in der Kontenart 793.

Innerhalb der Stichprobenprüfung lagen alle buchungsbegründenden Unterlagen vollständig vor und sind ohne Beanstandung.

3.3 Anlagen

3.3.1 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben. Der Anhang beinhaltet die in § 58 Abs. 2 KomHKV dargestellten Sachverhalte.

Bei den ergänzenden Angaben zum Anhang unter Punkt VI. werden die Betriebe gewerblicher Art aufgelistet. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die Auflistung vollständig ist, tlw. sind Bezeichnungen abweichend. Das RPA gibt den Hinweis, die Auflistung mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen, bzw. zu begründen, warum die in der aufgeführten Liste ausgewiesenen BgA vollständig sind.

3.3.2 Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Ermächtigungen gemäß § 24 KomHKV zulässig, soweit nach § 48 KomHKV nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Zu übertragende Ermächtigungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Gemäß § 24 Abs. 5 KomHKV ist dem Jahresabschluss eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt beizufügen.

Eine entsprechende Übersicht ist dem Anhang des Jahresabschlusses als Anlage 3 beigelegt worden.

Zu übertragene Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 8.006.280,44 € (Aufwand) gebildet. Finanzauszahlungsermächtigungen wurden in Höhe von 33.486.267,87 € gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 24 KomHKV lagen vor.

Dem Jahresabschluss ist eine Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Produktbereichen beigelegt.

3.3.3 Beteiligungsbericht

Gem. § 61 Abs. 1 KomHKV ist dem Jahresabschluss zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner ein Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der BbgKVerf sowie ihre mittelbaren Beteiligungen beizufügen und jährlich fortzuschreiben, soweit es sich nicht um Sparkassen und Sparkassenverbände handelt.

3.4. Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

3.4.1 Fehlbetrag / Überschuss

Die kumulierten Fehlbeträge aus Vorjahren belaufen sich auf 4.355.204,30 €. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2013 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 5.335.295,66 €.

3.4.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2013 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

Die Vermögenswerte sind nachgewiesen.

3.4.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Unter Berücksichtigung des verkürzten Jahresabschlusses und der damit einhergehenden begrenzten Prüfungsgrundlagen kommt das RPA zu der Bewertung, dass im Rahmen der bei der verkürzten Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss 2013 grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

4 Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014

4.1 Ergebnisrechnung

4.1.1 Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit

4.1.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Im Jahr 2014 wurden 101.706.343,91 € Zuwendungen und allgemeine Umlagen eingenommen. Die Einnahmen des Sachkontos wurden stichprobenartig geprüft.

Das Sachkonto enthält Erträge aus Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, sonstige allgemeine Zuweisungen, Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen der öffentlichen Hand, allgemeine Umlagen und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen. Die geprüften Zuweisungen erfolgten aufgrund unterschiedlichster Vorschriften und Normen. Die Bescheide des Landes Brandenburg lagen dazu vollständig vor.

Nach Abschluss der stichprobenartigen Prüfung kann festgestellt werden, dass die erhaltenen Zuweisungen entsprechend des verbindlichen Kontorahmens verbucht wurden. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden beachtet. Zahlungsbegründende Unterlagen lagen vor. Es ergaben sich keine Feststellungen oder Beanstandungen.

4.1.1.2 Sonstige ordentliche Erträge

Die Kontengruppe 45 umfasst sonstige ordentliche Erträge. Es wurden 6 Finanzvorfälle geprüft.

Die Prüfung bezog sich auf 2 Konzessionsabgaben, 3 Buchungen zum Festwert Bäume (Jahresabschlussbuchungen) und 1 Buchung zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Jahresabschlussbuchung).

Die Buchungen umfassten insgesamt ein Wertvolumen 2.184.048,13 €. Alle Buchungen waren durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt und wiesen eine korrekte Kontierung aus. Die zahlungsbegründenden Unterlagen waren plausibel und nachvollziehbar.

Buchungen zum Festwert Bäume basieren u. a. auf der Anwendung der Ziffer 2.6.1 des Bewertungsleitfadens der Stadt Brandenburg an der Havel, wonach für Bäume das Festwertverfahren anzuwenden ist. Die Umbuchungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wurden sachlich und rechnerisch korrekt auf die Bilanzkonten 04710010 – Zugang Bauten Sonderflächen für die

Zuschreibung des Festwertes Bäume zur Inventur und auf das Bilanzkonto 23110040- Zugang Sonderposten aus Zuweisungen vom Land (anteilige Fördermittel) vorgenommen.

Der Buchungsbetrag zur Pauschalwertberichtigung Transferleistungen (Veränderung zum Vorjahr) wurde sachlich und rechnerisch korrekt ermittelt und gebucht.

4.1.1.3 Finanzerträge

In der Kontengruppe 46 werden die Zinserträge, Gewinnanteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie sonstige Finanzerträge verbucht.

Als Zinsertrag bezeichnet man alle Erträge, die einem zu verzinsenden Kapital zugeschlagen werden. Bei den Gewinnanteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen handelt es sich um Gewinnablieferungen der eigenen wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rücksicht auf deren Rechtsform, Dividenden, Ausschüttungen aus Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen mit Gemeinnützigkeitscharakter. Unter sonstige Finanzerträge werden übrige Ausschüttungen, Erstattung der Kapitalertragssteuer, Gewinnanteile des Gesellschafters, Rückvergütungen, Anteile am Bilanzgewinn der Sparkassen sowie Verzinsung von Steuernachforderungen und Erstattungen gebucht.

Die Höhe der Finanzerträge in Form von Zinserträgen, Gewinnanteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie sonstigen Finanzerträge betrug in der Ergebnisrechnung des Jahresabschlusses 2014 insgesamt 3.317.231,51 €. Somit waren die Finanzerträge im Haushaltsjahr 2014 um 109.784,15 € höher als im fortgeschriebenen Haushaltsplan veranschlagt.

Die Stichprobe umfasste die Prüfung eines Zinsertrages von Kreditinstituten, eines Gewinnanteils aus verbundenen Unternehmen, zwei Finanzvorfälle im Bereich der sonstigen Finanzerträge öffentlich/rechtlich sowie einen Finanzvorfall im Bereich des privatrechtlichen Bereiches mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2.668.165,75 €.

Innerhalb der Stichprobe wurden die gesetzlichen Vorgaben, soweit vorhanden, eingehalten. Die buchungsbegründenden Unterlagen waren vollständig vorhanden und die Buchung der Beträge erfolgte ordnungsgemäß. Es kam zu keiner Beanstandung.

4.1.1.4 Außerordentliche Erträge

Die Kontengruppe 49 umfasst alle außerordentlichen Erträge. Diese beruhen auf seltenen, unvorhersehbaren und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung.

Die Stichprobe enthält u. a. zwei Buchungsvorgänge zur Übergabe der Baulast für die Bundesstraßen an den Landesbetrieb für Straßenwesen, einmal in Höhe von 1.602.888,37 € für die Übertragung der Bundesstraße im Bereich der Rathenower Landstraße und eine Buchung in Höhe von 1.015.949,85 € im Bereich B1/B102, am Hauptbahnhof.

Die Bundesstraßen wurden unmittelbar nach Feststellung des Ergebnisses der Zensusserfassung vom Landesbetrieb übernommen. Eine so schnelle Übernahme war von der Stadtverwaltung nicht erwartet worden und demzufolge lag auch keine Planung vor. Die Buchung der Vorgänge erfolgte somit im außerordentlichen Ergebnis, was aus der Sicht des RPA auf Grund der Unvorhersehbarkeit korrekt ist.

Den Vorgängen aus der Stichprobe lagen alle buchungsbegründenden Unterlagen nachvollziehbar vor.

Eine weitere Stichprobe bezieht sich auf Erträge aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 650.000 €. Innerhalb der Prüfung wurde festgestellt, dass es sich hier um Erträge aus Grundstücksverkäufen handelt, die das GLM tätigt und die dann über die Entnahme von Eigenkapital an die Stadt übertragen wird. Die Entnahme von Eigenkapital aus dem Eigenbetrieb muss entsprechend § 7 der Eigenbetriebsverordnung von der Gemeindevertretung beschlossen werden. Dieser Beschluss wird mit dem Wirtschaftsplan von GLM erreicht, in dem die Kapitalentnahmen aus Grundstücksverkäufen jährlich geplant werden. Basis ist die Abrechnung des GLM zu den Erträgen aus Grundstücksverkäufen

abzüglich der dadurch entstandenen Aufwendungen. Da für 2014 keine zeitnahe Abrechnung der Grundstücksverkäufe von GLM erfolgte, war die Grundlage für die Entnahme die Liquidationsplanung des GLM.

Alle buchungsrelevanten Unterlagen sind vorhanden und korrekt, dennoch ist damit keine Begründung für eine Buchung ins außerordentliche Ergebnis abzuleiten, da erstens eine Planung innerhalb des Wirtschaftsplanes von GLM erfolgt und darüber hinaus sich mit der Buchung in das Konto Sachkonto 49310020 „Erträge aus der Vermögensveräußerung von Finanzanlagen“ sich nicht eindeutig zuordnen lässt, dass es sich hier um eine Zahlung vom GLM an die Stadt handelt. Zukünftig sollte die Buchung in der Kontenart 465 erfolgen.

4.1.2 Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

4.1.2.1 Personalaufwendungen

Hierunter fallen alle Aufwendungen, die für die unmittelbare Beschäftigung der aktiven Beamten und Beschäftigten in der Verwaltung entstehen. Also Bezüge und Entgelte, aber auch Sach- und Sonderzuwendungen und die Aufwendungen für die soziale Sicherung der Beschäftigten und Rückstellungen.

4.1.2.2 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Kontengruppe 52 umfasst Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Es wurden 5 Finanzvorfälle geprüft.

Die Prüfung bezog sich auf 1 Inanspruchnahme einer Rückstellung (Jahresabschlussbuchung) und 4 Ausgabe-/Aufwandsbuchungen.

Die Buchungen umfassten insgesamt ein Wertvolumen 718.461,78 €. Alle Buchungen waren durch zahlungsbegründende Unterlagen belegt und wiesen eine korrekte Kontierung aus. Die zahlungsbegründenden Unterlagen waren plausibel und nachvollziehbar.

Die im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zu tätige Jahresabschlussbuchung zur Inanspruchnahme der Rückstellung für die Gasgeneratorenanlage Kirchmöser in Höhe von 333.240,68 € ist korrekt auf dem Konto 52170000 erfolgt. Die Auflösungshöhe ist sachgemäß begründet. Die Stichprobe zur erfolgten Vergabe ergab keine Beanstandungen.

Auch bei den 4 weiteren Finanzvorfällen (insges. 385.221,10 €) wurden Prüfungen hinsichtlich einer erfolgten Vergaben durchgeführt. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

Hinsichtlich der Schlussrechnung zum Bürgerpark Marienberg 2. BA Los 1 wurde sachlich und rechnerisch korrekt nur der Teilbetrag der Rechnung, der dem Aufwand zuzuordnen war (Ersatzpflanzungen Bäume) auf dem Aufwandskonto gebucht. Die Trennung des Rechnungsbetrages in Investition und Aufwand war der zahlungsbegründenden Rechnung nachvollziehbar zu entnehmen.

4.1.2.3 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Kontengruppe 55 ist vorgesehen für die Buchung von Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen. Die Aufwendungen setzen einen Ansatz von Verbindlichkeiten in der Bilanz voraus.

Die in dieser Kontengruppe im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durchgeführten Stichprobe umfassen Kassenkreditzinsen, Zinsforderungen zur Zwischenabrechnung für Mittel des Landesamtes für Bauen und Verkehr zum Stadtumbau Ost, Zinsen für Kommunalkredite sowie Zinsen für nicht ausgeglichene Bewirtschaftungsverluste der Wobra.

Alle Zahlungen wurden korrekt mit buchungsbegründenden Unterlagen nachgewiesen. Zu beanstanden ist, die Buchung für die nicht ausgeglichenen Bewirtschaftungsverluste über das Sachkonto 55990000 „sonstige Finanzaufwendungen“. Zukünftig sollten derartige Buchungen an die Wobra so erfolgen, dass sie als Zahlung an ein verbundenes Unternehmen ausgewiesen werden. Zu verwenden ist demzufolge das Konto 55150000 „Zinsaufwendungen an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen“.

4.1.2.4 Abschreibungen

Bei der Prüfung des Anlagevermögens 2014 erfolgten Kontrollen, ob eine vollständige Berücksichtigung der Kosten der Teilrechnungen zur Anlagesumme vorhanden war.

Das Ergebnis der Prüfungen ergab, dass die Buchungen, deren Schlüssigkeit innerhalb verschiedener Konten und die jährlichen Abschreibungsraten ordnungsgemäß waren.

4.1.2.5 Außerordentliche Aufwendungen

Der Ausgleich des Jahresverlustes wurde für das HHJ 2014 des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad i. H. v. 455.554,35 € geprüft.

Die SVV hat mit Beschluss Nr. 163/2016 am 29.06.2016 beschlossen, dass der Jahresverlust i. H. v. 455.554,35 € mit der allgemeinen Rücklage des EB SEB verrechnet wird.

Laut Kontierungshandbuch der Stadt Brandenburg umfasst die Kontengruppe 59 alle außerordentlichen Aufwendungen. Hierzu zählen u. a. Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen.

Der Jahresverlust des Eigenbetriebes Schwimm- und Erlebnisbad wurde durch die Stadt auf dem Sachkonto 59310020 -Aufwendungen Wertminderung durch Veräußerung von Finanzanlagen gebucht. Die Stadt hat den Jahresverlust aus dem städtischen Haushalt entsprechend § 11 Nr. 7 der EigV des Landes Brandenburg ausgeglichen.

Der Ausgleich des Jahresverlustes ist aufgrund der vorgelegten Unterlagen für das HHJ 2014 nachvollziehbar.

4.2 Anlagen

4.2.1 Anhang

Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben. Der Anhang beinhaltet die in § 58 Abs. 2 KomHKV dargestellten Sachverhalte.

Bei den ergänzenden Angaben zum Anhang unter Punkt VI. werden die Betriebe gewerblicher Art aufgelistet. Anhand der vorliegenden Unterlagen ist nicht nachvollziehbar, inwiefern die Auflistung vollständig ist, tlw. sind Bezeichnungen abweichend. Das RPA gibt den Hinweis, die Auflistung mit den tatsächlichen Gegebenheiten abzugleichen, bzw. zu begründen, warum die in der aufgeführten Liste ausgewiesenen BgA vollständig sind.

4.2.2 Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen

Im Neuen Kommunalen Rechnungswesen ist der Übertrag von Ermächtigungen gemäß § 24 KomHKV zulässig, soweit nach § 48 KomHKV nicht vorrangig Rückstellungen gebildet werden müssen. Zu differenzieren ist zwischen Ermächtigungen des Ergebnishaushalts und solchen des Finanzhaushalts. Zu übertragende Ermächtigungen führen in keinem Jahr zu einer Buchung im Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt, sie erhöhen nur die Ermächtigungen des Folgejahres.

Gemäß § 24 Abs. 5 KomHKV ist dem Jahresabschluss eine Übersicht der Übertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und den Finanzhaushalt beizufügen.

Eine entsprechende Übersicht ist dem Anhang des Jahresabschlusses als Anlage 3 beigelegt worden.

Zu übertragene Haushaltsermächtigungen wurden in Höhe von 7.144.392,49 € (Aufwand) gebildet. Finanzauszahlungsermächtigungen wurden in Höhe von 19.742.924,38 € gebildet. Die Voraussetzungen gemäß § 24 KomHKV lagen vor.

Dem Jahresabschluss ist eine Übersicht der übertragenen Haushaltsermächtigungen nach Produktbereichen beigelegt.

4.2.3 Beteiligungsbericht

Gem. § 61 Abs. 1 KomHKV ist dem Jahresabschluss zur Information der Mitglieder der Gemeindevertretung und der Einwohner ein Bericht über ihre Unternehmen gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der BbgKVerf sowie ihre mittelbaren Beteiligungen beizufügen und jährlich fortzuschreiben, soweit es sich nicht um Sparkassen und Sparkassenverbände handelt.

Der Bericht lag vor und enthielt alle erforderlichen Angaben.

4.3. Ergebnis der Jahresabschlussprüfung

4.3.1 Fehlbetrag / Überschuss

Die kumulierten Überschüsse aus Vorjahren belaufen sich auf 5.146.948,00 €. Der strukturelle, auf das Haushaltsjahr 2014 bezogene ordentliche Fehlbetrag beträgt 5.243.370,05 €.

4.3.2 Zusammenfassung

Der zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss 2014 wurde ordnungsgemäß aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Stadt entwickelt.

Die Vermögenswerte sind nachgewiesen.

4.3.3 Erklärung des Rechnungsprüfungsamts

Unter Berücksichtigung des verkürzten Jahresabschlusses und der damit einhergehenden begrenzten Prüfungsgrundlagen kommt das RPA zu der Bewertung, dass im Rahmen der bei der verkürzten Prüfung gewonnenen Erkenntnisse der Jahresabschluss 2014 grundsätzlich den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt vermittelt.

Rechnungsprüfungsamt der Stadt Brandenburg an der Havel

Az.: 41.01-JAP 2012-2014

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Maas', is positioned above the printed name.

Gero Maas

Rechnungsprüfungsamtsleiter